Plenarprotokoll 16 / **106**
12.12.2019

Landtag von Baden-Württemberg

106. Sitzung **16. Wahlperiode**

Stuttgart, Donnerstag, 12. Dezember 2019 • Haus des Landtags

Beginn: 9:32 Uhr Mittagspause: 13:29 bis 14:33 Uhr Schluss: 20:36 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin 6535

1. Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2020/21 (Staatshaushaltsgesetz 2020/21 – StHG 2020/21)** – Drucksache 16/7171

a) **Einzelplan 01: Landtag** – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7201 6535

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE 6535
Abg. Nicole Razavi CDU 6536
Abg. Reinhold Gall SPD 6538
Abg. Anton Baron AfD 6539
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP 6541
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos) 6542
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) 6542

Beschluss 6543

b) **Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft** – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7210 6544

Abg. Jürgen Walter GRÜNE 6544
Abg. Paul Nemeth CDU 6547
Abg. Gernot Gruber SPD 6548
Abg. Klaus-Günther Voigtmann AfD 6550
Abg. Daniel Karrais FDP/DVP 6552
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) 6554
Minister Franz Untersteller 6555

Beschluss 6559

c) **Einzelplan 13: Ministerium für Verkehr** – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7213 6561

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE 6561
Abg. Thomas Dörflinger CDU 6563
Abg. Martin Rivoir SPD 6565
Abg. Hans Peter Stauch AfD 6567
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP 6570
Abg. Winfried Mack CDU 6571
Minister Winfried Hermann 6572

Beschluss 6579

d) **Einzelplan 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst** – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7214 6581

Abg. Alexander Salomon GRÜNE 6581
Abg. Marion Gentges CDU 6583
Abg. Gabi Rolland SPD 6585
Abg. Doris Senger AfD 6586
Abg. Nico Weinmann FDP/DVP 6588
Abg. Manfred Kern GRÜNE 6590
Abg. Julia Philippi CDU 6591
Abg. Martin Rivoir SPD 6592
Abg. Stephen Brauer FDP/DVP 6593
Ministerin Theresia Bauer 6594
Staatssekretärin Petra Olschowski 6598

Beschluss 6601

Abg. Nicole Razavi CDU (zur Geschäftsordnung) 6602

e) **Einzelplan 08: Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz** – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7208 6607

Abg. Reinhold Pix GRÜNE. 6607
Abg. Dr. Patrick Rapp CDU 6609
Abg. Jonas Weber SPD 6611, 6623
Abg. Udo Stein AfD 6613, 6624
Abg. Klaus Hoher FDP/DVP. 6615
Minister Peter Hauk. 6616
Abg. Reinhold Gall SPD 6624

Beschluss 6625

f) **Einzelplan 09: Ministerium für Soziales und Integration** – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7209. . 6626

Abg. Thomas Poreski GRÜNE 6627, 6636
Abg. Stefan Teufel CDU 6628
Abg. Sabine Wölfle SPD 6630
Abg. Dr. Christina Baum AfD 6632, 6642
Abg. Jürgen Keck FDP/DVP. 6634
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP 6635
Minister Manfred Lucha 6636
Abg. Rainer Hinderer SPD 6642

Beschluss 6643

Nächste Sitzung 6646

Protokoll

über die 106. Sitzung vom 12. Dezember 2019

Beginn: 9:32 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 106. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Dr. Balzer, Frau Abg. Neumann-Martin und Herr Abg. Palka.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ganztägig Frau Staatssekretärin Schütz, ab ca. 18 Uhr Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut sowie von 12:30 Uhr bis ca. 17:30 Uhr Herr Staatssekretär Schebesta.

Außerdem ist Frau Staatsrätin Erler ganztägig entschuldigt.

Im Eingang befindet sich der Antrag des Rechnungshofs vom 20. November 2019 – Prüfung der Rechnung des Rechnungshofs (Einzelplan 11) für das Haushaltsjahr 2017 durch den Landtag –, Drucksache 16/7311. Ich schlage vor, den Antrag an den Ausschuss für Finanzen zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2020/21 (Staatshaushaltsgesetz 2020/21 – StHG 2020/21) – Drucksache 16/7171

Buchstabe a:

Einzelplan 01: Landtag

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7201

Berichterstatterin: Abg. Barbara Saebel

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 01 – Landtag – eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Wünscht die Berichterstatterin das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Dann treten wir gleich in die Allgemeine Aussprache ein. Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Sckerl das Wort.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 01 ist der Haushalt des Parlaments. Hier entscheiden wir über die Rahmenbedingungen für unsere Arbeit. Hier stellen wir die Weichen für eine glaubwürdige Parlamentsarbeit. Hier und draußen im Land werben wir jeden Tag um das Vertrauen der Menschen. Und vergessen wir dabei bitte nie: Wir Abgeordneten dürfen die beste Demokratie, die es je gab, vertreten und dafür arbeiten. Das ist eine wunderbare Aufgabe.

(Beifall bei den Grünen, Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP sowie des Abg. Anton Baron AfD)

Wir stellen Mittel für Initiativen, Einrichtungen und Behörden zur Verfügung, die unter dem politischen oder organisatorischen Dach des Landtags arbeiten und wichtige Aufgaben für die Demokratie erfüllen, wie z. B. die Landeszentrale für politische Bildung, der Datenschutzbeauftragte oder die Bürgerbeauftragte.

(Abg. Anton Baron AfD: Oh!)

Wir beraten diesen Haushalt und diesen Einzelplan in einer politischen Situation, in der wir mehr denn je die zentralen Errungenschaften unserer Demokratie und damit auch dieses Parlaments verteidigen müssen. Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Spielregeln werden offen angegriffen und infrage gestellt. Leider erleben wir das auch hier in diesem Parlament.

(Beifall des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP – Abg. Anton Baron AfD: Keine Tränen! – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Es ist deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein sehr gutes Zeichen, dass sich die vier demokratischen Fraktionen gemeinsam auf die Inhalte des Einzelplans 01 verständigen konnten. Das ist zugleich ein gemeinsames Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie, und darauf kommt es in diesen Zeiten besonders an.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Ich bedanke mich deshalb bei den Fraktionen von CDU, SPD und FDP/DVP für die gute Zusammenarbeit im Parlament insgesamt,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das ist doch üble Hetzerei, die Sie da betreiben!)

aber auch für diesen Einzelplan 01, insbesondere bei der Kollegin und den Kollegen parlamentarischen Geschäftsführern. Das hat sehr gut funktioniert.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Meine Damen und Herren, wir stärken die Landtagsverwaltung, weil ihre Kernaufgabe, die Funktionsfähigkeit des Landtags zu gewährleisten und die parlamentarische Demokratie in der Gesellschaft zu repräsentieren, besonders wichtig ist. Dafür sind die Stellen und Sachmittel, die wir ausgewiesen haben, angemessen.

Wir stärken den parlamentarischen Beratungsdienst der Fraktionen und ganz bewusst auch – das sage ich für meine Fraktion dazu – die Möglichkeiten der Opposition, ihren Kontrollaufgaben etwas besser als bisher nachzukommen. Hierbei bekennen wir uns auch als Regierungsfraktion, die nicht vergisst, wo sie herkommt, ganz klar zum Parlamentarismus.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich möchte namens meiner Fraktion Ihnen, Frau Präsidentin, der stellvertretenden Präsidentin, dem Landtagsdirektor und allen Kolleginnen und Kollegen der Landtagsverwaltung unseren Dank für die gute Zusammenarbeit übermitteln. Wir wertschätzen diese Verwaltung, ihre Menschen und ihren großartigen Einsatz für die Belange des Parlaments und von uns Abgeordneten. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen und des Abg. Stefan Herre [fraktionslos])

Meine Damen und Herren, wir machen diese Demokratie wetterfest gegen das Erstarken von Populismus und Rechtsextremismus. Deshalb ein klares Bekenntnis zur Landeszentrale für politische Bildung. Finger weg, Abgeordnete der AfD!

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Die Landeszentrale mit ihren vielfältigen Initiativen ist ein Erfolgsprojekt im Werben für unsere Demokratie und im Kampf gegen Hass und Verächtlichmachung unserer Grundwerte.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Da müsste man Sie ja vom Podium holen!)

Es tun sich Parallelen zur jüngsten deutschen Geschichte auf. Der Aufstieg der NSDAP in den deutschen Parlamenten der Weimarer Republik war auch immer von Angriffen auf die Einrichtungen der Bildung und der Jugendarbeit begleitet:

(Abg. Anton Baron AfD: Mitglieder waren bei Ihnen in der Partei! – Zurufe der Abg. Dr. Christina Baum und Udo Stein AfD)

erst Diffamierung, dann Gleichschaltung und zum Schluss Verbot. Die Diffamierung, meine Damen und Herren, haben wir jetzt auch wieder, aber ich sage Ihnen: Wir werden all denen in den Arm fallen, die beabsichtigen sollten,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: So haben Leute wie Herr Goebbels auch geredet!)

solche Einrichtungen, das Parlament und die Demokratie infrage zu stellen. Deshalb gilt unverändert: Wehret den Anfängen!

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Genau!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Sckerl, lassen Sie eine Frage des Abg. Stein zu?

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nein. – Stärkung der Landeszentrale, Stärkung anderer Initiativen – –

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Diese üble Hetzerei! Da wird ja sogar der Herr Goebbels bleich, wenn man Sie hört!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, mäßigen Sie sich in Ihrer Wortwahl.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

– Sie sind jetzt ruhig, Herr Abg. Dr. Fiechtner.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

– Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie haben nicht das Wort. Mäßigen Sie sich! Ich bekomme hier nicht jedes Wort mit, das Sie von sich geben.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Schade!)

Wir werden das im Protokoll nachlesen und gegebenenfalls mit Ordnungsrufen arbeiten.

Jetzt hat Herr Abg. Sckerl das Wort.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: „Üble Hetzerei“, hat er gesagt!)

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wir stärken die Friedensbildung, auch wenn wir uns – das sage ich ganz offen – hier etwas mehr hätten vorstellen können. Wir stärken die Gedenkstättenförderung, die politischen Stiftungen im Land und auch die Bildungswerke. All dies sind Beiträge zur Stärkung der Demokratie.

Deshalb, meine Damen und Herren, ist das ein guter Haushalt, und ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Razavi das Wort.

(Abg. Carola Wolle AfD: Hetze! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was hat sie gesagt? Was soll denn das? – Gegenruf der Abg. Carola Wolle AfD: Das ist Hetze! Tut mir leid! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Aber wir wissen noch nicht, was Frau Razavi sagt! – Unruhe)

Abg. Nicole Razavi CDU: Also, ich heiße anders.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Wolle, warum beleidigen Sie die Kollegin? Es gibt gar keinen Grund dafür!)

– Ich fühle mich nicht angesprochen, Herr Kollege Schwarz.

(Abg. Carola Wolle AfD: Ich meine auch nicht Sie!)

(Nicole Razavi)

Verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, es lohnt sich, wieder ein bisschen Ruhe einkehren zu lassen. Der Einzelplan 01, der Haushalt des Landtags, den wir heute behandeln, steht unter einem ganz besonderen Fokus. Er umfasst vier wichtige Bereiche: den Geschäftsbereich des Landtags selbst, die Dienststelle des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, die Landeszentrale für politische Bildung sowie den Bereich der Bürgerbeauftragten des Landes Baden-Württemberg.

Die finanziell guten Zeiten wollen wir dazu nutzen, wichtige Dinge voranzubringen.

Ich beginne mit dem Landtag selbst. Hier stellt sich schlicht und ergreifend die Frage: Welche Voraussetzungen müssen wir schaffen, damit dieser Landtag seinem Auftrag aus der Landesverfassung auch mit Blick auf die Zukunft gerecht werden kann, also die gesetzgebende Gewalt auszuüben und die vollziehende Gewalt zu überwachen? Als einziges Verfassungsorgan im Land erhält der Landtag seine Legitimation durch Wahlen direkt vom Bürger selbst. Schon deshalb steht der Landtag in einer ganz besonderen Verantwortung.

Wir haben in den vergangenen Jahren, liebe Kolleginnen und Kollegen, manches verändert. Wir haben den Landtag moderner, offener, bürgerfreundlicher gemacht. Wir haben bessere Bedingungen für unsere Arbeit als Abgeordnete geschaffen, und wir haben erst vor wenigen Wochen unsere Altersversorgung auf neue Beine gestellt.

Parlamente, sehr geehrte Damen und Herren, sind wichtige Säulen unserer Demokratie. Hier ringen vom Volk Gewählte um die besten Wege im Land und für die Menschen. Als Abgeordnete sind wir tagtäglich im Land unterwegs. Wir kümmern uns um die großen und die kleinen Anliegen der Menschen, und wir sind hier in unserem Auftrag als Mandatsträger unterwegs.

Aber allein schaffen wir das nicht. Wir brauchen dazu Menschen an unserer Seite, die qualifiziert und motiviert sind und die uns bei unserer Arbeit unterstützen. Deswegen möchte ich im Namen meiner Fraktion, aber hoffentlich auch im Namen aller anderen Fraktionen all denen danken, die oftmals hinter den Kulissen ganz hervorragende Arbeit hier im Haus leisten, ob in der Verwaltung, im Besucherdienst, an der Pforte, im Hausdienst, im Stenografischen Dienst, im Saaldienst oder ob es die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Fraktionen sind. Stellvertretend für Ihre ganze Mannschaft sage ich Ihnen, Herr Direktor Frieß, für die gute Arbeit – von allen, die uns unterstützen – ein ganz, ganz herzliches Dankeschön.

(Beifall bei allen Fraktionen sowie der Abg. Dr. Heinrich Fiechtner und Stefan Herre [fraktionslos])

Seien Sie sich gewiss: Wir wissen vielleicht nicht immer, was wir Ihnen zumuten, aber wir wissen ganz bestimmt, was wir an Ihnen haben.

Meiner Fraktion und mir selbst ist es in diesem Doppelhaushalt vor allem darum gegangen, Sie in Ihrer Arbeit zu unterstützen und den Landtag weiter fit für die Zukunft zu machen. Wir geben den Startschuss für den Landtag 4.0 und die Digitalisierung des Parlamentsbetriebs, um die digitale Welt auch für unsere Arbeit zu nutzen, aber dies unter maximalen Sicherheitsanforderungen und -ansprüchen. Deswegen braucht es hierfür ein Gesamtkonzept.

Wir bringen die E-Akte als Herzstück von E-Government auf den Weg. Wir wollen die Verwaltung leistungsfähiger machen, indem wir ein eigenes Haushaltsreferat schaffen. Wir verstärken Protokoll, Organisation, Gebäudemanagement, Brandschutz und die Sicherheit dieses Hauses, und wir verstärken den parlamentarischen Beratungsdienst in den Fraktionen. Und vor allem: Wir machen den Landtag als Arbeitgeber attraktiver.

Der zweite Bereich: der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit. Das oberste Ziel des LfDI ist, seine Aufgaben erfüllen zu können. Ich danke hier Herrn Dr. Brink und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gute Arbeit.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Datenschutz zu kontrollieren und Beschwerden zu bearbeiten, die Landesregierung, Unternehmen und Vereine in Datenschutzfragen zu beraten, das ist seine Aufgabe. Der Beratungsbedarf seit Einführung der DS-GVO und des Landesinformationsfreiheitsgesetzes ist riesig. Daher braucht es ein neues Fortbildungszentrum, und wir führen Digitalisierungsprojekte ein.

Wir unterstützen drittens die Landeszentrale für politische Bildung, denn Demokratie ist nicht selbstverständlich. Das haben wir in den letzten Jahren erleben müssen. Minister Wolf sagte gestern sinngemäß: „Der Rechtsstaat kann immer nur so gut sein wie die Menschen, die ihn mit Leben erfüllen.“ Das gilt auch für die Demokratie selbst.

(Beifall der Abg. Carola Wolle AfD)

Die Demokratie braucht überzeugte Demokraten. Hier wollen wir vor allem bei jungen Menschen ansetzen, informieren, bewusst machen, aufklären. Darum geht es. Deswegen ist es wichtig, dass die Landeszentrale für politische Bildung auch wieder hinaus in die Fläche kommt. In den Regierungspräsidien Tübingen und Stuttgart schaffen wir wieder neue Außenstellen.

Ganz wichtig sind uns die Gedenkstätten. In den Gedenkstätten Georg Elser, Grafeneck, Oberer Kuhberg, Kislau, Gäu-Neckar-Alb, Natzweiler und auch Auschwitz-Birkenau wird gute Arbeit gegen das Vergessen geleistet. Deswegen ist es uns ganz wichtig, diese Arbeit mit diesem Haushalt zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen, Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP sowie des Abg. Klaus Dürr AfD)

Zum Schluss danke auch ich meinen PGF-Kollegen, dem Kollegen Sckerl, dem Kollegen Gall und dem Kollegen Dr. Kern. Wir haben gerungen, aber wir haben gemeinsam einen guten Weg gefunden. Schade ist, dass die AfD diesen Weg nicht mitgehen konnte. Statt die politische Arbeit z. B. der Landeszentrale zu unterstützen, will sie die Landeszentrale lieber abschaffen, auch die Schülerwettbewerbe abschaffen.

(Abg. Stefan Teufel CDU: Interessant!)

(Nicole Razavi)

Ich finde, das lässt tief blicken, was Sie von der Demokratiebildung in diesem Land halten. Uns wäre es wichtig, wenn Sie mit in das Boot der Demokratie einsteigen und lieber Demokratieförderung mit betreiben.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr gut! – Abg. Carola Wolle AfD: Wenn Sie Kampf gegen links machen wie Kampf gegen rechts, können wir darüber reden!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Gall.

Abg. Reinhold Gall SPD: Werte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! In diesem Jahr ermöglicht die Finanzsituation unseres Landes wieder deutlich höhere Gestaltungsspielräume, als dies in den Vorjahren der Fall gewesen ist. Deshalb ist es möglich und vor allem ist es richtig, dass wir auch mehr Geld in den gesellschaftlichen Zusammenhalt und in unsere Demokratie investieren.

Gleichwohl – auch das soll natürlich nicht unerwähnt bleiben – sind wir dort, wo es um die Aufgabenerfüllung des Landtags im klassischen Sinn und die damit verbundenen Kosten dieses Parlaments geht, weiterhin ein günstiges, gemessen an unserer Bevölkerungszahl von fast elf Millionen Einwohnern sogar eines der effizientesten Länderparlamente der Bundesrepublik. 9 € und 3 Cent zahlen jeder Bürger und jede Bürgerin für diesen Teil unseres demokratischen Staats- und Gemeinwesens, gut 9 € für die Arbeit eines demokratischen Parlaments inklusive Personal, Landtagsverwaltung, allen Beratungen und Gesetzgebungen hier im Parlament und in den zwölf Fachausschüssen.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Günstigst!)

Aber wir haben nicht nur ein effizientes und kostengünstiges Parlament, sondern wir stärken – Kollegin Razavi und Kollege Sckerl haben dies schon gesagt – mit diesem Haushalt angesichts des gesellschaftlichen Klimas auch Institutionen in unserem Land, die demokratische Fundamente unseres Gemeinwesens sichern sollen.

Da möchte ich bei diesem Haushalt natürlich auch die politische Bildung herausheben. So wie wir beispielsweise mit unserem Bildungszeitgesetz berufliche, politische und ehrenamtliche Qualifikation ermöglicht haben, ermöglichen wir unter dem Dach der Landeszentrale für politische Bildung nicht nur politische Bildung für Schülerinnen und Schüler, sondern auch für breite Teile unserer Bevölkerung in Form von Exkursionen, ein- oder mehrtägigen Bildungsveranstaltungen oder auch Seminaren. Dabei ist es in der Tat wichtig – und so ist es auch –: Die Angebote sind parteipolitisch neutral.

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Lachen und Widerspruch bei der AfD)

Parteipolitisch neutral, aber – und damit haben Sie Probleme – mit einem klaren demokratischen Wertekompass versehen.

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Zuruf: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

Mit einem Wertekompass bestehend aus Humanität, Würde des Menschen, Akzeptanz unserer Verfassung, Toleranz und Solidarität können Sie natürlich nichts anfangen.

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Abg. Reinhold Gall SPD: Aber diese Angebote müssen im 21. Jahrhundert natürlich nicht nur thematisch und didaktisch auf der Höhe der Zeit sein und müssen neben Seminaren und Veranstaltungen – ich habe es angesprochen – auch Angebote wie E-Learning, Podcasts oder beispielsweise Ideenwettbewerbe umfassen. Wir unterstützen also ausdrücklich und bewusst die Aufstockung der Mittel der Landeszentrale für politische Bildung zum Schutz unserer Demokratie.

Dazu gehören natürlich auch die Gedenkstättenarbeit, Projekte zur Extremismusprävention, Erinnerungsarbeit der Kriegsgräberfürsorge und viele, viele Projekte wie beispielsweise „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.

Mit der Förderung der kommunalpolitischen Bildung schließlich, meine Damen und Herren, setzen wir unmittelbar dort an, wo Demokratie und Mitbestimmung vor Ort wirklich greifbar, erlebbar und auch direkt gestaltbar sind.

Ich selbst bin wie viele andere in diesem Haus in der Kommunalpolitik groß geworden und sehe die Kommune, nämlich das direkte Lebensumfeld der Menschen, noch immer als spannendes und, wie ich meine, auch wichtigstes Gebiet unserer demokratischen Kultur. Deshalb ist es richtig, dass wir auch dort zusätzlich mehr Geld investieren.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Meine Damen und Herren, für diese Projekte, die wir mit gemeinsamen Anträgen – da will ich mich bei der Kollegin Razavi, Herrn Sckerl und auch bei Ihnen, Herr Timm Kern, ganz herzlich bedanken –, mit gemeinsamen Haushaltsanträgen unterstützen, stehen alle demokratischen Fraktionen, nämlich vier,

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Lächerlich! – Abg. Bernd Gögel AfD: Beleidigen Sie die Wählerinnen und Wähler nicht! – Weitere Zurufe von der AfD)

Hand in Hand, um diese Dinge voranzubringen.

Aber, meine Damen und Herren, nicht nur die Themen der politischen Bildung ändern sich und erfordern einen neuen Ansatz, auch die Anforderungen an uns Vertreter der Landespolitik und des Landesparlaments unterliegen einem Wandel. Ich denke, wir tun deshalb gut daran und sollten zur Kenntnis nehmen, dass die Menschen heute gesteigerte Anforderungen an die Transparenz der Landespolitik haben.

Deswegen wäre es wichtig, die – ich will es einmal so sagen – aus meiner Sicht etwas verloren gegangenen guten parlamentarischen Sitten und den guten Umgang im Parlament wie-

der hochzuhalten – jedenfalls unter denen, die daran Interesse haben.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Das will ich aber doch schon auch mit einem Stück Kritik verbinden. Denn das fängt damit an, meine Damen und Herren, dass beispielsweise Ministerinnen und Minister im Vorfeld von Haushaltsberatungen Anfragen sowie Fragen im Plenum zum Haushalt gar nicht mehr zulassen, nicht beantworten oder quasi so abtun, wie es Frau Hoffmeister-Kraut vor Kurzem gemacht hat, nach dem Motto „Warten Sie doch mal ab“, „Warten Sie doch mal ab“, „Warten Sie doch mal ab“, während die Inhalte in den Regierungsfraktionen und mit der Regierung längst diskutiert werden und häufig auch schon in der Presse zu lesen gewesen sind.

(Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Meine Damen und Herren, da muss man sich dann immer wieder auch ernsthaft die Frage stellen, ob hier die Oppositionsarbeit und die Arbeit des Parlaments insgesamt gewährleistet werden können, wie es unsere Verfassung eigentlich vorschreibt.

Schließlich komme ich nicht umhin, eine unzeitgemäße Unart zu kritisieren: das sogenannte Spielgeld der Regierungsfraktionen. Es war in diesem Jahr so hoch wie noch nie zuvor. Das hat zum einen damit zu tun, dass die Regierung ihre Hausaufgaben nicht rechtzeitig gemacht hat, um diese Mittel in den Entwurf einzustellen. Das hat aber auch damit zu tun, dass die Wunschlisten der Fraktionen oder beispielsweise die Zurufe einzelner Abgeordneter zu Haushaltswünschen – das wurde uns ja gestern bestätigt – eigentlich so nun wirklich nicht gehen und nichts mit der Haushaltshoheit des Parlaments zu tun haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Dort, wo Sie sich nicht einig geworden sind, haben Sie entsprechende Rückstellungen im Haushalt in Millionenhöhe gemacht.

Zum Schluss, meine Damen und Herren: Da alle bisherigen Appelle für ein besseres parlamentarisches Miteinander in Richtung Regierungsfraktionen, aber auch an die Landtagspräsidentin nicht gefruchtet haben, will ich in diesem Jahr den Ministerpräsidenten persönlich ansprechen. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wenn Sie ein Stück Ihrer Energie zum Erhalt des Föderalismus, insbesondere da, wo es gar nicht erforderlich ist, wo ihn niemand infrage stellt, auch darauf verwenden würden, dem Parlamentarismus in unserem Bundesland wieder zu dem Stellenwert zu verhelfen, der ihm gebührt, der verfassungsrechtlich geboten ist, dann könnten wir hier insgesamt zu einem besseren Miteinander kommen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abg. Reinhold Gall SPD: Die Verbesserungen der personellen und technischen Ausstattung der Landtagsverwaltung tragen wir ebenso mit wie die Stellenverbesserung beim Landesdatenschutzbeauftragten. Wir verbinden damit unseren Dank an die Beschäftigten in diesen Bereichen. Dem Einzelplan 01 werden wir nächste Woche dann in Gänze zustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Nicole Razavi CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Baron.

Abg. Anton Baron AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich muss schon sagen: So viel Unsinn habe ich morgens hier in diesem Landtag noch nie gehört.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Haben Sie Ihre Rede vorher durchgelesen?)

Der Einzelplan 01 ist viel mehr als der Landtag im engeren Sinn. Die beigeordneten Institutionen, die Landeszentrale für politische Bildung, die Bürgerbeauftragte und auch der Datenschutzbeauftragte, gehören auch dazu. Bis auf Letzteren muss man sagen: leider.

Doch kommen wir zuerst auf den Hauptbestandteil des Einzelplans, der sich mit uns, also dem Landtag im engeren Sinn sowie der dazugehörigen Verwaltung und deren Mitarbeitern befasst. Die entscheidende Frage ist hier: Wie können wir endlich für noch mehr Professionalität und kritische Reflexion im politischen Alltag sorgen?

(Beifall bei der AfD)

Ein Ansatz der AfD-Fraktion lautet: Schaffen wir endlich einen wissenschaftlichen Dienst.

(Beifall bei der AfD – Abg. Rüdiger Klos AfD: Bravo!)

Im Bundestag ist es nämlich schon mehrfach geschehen, dass der dortige Wissenschaftliche Dienst die Geisterfahrerprojekte Ihrer Parteien entschieden kritisiert hat.

(Beifall bei der AfD – Heiterkeit der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Nehmen wir etwa das Netzwerkdurchsetzungsgesetz, das sich also nicht nur nach Überzeugung der AfD mit der Meinungsfreiheit und damit dem Grundgesetz beißt. Auch die grün-rote Wohnungsbaubremse im Land Berlin wurde vom Dienst kritisiert. In Baden-Württemberg hoffen wir, dass es nie so weit kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wir erwarten vom wissenschaftlichen Dienst auch einen faktenbasierten Zugang, also das, was Sie jeden Tag vermissen lassen.

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Sie versuchen stattdessen, wie etwa bei dem Klimathema – das haben wir gestern schon erlebt –, eine irrationale Weltun-

tergangspanik in Gesetze zu gießen, die nur zum Ziel haben, noch mehr Geld aus den Taschen der Bürger zu ziehen und unsere eigene Wirtschaft zu beschädigen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die AfD hat diese umweltschädlichen und ineffizienten Projekte wie E-Mobilität und Windkraftausbau zwar immer wegen der fatalen Folgen kritisiert, unseren Mahnungen hören Sie jedoch nicht zu, wie man gerade wieder sieht.

Bei einem wissenschaftlichen Dienst sieht es vielleicht anders aus, und im besten Fall setzt sogar gelegentlich ein Umdenken ein.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Bei wem? – Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Eine Bereicherung wäre diese Institution in jedem Fall. Stimmen Sie daher diesem Änderungsantrag zu.

Kommen wir zu den Baustellen in den anderen Kapiteln des Einzelplans. Auch diese hängen damit zusammen, dass Sie alle zusammen nicht vernünftig arbeiten. Thema Bürgerbeauftragte: Es muss wieder eine Aufgabe der Wahlkreisabgeordneten und des Petitionsausschusses werden, sich um solche Anliegen zu kümmern. Wir, die AfD-Abgeordneten, füllen diese Funktion in unseren Wahlkreisen jedenfalls aus.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das sagt der Richtige! – Abg. Reinhold Gall SPD: Viele von Ihnen lassen sich in ihren Wahlkreisen doch gar nicht blicken!)

Eigentlich sollten auch Sie diesen Anspruch haben. Oder wofür haben Sie ansonsten die Mitarbeiterpauschale in dieser Legislaturperiode von 5 000 € auf 10 000 € erhöht, wenn nicht für die Erledigung von Bürgeranliegen? Leben Sie das wenigstens vor.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Die AfD-Fraktion möchte daher diese Behörde abschaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stattdessen soll der Petitionsausschuss weiter gestärkt werden. Hier kann man mit wesentlich weniger Geld wesentlich mehr erreichen. Aber nicht nur diese Behörde, sondern auch die Landeszentrale für politische Bildung muss der Vergangenheit angehören.

(Lachen des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Abgesehen von den Geldern für Gedenkstätten und Kriegsgräber sollten hier keine Gelder mehr fließen. Wir benötigen keine Landeszentrale, die zusätzlich zum ohnehin oft politisch gefärbten Unterricht noch offensichtlicher die Schüler in unserem Land indoktriniert.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Wir benötigen auch nicht 1 Million € mehr für Ihre Parteistiftungen. Sie beschweren sich ja über jede kleine Unregelmäßigkeit bei der AfD, füllen sich aber Ihre Taschen mit ganz anderen Summen – gelebte Doppelmoral.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Mich haben übrigens schon mehrere Beschwerden aus der Bevölkerung über die kruden Projekte der Landeszentrale erreicht, die oft nur dem Zweck dienen, indirekt gegen die AfD zu agitieren. Auf meinen detaillierten Brief an den Leiter der Landeszentrale mit der Bitte um Stellungnahme zu einer Veranstaltung gab es übrigens keine Antwort.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Haben Sie den Brief falsch frankiert?)

Ich glaube, das sagt mehr als tausend Worte.

Das, was diese Zentrale betreibt, ist nicht Demokratie-, sondern Despotieförderung.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stattdessen sieht die AfD-Fraktion eine Erhöhung des Budgets für Besuchergruppen vor. Auch hier hätte man mehr positive Auswirkungen für weniger Geld. Allerdings wäre auch dies mit Mehrarbeit für die Abgeordneten verbunden. Das ist also wahrscheinlich ebenfalls nichts für Sie.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Im Gegenteil, es gibt keine fauleren Abgeordneten als die von der AfD, beispielsweise im Bundestag!)

Zum Schluss möchte ich mich im Namen der AfD-Fraktion bei allen Mitarbeitern des Landtags ganz herzlich bedanken.

Herr Sckerl, unsere Rechtsstaatspartei, die AfD,

(Lachen – Abg. Sabine Wölfle SPD: Da muss er ja selbst grinsen, bei dem Blödsinn!)

ist die einzige Partei, in der es keine ehemaligen NSDAP-Mitglieder gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Rainhard Brückner – von 1941 bis 1945 in der NSDAP – hat für die Grünen von 1982 bis 1984 im Hessischen Landtag gesessen,

(Abg. Bernd Gögel AfD: Hört, hört! – Abg. Rüdiger Klos AfD: Aha!)

und Werner Vogel – von 1938 bis 1945 auch NSDAP-Mitglied – wurde für die Grünen als Bundestagsabgeordneter gewählt.

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Genau solche Äußerungen, wie Sie sie tätigen, bilden den Boden für die Sachbeschädigungen, Angriffe und Morddrohungen gegen die AfD. Sie sollten sich schämen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Landtagshaushalt wächst, aber er wächst mit Blick auf die einzelnen Bereiche angemessen und nicht maßlos wie der Haushalt der Landesregierung mit über 3 100 Stellen.

So darf nicht übersehen werden, dass zum Einzelplan des Landtags beispielsweise auch der Etat für den Landesbeauftragten für den Datenschutz gehört. Dieser braucht nun ganz offensichtlich mehr Mittel.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sehr richtig!)

Dazu genügt schon ein Blick auf die noch immer bestehenden Herausforderungen durch die Datenschutz-Grundverordnung. Sie ist ein Lehrbeispiel dafür, dass die Politik immer im Blick behalten sollte, was eigene Entscheidungen für Konsequenzen in der Praxis haben. Der Datenschutzbeauftragte muss dabei u. a. ausbügeln, was die Landesregierung versäumt hat, nämlich das eigene Personal in den Ministerien im Datenschutz umfassend zu schulen.

Zum Einzelplan des Landtags gehört auch die Landeszentrale für politische Bildung. Sie ist zusammen mit dem Landtag als Repräsentant unserer parlamentarischen Demokratie und mit den politischen Stiftungen in Zeiten wie diesen ganz besonders gefordert, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Zur Indoktrination!)

Wir erleben es leider viel zu häufig hier im Hohen Haus, wie extreme politische Ansichten Stück für Stück hoffähig gemacht werden sollen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesen Zeiten brauchen wir nicht weniger, sondern mehr politische Bildung in allen gesellschaftlichen Bereichen.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

Die politische Mitte muss noch stärker als bisher Werbung für unsere liberale Demokratie machen, und wir dürfen den Kampf gegen Extremismus und Radikalismus nicht den Extremisten und Radikalen des jeweils anderen Lagers überlassen.

(Abg. Hans Peter Stauch AfD: Das ist richtig! Ja!)

Denn Radikale mögen gegen andere Radikale kämpfen. Sie kämpfen dann aber noch längst nicht für unsere freiheitliche Gesellschaft.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Die AfD will die Landeszentrale für politische Bildung hingegen auflösen. Sie wollen also weniger politische Bildung.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Quatsch!)

Sie behaupten, die Landeszentrale könne die Bürger nicht ideologiefrei und demokratisch bilden. Und nun mein bescheidener Beitrag zur politischen Bildung bei Ihnen: Besuchen Sie doch einmal die Homepage der Landeszentrale.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Ja eben!)

Sie finden dort unzählige Beweise, dass ideologiefreie und demokratische Bildung gelingt. Schauen Sie sich beispielsweise die offenen Seminare und Bildungsreisen an. 100 Jahre deutsche Geschichte im Südwesten werden dort thematisiert, der Bauernkrieg genauso wie beispielsweise das Deutsche Literaturarchiv, das werdende Demokratie

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Das macht man im Geschichtsunterricht, oder?)

oder eben auch die Abgründe menschlicher Verbrechen im Nationalsozialismus behandelt – und das ist auch gut so, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

Das alles will die AfD ganz offensichtlich nicht zur Kenntnis nehmen. Das beweist eindrücklich, dass neben dem Angebot eben auch eine prinzipielle Offenheit für politische Bildung vorhanden sein muss, damit sie Früchte trägt. Die Freien Demokraten stehen jedenfalls mit den anderen Demokraten dieses Hauses fest an der Seite der Landeszentrale für politische Bildung.

Es ist aber mitnichten so, dass wir Freien Demokraten bei den Haushaltsberatungen alle Wünsche erfüllt hätten, z. B. im Fall der Bürgerbeauftragten. Die Einführung des Bürgerbeauftragten war ein politischer Kompromiss zwischen Grünen und SPD, den die Sozialdemokraten mittlerweile sogar selbst kritisch sehen.

Der erste Bericht des Bürgerbeauftragten bestätigte aus unserer Sicht, dass es für ihn keinen echten Bedarf gibt. Die Bürger kommen mit Anliegen zu ihm, die beim Petitionsausschuss, bei Gerichten oder den kommunalen Bürgerbeauftragten besser aufgehoben wären. Die Parallelstrukturen von Petitionsausschuss und Bürgerbeauftragter schwächen den Petitionsausschuss und kosten unnötig Steuergeld. Wenn sich die Koalition schon nicht zur Abwicklung der Bürgerbeauftragten durchringen kann, sollte diese Stelle zumindest nicht erheblich teurer werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir, die FDP/DVP, handeln mit Maß und Mitte. Ich möchte mich im Namen der Mitglieder unserer Fraktion wie meine Vorredner bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung sehr herzlich für ihre vertrauensvolle Zusammenarbeit in diesem Jahr bedanken. Danken möchte ich ausdrücklich auch den Kollegen Uli Sckerl, Nicole Razavi und Reinhold Gall für die gute Zusammenarbeit in den Verhandlungen zum Haushalt des Landtags.

(Abg. Anton Baron AfD: Kartellparteien! – Zuruf von der AfD: Große Koalition!)

Die Verhandlungen waren auch durchaus streitig. Wir sind aber durch eine faire Zusammenarbeit insgesamt zu sehr guten Ergebnissen gekommen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich Herrn Abg. Dr. Gedeon das Wort.

(Zuruf von den Grünen: Muss das sein?)

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Sckerl, was war denn das wieder für ein unqualifiziertes Palaver gegen rechts?

(Der Redner umfasst zwei der Mikrofone. – Abg. Reinhold Gall SPD: Finger weg! – Abg. Nicole Razavi CDU: Machen Sie die Mikrofone nicht immer kaputt!)

– Ja, ja. Ich muss mir das richtig einstellen. Außerdem nehmen Sie mir nur die Redezeit weg. Seien Sie bitte einmal ruhig.

Sie warnen, wir wären eine große Gefahr. Wir sagen dagegen: Sie sind eine große Gefahr.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Wer ist eigentlich „wir“?)

– Das ist die rechte Opposition.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Wer hat jetzt recht? Sie warnen vor uns, und wir warnen vor Ihnen. Man kann sich die Antwort vielleicht erschließen, indem man fragt: Wie klug ist der Teufel? Kommt der Teufel immer im gleichen Rock daher? Wechselt er die Kleidung? Kommt der Teufel immer in Braun daher, oder könnte es sein, dass er mal in Rot oder mal in Grün daherkommt?

Ich sage Ihnen, der Teufel ist nicht dumm. Er ist sehr schlau. Er kommt diesmal nicht in Braun daher, sondern in Rot-Grün, in genau dem Kittel, Herr Sckerl, den Sie tragen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Deswegen sind Sie die Gefahr, vor der Sie hier ständig warnen.

(Zuruf: Jawohl!)

So ist die Lage. Was haben Sie denn überhaupt für eine Moral? Sie werfen anderen immer nur Unmoral vor.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau so ist es!)

Das ist doch keine eigene Moral. Das ist Demagogie oder sonst irgendetwas. Bei den Grünen verstehe ich, dass sie nicht mit eigener Moral kommen können, weil sie die einfach nicht haben. Sie haben ja nicht einmal Vergangenheitsbewältigung betrieben. Sie werfen den anderen immer vor, ihre Vergangenheit nicht zu bewältigen. Bewältigen Sie doch erst einmal die Basics Ihrer Vergangenheit, z. B. die Pädophilie, die Sie vor 20 Jahren noch gerechtfertigt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Tun Sie was für Ihre Vergangenheitsbewältigung, sonst fällt Ihnen nämlich der Stein, den Sie ständig gegen die rechte Opposition erheben, auf die eigenen Füße. Das ist ein Zitat. Von wem es ist, kann Ihnen mein altmaoistischer Kollege Kretschmann erklären.

Danke schön.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD – Beifall der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich Herrn Abg. Dr. Fiechtner das Wort.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, Sonstige A bis Z!

(Abg. Reinhold Gall SPD: Es gibt keine Abgeordneten mit Z! Vielleicht begreifen Sie das mal!)

Die heutige Vorstellung von Herrn Sckerl hat ja gezeigt, wohin die Reise geht: Demagogie in Reinform! Wir kennen das aus zwei Diktaturen. Ich habe schon gesagt: Manche Propagandaminister wären neidvoll erblasst, wenn sie ihn hätten reden hören. Das zeigt auch den ganzen ideologischen Hintergrund in den Postillen, die im Namen der Landesregierung zur sogenannten politischen Bildung herausgegeben werden.

Es lässt hier wirklich Düsteres erwarten. Das ist auch der Grund, warum man der Landeszentrale für politische Bildung mit sehr großer Kritik entgegentreten muss.

In der Tat gibt es zahlreiche Berichte, die sehr lesenswert sind, wie der Kollege Kern ja auch vorgetragen hat. Aber die Landeszentrale wird auch missbraucht,

(Zuruf: Genau!)

und zwar massiv im Sinne der Linken, der Grünen – wie ich schon gestern tituliert habe –, mit dem Altmaoisten und Führer der „Grünen Khmer“, dem Ministerpräsidenten Kretschmann, die hier natürlich ein Gesellschaftsbild entwerfen, in dem ihre Meinung unter Umständen auch mit Gewalt durchgesetzt wird. Die Gedenkstättenarbeit, habe ich manchmal den Eindruck, dient nur dazu, zu lernen, wenn ein Grüner in ein KZ geht, sich zu überlegen, wie man das vielleicht in Zukunft anwenden könnte auf andere, die nicht ideologisch zupasskommen.

(Lebhafter Widerspruch bei den Grünen und der SPD – Unruhe – Zurufe, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das geht nicht! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das geht nicht! Sie haben eine Linie überschritten! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Aber jetzt hört’s auf! Jetzt hört’s wirklich auf hier! So geht’s wirklich nicht weiter! Ich höre mir dieses Faschistengeschwätz jetzt nicht mehr an! Er geht jetzt raus, dieser Faschist!)

Präsidentin Muhterem Aras: Stopp! Moment! Meine Damen und Herren! Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie sind jetzt erst einmal ruhig. Für diese Wortwahl bekommen Sie jetzt einen Ordnungsruf. Wenn Sie so weitermachen, dann riskieren Sie einen Sitzungsausschluss.

Jetzt haben Sie das Wort.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Genau das meine ich. Diese vier Parteien, die jetzt diesen Gesetzentwurf gemacht haben – –

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Rottmann zu?

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Gern. Das wird ja nicht auf die Redezeit angerechnet.

Abg. Daniel Rottmann AfD: Vielen Dank, Herr Dr. Fiechtner. – Ich möchte Sie fragen, ob Sie der Meinung sind, dass die Ordnungsrufe der Landtagspräsidentinnen mittlerweile inflationär sind.

(Vereinzelt Lachen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sogenannte Schaufrage!)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Danke, Herr Kollege. – Ich stimme Ihnen vollkommen zu. Die Ordnungsrufe haben mittlerweile die Qualität eines Ordens für Freiheitskämpfer und für Kämpfer für Recht und Gerechtigkeit. Das muss man an dieser Stelle sagen.

(Lachen des Abg. Reinhold Gall SPD)

Denn das Präsidium missbraucht seine Macht in eklatanter und zunehmender Weise und versucht, den freien Diskurs in diesem Parlament zu unterbinden.

(Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, Ihre Redezeit ist jetzt zu Ende. Räumen Sie bitte das Redepult. Vielen Dank.

(Beifall der Abg. Daniel Rottmann und Hans Peter Stauch AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Und Tschüs! – Zuruf von den Grünen: Aus, aus, aus! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie war noch nicht zu Ende! Die Frage wird auf die Redezeit nicht angerechnet!)

– Die Frage dauerte zehn Sekunden, die Uhr wurde angehalten. Nehmen Sie jetzt bitte Ihren Platz ein. Danke.

Meine Damen und Herren, es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur A b s t i m m u n g über den Einzelplan 01: Landtag. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/7201. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe zunächst Nummer 1

Kapitel 0101

Landtag

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Hierzu liegen sieben Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Zu Titel 411 01 – Leistungen an Abgeordnete, ausgeschiedene Abgeordnete und Hinterbliebene nach dem Entschädigungsgesetz und dem Abgeordnetengesetz – liegt der Änderungsantrag Drucksache 16/7301-1 vor, der eine Aufstockung der Kontingente für Abgeordnetenreisen nach Berlin und Brüssel fordert. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Mit dem Änderungsantrag Drucksache 16/7301-2 wird die Aufnahme des Titels 422 03 N – Wissenschaftlicher Dienst – mit einem Betrags- und einem Stellenteil verlangt, um entsprechend dem Vorbild des Deutschen Bundestags einen wissenschaftlichen Dienst einrichten zu können. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 428 01 – Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – liegt der Änderungsantrag Drucksache 16/7301-3 vor, der je eine zusätzliche Stelle für den Petitionsausschuss und für einen Berater in Sachen direkte Demokratie fordert. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 537 01 – Schülerwettbewerb zur Förderung der politischen Bildung – liegt der Änderungsantrag Drucksache 16/7301-4 vor, der die Streichung der Mittel sowie der Erläuterung verlangt. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag Drucksache 16/7301-5 bezieht sich auf neun verschiedene Titel und hat zum Ziel, dass die Fraktionen in Eigenverantwortung ihre IT-Ausstattung kaufen und verwalten können. Sind Sie damit einverstanden, dass ich den Änderungsantrag insgesamt zur Abstimmung stelle? –

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Ja!)

Das ist der Fall. Vielen Dank. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 685 06 – Zuschüsse für Besuchergruppen der Abgeordneten – liegt der Änderungsantrag Drucksache 16/7301-6 vor, der eine Verdopplung der Mittel verlangt. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Mit dem Änderungsantrag Drucksache 16/7301-7 wird beantragt, mit dem neuen Titel 919 01 N – Rücklage für eine Volksabstimmung – eine finanzielle Vorsorge für Volksabstimmungen zu treffen. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Kapitel 0101 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer Kapitel 0101 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0101 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Ich rufe Nummer 2 auf:

Kapitel 0102

Allgemeine Bewilligungen

Wer stimmt Kapitel 0102 zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0102 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Nummer 3

Kapitel 0103

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer Kapitel 0103 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0103 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Nummer 4

Kapitel 0104

Landeszentrale für politische Bildung

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Hierzu liegen ein Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU sowie ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD vor.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7301-8, abstimmen, der die Streichung dieses Titels mit Ausnahme der Titelgruppe 78 – Für die Gedenkstättenarbeit – verlangt. Wer diesem Änderungsantrag der AfD zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/7301-10, zur Abstimmung, der bei Titel 531 02 – Für die Sacharbeit der Landeszentrale für politische Bildung – eine Mittelerhöhung zum Ausbau der Servicestelle Friedensbildung fordert. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Diesem Änderungsantrag ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Kapitel 0104 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit der gerade beschlossenen Änderung. Wer Kapitel 0104 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0104 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 5

Kapitel 0105

Die oder der Bürgerbeauftragte des Landes Baden-Württemberg

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7301-9, vor, der die ersatzlose Streichung dieses Kapitels fordert. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. –

(Abg. Emil Sänze AfD: Wo sind die Ablehnenden aus den anderen Parteien? – Weitere Zurufe von der AfD)

Gegenstimmen? –

(Abg. Emil Sänze AfD: Das ist wirklich demokratische Überzeugung!)

Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir befinden uns in der Abstimmung, und ich bitte um Ruhe, Herr Abg. Sänze.

Wer Kapitel 0105 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0105 ist mehrheitlich zugestimmt.

Damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 01 angelangt. – Vielen Dank.

Ich rufe **Punkt 1 b** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7210

Berichterstatter: Abg. Dr. Markus Rösler
Berichterstatter: Abg. Daniel Karrais

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 10 – Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Wünschen die Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall. Vielen Dank.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich das Wort für die Fraktion GRÜNE Herrn Abg. Walter.

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses Jahr konnten wir allein in diesem Sommer folgende Schlagzeilen zur Kenntnis nehmen: „Der Amazonas brennt“, „Der Permafrostboden taut auf“, „Die Wüsten breiten sich aus“, „In Mitteleuropa stirbt der Wald“. Wir erleben das größte Artensterben seit den Dinosauriern.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Das Jahr 2019 war das drittwärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen.

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Das liegt am Wetter!)

Noch vor 20 Jahren hätte man gedacht: So viele negative Schlagzeilen – ist das schon die ökologische Apokalypse? Im Jahr 2019 ist es schlichtweg die traurige Realität. Diese Nachrichten, meine Damen und Herren, sind eine Botschaft an die Politik, die lautet: Erhöht das Tempo! Erhöht das Tempo beim Umweltschutz. Denn wir wissen: CO_2 hält sich mehr als 100 Jahre in der Atmosphäre, und unser CO_2-Budget, um den Tem-

peraturanstieg auf 1,5 oder 2 Grad Celsius zu begrenzen, ist bald aufgebraucht.

(Abg. Anton Baron AfD: Deswegen fliegen Sie so gern!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Walter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Baron zu?

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Oh nein, lieber nicht.

(Lachen bei der AfD – Abg. Rüdiger Klos AfD: Ja, das wäre gefährlich!)

Nein, Herr Baron, wenn Sie einmal nur noch zu den Dingen sprechen würden, bei denen Sie sich auskennen, dann wären Sie bald der Schweiger vom Landtag.

(Abg. Anton Baron AfD: Ich wollte Sie fragen, warum Sie eigentlich am meisten fliegen im Landtag und im Bundestag! – Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, durch die zögerliche Haltung der Bundesregierung in Sachen Klimaschutz mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass eine Reduktion um 55 % bis zum Jahr 2030 gar nicht ausreicht, um die Klimaziele zu erreichen. Wissenschaftler haben der Bundesregierung deshalb anlässlich des Weltklimagipfels in Madrid die Note „ungenügend“ verpasst.

Wir dürfen nicht mehr länger nur reden; wir müssen endlich handeln. Wie von unserem Fraktionsvorsitzenden angekündigt, gibt es jetzt tatsächlich im Doppelhaushalt, auch dank unseres Koalitionspartners, einen echten Klimahaushalt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Rüdiger Klos AfD: Kein Ruhmesblatt!)

Die Investitionen in den Klimaschutz wurden um 300 Millionen € auf 600 Millionen € verdoppelt. Wir liefern konkrete Klimaschutzmaßnahmen; dazu zählen die Umsetzung des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts – übrigens mit gewohnt vorbildlicher Bürgerbeteiligung –, die Umsetzung des Klimaschutzgesetzes und die damit verbundene verpflichtende kommunale Wärmeplanung.

Derzeit, meine Damen und Herren, entsteht in Ludwigsburg ein vorbildliches Projekt: das bisher größte Solarthermiekraftwerk in Deutschland. Es wird von einer dänischen Firma erstellt, wo solche Solarthermiekraftwerke längst gang und gäbe sind. Wir sollten diesem Beispiel folgen; denn wir können davon ausgehen, dass die Sonneneinstrahlung in Dänemark nicht höher sein wird als in Baden-Württemberg.

Es geht auch darum, dass der Wärmesektor den größten Anteil am gesamten Energieverbrauch hat. Deshalb gibt es zahlreiche Förderprogramme, insbesondere für kleine Kommunen.

Ich möchte Ihnen noch ein Beispiel geben, warum es notwendig ist, dass wir die Rahmenbedingungen setzen, um eine CO_2-Reduktion zu erreichen. In der Schweiz wird mit Wärmepumpen Energie aus dem Bodensee gewonnen. In Deutschland ist das nicht möglich. Zwar ist es technisch möglich; es lohnt sich aber ökonomisch nicht, ganz einfach deswegen, weil es in der Schweiz eine CO_2-Bepreisung gibt, die ihren Namen verdient hat, in Deutschland aber nicht. 10 € – das ist ein schlechter Witz. Da müssen wir schlichtweg nachlegen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Rüdiger Klos AfD: Auf null!)

Klimaschutz gelingt natürlich nur, wenn wir die Menschen in unserer Gesellschaft mitnehmen. Wer aber beispielsweise Stimmung gegen Windkraft macht, der muss sich nicht wundern, dass es Widerstand gegen Windkraft, gegen Klimaschutz allgemein gibt. Dabei bringt uns eine konsequent ökologische Politik zahlreiche Vorteile: saubere Luft, weniger Lärm, gesündere Lebensmittel, mehr biologische Vielfalt, lebenswertere Städte – und vor allem keine von der Klimakrise verursachten Katastrophen.

(Abg. Anton Baron AfD: Tote Vögel durch Windkraft!)

Diese Beispiele zeigen, meine Damen und Herren: Klimaschutz bedeutet nicht Verzicht, sondern es ist ein Gewinn an Lebensqualität.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Rüdiger Klos AfD: Das ist ein Gerücht!)

Es ist übrigens auch so: Wenn unsere Städte wieder weniger Autos und mehr Platz für Menschen haben, dann bekommen irgendwann alle mit, dass davon auch die Unternehmen und die Händler profitieren.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Dann geht aber keiner mehr hin!)

„Autofreie City: Hamburger Händler sind vom ersten Test begeistert“ – meine Damen und Herren, das ist die Realität von Oktober 2019.

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist nicht die Realität!)

Diesen Weg müssen wir einfach gehen.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Autofreie Städte?)

– Ja, Herr Kollege. Wenn Sie den Städteplanern und den Wissenschaftlern glauben, dann wird die Stadt der Zukunft ein Erlebnisraum sein. Diesen Raum würde es nicht geben, wenn andauernd SUVs mit Dieselmotoren durchfahren würden. Dann wäre das Erlebnis ziemlich gestört.

(Abg. Anton Baron AfD: Ihre Träume vielleicht! – Abg. Rüdiger Klos AfD: Der Borkenkäfer ist willkommen!)

Herr Kollege, Sie haben vor Kurzem gesagt, die CDU sei inhaltlich insolvent. Das war vielleicht etwas hart mit Ihrer eigenen Partei. Aber in einem Punkt haben Sie recht, nämlich bei der Windkraft. Herr Altmaier schlägt 1 000 m Abstand vor.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Viel zu wenig!)

Ich nenne Ihnen ein paar Beispiele, was man innerhalb von 1 000 m zur Wohnbebauung in Deutschland alles errichten darf, nur nicht Windräder:

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Sehr gut! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wissen Sie eigentlich, in welchem Landkreis die meisten Windräder sind?)

(Jürgen Walter)

Kohlekraftwerke, Autobahnen, Flughäfen, Stadien – alles, nur kein Windrad. Das ist doch völlig absurd.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Anton Baron AfD: Dann bauen wir gleich! Ich bin dafür!)

Herr Kollege Reinhart, damit schadet man auch den Arbeitsplätzen.

(Abg. Anton Baron AfD: Ach so!)

In Deutschland wurden seit 2017 25 000 Arbeitsplätze in der Windindustrie abgeschafft, abgebaut,

(Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Da geht es auf einmal um Arbeitsplätze!)

weil die Windkraft durch die Beschlüsse in Berlin nicht mehr ausgebaut wird.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wie viele Windräder haben Sie in Ludwigsburg errichtet?)

– Herr Kollege Reinhart, in Baden-Württemberg haben wir sehr viele Zulieferer.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Dann sollen die an den Norden liefern!)

Sie waren einer der Ersten, die sich für den Einsatz der Windkraft ausgesprochen haben. Deshalb baue ich auf Sie, dass Sie mal mit Herrn Altmaier darüber reden.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Gabi Rolland SPD)

Meine Damen und Herren, eine Studie von Prognos im Auftrag des BDI im letzten Jahr hat ergeben: Klimaschutz schafft Wachstum.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha! – Abg. Rüdiger Klos AfD: Im Ausland!)

Diesen Weg müssen wir deswegen konsequent gehen.

(Abg. Anton Baron AfD: Man sieht es an der Automobilindustrie!)

Frau von der Leyen hat gestern positiv über den Klimaschutz geredet und die Mondlandung der Amerikaner mit dem Klimaschutzprogramm der EU verglichen. Das ist der Weg, den wir gehen müssen.

(Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

Wir müssen die Menschen motivieren. Wir müssen sie von der ökologischen Politik begeistern, sonst werden wir keinen Erfolg haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wir müssen auch sehen – wer gestern das Interview mit Herrn Denner von Bosch gelesen hat, weiß das –:

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da geht es auch um Arbeitsplätze!)

Manche in der Industrie haben in den letzten zehn, 15 Jahren nicht die Zeichen der Zeit und die Zeichen der Zukunft erkannt.

(Zuruf: Genau! – Abg. Stefan Herre [fraktionslos]: Die beste Technologie kommt aus Deutschland!)

Der SPIEGEL schrieb gestern: Europa soll klimaneutral werden. Anstatt sich an die Arbeit zu machen und zu zeigen, was man leisten kann, wird jetzt wieder das große Jammern angestimmt. Das hilft uns allerdings nicht weiter. Niemand will Disruption, das ist klar.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Na, na!)

Aber wenn die Entwicklung weltweit so ist, wie sie nun einmal ist, und die Märkte der Zukunft elektrisch sind, dann müssen wir, wenn wir die Arbeitsplätze in Baden-Württemberg erhalten wollen, eben umdenken.

(Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Einfach die Arbeitsplätze streichen, dann gibt es auch kein CO_2 mehr! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Verzicht sollte man schon üben! – Zuruf des Abg. Stefan Herre [fraktionslos])

Deswegen glaube ich, dass wir mit dem, was wir machen, auf dem richtigen Weg sind, auch um die Arbeitsplätze in Baden-Württemberg zu erhalten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Läuft!)

Lassen Sie mich zum Schluss noch zu einem anderen Thema kommen, nämlich zu der Versöhnung von Naturschutz und Landwirtschaft, bei der sich der Kollege Hauk, der jetzt leider nicht da ist, und der Kollege Untersteller große Verdienste in den letzten – –

(Minister Peter Hauk sitzt auf seinem Abgeordnetenplatz und gibt ein Handzeichen.)

– Oh! Guten Morgen!

(Minister Peter Hauk: Ich bin schon längst da! – Heiterkeit)

– Sorry, ich habe Sie nicht gesehen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Ja, der Minister ist nicht da!)

Die beiden Minister haben sich große Verdienste erarbeitet; denn sie haben den Naturschutz vorangebracht, und sie haben einen Ausgleich gefunden zwischen den Interessen der Landwirtschaft und den Interessen des Naturschutzes. Ich hoffe, dass alle Beteiligten noch im Laufe dieses Jahres zustimmen. Dann hätte die Landesregierung einen großen Schritt in die Richtung gemacht, den Krieg zwischen Naturschutz und der Landwirtschaft, den es mal gab, endgültig zu beenden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ich möchte zum Schluss noch Barack Obama zitieren, der einmal sagte:

Wir sind die erste Generation, die den Klimawandel zu spüren bekommt, und die letzte, die ihn stoppen kann.

(Jürgen Walter)

Das, meine Damen und Herren, haben wir uns auch bei der Erstellung des Haushalts zur Grundlage gemacht. Wir haben alle oder die meisten Möglichkeiten genutzt, die man in einem Bundesland hat, um den Klimaschutz voranzubringen. Deswegen ist es ein sehr guter Haushalt.

Wir haben das gemacht, was Richard Schneider, Chef der Firma Frosch und Träger des Deutschen Umweltpreises, gesagt hat:

Man braucht den Mut, die Zukunft zu gestalten.

Das macht diese Landesregierung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Nemeth.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: So, jetzt aber!)

Abg. Paul Nemeth CDU: Guten Morgen, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich denke, wir sollten uns bei dieser Debatte sehr stark auf das konzentrieren, was das Land leisten kann und was das Land umsetzen kann. Mein Kollege Walter hat jetzt schon Berlin erwähnt.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Und Brüssel! Und Obama! Die ganze Welt! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Obama nicht vergessen! – Zuruf von der CDU: Und den Mond!)

Es ist in Ordnung, das einmal zu reflektieren. Aber ich finde, wenn wir hier im Parlament über so etwas Wichtiges wie den Landeshaushalt für zwei Jahre reden, machen wir uns selbst klein, wenn wir unsere Schwierigkeiten und Probleme – die es ja gibt – einfach immer Berlin und Brüssel zuschieben.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ich habe Brüssel nur gelobt!)

Ich finde, dieser Haushalt ist ein Haushalt der Superlative. Zwei Mal 680 Millionen €, nämlich 2020 und 2021 – noch nie gab es so viel Geld für Klima, Energie und Naturschutz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Die Bewahrung der Schöpfung war uns, der CDU-Fraktion, schon immer wichtig. Heimat ist Natur, deshalb ist für uns Naturschutz auch praktische Heimatpflege. Das zeigen wir im Naturschutzbereich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Wir bauen – was ganz wichtig ist – das Monitoring aus. Wir haben noch nie so viel Geld in die Landschaftspflegeverträge für Natura 2000 investiert: 20 Millionen € nächstes Jahr, 21 Millionen € übernächstes Jahr. In anderen Bundesländern gibt es dafür überhaupt nichts.

(Abg. Dr. Markus Rösler und Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wenig!)

Wir schaffen durch Aktionen neue Lebensräume für bedrohte Arten. Wir fördern – das hat der Kollege Walter auch angesprochen – mit dem Eckpunktepapier und der Aktion der beiden zuständigen Minister, aber auch substanziell die Zusammenarbeit von Landwirtschaft und Naturschutz. Dies geschah schon in der Vergangenheit, geschieht aber zukünftig noch mehr mit jeweils über 16 Millionen € in den beiden Haushaltsjahren. Denn wir wollen Naturschutz nicht gegen die Landwirtschaft, sondern mit den Landwirten umsetzen, und dafür gibt es in den nächsten zwei Jahren jeweils 16 Millionen €.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir setzen auf die biologische Vielfalt, und wir setzen auf die Stärkung des Biotopverbunds. Jeder Gemeinde ihr Biotop – dies erfolgt nach dem Konzept der Sielmann Stiftung. Wir, die CDU-Fraktion, haben das eingeführt. Das wird jetzt mit weiteren 5 Millionen € respektive 7 Millionen € in den nächsten zwei Jahren verstetigt. Dazu gibt es noch Geld für den Nationalpark und für die Biosphärengebiete. Außerdem gibt es, was unserer Fraktion, aber ich denke, auch der Koalition wichtig ist – die Umsetzung einer Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag –, 100 neue Stellen für das Freiwillige Ökologische Jahr. Das bedeutet Naturschutz vor Ort und konkret für junge Menschen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Gernot Gruber SPD)

Wir tun damit, was in unserer Verantwortung möglich ist, um den Rückgang der Artenvielfalt und der Biodiversität aufzuhalten. Ob das Ganze erfolgreich sein wird, werden wir sehen, aber wir tun das, was in unserer Macht steht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Klimaschutz und Energiewende – ein großer Bereich, auf dem ganz eindeutig eine Priorität in diesem Haushalt liegt; alle haben darauf hingewiesen. Baden-Württemberg ist stark in der Energiewende – übrigens seit vielen Jahren. 2006, als die Ländervergleiche begonnen hatten, lag Baden-Württemberg unter Günther Oettinger auf Platz 1.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Wir lagen viele Jahre auf Platz 1 und sind jetzt abgerutscht, aber immerhin liegen wir hauchdünn auf Platz 2; Schleswig-Holstein ist vor uns mit einem schwarzen Ministerpräsidenten, Herrn Günther. Aber daran wird es nicht nur liegen, denn die Grünen sind dort, glaube ich, auch in der Regierung. Es ist ein Kopf-an-Kopf-Rennen; wir alle wissen aber, dass noch viel im Argen liegt.

Baden-Württemberg hat die Struktur und die organisatorische Kraft, einen i-Punkt, einen großen Beitrag für den Klimaschutz in Deutschland und in der Welt zu leisten. Wir haben die e-mobil BW – nur als Beispiel. Wir haben die Biopro, die sich um Bioökonomie, Kreislaufwirtschaft und Nachhaltigkeit kümmert. Wir haben das Institut für Ressourceneffizienz und Energiestrategien, und wir haben Universitäten, die Institute und die Unternehmen, die diese Transformation schaffen können. Wir haben in Baden-Württemberg eine Tradition in puncto Innovation, Effizienz, Leistung und Nachhaltigkeit.

(Beifall bei der CDU)

(Paul Nemeth)

Wer Nachhaltigkeit will, der muss aber Wissenschaft und Wirtschaft auch Freiheit geben und darf nicht alles vorab gesetzlich festlegen. Ohne Freiheit keine Kreativität, und ohne Kreativität keine Nachhaltigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Bravo! – Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Deshalb setzen wir in diesem Haushalt auch auf Innovationsprojekte. Auf Antrag der CDU-Fraktion soll das Wirtschaftsministerium nun beispielsweise eine Machbarkeitsstudie über die Entnahme von CO_2 aus der Luft auf den Weg bringen. Wir haben ein Recyclingprojekt für Second-Life-Konzepte für Batterien, ebenfalls beim ZSW, und es soll auf Antrag meines Kollegen aus dem Umwelt-AK, Karl Rombach, ein Projekt im Rahmen des Förderkonzepts für Wasserstoffregionen geben, mit dem wir versuchen, dieses Land, Deutschland, Europa und die Welt mit Innovationen voranzubringen. Das ist Klimaschutz konkret.

Ich nehme aber auch die 100 Millionen € für den Wald, die Klimaschutzstiftung, mit der wir sehr viele Möglichkeiten haben, um etwas beim CO_2-Ausgleich zu tun; wir haben für die Kommunen das „Klimaschutz-Plus“-Programm, wir haben die Solaroffensive, und wir haben in diesem Haushalt 20 Förderprogramme, damit Kommunen, Unternehmen, Kirchen und Verbände Geld anfordern können, damit wir bei der Energieeffizienz, bei der Abwärmenutzung, bei der kommunalen Wärmeplanung, bei der Kraft-Wärme-Kopplung und bei den energieeffizienten Wärmenetzen vorankommen. Das ist ein ganz starkes Stück für den Klimaschutz in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Wir, die CDU-Fraktion, wollen und werden nicht ruhen – auch nach diesem Haushalt der Superlative nicht –, damit wir hier in Baden-Württemberg weiter vorankommen. Wir wollen die Regierung konstruktiv darin begleiten, wie der Green New Deal aus Brüssel für Baden-Württemberg sinnvoll genutzt werden kann.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Horrorszenario!)

Wir müssen und dürfen diese Projekte nicht allein durchführen, sondern wir brauchen die enge Verbindung zwischen Brüssel und Stuttgart und wollen den Green New Deal für Baden-Württemberg positiv nutzen. Dazu erwarten wir von der Regierung einen ähnlich starken Aufschlag, wie ihn die Kommission jetzt geleistet hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD)

Wir werden – abschließend – bei der klimaneutralen Landesverwaltung weitermachen. Meine Damen und Herren, ab 2020 wird ein erstes Ministerium in Deutschland, nämlich das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das von Gerd Müller, einem CSU-Politiker, geführt wird, klimaneutral sein.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Hören die auf zu atmen, oder was?)

Das ist also möglich, und es wird bereits in Berlin umgesetzt. Auch von dort kommen gute Nachrichten, Herr Walter. Weiter so für Deutschland!

Danke.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Gernot Gruber SPD – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Müller ist ein guter Mann!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Gruber das Wort.

Abg. Gernot Gruber SPD: Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Danke für die Beiträge meiner Vorredner. Sie haben gezeigt: Das Glas ist in gewisser Weise gleichzeitig halb voll und halb leer, wenn wir auf die Umweltbilanz in Baden-Württemberg, in Deutschland und in der Welt schauen. Wir haben weniger Schadstoffe in unseren Flüssen, bessere Luft, bauen die regenerativen Energien aus und sparen CO_2 ein – aber viel zu wenig; wir kommen beim Thema Klimaschutz viel zu langsam voran. Der Kollege Walter hat eindrücklich darauf hingewiesen.

Ich bin dem Kollegen Nemeth dankbar, dass er den Blick auch auf das Land gerichtet hat, auf das, was wir hier im Land selbst tun können. Baden-Württemberg steht beim Thema Artenschutz besser da als Bayern. Aber auch in Baden-Württemberg geht die Artenvielfalt bei Tieren und Pflanzen zurück. Nach der Studie, die zitiert worden ist, liegt Baden-Württemberg bei der Energiewende konzeptionell an der Spitze. Aber beim Solarausbau ist Bayern deutlich besser, und beim Windkraftausbau ist Rheinland-Pfalz viel besser als Baden-Württemberg.

Wir sorgen uns alle – vielleicht sollte ich, wenn ich in die ganze Runde schaue, sagen: zumindest fast alle – um Waldschäden, Insektensterben, Klimaerwärmung. Aber viel zu oft, denke ich, zeigen viel zu viele mit dem Finger auf andere, statt bei sich selbst anzufangen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Das Land zeigt auf den Bund, die Kommunen verweisen auf zu geringe Fördergelder von Land und Bund, mancher Hausbesitzer mit englischem Rasen zeigt auf den Landwirt, manche Bäuerin aufs Ausland, und etliche Bürgerinnen und Bürger verweisen auf den Lebensstil des Nachbarn sowie auf dessen CO_2-Abdruck. Manche zeigen auch auf die Chinesen, wie wir gestern gehört haben.

(Abg. Anton Baron AfD: 11 Milliarden!)

Dass China mit 1,5 Milliarden Menschen mehr CO_2 verursacht als Deutschland mit 80 Millionen,

(Abg. Anton Baron AfD: 11 Milliarden!)

das ist Adam Riese in Klein. Aber richtig ist eben auch: Deutschland hat einen stärkeren CO_2-Fußabdruck als China. Deswegen müssen wir auch bei uns selbst anfangen und hier etwas tun.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Wir haben ja so viele Rohstoffe!)

(Gernot Gruber)

Denn wenn wir den Herausforderungen gerecht werden wollen, müssen wir uns alle anstrengen, müssen wir im Bund, im Land, in den Kommunen mehr tun. Ich denke, am Ende des Tages gilt das auch für jeden Einzelnen und jede Einzelne.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Wenn wir auf das Land schauen, zweifeln wir gar nicht daran, dass der Umweltminister und sein Team mit Fleiß und Engagement die Sachen anpacken. Es sind gerade auch viele Beispiele genannt worden. Trotzdem möchte ich auch ein bisschen Wasser in den Wein gießen: Nach unserer Einschätzung verpufft zu viel Engagement in Werbung in eigener Sache, während die eigentliche Sache, der Schutz von Klima, Umwelt und Natur, insgesamt zu langsam vorankommt.

(Beifall bei der SPD)

Beispiel Klimaschutz: Hier zählt am Ende des Tages, wie viel CO_2 wir tatsächlich eingespart haben, nicht, wie viel CO_2 wir einsparen wollen,

(Abg. Anton Baron AfD: Bundesweit!)

und auch nicht, wie gut unsere Konzepte sind. Diese sehen auf dem Papier manchmal besser aus, als sie in der Praxis wirken.

Obwohl Umweltminister Untersteller das CO_2-Einsparziel gegenüber dem Stand von 1990 für Baden-Württemberg von 30 auf 25 % abgesenkt hat, sind wir weit davon entfernt, es zu erreichen. Es hat eines Antrags der SPD-Fraktion bedurft, um die Zahlen deutlich offenzulegen. Wir sind hier lediglich bei 12 % CO_2-Einsparung – bei einem abgesenkten Ziel von 25 %. Der Bund verzeichnet immerhin 30 % CO_2-Einsparung gegenüber 1990. Auch das ist schlecht, weil das Ziel 40 % betrug. Aber man muss auch sagen: am Ende des Tages besser als das Land. Das zeigt, dass wir hier bei uns mehr tun müssen, um unserer Verantwortung gerecht zu werden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Daniel Born SPD: Das sind die Tatsachen!)

Die jungen Menschen der „Fridays for Future“-Bewegung haben – auch wenn uns nicht jede Wortwahl gefällt – das wichtige Thema zu Recht in den Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit gerückt. Auch wir Sozialdemokraten halten den kritisierten CO_2-Einstiegspreis im Korridor von 10 bis 35 € für zu niedrig angesetzt. Aber, Herr Walter, was gefehlt hat, ist eine Aussage: Welchen Preis hatte denn die Jamaika-Verhandlungsdelegation erreicht gehabt?

(Heiterkeit bei der SPD und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Da hat man nach meiner Kenntnis keinen CO_2-Preis vernommen und auch kein Klimaschutzgesetz.

(Beifall bei der SPD – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Nicht so eng gedacht worden!)

Insofern muss man Kritik vielleicht auch an der eigenen Verhandlungsleistung üben. Da freuen wir uns, dass es der SPD in den Koalitionsverhandlungen gelungen ist, das Klimaschutzgesetz durchzusetzen. Wir freuen uns, dass die Große Koalition im Bund den ganz wichtigen Kohleausstieg organisiert, durch den wirksam CO_2 eingespart wird.

Wir freuen uns natürlich auch über den europäischen Green Deal, der angesprochen worden ist, und die Pressemitteilung von Minister Untersteller, der derzeit – ich wusste das bis gestern gar nicht – der europäische Vorsitzende der „Under2 Coalition“ ist, der Koalition der Städte, Regionen und Bundesländer, um hier das Zwei-Grad-Ziel erreichen zu können und auch die Frage in den Vordergrund zu rücken: Was können die Regionen, was können die Bundesländer tun? Da ist Unterstützung angeboten worden. Das begrüßen wir ausdrücklich.

Ich möchte aber auch einmal darauf hinweisen: Es spart noch kein CO_2 ein, wenn eine 120-köpfige Delegation nach San Francisco fliegt, um das Memorandum of Understanding zu bejubeln.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Anton Baron AfD: Die Grünen fliegen gern! Das wissen wir!)

Das ist unter dem Strich noch kein hilfreicher Beitrag, wenn am Ende des Tages nicht wirksame Maßnahmen vereinbart werden und wir tatsächlich in der Praxis vorankommen.

Beim Thema Fliegen möchte ich schon darauf hinweisen – ich habe es mehrfach hier angesprochen –, dass der Flugverkehr deutlich zugenommen hat,

(Abg. Anton Baron AfD: Vor allem durch die Grünen!)

auf 100 Millionen Flugkilometer und damit um 39 % von 2013 bis 2018. Da hilft es dann wenig, wenn der Ministerpräsident das damit bagatellisiert, dass der Kohleausstieg viel wichtiger sei als der Flugverkehr. Das stimmt; das ist eine Binsenweisheit. Da gebe ich ihm recht. Aber wenn die Regierung an der Spitze noch nicht einmal das Ziel formuliert, dass wir eine Trendwende beim besonders klimaschädlichen Flugverkehr brauchen, dann werden wir am Ende des Tages, so fürchte ich, an dieser Stelle auch wenig erreichen. Da sehen wir Handlungsbedarf

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: CO_2-freien Sprit künftig!)

und hoffen, dass wir vorankommen.

Das Thema Windenergie ist angesprochen worden. Auch wir sind unglücklich über die 1 000-m-Regel im Bund. Wir hätten uns aber auch erhofft und gewünscht, dass Minister Untersteller im Land ebenso engagiert für die Rücknahme des faktischen 1 000-m-Abstands kämpft, der den Ausbau der Windenergie bei uns im Land auch schwieriger macht. Gestern hat es unser Fraktionsvorsitzender Stoch angesprochen: Wenn im laufenden Jahr in Rheinland-Pfalz 30 Windanlagen gebaut werden und in Baden-Württemberg nur drei, dann kann das nicht nur am Bund liegen. Dann muss man sich auch hier an die eigene Nase fassen und mit dem vielen Personal, das in den letzten Jahren aufgebaut worden ist, die Verfahren beschleunigen, und man darf nicht zulassen, dass sich diese immer mehr in die Länge ziehen. Herr Mastiaux hat davon gesprochen – unser Fraktionsvorsitzender Andreas Stoch hat es gestern thematisiert –, dass die Verfahren deutlich verlängert worden sind in Richtung fünf Jahre und deswegen viele Projektierer Windkraft gar nicht mehr angehen.

(Gernot Gruber)

Das Erneuerbare-Wärme-Gesetz ist vom Konzept her gut. Aber unterm Strich haben wir viel zu wenig Heizungsaustausche. Wir liegen noch unter dem ohnehin schon zu niedrigen Bundesdurchschnitt und können auch da unser CO_2-Einsparziel leider nicht so realisieren, wie es notwendig wäre.

Ich komme noch zum Natur- und Artenschutz. Da sind die Mittel im Haushalt seit 2011 erfreulicherweise kontinuierlich angestiegen. Uns beschleicht aber manchmal das Gefühl, dass der Anstieg von Geld, Personal, Kongressen, Flyern nicht proportional zum Nutzen für den realen Natur- und Artenschutz verläuft. Deswegen hat es auch das Volksbegehren der Aktion „Pro Biene“ gegeben, das deutlich gemacht hat: Wir müssen hier mehr machen. Unsere Umweltsprecherin Gabi Rolland hat immer wieder ganz konkret wirksame Maßnahmen für einen besseren Arten- und Naturschutz eingefordert. Wir sind aber auch froh, dass sich die Landesregierung mit den Verbänden an einen Tisch gesetzt hat. Ich hoffe, dass wir hier gemeinsam in die richtige Richtung vorankommen.

Nationalpark: Ich denke, wichtiger als das Nationalparkzentrum ist, dass wir auch hier mehr für den tatsächlichen Artenschutz tun, etwa im Lückenschluss zwischen dem Süd- und dem Nordteil, wie insgesamt der Ausweis von Naturschutzgebieten oder die Flächensicherung für Biotopverbünde sicherlich Aufgaben sind, bei denen wir auch noch besser werden können.

Ich komme zum Schluss. Unsere Haushaltsanträge: Wir haben uns, weil relativ viel Geld neu hineingegeben worden ist – Kollege Nemeth hat das klargemacht –, beschränkt auf etwas mehr Geld für Klimaschutz, um mehr CO_2-Einsparung zu erreichen. Im Gegenzug haben wir Einsparungen bei den Werbemaßnahmen, bei den Dienstleistungen für Dritte eingefordert. Wir sind damit im Finanzausschuss nicht durchgekommen – so ist das Leben als Opposition. Vielleicht hat man ein paar Tage später trotzdem Glück – beispielsweise beim Freiwilligen Ökologischen Jahr oder bei der PFC-Sanierung, wo unsere Anträge später aufgegriffen worden sind.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Ich fasse unsere Position, die Position der SPD, zusammen: Wir appellieren an die Landesregierung, bei der Fortentwicklung des Klimaschutzgesetzes, bei Maßnahmen zum Arten- und Naturschutz noch mehr Konkretes im Land auf den Weg zu bringen. Wir Sozialdemokraten sagen zu, dass wir weiterhin am konstruktiven Dreiklang mitarbeiten: kritisches Hinterfragen der Regierungsarbeit, eigene Initiativen und Anstöße und natürlich Mitarbeit am kommenden Klimaschutzgesetz.

In diesem Sinn Danke für Ihr Zuhören.

Zum Abschluss noch unser Fazit: Dem Umwelthaushalt insgesamt stimmen wir der Umwelt, dem Klimaschutz, der Artenvielfalt und der Energiewende zuliebe zu.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr anständig!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Voigtmann.

(Zurufe)

Abg. Klaus-Günther Voigtmann AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sinn und Zweck einer Haushaltsdebatte, insbesondere dann, wenn es um einen Doppelhaushalt über zwei Jahre geht, sollte es doch sein, auch kurz innezuhalten

(Unruhe)

und zu überprüfen, inwieweit in den vergangenen Jahren die Ziele im Rahmen der Haushaltsansätze realisiert worden sind. Für das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft gilt es dabei insbesondere, den in Artikel 20 a des Grundgesetzes etwas versteckten Passus zum Natur- und Klimaschutz zu beachten. Dabei sollte auch der Grundsatz der Angemessenheit von Kosten und Nutzen einbezogen werden. Dies zu ermitteln ist im Einzelfall sicher manchmal schwierig; allerdings sollte es deswegen nicht unbeachtet bleiben.

Schauen wir uns in der Vergangenheit aufgewendete Mittel im Haushalt für Natur- und Klimaschutz genauer an, müssen wir feststellen, dass die Aufwendungen in mehrfacher Millionenhöhe insgesamt nur einen relativ bescheidenen Nutzen gebracht haben. Oft wird dieser auch gar nicht explizit ermittelt. Ein Beispiel: Bei der Energiebereitstellung und -erzeugung wird seit Jahren mit wenig Sinn und Verstand ein konventionelles Kraftwerk nach dem anderen aus dem Netz gekegelt, ohne dass man sich ernsthaft darüber Gedanken macht, wo morgen und übermorgen der Strom herkommen soll.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Laut McKinsey gehen in den nächsten zehn Jahren 43 % der gesamten gesicherten Leistung vom Netz. Kern- und Kohlekraftwerke decken heute noch knapp die Hälfte unseres Strombedarfs, während die andere Hälfte aus zum Teil höchst unsicheren Quellen stammt, allen voran Windrädern. Besagte Windräder drehen sich allerdings analog zum Herumgeeiere der Landesregierung seit einiger Zeit mit erheblicher Unwucht. Man darf gespannt sein, wie lange das noch gut geht. Bekanntlich ist ja der Zubau von Windrädern in Baden-Württemberg weitestgehend – und naheliegend – zum Erliegen gekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Zu allem Überfluss fallen demnächst nach Ablauf der 20-Jahre-Förderfrist auch noch die ersten Windmühlen aus der EEG-Förderung. Manchmal fallen sie auch schon vorher auseinander.

(Lachen der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Doch ohne Subventionen ist ein Weiterbetrieb dieser Anlagen unwirtschaftlich.

Es steht also ein massiver Rückbau ins Haus. Rückbau, so wird jeder sagen, macht ja kein Problem. Wie sagen die grünen Kobolde? Wir machen einfach Repowering. Das Problem ist nur: Wohin mit den ausrangierten Rotorblättern der alten Rotoren der Altanlagen?

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

(Klaus-Günther Voigtmann)

Die bestehen zu 70 % aus Karbonfasern und glasfaserverstärkten Kunststoffen, für die es keine gescheite Entsorgung gibt. Das ist Sondermüll vom Feinsten, der weder verbrannt werden darf noch auf Deponien gelagert werden kann. Sollte dieser Umweltfrevel ruchbar werden, könnte nach Kernkraft und Kohle auch die Windkraft ins politische Abseits geraten. Dann allerdings wird es eng. – Es tut mir leid, aber manchmal bleibt einem nur die Ironie. Denn das, was hierzulande energiepolitisch getrieben wird, ist alles andere als witzig; es ist eher aberwitzig.

(Beifall bei der AfD)

Es ist in höchstem Maß unverantwortlich. Wie kann man nur eine intakte Stromversorgung aus ideologischen Gründen in Trümmer legen, ohne eine gleichwertige Alternative in der Hinterhand zu haben?

(Zurufe von der AfD: Ja!)

Hören Sie auf, mit den erneuerbaren Energien fortwährend die Krönung des technischen Fortschritts zu feiern. Sie sind physikalisch gesehen natürlich überhaupt nicht erneuerbar. Das weiß jeder, der ein bisschen Physik gehört hat. Sie streuen den Leuten Sand in die Augen. Mit Windrädern ist kein Staat zu machen.

(Beifall bei der AfD)

Es ist naiv, zu glauben, mit Flatterstrom eine Industrienation am Laufen halten zu können. Ebenso naiv ist es, anzunehmen, den Strompreis immer weiter aufblasen zu können, ohne negative Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft in Kauf nehmen zu müssen.

Wann nehmen Sie endlich zur Kenntnis, dass installierte Leistung und gesicherte Leistung zwei Paar Stiefel sind? Ist doch nicht schwer zu verstehen! Sie können noch so viel zusätzliche Nennleistung installieren – wenn der Wind nicht bläst, ist der Ertrag immer gleich null.

(Beifall bei der AfD)

Wenn der Ertrag gleich null ist, müssen notgedrungen andere, zuverlässigere Kraftwerke einspringen, sonst geht hier das Licht aus. Neueste Idee von Grün-Schwarz ist nun, für alle Neubauten in Baden-Württemberg verpflichtend PV auf dem Dach vorzuschreiben.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Gute Idee! – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Schnapsidee!)

Diese nicht ganz neue grüne Idee wurde jüngst von der CDU begeistert aufgegriffen und von ihrem energiepolitischen Sprecher als Ei des Kolumbus in die Presse gebracht.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: „Ei des Kolumbus“!)

Für die AfD ist dieser alte Hut nach der Dachbegrünung nun ein weiterer Versuch, die Hausbaukosten im Südwesten weiter in die Höhe zu treiben.

(Beifall bei der AfD)

Im Ergebnis würde das aber nur den Effekt haben, dass, wenn in den Monaten Mai bis September – falls überhaupt – in den Mittagsstunden die Sonne scheint, die Überschussmengen an Strom in diesen Stunden irgendwie entsorgt werden müssen, oder wenn sie im Eigenverbrauch landen, mit hohen Kosten in den Haushalten gespeichert werden müssen, also mit Akkus oder ähnlichen Einrichtungen, oder gar nicht wirksam wären. Denn wenn man ihn nicht über den Zähler ins Netz einspeist, ist der Strom, der über die Mittagsstunden erzeugt wird, einfach verloren.

Fakt ist leider aber auch, dass sich Lieferausfälle bei Wind- und PV-Anlagen weder mit Batteriespeichern noch mit Biomasse oder Wasserkraft überbrücken lassen. Dafür haben wir davon viel zu wenig. Man wird daher nie ganz auf thermische Kraftwerke verzichten können, wobei dann wieder das Methan-Gespenst in die Diskussion kommt, wenn Gaskraftwerke mit exorbitant hohen Kilowattstundenpreisen die Lücke in der Energiebereitstellung überbrücken müssen. Die Verbraucherpreise für Strom bewegen sich dann schnell in Richtung 1 € pro Kilowattstunde.

Unproblematisch ist das Ganze ohnehin auch geopolitisch nicht, wie der aufkommende Streit mit den USA in Sachen Nord Stream zeigt. Dies addiert sich ebenfalls zu der Problematik, dass Methan nach Überzeugung einer überwältigenden Mehrheit echter Klimaforscher eine deutlich höhere Klimasensitivität aufweist als das relativ harmlose, aber verteufelte CO_2.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Ja!)

Auch auf Energiehilfen aus dem Ausland brauchen wir nicht zu schielen. Die klimatischen Verhältnisse sind in weiten Teilen Europas oft ziemlich ähnlich. Herrscht irgendwo Dunkelflaute, sind die Nachbarn häufig ebenfalls betroffen. Dann hilft es nicht, sich auf Frankreich, Polen oder sonst wen berufen zu wollen. Die sehen erst mal zu, dass sie ihren Strom selbst verbrauchen,

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

und was dann übrig ist, könnten wir bekommen. Aber es kann auch passieren, dass wir keinen Strom bekommen.

Diese ganze Energiewende ist an Scheinheiligkeit kaum zu überbieten. Aufgrund edelster ethischer Gesinnung steigen wir aus Kohle und Kernkraft aus, wohl wissend, bei Versorgungsengpässen mit Strom aus französischer Kernkraft oder polnischer Kohle beliefert zu werden.

Energiepolitik ist kein Politikfeld wie jedes andere. Am Strom hängen unser Wohlstand und unsere ganze Lebensführung.

(Beifall bei der AfD)

Ohne stabiles Stromnetz brauchen wir über Arbeitsplätze, Steuern, politische Gestaltungsspielräume oder Haushaltspläne erst gar nicht zu reden.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: So ist es!)

Genau das tun Sie aber. Trotz drohender Versorgungsunsicherheit schieben Sie Steuermilliarden mit vollen Händen in Prestigeprojekte wie Nationalparks und Ähnliches.

(Klaus-Günther Voigtmann)

Sie legen einen Doppelhaushalt vor, der unübersehbar darauf zielt, durch einen beispiellosen Stellenaufwuchs Ihren politischen Einfluss im Land auf Jahre hinaus zu zementieren, vielleicht in Vorahnung, dass dies Ihr letzter Haushalt gewesen sein könnte.

(Beifall bei der AfD – Abg. Rüdiger Klos AfD: Ja!)

Mit der grünen Herrlichkeit könnte es nämlich ganz schnell vorüber sein, falls das Stromnetz eines Tages tatsächlich zusammenbrechen sollte. Wenn dies geschieht, dann brauchen Sie garantiert keine Gedanken mehr an eine grüne Kanzlerschaft zu verwenden.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Die Energiewende ist grandios gescheitert. Ziel war es in erster Linie, die CO_2-Emissionen signifikant zu senken. Was haben Sie erreicht? Nichts. Sie stehen vor den Trümmern Ihrer Politik, vor den Abgründen Ihrer Hybris. Es ist höchste Zeit, die ideologischen Scheuklappen abzulegen und die Energiepolitik des Landes wieder auf ein tragfähiges Fundament zu stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Es gilt, endlich das zu beherzigen, was die Landesregierung stets eingefordert, aber nie umgesetzt hat: Technologieoffenheit.

(Zuruf von der AfD: Ja!)

Wenn Technologieoffenheit keine leere Worthülse bleiben soll, dann muss im Interesse des Landes und unter CO_2-Gesichtspunkten auch endlich wieder eine Technologie auf den Prüfstand kommen, die in den vergangenen Jahren weitestgehend unbeachtet – zumindest von der deutschen Öffentlichkeit – enorme Fortschritte erzielt hat. Die Rede ist von der Kernkraft. Konzepte, die aktuell unter dem Begriff „Generation-IV-Kernkraftwerke“ international entwickelt werden, machen gerade unter sicherheitstechnischen Aspekten einen überaus vielversprechenden Eindruck.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Zurück zur Dinosaurierzeit!)

Es ist doch höchst bemerkenswert, dass in Reaktoren dieser Art konstruktionsbedingt eine Kernschmelze gar nicht mehr stattfinden kann. Nicht minder erstaunlich ist deren Fähigkeit, radioaktive Abfälle und kerntechnisches Material als Brennstoff zu verwenden.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Atomkraftpartei!)

Nach längeren Recherchen hat die AfD ein Budget in Höhe von 10 Millionen € vorgeschlagen, um ein Institut für Kernforschung in Karlsruhe auf den Weg zu bringen. Das ist an dieser Stelle nicht ganz neu.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: AfD bedeutet „Atomkraft für Deutschland“!)

Insofern wiederholen wir nur etwas, was vor vielen Jahren gang und gäbe war.

Die erste Reaktion der anderen Parteien war, das sei viel zu wenig. Okay, dem kann man leicht abhelfen. Man hätte hier von anderer Seite selbst einen höheren Ansatz wählen können. Da das aber nicht passiert ist, haben wir uns gedacht, dass wir in der zweiten Lesung nun einen geänderten Antrag mit verdoppelten Ansätzen vorlegen, obwohl auch Experten auf diesem Gebiet sagen: Für die ersten ein, zwei Jahre sind 10 bis 20 Millionen € eine durchaus angemessene Größenordnung.

Ich kann Ihnen nur sagen: Manchmal muss man auch über den eigenen 1968er-Schatten springen,

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

welcher inzwischen verdammt lang geworden ist. „Kernkraft? Nein danke!“ hat sich zumindest in großen Teilen der Welt abgenutzt. Dazu muss man allerdings ein wenig über den eigenen Tellerrand schauen – oder mit noch größeren Anstrengungen über den eigenen Gartenzaun.

(Heiterkeit bei der AfD)

Ausschuss-Hurtigreisen nach Norwegen oder Lustreisen nach Südtirol helfen da wenig. Für neue Einsichten zu empfehlen sind Reisen nach Frankreich, in die USA – z. B. ein Besuch bei Bill Gates – oder nach China.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Karrais.

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Klimaschutz ist tatsächlich ein zentrales Thema unserer Zeit. Wir sollten aber nicht, wie so manche Akteure in der Politik es zu tun scheinen, in Panik verfallen und jetzt mit den Händen wedelnd alles mit uns herunterreißen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Vielmehr sollten wir besonnen darüber nachdenken, wie wir die Herausforderung der Einhaltung der Klimaziele erreichen können.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Ausführungen des Kollegen Walter von den Grünen klingen erst mal ganz nett. Wenn man aber darüber nachdenkt, wird klar, dass das Ganze in letzter Konsequenz die Gefahr birgt, kein Klimaschutzprogramm, sondern ein Deindustrialisierungsprogramm zu sein.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Im Gegenteil!)

Das wird weder das Klima retten, noch werden wir damit die Leute mitnehmen. Denn wir müssen bei allen Herausforderungen, die wir zu meistern haben, die Menschen im Land mitnehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Zuruf von der AfD: Sehr richtig! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Was bedeutet denn mehr Fotovoltaik? Das bedeutet doch mehr Arbeitsplätze! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Mehr Windkraft, mehr Arbeitsplätze! Mehr neue Technologien, mehr Arbeitsplätze!)

(Daniel Karrais)

Vor allem geht es darum, dass wir uns – wir sprechen über den Landeshaushalt – hier zu sehr mit uns im Land beschäftigen. Dabei sind Klimafragen vor allem auf europäischer, auf globaler Ebene und zur Not, wenn es nicht anders geht, auf nationaler Ebene zu meistern. Da sollte das Land nach dem Motto „Schuster, bleib bei deinem Leisten“ verfahren und entsprechend agieren. Das Land sollte die Maßnahmen ergreifen, die es auch ergreifen kann. Es sollte nicht dort, wo die verfassungsrechtliche Kompetenz fehlt, darüber lamentiert werden, dass aufgrund irgendeiner Gesetzgebung in Berlin und Brüssel – je nachdem, worum es geht – alles nicht so einfach ist. Vielmehr sollten wir uns auf unsere Stärken besinnen, darauf, was wir wirklich können. Denn so können wir unseren Beitrag leisten mit dem, was wir am besten können.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Eine zentrale Botschaft fehlt mir in der ganzen Geschichte. Das ist die Aussage: CO_2 kennt keine Grenzen. Es ist nämlich unerheblich, ob das CO_2 in Baden-Württemberg produziert wird oder sonst wo.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: In China!)

Vielmehr kommt es auf die Gesamtmenge an. In verschiedenen Initiativen der FDP/DVP-Fraktion in der Vergangenheit haben wir lernen dürfen, dass z. B., was die sichere Kraftwerksleistung angeht, gesagt wird: Das ist alles gar kein großes Problem; im Notfall wird Strom halt importiert. Das machen wir ja sowieso. Aus welchen Energiequellen der Strom dann kommt, wird dabei aber ausgeblendet.

(Zuruf von der CDU: Offshore! – Zuruf von den Grünen: Windstrom aus Deutschland!)

Dann haben wir hier vielleicht eine ganz gute CO_2-Bilanz, aber das CO_2 entsteht halt im Kraftwerk in Polen.

(Zurufe)

Ein Doppelhaushalt ist auch eine Gelegenheit, eine Bilanz der vergangenen zwei Jahre zu ziehen und über das zu sprechen, was kommen soll. Ich nenne drei Beispiele, bei denen die Landesregierung hinter dem eigenen Anspruch zurückbleibt.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Was, nur drei Beispiele?)

2020 war eine wichtige Zielmarke für drei Projekte. Das erste Beispiel ist das Klimaschutzgesetz, das 2014 von CDU, Grünen und SPD verabschiedet wurde. Darin wurde das Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen bis 2020 im Vergleich zu 1990 um 20 % zu mindern. Erreicht haben wir 11,6 %, also ein bisschen mehr als die Hälfte. Woran liegt das? Das liegt daran, dass wir uns Ziele gesetzt haben, für die wir keine gesetzgeberische Kompetenz haben und für die wir deshalb nicht so Gas geben können, wie wir es wollen.

Wir müssen uns nach wie vor auf unsere Stärken besinnen. Das ist die Förderung von Forschung und Technologie. Das ist nämlich das, was wir in Baden-Württemberg am besten können und was wir global zum Klimaschutz beitragen können.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das zweite Beispiel ist das Ziel des Umweltministeriums, bis 2020 10 % der Energieproduktion aus Windkraft zu erreichen. 2019 haben wir 3,7 % erreicht. Sie sagen jetzt, das seien alles schlechte Vorgaben von der Bundesnetzagentur, von der Bundesregierung usw. Aber es hängt doch auch bei uns im Land. Da klemmt es. Vor allem wurde die Solartechnik völlig ausgeblendet. Damit hätten wir auch einen sinnvollen Beitrag leisten können. Bayern hat es vorgemacht. Auch wir hätten die Chance gehabt, hier deutlich engagierter voranzuschreiten; denn wir haben deutlich mehr Sonnenstunden als die Bundesländer im Norden, die dafür wiederum mehr Wind haben. Auch da sollten wir uns auf unsere Stärken besinnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Das dritte Beispiel ist das Strategieprojekt „Green IT 2020“. Der Strombedarf der Landesverwaltung im Bereich IT sollte von 160 GWh bis 2020 auf 145 GWh gesenkt werden. Bis jetzt haben wir eine Stromeinsparung von nur 3 % erreicht. Vielleicht ist das der Grund dafür, warum die Ausstattung der Polizei mit Smartphones und Laptops so schleppend vorangeht. Es spart nämlich Strom, wenn es die Geräte in der Landesverwaltung gar nicht erst gibt. Auch hier sehen wir: Es gibt eine große Ankündigungspolitik, es werden Stellen geschaffen. Aber leider wird nur wenig hinterlegt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Was wir in den vergangenen Jahren im Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – gesehen haben, ist vor allem ein extremer Stellenaufwuchs. Von 900 Stellen beim Amtsantritt von Minister Untersteller sind wir jetzt bei 1 300 Stellen im Umweltministerium gelandet.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Da geht noch was!)

Die Basis dafür ist ein methodisch eher seltsam anmutendes Gutachten. Es ist natürlich schon eine Hausnummer, wenn man sich so stark vergrößert. Allein im Bereich des Nationalparks wurden Stellen im Umfang von 105 Vollzeitäquivalenten geschaffen. Wir fragen uns, ob der Fokus des Ministeriums da auf der richtigen Stelle liegt. Wir sollten uns doch eigentlich auf die Fragen besinnen, bei denen es um den Klimaschutz geht.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Wir, die FDP/DVP-Fraktion, haben dazu entsprechende Kürzungsanträge gestellt. Die sind nicht neu. Solche hatten wir auch schon in die letzten Haushaltsberatungen eingebracht. Wir halten sie aber noch immer für richtig; darum haben wir sie erneut eingebracht.

Wenn wir uns das anschauen, was die Regierungsfraktionen für das Spielgeld eingebracht haben, das ihnen zur Verfügung steht, dann ist das erstaunlich. So haben wir z. B. einen konkreten Vorschlag gemacht: Die Kollegin Reich-Gutjahr hat einen Antrag zur Regionalität bei privaten Kompensationsmodellen für Treibhausgasemissionen eingebracht, in dem es darum ging, z. B. für Flugreisen eine vernünftige Plattform zu schaffen, durch die regionale Projekte gefördert werden, die zum CO_2-Ausgleich beitragen. Das wären Projekte gewesen, die eine Nachvollziehbarkeit gewährleisten.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das haben wir doch im Antrag! Im Haushalt ist doch ein Antrag dazu!)

(Daniel Karrais)

Sie gewährleisten auch eine Nähe zu den Menschen, die das nutzen wollen, statt irgendwelche Projekte in Südamerika zu unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Dazu stand doch ein Antrag im Haushalt!)

– Dazu komme ich gleich noch, Herr Rösler.

Das war unser Vorschlag. Den hat das Ministerium zunächst abgelehnt. Durch einen Änderungsantrag der Regierungsfraktionen wurde das dann aufgenommen. Das ist ja schön. Aber es zeigt: Auch an dieser Stelle kommt die Einsicht an vielen Stellen leider erst sehr spät.

Dazu werden im Umweltministerium noch jede Menge Projekte für die grüne Szene finanziert. Es gibt 115 000 € für Repair Cafés, 16 Millionen € für kleinteilige Naturschutzprojekte, jeweils eine halbe Million Euro für Naturschutzfonds oder Naturschutzberatung. Da wird hauptsächlich grüne Klientel bedient, und in vielen zentralen Fragen wird leider zu wenig gemacht, wie z. B. beim Thema Wasserstoff.

Damit komme ich auch zu dem, was wir uns vorstellen. Wir sollten aufhören, uns Ziele zu setzen, für die uns die verfassungsrechtliche Kompetenz fehlt. Wir wollen deshalb, dass sich das Land mehr einsetzt im Bereich Forschung und Entwicklung, im Bereich von Technologien, die zum Klimaschutz beitragen können, für praxisnahe Beratung für die Akteure bei uns im Land, für ein vernünftiges Planungsrecht, das auch ein zentraler Faktor ist, wenn es um verschiedene Ausbauvorhaben von unterschiedlichen Technologien und Maßnahmen geht, und wir wollen vor allem, dass das Land hier die Aufgaben erledigt, die wir hier auch erledigen können,

(Beifall der Abg. Jochen Haußmann und Dr. Timm Kern FDP/DVP – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

und nicht nur mit dem Finger auf Brüssel und Berlin zeigt und hier dann nichts zustande bekommt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wie gesagt: Wir wollen eine Konzentration auf Forschung und Entwicklung. So haben wir z. B. den Antrag gestellt, dass die Forschungsfabrik HyFab als guter Ansatz direkt vom Land vorfinanziert wird, statt zu warten, bis das Geld vom Bund kommt. Denn das birgt die große Gefahr, dass das Gleiche passiert wie bei der Batterieforschungsfabrik: dass dann eine Bundesministerin kommt und das Forschungsprojekt nach NRW oder sonst wohin schickt, aber nicht nach Baden-Württemberg, wo wir die technologische Kompetenz haben.

Da hätten wir uns mehr Mut von der Landesregierung gewünscht, dass sie das vorfinanziert. Das Geld ist ja da; die Landesregierung hat das Geld. Da sollte man auch den mutigen Schritt voran wagen und in den Wasserstoff einsteigen, also in diesem Bereich mehr forschen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Denn Wasserstoff ist das Erdöl der Zukunft, und das nicht nur im Mobilitätsbereich.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Er ist beispielsweise auch im Bereich der Gebäudewärme und bei der Energiewende im Allgemeinen ein wichtiger Beitrag, der dort geleistet werden kann. Darum ist Wasserstoff ein extrem wichtiges Thema.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Da brauchen wir aber mehr regenerative Energien!)

Hier sollten wir voranschreiten. Die weltweit meisten Patentanmeldungen gibt es in Baden-Württemberg, in Deutschland. Dieses Potenzial können wir nutzen, und das sollten wir auch tun; das sollten wir voranbringen, vor allem, um auch hier die Industrie, die Wirtschaft zu stimulieren und entsprechend voranzuschreiten.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Karrais, lassen Sie noch eine Zwischenfrage – oder fast Endfrage – von Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Nein. – Damit komme ich zum Schluss: Wir wollen ein klares Voranschreiten durch Innovation, durch Forschung und Technologie, aber vor allem auch durch europäische Initiativen, indem z. B. der CO_2-Zertifikatehandel möglichst stark ausgeweitet wird. Das ist das, was wir uns vorstellen. Denn wir müssen die Themen CO_2-Emissionen, Treibhausgasemissionen ganzheitlich betrachten und nicht einseitig, indem wir Einzelaspekte herausgreifen.

Das ist unsere Zielvorstellung, und dazu kann das Land durch eine sorgfältige Zielsetzung auch etwas beitragen. Was wir nicht brauchen, ist eine Zielsetzung, die letztendlich nicht eingehalten werden kann, weil wir gar nicht die Kompetenz dazu haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der FDP/DVP: Bravo!)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Fiechtner.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Schon wieder?)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, Sonstige A bis Z! Die große Überschrift über die Debatte der vier Fraktionen

(Heiterkeit des Abg. Anton Baron AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Das muss einem wirklich Sorgen machen!)

SPD, GRÜNE, FDP/DVP – mit Grenzen – und CDU heißt: Totaler mentaler Blackout, eine Totalverdunkelung, Verdumpfung des Sinnes, des Verstands. Aber es ist ja ganz klar, unter welcher Führung das steht. Wenn der Ministerpräsident dies in Unkenntnis macht, dass er die Menschen – die auch hier oben sitzen – verblödet und verdummt, um ihnen das Geld aus den Taschen zu ziehen

(Zuruf: Sie vielleicht!)

und ihre Freiheitsrechte zu begrenzen, dann muss er abtreten wegen Demenz.

Wenn er es bewusst macht, dann muss er von seinem Sessel verjagt werden, weil er dafür sorgt, dass unser Land den Weg von Venezuela geht. Aber es ist ja kein Wunder. Ein Altmaoist, der noch mit Pol Pot und Ähnlichem sympathisiert hat,

(Abg. Sascha Binder SPD: Sie wiederholen sich! – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie wiederholen sich bei jedem Tagesordnungspunkt!)

der findet es natürlich auch geil,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das reicht jetzt! Das Maß ist voll für heute! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Herr Sckerl, Sie brauchen den Mund gar nicht mehr aufreißen! Das heute Morgen war unterirdisch! – Weitere Zurufe)

wenn ein Land in der Destabilisation

(Vereinzelt Beifall)

und in der Zivilisationsferne versinkt.

Herr Walter hat ja den Takt aufgeschlagen und sprach vom heißesten Jahr. So funktioniert Propaganda.

(Unruhe)

Es ist mitnichten das heißeste Jahr gewesen. Diese ganzen Daten sind gefälschte Daten, wie wir wissen. Wir haben seit 15, 20 Jahren stabile Temperaturen.

(Anhaltende Unruhe)

Wir haben auch nicht das wärmste Jahr; wir hatten schon viel wärmere Jahre in den Vierzigerjahren. Aber so funktioniert das IPCC. Das IPCC ist eine Behörde aus Diktaturen, es ist kein wissenschaftliches Gremium, es ist ein Konstrukt der Vereinten Nationen, ein Sammelsurium von Diktaturen, von totalitären – –

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, mäßigen Sie sich bitte in Ihrer Wortwahl.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zu Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Was haben Sie heute Morgen schon wieder genommen?)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsident, könnten Sie endlich die Zensur meiner Rede unterlassen. Es ist unerträglich, wie Sie hier agieren.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Es ist unerträglich, was Sie machen! – Unruhe)

Weil auch – –

(Abg. Andrea Bogner-Unden GRÜNE: Wenn Sie dazwischenrufen, machen wir das auch!)

Weil auch – –

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, Herr Abg. Dr. Fiechtner hat das Wort. – Herr Abg. Dr. Fiechtner, wenn Sie noch einmal auf diese Art kommen, erhalten Sie einen zweiten Ordnungsruf.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sie kennen offensichtlich nicht das Urteil des Verfassungsgerichtshofs, nach dem Kritik am Präsidium mittlerweile ausdrücklich erlaubt ist.

(Zuruf des Abg. Thomas Hentschel GRÜNE)

Noch ein Wort zu CO_2: CO_2 wird allenfalls zu 4 % überhaupt vom Menschen verursacht. Das heißt, zu 96 % sind es natürliche Ursachen. Von diesen 4 % – – Ich bitte Sie alle, jetzt zuzuhören:

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Glauben Sie nicht jeden Mist, der hier vom Podium aus erzählt wird.

(Unruhe)

Meine Rede ist kein Mist. Überprüfen Sie es.

2 % ...

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, Ihre Redezeit ist beendet.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): ... davon werden von Deutschland produziert. Egal, was wir machen, wir können sogar unsere Produktion komplett einstellen, wir können uns alle umbringen hier in Deutschland,

(Zuruf von der CDU: Fangen Sie an!)

es wird an diesem herbeigeredeten Klimawandel nichts ändern.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, Ihre Redezeit ist zu Ende. – Danke.

Für die Landesregierung

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

erteile ich das Wort Herrn Minister Untersteller.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das ist der reine Wahnsinn! Du glaubst echt, du bist in der Klapsmühle!)

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! „Verdrängen heißt verschärfen“, das hat kürzlich der ZEIT-Journalist Bernd Ulrich über notwendige Maßnahmen für den Klimaschutz geschrieben. Was wir heute versäumen, das wird uns später einholen.

(Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Deshalb sind der Klimaschutz und die Energiewende zwei herausragende Schwerpunkte in diesem Haushalt. Darauf haben Kollege Nemeth und Kollege Walter in ihren Reden ausdrücklich hingewiesen. Auch Kollege Gruber habe ich in seiner Rede durchaus so verstanden, dass auch die SPD das so sieht. Ich bedanke mich ausdrücklich für die Reden. Ich danke auch Ihnen, Herr Karrais, und den beiden Koalitionsfraktionen. Ihnen, Herr Gruber, danke ich für die zugesagte Zustimmung zu unserem Haushalt.

(Minister Franz Untersteller)

Auf einige Punkte, Herr Karrais, werde ich später noch eingehen.

In diesem Haushaltsentwurf, den wir vorgelegt haben, waren zunächst insgesamt 300 Millionen € für den Klimaschutz enthalten – so viel wie noch nie zuvor. Das verteilt sich über mehrere Häuser hinweg: hauptsächlich beim Verkehrsministerium, beim MLR, bei meinem Haus, aber auch beim FM, wenn man an die landeseigenen Liegenschaften denkt. 300 Millionen €.

Wir haben dann nach der November-Steuerschätzung, wie Sie wissen, noch einmal zusammengesessen, und es wurden weitere 300 Millionen € bereitgestellt. Einen solchen Umfang hat es noch nie auch nur ansatzweise gegeben; noch nie gab es einen Haushalt, in dem so viele Mittel

(Zuruf von der AfD: Zum Glück!)

für das Thema Klimaschutz bereitgestellt wurden. Dafür möchte ich ausdrücklich danken.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU und der SPD)

Dass wir in Baden-Württemberg, was das Thema Energiewende betrifft, offensichtlich durchaus ein paar Dinge richtig machen, das hat, fand ich jedenfalls, die Studie gezeigt, die die Agentur für erneuerbare Energien in Berlin vor Kurzem vorgelegt hat. Zwei Institute, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung und das ZSW in Stuttgart, haben diese Studie im Vergleich der Bundesländer durchgeführt. Es wurde vorhin schon angesprochen: Baden-Württemberg hat hier gemeinsam mit Schleswig-Holstein eine Spitzenposition. Wir liegen ganz knapp – um 0,1 oder 0,2 Prozentpunkte – hinter Schleswig-Holstein.

(Abg. Paul Nemeth CDU: 2!)

– Das ist auch egal.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Den Menschen nicht!)

Aber damit kann ich gut leben. Das zeigt – das will ich nur sagen –, dass wir uns – da knüpfe ich an das an, was der Kollege Nemeth angesprochen hat – auf das Land konzentrieren. Es ist offensichtlich, dass wir, was das Land Baden-Württemberg betrifft und was unsere Möglichkeiten betrifft, ein paar Dinge richtig machen mit unseren Förderprogrammen, mit unseren Beratungsprogrammen und auch mit dem, was wir bisher ordnungsrechtlich an Ansätzen gewählt haben, z. B. mit dem Erneuerbare-Wärme-Gesetz; ich nenne aber auch die Vorhaben zur Fortschreibung des Klimaschutzgesetzes mit der verbindlichen kommunalen Wärmeplanung. Dies soll dann wiederum Grundlage für die Umsetzung von Nahwärmekonzepten in den Städten sein. Damit erreichen wir immerhin die Hälfte der Bevölkerung.

Wir sind derzeit dabei, das Klimaschutzgesetz weiterzuentwickeln. Ich habe es schon angedeutet: Wir werden das zu Beginn des neuen Jahres vorlegen. Das Gleiche gilt für die Fortschreibung des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts, das wir in diesem Jahr, auch mit einer großen Öffentlichkeitsbeteiligung – Verbändetische, Bürgerinnen- und Bürgertische, Onlinebeteiligung –, weiterentwickelt haben. Es sind dabei eine Reihe von Ideen zusammengekommen. Auch das Integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept werden wir im neuen Jahr hier im Parlament besprechen können.

Ich möchte aber noch einmal auf das eingehen, was – ich habe es schon erwähnt – Kollege Nemeth ebenso wie auch Kollege Karrais angesprochen haben, nämlich die Forderung, sich auf das zu konzentrieren, was wir hier im Land tun können. Das ist nicht so einfach. Nehmen wir einmal den Klimaschutz. Der Klimaschutz ist ein globales Problem. Im Gegensatz zu früheren Umweltproblemen, die regional begrenzt waren – wenn auch beispielsweise mit der Ausnahme der FCKW-Freisetzung –, ist der Klimaschutz ein globales Problem. Wenn wir das in den Griff bekommen wollen, dann ist es natürlich notwendig, dass alle Ebenen ineinandergreifen: die internationale Ebene, die EU, der Bund, das Land und die Kommunen – um einmal diese Player zu nennen.

Was den Klimaschutz betrifft, so entscheiden sich wesentliche Teile in drei Feldern: im Stromsektor, im Wärmesektor und im Verkehrssektor. Im Stromsektor – das ist nun einmal so – setzt die EU die Standards mit dem europäischen Emissionshandel. Der Bund setzt in gewissem Umfang Standards mit dem Kohleausstieg, über den ja demnächst beraten werden soll. – Auch da muss man fragen: Was wäre er wert, wenn nicht auch eine Regelung drinsteht, dass bei den stillgelegten Kohlekraftwerken auch die Zertifikate stillgelegt werden? Das fehlt nämlich derzeit dabei. Wenn wir das nicht machten, dann könnten wir es gleich lassen.

Aber dazu gehört natürlich auch, die Rahmenbedingungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien zu gestalten, und diese werden nun mal in Berlin gesetzt und nicht hier; ich komme gleich noch darauf zurück.

Beim Verkehrssektor ist es ähnlich: Die CO_2-Grenzwerte werden in Brüssel gesetzt. Entsprechendes gilt auch für Gebäude: Das Gebäudeenergiegesetz wird in Berlin geschrieben, und das ist für uns sozusagen die Grundlage.

Wenn wir uns dann Klimaschutzziele setzen – Herr Karrais, das war schon 2013 so, und das ist auch jetzt so in Bezug auf das Ziel, das wir im Klimaschutzgesetz verankert haben –, dann legen wir natürlich mit zugrunde, dass die vorgelagerten Ebenen ihre Hausaufgaben machen, so, wie auch wir unsere Hausaufgaben zu machen haben.

Wenn wir dann die Ziele verfehlen, dann ist es nun mal so, dass der allergrößte Teil auf die Konten geht, die ich gerade genannt habe. Wenn der Emissionshandel jahrelang nicht funktioniert hat, wenn in Berlin Energiestandards für Gebäude geschaffen werden, die den Realitäten draußen nicht entsprechen, wenn die CO_2-Grenzwerte im Verkehr dazu führen, dass die CO_2-Emissionen dort sogar noch ansteigen, wie es im letzten Jahr der Fall war, dann kann ich das doch nicht ignorieren; dann ist es einfach so, dass bei den vorgelagerten Ebenen ganz wesentliche Dinge nicht funktioniert haben.

Das, was wir auf Landesebene machen können, ist Beratung, auch über unsere regionalen Energieagenturen, und da geht es auch um die Dinge, die von oben kommen. Wir können fördern; wir können zusätzlich zum Bund Förderungen leisten oder auch eigene Dinge fördern. Daneben können wir ordnungsrechtlich da eingreifen, wo uns der Bund Lücken lässt, beispielsweise durch das Erneuerbare-Wärme-Gesetz oder

durch die verbindliche Wärmeplanung – ich habe es bereits gesagt – bei den Städten.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, Frau Abg. Reich-Gutjahr würde gern eine Zwischenfrage stellen.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Bitte.

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Danke schön. – In vielen europäischen Ländern ist ein hundertprozentiger Einsatz von synthetischen Kraftstoffen möglich; in Deutschland dürfen diese nur als Zumengung beigefügt werden. Wir hätten jetzt die Möglichkeit gehabt, und zwar aufgrund einer Veränderung der AFID-Richtlinie, in Deutschland auch einen Vertrieb in Reinform zuzulassen. Das Bundeskabinett hatte sich dagegen entschieden, aber über den Bundesrat hätte eine Möglichkeit bestanden.

Wie haben Sie sich im Umweltausschuss des Bundesrats positioniert im Hinblick auf diese mögliche Veränderung? Denn synthetische Kraftstoffe sind ja ein großer Beitrag zur CO_2-Reduzierung.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Frau Reich-Gutjahr, das Thema „Synthetische Kraftstoffe“ ist ein Thema, das im Moment vor allem im Bereich Forschung und Entwicklung präsent ist. Wir haben das Problem, dass wir hier das Siebenfache – manche sagen, es sei noch mehr; das Siebenfache ist das Mindeste – an Energie hineinstecken müssen gegenüber der direktelektrischen Vorgehensweise. Das spricht nicht gegen synthetische Kraftstoffe; verstehen Sie mich nicht falsch. Aber das führt natürlich dazu, dass wir auf einer Kostenebene sind, auf der sich die ganze Geschichte derzeit am Markt gar nicht durchsetzen kann – außer Sie würden es wahnsinnig subventionieren. Aber ich gehe davon aus, dass die FDP als eine marktorientierte Partei an solchen Subventionen kein Interesse hat – ich nämlich auch nicht.

Also geht es doch darum, dass wir jetzt die synthetischen Kraftstoffe auf eine Ebene bringen, auch von den Kosten her, dass sie beispielweise im Flugverkehr oder von Schiffen genutzt werden können. Das ist das Thema. Das ist die Aufgabe, die die Politik meines Erachtens im Moment hat.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Ich würde gern fortfahren.

(Zuruf der Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP)

Natürlich sind wir für die Weiterentwicklung der synthetischen Kraftstoffe; das ist doch völlig klar. Ich sage nachher noch ein paar Dinge dazu, wenn Sie erlauben.

Der Doppelhaushalt, den wir jetzt beraten, eröffnet uns Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung, die wir in der Vergangenheit in vielen Bereichen nicht hatten, die nicht machbar waren. Ich will ein paar Beispiele nennen.

Wärmewende: Wir werden das Förderprogramm „Energieeffiziente Wärmenetze“ fortführen, ergänzt um ein Landeskonzept Abwärmenutzung, weil wir glauben, dass wir insbesondere bei der Nutzung von industrieller Abwärme in Baden-Württemberg noch enorme Chancen haben. Dafür werden wir zukünftig zusätzlich 2,6 Millionen € einsetzen. Die Kommunen sind wesentliche Akteure. Ich habe schon gesagt, dass wir mit der kommunalen Wärmeplanung einen wichtigen Stein ins Wasser werfen, um eine bessere und effizientere Wärmenutzung voranzubringen.

Sanierung: Viele kommunale Einrichtungen bedürfen einer nachhaltigen und energieeffizienten Sanierung. Mit dem letzten Doppelhaushalt 2018/2019 gab es zusätzlich zu den vom FM zur Verfügung gestellten Mitteln noch eigene Mittel aus meinem Haus. Bei der Schulhaussanierung haben wir dann zusätzliche Mittel bereitgestellt, wenn die Gemeinden die Gebäude besonders effizient saniert haben. Besonders effizient heißt, nach KfW-70-Standard oder, sogar noch anspruchsvoller, nach KfW-55-Standard.

Wir konnten in den letzten beiden Jahren insgesamt 38 Schulen mit 12,5 Millionen € fördern; 170 000 m² wurden in einer Weise saniert, die über die gesetzlichen Standards von Berlin hinausgeht. – So viel zu der Frage: Was können wir machen? Wir sind bei den 38 Projekten darüber hinausgegangen. Allein zehn der 38 Projekte wurden über den sehr anspruchsvollen Standard KfW 55 gefördert.

Zukünftig wollen wir die Sanierung von Schulgebäuden fortsetzen – aber nicht nur das: Wir wollen dies auch auf Gebäude wie Kindergärten, Krankenhäuser, Altenhilfeeinrichtungen ausweiten. Sie haben ebenfalls die Möglichkeit, zusätzlich zu den Sanierungsmitteln, die sie aus den verschiedenen Töpfen bekommen, von uns Mittel zu erhalten, wenn sie besonders effizient und anspruchsvoll sanieren.

Neue Umwelttechnologien – jetzt komme ich zu dem, was gestern und auch heute verschiedentlich angesprochen wurde, nämlich Wasserstoff –: Im Bereich der Wasserstofftechnologien haben wir im Zusammenhang mit der EFRE-Förderung – das ist der Europäische Regionalfonds – ein Projekt aufgesetzt und angemeldet. In der kommenden EFRE-Periode stellt mein Haus 12 Millionen € zur Verfügung, um eine Wasserstoff-Modellregion in Baden-Württemberg aufzubauen. Der größte Teil der Mittel kommt aus Brüssel, aber wir finanzieren mit 12 Millionen € noch darüber hinaus.

Wir haben bereits in den letzten Jahren, Herr Kollege Karrais, Mittel bereitgestellt, um in unseren Städten beispielsweise das Thema „Wasserstoff im Nahverkehrsbereich“ voranzubringen. Im Strategiedialog Automobilwirtschaft, den der Ministerpräsident aufgesetzt hat, gibt es die Säule Energie, in der Technologieoffenheit ausdrücklich Grundlage ist. Wir bringen sowohl das Thema „Direktelektrisch“ als auch die Themen Wasserstoff und „Synthetische Kraftstoffe“ voran. Wir haben beispielsweise Studien zu der Frage aufgelegt: Wo in Baden-Württemberg könnten wir das Thema Wasserstoff im Nahverkehrsbereich voranbringen?

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, es gibt einen zweiten Wunsch nach einer Zwischenfrage, und zwar von Herrn Abg. Zimmermann.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Bitte.

Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Minister, mir ist das Thema Wasserstoff ein persönliches Anliegen. Ich wohne in Nabern. In Nabern befindet sich das Wasserstoffzentrum. Seit 25 Jahren – ich glaube, ich war vor 25 Jahren zum ersten Mal dort – arbeitet dort Daimler zusammen mit anderen Firmen am Wasserstoffauto. Wir selbst sind es vor zehn Jahren schon einmal gefahren. Immer wieder hieß es: „In drei, vier Jahren gehen wir in Serie." Können Sie mir und uns allen vielleicht erklären, wieso es, obwohl man seit 25 Jahren an diesem Thema dran ist, nicht funktioniert?

(Beifall des Abg. Stefan Räpple AfD)

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Dass es nicht funktioniert, würde ich nicht sagen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: In Serie!)

Mein Amtschef fährt ein Wasserstofffahrzeug, und zwar von dem Hersteller, der auch in Nabern seit vielen Jahren aktiv ist. Er stellt ja aktuell ein solches Produkt her, allerdings in einer Kleinserie. Womit hängt das zusammen? Im Pkw-Bereich sind die Würfel weitgehend gefallen; so sehe ich das. Wenn man mit Herrn Källenius und anderen Leuten aus der Automobilwirtschaft redet, bestätigen die das.

Trotzdem ist es wichtig, dass wir das Thema Wasserstoff im Mobilitätsbereich weiter vorantreiben, auch im Hinblick auf Kostensenkung, auch im Hinblick auf eine Industrialisierung der Fertigung von Brennstoffzellen. Warum? Es gibt nicht nur Pkws, es gibt auch Lkws, es gibt Schiffe, es gibt Züge. Dort wird – davon bin ich fest überzeugt – das Thema Wasserstoff in der Zukunft eine Rolle spielen. Denn es wäre nicht sinnvoll, Lkws auf Langstrecken mit Batterien zu betreiben, wenn sie dann kaum noch Kapazitäten hätten, um Transportmaterial an Bord zu nehmen.

(Abg. Stefan Räpple AfD: Bloß Versprechungen!)

Daher gehe ich davon aus, dass das Thema Wasserstoff insbesondere im Lkw-Bereich noch eine große Rolle spielen wird. Im Pkw-Bereich – das ist meine persönliche Meinung – kann ich es mir zumindest für die nächsten Jahre nicht vorstellen. Ich kenne auch keine Strategien von Daimler, von Audi oder von anderen Herstellern, die in diese Richtung gehen.

Weil Wasserstoff auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen soll, fördern wir das Projekt HyFab mit 18,5 Millionen €. Herr Kollege Karrais, es ist nicht so – da muss ich Sie korrigieren –, dass wir darauf warten müssen, bis der Bund mit seinen Mitteln rüberkommt, die ja in einem Letter of Intent grundsätzlich zugesagt sind. In der kommenden Woche werden wir eine Übergabe der Förderbescheide haben, und die Träger dieses Projekts werden – –

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE fotografiert mit einem Smartphone.)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Entschuldigung! Sie dürfen hier unten im Plenarsaal nicht fotografieren.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Die Träger des Projekts werden sehr zeitnah, im kommenden Frühjahr, mit der Umsetzung dieses Projekts anfangen. Es ist nicht so, dass wir hier auf Mittel des Bundes warten müssen. Die 18,5 Millionen €, die wir zur Verfügung stellen, sind erst einmal ausreichend, um die Dinge voranzubringen.

(Zuruf des Abg. Stefan Räpple AfD)

Es kommen dann auch noch Mittel aus der Industrie dazu plus die Mittel – bei denen ich davon ausgehe, dass es sich um eine relevante zweistellige Millionensumme handeln wird –, die in dem Letter of Intent vonseiten des Bundes angekündigt sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Das Thema Wasserstoff ist also das eine. Ich finde, wir engagieren uns da sehr, sehr stark. Aber das andere ist, dass wir auf die Elektrifizierung des Verkehrssektors reagieren müssen. Nicht wir bauen Autos, sondern das tun die Unternehmen. Daher hat mich die gestrige Ausführung Ihres Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke ein wenig gewundert. Dass Porsche den Taycan baut, war nicht die Idee des Ministerpräsidenten, sondern das macht Porsche auf Basis unternehmerischer Entscheidungen.

(Abg. Thomas Hentschel GRÜNE: Sehr richtig! – Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

Dass dann der Fraktionsvorsitzende einer liberalen Partei ein solches Produkt hier schlechtredet, das auf den Weltmarkt kommen soll, woran Arbeitsplätze usw. hängen, das ist schon mutig. Das muss ich Ihnen wirklich sagen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was habe ich zum Taycan gesagt?)

Ich finde es positiv, dass Porsche dies macht und damit in Konkurrenz zu Tesla geht. Das sollte man nicht schlechtreden. Das ist ein positives Beispiel für Produktentwicklung in diesem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Trotzdem übermotorisiert! – Abg. Paul Nemeth CDU: Wollen Sie ihn als Dienstwagen?)

Wir haben, was die Batterieelektrik betrifft, im Strategiedialog Automobilwirtschaft ein gemeinsames Projekt entwickelt. Da geht es um das Förderprogramm „Intelligente Netzanbindung von Parkhäusern und Tiefgaragen". Mit der Verdopplung der Fördermittel von 4 Millionen € auf 8 Millionen € werden wir bei der Konzeption von Ladesäulen in Parkhäusern einen guten Schritt vorankommen.

Wir werden auch in die Beratung investieren. Bei der Klimaschutz- und Energieagentur werden wir die sechs Kompetenzzentren mit über 2 Millionen € stärken. Wir werden die 150 Energiegenossenschaften hier in Baden-Württemberg – was übrigens die größte Dichte von Energiegenossenschaften in Deutschland ist – mit zusätzlichen Mitteln verstärkt unterstützen. Wir werden im Rahmen der Solaroffensive regionale Initiativen zur Unterstützung des Fotovoltaikausbaus in den Regionen des Landes mit 1,6 Millionen € in diesem Doppelhaus-

(Minister Franz Untersteller)

halt weiter stärken, und wir unterstützen Unternehmen durch die regionalen Kompetenzzentren für Energieeffizienz in den zwölf Regionen des Landes bereits bislang schon im Rahmen der EFRE-Förderung.

Diese Kompetenzzentren für Energieeffizienz, die KEFF-Zentren, wollen wir in der nächsten EFRE-Periode zu Kompetenzzentren auch für Ressourcen- und Materialeffizienz weiterentwickeln, was ebenfalls wiederum den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg stärkt, weil es darum geht, Materialien und Ressourcen effizienter einzusetzen und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken. Allein dafür werden wir 13 Millionen € an Landesmitteln zur Kofinanzierung der europäischen Mittel bereitstellen.

Zum Klimaschutz gehört auch die Anpassung an den Klimawandel. Extremereignisse nehmen zu, deshalb kommt dem Starkregenrisikomanagement besondere Bedeutung zu. Auch hierbei erhöhen wir die Landesmittel; für das Hochwasserrisikomanagement sowie für Hochwassergefahren und Risikokarten sind es jeweils über 5 Millionen € in den nächsten beiden Jahren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch einige Bemerkungen zum Naturschutz machen. Neben dem Klimaschutz und der Energiewende ist der Naturschutz der dritte Schwerpunkt im Haushalt meines Hauses. Der Naturschutz hatte im Jahr 2011, damals noch im MLR ressortierend, einen Umfang von ca. 30 Millionen €. Zum Ende der letzten Legislaturperiode waren es dann 60 Millionen €, und wir hatten das ambitionierte Ziel, in dieser Legislaturperiode auf 90 Millionen € zu kommen. Mit diesem Doppelhaushalt werden wir in den kommenden Jahren insgesamt jährlich fast 100 Millionen € für den Naturschutz in Baden-Württemberg bereitstellen können. Das ist eine Riesengeschichte, finde ich; Sie müssen in Deutschland in anderen Bundesländern weit laufen, um zu sehen, wo es ein größeres Engagement für den Naturschutz gibt als hier in Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Genau!)

Auch dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Diese Mittel sind auch notwendig, um das Eckpunktepapier – das ich gemeinsam mit dem Kollegen Peter Hauk entwickelt habe und bei dem wir derzeit noch in Gesprächen mit den Anbauverbänden, aber auch mit den Trägerverbänden des Volksbegehrens sind – und die darin enthaltenen Punkte umzusetzen. Wir haben in diesem Haushalt erste Ansätze dafür stehen; aber erste Ansätze heißt in diesem Fall auch: in einem Umfang von 40 Millionen €, die wir zusätzlich für die Schaffung eines landesweiten funktionalen Biotopverbunds bereitgestellt haben, für den Aufbau eines öffentlich zugänglichen Ausgleichskatasters, für die Schaffung von Rückzugsflächen für Tiere und Pflanzen im Offenland, ebenso aber auch für die notwendige finanzielle Unterstützung der Landwirtschaft in unserem Land, für mehr Arten- und Naturschutz. Insgesamt wird, wie gesagt, ein hoher zweistelliger Millionenbetrag für diese Eckpunkte bereitgestellt. Dies zeigt: Diese Landesregierung liefert, und die Weiterentwicklung des Volksbegehrens wird damit auch finanziell unterstützt.

Zum Schluss, meine sehr geehrten Damen und Herren: Klimaschutz, Energiewende und Naturschutz, die Schwerpunkte des Umweltministeriums, weisen in die Zukunft. Gutes Klima, gesunde Natur und saubere Wärme, mehr Effizienz bei den Gebäuden und in den Unternehmen, sauberer Strom – diese grün-schwarze Landesregierung arbeitet für ein lebenswertes Baden-Württemberg und damit auch für die künftigen Generationen. Mit diesem Doppelhaushalt legen wir noch einmal eine Schippe in dieser Richtung drauf, und ich bedanke mich nochmals ausdrücklich für die Unterstützung bei diesen Themen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur A b s t i m m u n g über den Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/7210.

Zunächst rufe ich Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen.

Ich rufe Nummer 1

Kapitel 1001

Ministerium

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf.

Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7310-1, vor, mit dem im Betrags- und Stellenteil gefordert wird, den geplanten Personalaufwuchs und die Stellenhebungen im Rahmen der sogenannten „Strukturverbesserung im Umweltministerium“ zurückzuführen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 1001 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1001 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 2:

Kapitel 1002

Allgemeine Bewilligungen

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 1002 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 3 auf:

Kapitel 1005

Wasser und Boden

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 1005 mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Wir kommen zu Nummer 4:

Kapitel 1006

Immissionsschutz, Kreislaufwirtschaft, Marktüberwachung

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1006 ist mehrheitlich zugestimmt.

Nummer 5

Kapitel 1007

Grundsatz, Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Umwelttechnik

in der Fassung der Beschlussempfehlung.

Hierzu liegt der Änderungsantrag der FDP/DVP-Fraktion vor. Ich lasse über diesen Änderungsantrag Drucksache 16/7310-2 abstimmen, der eine Änderung der Zweckbestimmung des Haushaltsvermerks bei der Titelgruppe 80 – Strategiedialog Automobilwirtschaft – Forschungsfabrik für Brennstoffzellen und Wasserstoff – fordert. Wer diesem Änderungsantrag der FDP/DVP-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer stimmt jetzt Kapitel 1007 in der Fassung der Beschlussempfehlung zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 1007 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 6

Kapitel 1008

Naturschutz und Landschaftspflege

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Hierzu sind ein Änderungsantrag der AfD-Fraktion und ein Änderungsantrag der FDP/DVP-Fraktion gestellt.

Zu den Titeln 422 01A und 422 01B – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7310-3, vor. Dieser Antrag fordert im Betrags- und im Stellenteil, den geplanten Aufbau neuer Stellen und Stellenhebungen im Rahmen der sogenannten Strukturverbesserung zu streichen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag der FDP/DVP-Fraktion zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 547 95 N – Sonstige Sachausgaben – liegt der Änderungsantrag der AfD-Fraktion, Drucksache 16/7310-6, vor, mit dem eine Reduzierung gefordert wird, die Mittelerhöhungen für den Aufbau eines kerntechnologischen Instituts in Karlsruhe decken soll. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist auch dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer jetzt Kapitel 1008 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 1008 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 7

Kapitel 1009

Energiewirtschaft

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Hierzu liegen drei Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Zu Titel 661 70 – Schuldendiensthilfen an öffentliche Unternehmen – ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7310-7, gestellt. Er begehrt Minderausgaben, die Mehrausgaben beim Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung – bei den Zuweisungen an Stadt- und Landkreise im Bereich der Schülerbeförderungskostenerstattung decken sollen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7310-8, betrifft Titel 683 70: Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen. Er verlangt Minderausgaben, die ebenfalls im Einzelplan 12 Mehrausgaben im Bereich der Schülerbeförderungskostenerstattung ermöglichen sollen. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag der AfD-Fraktion ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 892 70 – Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7310-9, vor. Er verlangt die Rückführung auf das Niveau der Vorjahre zugunsten von Mehrausgaben im Einzelplan 12. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 1009 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1009 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 8

Kapitel 1010

Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg

in der Fassung der Beschlussempfehlung.

Zu den Titeln 422 01A und 422 01B – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7310-4, vor, mit dem gefordert wird, im Betrags- und Stellenteil den geplanten Personalaufwuchs zu streichen. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer stimmt jetzt Kapitel 1010 in der Fassung der Beschlussempfehlung zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1010 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 9 auf:

Kapitel 1011

Kernenergieüberwachung, Strahlenschutz

Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7310-10, fordert, die Titelgruppe 73 – Gründung eines

Kernforschungszentrums – und den Titel 686 73 – Sonstige Zuschüsse – neu einzufügen und Mittel für die Forschung und Weiterentwicklung auf dem Gebiet der Kernenergie einzustellen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: So ein Blödsinn!)

Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer jetzt Kapitel 1011 insgesamt zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1011 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 10

Kapitel 1012

Nationalpark Schwarzwald

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – liegen ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD und ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP vor. Beide Änderungsanträge verlangen Kürzungen.

Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP ist weiter gehend, da er höhere Kürzungen bei Titel 422 01 verlangt und zudem noch Titel 428 01 – Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – betrifft. Ich stelle diesen Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7310-5, insgesamt zur Abstimmung. Wer stimmt dem Änderungsantrag der FDP/DVP-Fraktion zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7310-11. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Kapitel 1012 insgesamt in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1012 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben jetzt noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 30. Oktober 2019, Drucksache 16/7174, soweit diese den Einzelplan 10 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu.

Damit können wir diesen Tagesordnungspunkt abschließen.

Ich rufe **Punkt 1 c** auf:

Einzelplan 13: Ministerium für Verkehr

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7213

Berichterstatter: Abg. Winfried Mack

Wünschen Sie dazu das Wort, Herr Berichterstatter?

(Abg. Winfried Mack CDU: Im Moment nicht!)

Das Präsidium, meine Damen und Herren, hat für die Beratung des Einzelplans 13 eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Zuerst spricht Herr Abg. Katzenstein für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim Laufen ist der Marathon die Königsdisziplin. Die gibt es auch beim Radfahren.

(Heiterkeit der Abg. Nicole Razavi CDU)

Eine Veranstaltung darf sich Radmarathon nennen, wenn die Strecke mindestens 200 km lang ist. Das ist für Hobbyfahrer die Königsdisziplin.

Um einen Marathon zu bewältigen, bedarf es einer großen Ausdauer und eines starken Willens. Zehn Stunden lang Leistungssport am Stück – egal, bei welchem Wetter – müssen erst einmal bewältigt werden. Aber das ist zu schaffen. Es ist letztlich eine Frage der Vorbereitung und dann des Wollens.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Und der Kondition!)

Genauso ist es beim Klimaschutz

(Abg. Stefan Räpple AfD: Falsches Thema!)

und insbesondere beim Klimaschutz im Verkehr.

(Abg. Stefan Räpple AfD: Falscher Tagesordnungspunkt!)

Das Ziel ist klar: Wir müssen bis zum Jahr 2050 klimaneutral sein. Aber der Weg dahin ist noch lang. Das ist ein ausgewachsener Marathon. Der Verkehr steht eigentlich noch immer an der Startlinie, obwohl die Teams aus den anderen Sektoren schon längst losgefahren sind und Zwischenerfolge, sprich Reduktionen bei den klimaschädlichen Emissionen, erreicht haben. Denn im Sektor Verkehr sind die klimaschädlichen Emissionen noch immer auf dem Niveau von 1990, ja, sie lagen zuletzt sogar deutlich darüber. Der Sektor Verkehr steht also sogar noch mit einem Platten an der Startlinie.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Wie Sie!)

Beim Radmarathon gibt es Zwischenziele, es gibt Verpflegungsstationen, bei denen die Speicher aufgefüllt werden und bei denen auf die Uhr geschaut wird: Bin ich im Zeitplan? Schaffe ich es noch rechtzeitig ins Ziel?

Auch beim Klimaschutz haben wir ein Zwischenziel, nämlich das Jahr 2030. Das steht jedoch quasi vor der Tür. Bis dahin sind es nur noch zehn Jahre.

Abgeleitet aus den Pariser Klimaschutzzielen hat unser Verkehrsministerium errechnet, was wir bis zum Jahr 2030 erreichen müssen. Um die klimaschädlichen Emissionen gegenüber 1990 um mindestens 40 % zu senken, müssen wir bis zum Jahr 2030 folgende fünf Punkte umsetzen:

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Das Atmen einstellen?)

(Hermann Katzenstein)

Wir müssen den öffentlichen Verkehr verdoppeln, dafür sorgen, dass jedes dritte Auto klimaneutral fährt und dass jeder zweite Weg selbstaktiv zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt wird. Ferner wollen wir bis dahin ein Drittel weniger Kfz-Verkehr in den Städten, und wir wollen, dass jede dritte Tonne im Güterverkehr klimaneutral transportiert wird.

(Beifall bei den Grünen und der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch – Abg. Rüdiger Klos AfD: Also gar nicht!)

Zur Bekräftigung wurden diese Vorgaben auch explizit in den Staatshaushaltsplan aufgenommen. Das sind unsere politischen Ziele. Dieser Haushaltsplan bringt uns diesen Zielen einen gehörigen Schritt näher.

Ohne Training, ohne eine sorgfältige Vorbereitung geht beim Sport und insbesondere beim Marathon gar nichts.

(Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Die Fraktion GRÜNE ist gut vorbereitet in die Haushaltsplanungen eingestiegen. Schon im Frühjahr, also lange bevor die Bundesregierung den Begriff benutzt hat, haben wir erkannt: Wir brauchen im Verkehrshaushalt ein Klimaschutzpaket. Natürlich gibt es Rahmenbedingungen wie die Schuldenbremse und die Bedarfe der anderen Ressorts. Alles aus unserem Paket konnten wir leider nicht umsetzen,

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Zum Glück!)

aber gemeinsam mit der CDU konnten wir doch vieles im Haushaltsplan unterbringen. Ich konzentriere mich im Folgenden auf diese Ergänzungen. Die schon im aktuellen Haushalt stehenden vielen Ansätze für eine Mobilität, die – um aus dem Koalitionsvertrag zu zitieren – „umwelt- und klimaverträglich, sozial, bezahlbar und wirtschaftlich effizient ist und Lebensqualität sichert“, setze ich als bekannt voraus.

Mein erster Radmarathon, den ich danach mehrfach gefahren bin, war vor 15 Jahren der Alb-Extrem, der in Ottenbach bei Göppingen startet,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wessen Wahlkreis ist das denn?)

bei dem die Schwäbische Alb und ihr Vorland unter die Räder genommen werden müssen. Auch im herrlichen Schwarzwald war ich oft beim Radmarathon unterwegs. Da lernt man den ländlichen Raum kennen und vor allem schätzen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Haben Sie den gefunden, den ländlichen Raum?)

Wir stärken mit diesem Haushalt den öffentlichen Verkehr im ländlichen Raum und bauen ihn darüber hinaus noch aus. Wir nehmen 9 Millionen € in die Hand, um die Gemeinden und Kreise im ländlichen Raum unseres Landes beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs hin zu einem flächen- und zeitdeckenden Stundentakt zu unterstützen.

13 Millionen € ist uns die Einführung des elektronischen Tickets im Rahmen des bwtarifs, also bei verbundübergreifenden Fahrten, wert. Wir erhöhen noch einmal kräftig die Förderung der Beschaffung von sauberen Bussen. Denn diese bilden – egal, ob von einem privaten oder öffentlichen Unternehmen betrieben – das Rückgrat des öffentlichen Verkehrs in den Städten und im ländlichen Raum. Alte Dieselstinker haben weder da noch dort etwas zu suchen.

Wir stellen nun 50 Millionen € statt bisher 30 Millionen € im Doppelhaushalt zur Verfügung. Das kann sich sehen lassen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Der Bund hat angekündigt, seine Mittel im Bereich des Bundes-GVFG, also Mittel für den öffentlichen Verkehr, zu erhöhen. Das ist gut, denn wir haben wichtige Projekte im Land wie z. B. die Elektrifizierung von Hochrhein- und Bodenseegürtelbahn oder – bei mir – die Krebsbachtalbahn. Das Geld holen wir gern her. Unser Ziel ist es, von den Bundesmilliarden einen deutlich überproportionalen Anteil nach Baden-Württemberg zu holen. Damit das auch klappt, schaffen wir zusätzliche Stellen, um die Bundesmittel abrufen zu können.

Nicht nur in den Städten, sondern auch im ländlichen Raum wird das Fahrrad genutzt, nicht nur beim Sport oder in der Freizeit, sondern zunehmend auch im Alltag. Wir erhöhen die Mittel für den Bau von Radwegen an Landesstraßen. Wir führen ein Programm zur Behebung von Lücken im Radnetz des Landes ein, und wir sorgen für die Kofinanzierung von Bundesprojekten vor. Das ist uns zusätzlich 37,5 Millionen € wert.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Sehr nützlich bei Regen und Sturm!)

Nun investieren wir insgesamt 50 Millionen € in die Infrastruktur für den Radverkehr.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Wiedereinführung!)

Das kann sich wirklich sehen lassen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Es ist wirklich erhebend, mit ein paar Tausend anderen Radfahrerinnen und Radfahrern am frühen Sonntagmorgen auf einer Landstraße zu fahren.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Berufsverkehr! – Abg. Reinhold Gall SPD: Null kommt dabei heraus!)

Denn zu hören ist nur das Surren der Ketten und ab und zu das Klackern einer Schaltung.

(Heiterkeit)

So leise kann Massenverkehr sein.

Der Lärmschutzbeauftragte Thomas Marwein wird dank der grünen Fraktion mit Mitteln ausgestattet, die ihm erlauben, weiter bundesweit wegweisende Projekte durchzuführen und weiter beispielhafte Lösungen zum Wohle der lärmgeplagten Menschen im Land zu finden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Schöne Märchenstunde!)

Um die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene anzuschieben, fördern wir Kombiterminals, z. B. konkret das Projekt in Horb. Insgesamt stellen wir hierfür 6 Millionen € zur Verfügung.

(Hermann Katzenstein)

Ich höre immer wieder aus den Regierungspräsidien, man würde gern Radwege und Radschnellverbindungen bauen; es fehle dabei auch gar nicht so sehr am Geld, wohl aber an personalen Kapazitäten. Ohne Personal geht nichts. Wir schaffen deswegen 50 neue Stellen in den Straßenbaureferaten der Regierungspräsidien. Zur Erinnerung: Radschnellverbindungen sind seit der Änderung des Straßengesetzes im Februar auch Straßen.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

In Baden-Württemberg gibt es an einigen Orten Lehrstühle zu den verschiedenen Aspekten der Mobilität. Die Erforschung und Vernetzung alternativer und nachhaltiger Mobilitätskonzepte stellt bekanntlich einen wichtigen politischen Schwerpunkt des Landes dar.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Katzenstein, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Räpple zu?

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Nein.

(Abg. Stefan Räpple AfD: Ach bitte!)

Mit der Errichtung eines Instituts für nachhaltige Mobilität sollen die Kompetenzen in Studium, Forschung und Weiterbildung in Baden-Württemberg vernetzt und eine Beschleunigung der Entwicklung hin zu einer nachhaltigen Mobilität der Zukunft erreicht werden. Als Starthilfe gibt es dazu von uns und dem Wissenschaftsressort insgesamt 650 000 €. Die Mittel sind im Einzelplan 14 etatisiert.

Auch im Rahmen des Strategiedialogs unternehmen wir einiges. Dazu haben wir gestern vom Ministerpräsidenten, von Andreas Schwarz und Andrea Lindlohr vieles gehört. Ich verweise darauf.

Zur E-Mobilität – das war heute auch schon wieder Thema –, zu der batterieelektrische Fahrzeuge und Brennstoffzellenfahrzeuge gehören, muss ich aber auch anmerken, dass für die Bereitstellung von Wasserstoff und synthetischen Kraftstoffen im Vergleich zum Batterieantrieb schlicht ein Vielfaches der Energien erforderlich ist – die natürlich regenerativ erzeugt werden müssen. Ohne mehr Windkraft und ohne mehr Fotovoltaik sind „reFuels“ und Wasserstoff eine Mogelpackung.

(Beifall bei den Grünen)

Ich komme zum Schluss. Beim erwähnten Alb-Extrem Radmarathon gab es einige Dutzend Kilometer vor dem Ziel noch den Anstieg zum Hexensattel. Das ist ein Killer. 15 % Steigung tun mit mehr als 200 km in den Beinen weh. Die tun richtig weh.

(Abg. Stefan Räpple AfD: Da haben Sie viel CO_2 ausgestoßen!)

Aber Schieben gilt nicht, und Anhalten oder gar Aufgeben geht erst recht nicht. So ist es auch beim Klimaschutz: Der Hexensattel, die große Anstrengung, steht uns noch bevor. Wir müssen und wollen unsere Anstrengungen noch deutlich steigern. Wir dürfen erst recht nicht anhalten; denn es gibt keinen Besenwagen, in den wir einsteigen können.

(Abg. Anton Baron AfD: Feinstaub vom Fahrrad!)

Dieser Doppelhaushalt hält uns auf Kurs. Aber die Gefahr, das Zeitlimit zu verfehlen, ist noch nicht gebannt. Dieser Doppelhaushalt ist aber auch nur ein Zwischenziel im Rahmen unseres Marathons. In den nächsten Jahren müssen wir schneller werden.

(Abg. Anton Baron AfD: Feinstaub!)

Aber so ist es auch bei langen Radrennen: Gewonnen wird am Berg; gewonnen wird, wenn es am schwierigsten ist. Wir wollen auch beim Klimaschutz gewinnen – für die Menschen, für Baden-Württemberg.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf von den Grünen: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die CDU spricht Herr Abg. Dörflinger.

(Zuruf von der CDU: Guter Mann!)

Abg. Thomas Dörflinger CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kürzlich kam meine kleine Tochter mit einem alten Donald-Duck-Heft zu mir. Als wir die Seiten durchblätterten, musste ich unweigerlich an unseren Verkehrsminister Hermann denken. Ich meine jetzt aber nicht, dass mich die Ente im Matrosenanzug an den Verkehrsminister erinnert, sondern es ist Onkel Dagobert, wie er in seinem Geldspeicher im Geld schwimmt.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Denn wie Dagobert Duck muss sich nun auch unser Verkehrsminister fühlen – zum einen, weil beide Fraktionen mit ihren Änderungsanträgen den ursprünglichen Regierungsentwurf deutlich verbessert haben, und zum anderen, weil auch der Bund sein Füllhorn ausgeschüttet hat und die Mobilität in Baden-Württemberg mit immensen Summen für Straßen, Radwege, Schienen und den ÖPNV unterstützt.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Beispiel: Wie wir gerade vorhin gehört haben, steigen im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz des Bundes die Mittel bundesweit von heute 333 Millionen € pro Jahr auf das Sechsfache. Ab 2025 stehen für ÖPNV-Projekte jährlich 2 Milliarden € zur Verfügung.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Martin Rivoir SPD – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Guter Bund!)

Bei den Regionalisierungsmitteln, die primär für die Zugleistungen im Nahverkehr des Landes vorgesehen sind, erhält das Land vom Bund im kommenden Jahr fast 1 Milliarde € – so viel wie noch nie. Das ist ein ganz toller Erfolg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Geht doch!)

Der Bund hat noch viel mehr Projekte im Milliardenbereich aufgelegt.

(Abg. Daniel Born SPD: Ja! Der ist gut! – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Super Bund!)

Unsere Erwartung an das Verkehrsministerium ist natürlich, dass diese Gelder auch abgerufen werden. Hierfür schaffen wir zusätzliche Personalstellen und stellen auch die Kofinanzierung bereit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, die Aussichten sind gut. Aber klar ist auch: Mit der Qualität, die zurzeit im Nahverkehr auf der Schiene abgeliefert wird, werden wir es nicht schaffen, die Menschen zum Umstieg auf den ÖPNV zu motivieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der AfD – Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP)

Was nützt mir WLAN im Zug, wenn der Zug gar nicht fährt?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der SPD sowie Abgeordneten der AfD – Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Rüdiger Klos AfD: Das ist stationäres WLAN!)

Die Fahrgäste haben einen Anspruch auf eine gute Qualität. Bleibt diese Qualität aus, dann sollte das Verkehrsministerium die Leidtragenden, nämlich die Fahrgäste, finanziell entschädigen. Dafür können die Strafzahlungen der Eisenbahnverkehrsunternehmen verwendet werden. Unsere Unterstützung dazu haben Sie.

(Beifall bei der CDU, Abgeordneten der SPD und der AfD sowie des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Regierungsfraktionen haben viel erreicht. Ich denke an das LGVFG oder die deutlich verbesserte Busförderung. Das ist wirklich eine verdammt gute Nachricht für die baden-württembergischen Busunternehmen.

(Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Für diese Busse und die Pkws brauchen wir gute Straßen – auch Landesstraßen. Der Ansatz für Erhaltungsmaßnahmen im Haushaltsentwurf war deutlich zu niedrig. Mit unseren Änderungsanträgen stellen wir nun 306 Millionen € für Erhaltungsmaßnahmen bereit. Zudem stärken wir nochmals die Straßenbauverwaltung personell.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Nicole Razavi CDU: Mehr denn je!)

Wir waren aber schon überrascht, wie wenig Geld die Regierung für Radwege eingeplant hatte –

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Wir auch!)

deutlich weniger als in den Vorjahren. Wir haben gegengesteuert und den Mittelansatz wieder deutlich erhöht. Wir fördern zukünftig auch Maßnahmen in Lücken des Radwegenetzes. Das ist ein völlig neues Förderprogramm,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Überhaupt nicht! Das gab es schon bei uns!)

das jetzt von der CDU, lieber Albrecht Schütte, vorgeschlagen wurde

(Abg. Martin Rivoir SPD: Sie hatten es abgeschafft!)

und insbesondere dem ländlichen Raum zugutekommen wird.

(Beifall bei der CDU – Bravo-Rufe von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für das Leben und Arbeiten in unserer heutigen Welt.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: So ist es!)

Mobilität hat unser Land stark gemacht. Die pauschale Verdammung des motorisierten Individualverkehrs, die uns zuweilen mit missionarischem Eifer aufgetischt wird, kann doch nicht wirklich der Anspruch unseres Landes der Tüftler und Denker sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe: Bravo! – Sehr gut!)

Ob Kraftfahrzeug, Bahn, ÖPNV oder Fahrrad – wir brauchen eine ausgewogene und sinnvolle Mischung der verschiedenen Verkehrsmittel, und zwar immer auf die örtlichen Verhältnisse abgestimmt.

Die CDU-Landtagsfraktion macht sich dafür stark, dass die Erfolgsgeschichte des Automobils in Baden-Württemberg weitergeht. Wir hätten uns schon sehr gefreut, wenn sich Tesla in Baden-Württemberg niedergelassen hätte.

(Abg. Daniel Born SPD: Hätte, hätte, Fahrradkette!)

– Das Thema Fahrrad hatten wir vorhin.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Abg. Rüdiger Klos AfD: Der war gut! – Zuruf des Abg. Daniel Born SPD)

Es gilt daher, lieber Herr Born, in der Zukunft alle Antriebsarten zu nutzen. Dazu gehören Wasserstoff, Erdgas und natürlich auch weiterhin der Verbrennungsmotor.

Wer die CO_2-Frage wirklich ernst nimmt, der kommt an klimaneutralen Kraftstoffen, sogenannten E-Fuels, nicht vorbei. Mit E-Fuels gibt es nämlich die Chance für klimaneutrale Verbrennungsmotoren, um die CO_2-Emissionen im gesamten Fahrzeugbestand massiv zu senken.

Innovationsideen statt Verbotspolitik! Das gilt für uns auch beim Fliegen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Unser Weg ist, das Fliegen klimafreundlicher zu machen. Synthetische Kraftstoffe können dabei helfen. Deshalb gehen wir dieses Thema auch kraftvoll an. Wir gehen noch einen Schritt weiter: Die CDU-Landtagsfraktion fordert einen Masterplan „Synthetische Kraftstoffe“ für das Land.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Bei uns laufen bereits mehrere wirklich gute Einzelmaßnahmen. Allerdings fehlt ein Masterplan, der das alles zusammenführt und koordiniert.

(Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

(Thomas Dörflinger)

Das könnte eine Aufgabe im Wirtschaftsministerium sein.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, um aus den Herausforderungen am Ende auch Erfolge zu machen, brauchen wir eine ausgeprägte Innovationskultur, statt ständig über Verbote nachzudenken.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Jawohl!)

Warum wurde das Automobil so erfolgreich? Doch nicht, weil man die Pferde verboten hat! Die E-Mail wurde auch nicht deswegen erfunden, weil man das Briefeschreiben nicht mehr zuließ.

Somit komme ich zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen: Diese Regierungskoalition hat für die nächsten beiden Jahre ein starkes und ausgewogenes Gesamtpaket für den Verkehr im Land geschnürt. Jetzt kommt es auf die gemeinsame Umsetzung an. Ich freue mich darauf. Die CDU-Landtagsfraktion freut sich darauf.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Rainer Stickelberger SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Sehr gut, Herr Kollege!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die SPD spricht Herr Abg. Rivoir.

Abg. Martin Rivoir SPD: Frau Präsidentin, meine Kolleginnen und Kollegen! In Zeiten, in denen uns hoffentlich allen bewusst ist, dass wir mit dem Klimaschutz Ernst machen müssen, steht der Verkehrssektor vor großen Aufgaben. Das wurde schon erwähnt.

In allen Bereichen konnten in den letzten Jahren und Jahrzehnten die CO_2-Emissionen gesenkt werden, nur im Verkehrsbereich ist hierbei eine Stagnation festzustellen. Es gibt mehr Pkws, mehr Lkws, mehr Flüge. Wir konnten gerade von einer Million neu zugelassener SUV im Jahr 2019 lesen. Das sind eigentlich keine guten Nachrichten für das Thema Klimaschutz.

(Beifall des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

So erwarten wir von einem grünen Verkehrsminister und dessen Haushalt natürlich auch entscheidende Impulse und eine sichtbare Strategie für eine echte Mobilitätswende in Baden-Württemberg.

Dieser Haushalt, der uns nun zur Abstimmung vorgelegt wird, ist aus unserer Sicht kein großer Wurf.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ach komm!)

Die Überschrift lautet: Nie gab es mehr Geld, nie gab es weniger Strategie.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP – Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist jetzt schon sehr ignorant!)

Es wird kurz vor Weihnachten ein bunter Wunschzettel der Regierungsfraktionen bedient. Von einem gemeinsamen Vorgehen kann man nichts erkennen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ich glaube, da spricht der pure Neid!)

Für die einen ist das Auto das Maß aller Dinge, und fast wie in den Fünfzigerjahren ist es die Hauptpriorität,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

gute Bedingungen für den motorisierten Individualverkehr zu schaffen. Die anderen reden von der Rettung des Klimas. Aber so, wie es sich hier im Haushalt darstellt, wird es eben nur nicht funktionieren.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Stimmt doch gar nicht! – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Einfach alle Autos durch Elektroautos zu ersetzen und der Straßenbau sind schon für sich allein untaugliche Strategien, um Klimaziele wirklich zu erreichen. Aber wenn man bei dieser koalitionären Kompromissfindung beides zusammennimmt, dann wird eben erst recht nichts daraus.

Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsfraktionen, haben trotz höchster Steuereinnahmen die Chance verpasst, einen klimafreundlichen Verkehrshaushalt aufzustellen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Der entscheidende Schlüssel zum Erreichen der Klimaziele im Verkehr ist eben der massive Ausbau des ÖPNV.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Dazu habe ich doch etwas gesagt!)

Nur dann, wenn mehr Menschen insbesondere beim täglichen Weg zur Arbeit freiwillig auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen, werden wir die Klimaziele erreichen. In diesem Punkt – wenn wir diesen Haushalt anschauen – wird von der Landesregierung halbherzig gehandelt. Man kann das an vielen verschiedenen Punkten sehen. Das neue LGVFG und die Erhöhung der Mittel wurden hier ja schon gelobt. Das ist natürlich ein Schritt in die richtige Richtung. Aber einen großen Teil des Geldes haben Sie den Kommunen vorher abgezwackt.

(Zuruf des Abg. Thomas Dörflinger CDU)

Sie haben ihnen das Geld genommen und dadurch womöglich andere Klimaschutzprojekte in den Kommunen verhindert. Wir haben diesem Gesetz zugestimmt

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE – Abg. Nicole Razavi und Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU: Ach so!)

– aber die Kritik daran habe ich schon geäußert –, weil dieses Gesetz natürlich besser ist als nichts. Aber ein entscheidender Schritt nach vorn für neue Dinge wird dadurch nicht gemacht.

Es fehlen eigentlich auch die entscheidenden Punkte, um die Leute zum Umstieg auf den ÖPNV zu bringen. Wo sind z. B.

die entscheidenden Zuschüsse – nicht nur diese 9 Millionen € –, um einen Einstundentakt flächendeckend im ganzen Land durchzusetzen? Das schieben Sie weit in die Zwanzigerjahre hinein. Oder wo sind die Mittel für ein landesweites Semesterticket für Studierende oder für Azubis?

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Die Studis wollten doch nicht! Sie konnten sich nicht einigen!)

Oder wo sind die Mittel, um die Anschlusssicherung in unserem Land sicherzustellen?

(Zuruf des Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU)

Meine Damen und Herren, vor nicht allzu langer Zeit hat auch selbst der grüne Fraktionsvorsitzende Schwarz – er fehlt jetzt hier – die Einführung eines 365-€-Tickets gefordert. Ernst war das offensichtlich nicht gemeint; denn wir haben den entsprechenden Antrag im Finanzausschuss gestellt, und er wurde auch mit den Stimmen der Grünen abgelehnt. Wir hatten auch in Ulm gerade eine Haushaltsdebatte. Dort hat die SPD zusammen mit den Grünen ein 365-€-Ticket beantragt und leider – –

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das nennt man schizophren!)

– Ja, so kann man das nennen. – Auch gestern hat der Kollege Schwarz an dieser Stelle gesagt, das 365-€-Ticket könne nicht kommen, weil es nicht bezahlbar sei. Jetzt ist er, wie gesagt, nicht anwesend, aber nach meinem Empfinden ist er der erste Grüne, der einen preiswerten ÖPNV aus Kostengründen ablehnt. Ich habe ihm eigentlich eine kleine Medaille dafür mitgeben wollen,

(Der Redner hält eine Medaille hoch. – Vereinzelt Heiterkeit)

dass er sie sozusagen immer um den Hals tragen kann, weil er in dieser Hinsicht wirklich der erste Grüne ist. Es ist übrigens eine Medaille, die ich als Finisher bei meinem letzten Halbmarathon bekommen habe, die ich jetzt etwas weiterentwickelt habe.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf: Hey, super! – Abg. Andreas Stoch SPD: Respekt! – Abg. Reinhold Gall SPD: Die würde ich aber nicht hergeben!)

Also, meine Damen und Herren, Spaß beiseite, um auch noch ein paar andere Punkte aufzuführen: Wir haben in der Zeitung die Aussage des Verkehrsministers lesen können, im VVS dürfe es keine Preiserhöhungen geben. Nichts wird daraus.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Liegt aber nicht an uns!)

Er hat es angekündigt, die Kommunen haben es abgelehnt. Ich kann das verstehen. Denn das Angebot war halbherzig. Es war auf drei Jahre beschränkt, und die Kommunen hatten natürlich die Sorge, dass sie am Schluss wesentlich mehr draufbezahlen müssen, wenn das Land hier nicht dauerhaft ausgleicht und mit einsteigt.

Man sieht an diesem Vorgang übrigens auch wieder, Herr Minister, dass Ihr Herz halt für Stuttgart schlägt – vielleicht noch ein bisschen für Tübingen. Andere Kreise, andere Verkehrsverbünde im ganzen Land, die auch die Fahrpreise erhöhen müssen, haben dieses Angebot von Ihnen nicht bekommen. Das ist ungerecht, das geht so nicht, und wir finden, dass da ganz andere Mittel hätten mit eingesetzt werden sollen.

(Beifall bei der SPD)

Aber, meine Damen und Herren, nicht nur in diesem Haushaltsentwurf, in der ganz praktischen Regierungsarbeit zeigt sich, dass der Verkehrsminister eigentlich nichts auf die Reihe bekommt. Hören Sie sich das doch einmal an: Der Betriebsstart in den Stuttgarter Netzen mit Abellio und Go-Ahead war, gelinde gesagt, eine Katastrophe. Die neuen, komfortablen und barrierefreien Fahrzeuge, die der Verkehrsminister im Vorfeld so angepriesen hat, konnten ja leider nicht rechtzeitig geliefert werden.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Das lag aber nicht am Verkehrsminister!)

– Nur mal langsam! – Hier hat das Controlling des Verkehrsministeriums kläglich versagt. Es sind unsere Fahrzeuge. Sie und Ihr Haus sind blauäugig an die Sache herangegangen, und Sie wurden von den Herstellern am Nasenring durch die Manege gezogen. Das ist die Wahrheit. Die Schuld jetzt auf andere zu schieben ist ja ein bekanntes Muster.

(Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Wir werden Ihnen, Herr Minister, das nicht durchgehen lassen. Sie tragen die politische Verantwortung für dieses Desaster.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hans Peter Stauch AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Jawohl! Grüne Ausfälle! Grüne Verkehrsausfälle!)

Sie sind ja sowieso, sage ich einmal, ein Schönwetterminister. Bei den schönen Fototerminen, bei neuen Zügen stehen Sie vorn mit dabei. Wenn Chaos im Nahverkehr herrscht, wie zurzeit zu jeder Rushhour auf den Bahnhöfen in Baden-Württemberg, dann flüchten Sie auf den Rücksitz Ihres Dienstwagens. Dieser wird zwar mit einer Brennstoffzelle betrieben, aber er ist trotzdem weit weg vom Volk. Sie haben keine Ahnung, wie es zur Rushhour am Freitagabend, am Montagfrüh

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

auf den Bahnhöfen, in den Zügen in diesem Bundesland zugeht.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Anton Baron AfD – Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Um das Ganze noch zu toppen, wollten Sie den Firmen mit dem Lokführerpool helfen. Auch dieser ist kläglich gescheitert.

(Zuruf von den Grünen: Er ist nicht gescheitert!)

Eine Schnapsidee. Es ist nichts passiert.

(Abg. Anton Baron AfD: Machen Sie jetzt Gleichstart?)

– Ja. – Nichts ist passiert. Wir stehen so da wie vorher.

(Martin Rivoir)

Auch bei weiteren Strecken steht ein Betreiberwechsel an. Und wieder klappt es nicht mit den Zügen, wie wir in dieser Woche lesen konnten. Sie werden nicht rechtzeitig geliefert.

Go-Ahead hat uralte Ersatzzüge besorgt. Na ja! Der Projektleiter stellt sich vor die Presse und informiert uns fast stolz, dass die Türen, die Fenster und die Heizungen funktionieren. Tolle Nachricht! Ist das in der Zwischenzeit unser Anspruch, meine Damen und Herren? Ich sage: Nein!

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Das war davor!)

Unser Anspruch ist, dass die Leute in bequemen Zügen pünktlich und zuverlässig transportiert werden und dass auch das WLAN funktioniert.

Dass es in Baden-Württemberg in diesen Monaten nicht ein noch größeres Chaos gibt, ist der DB Regio zu verdanken.

(Zuruf des Abg. Daniel Renkonen GRÜNE)

Das will ich in aller Deutlichkeit sagen. Sie hilft uns mit Personal und Fahrzeugen aus. Das ist nicht selbstverständlich. Deswegen möchte ich dieser Firma auch im Namen meiner Fraktion ausdrücklich dafür danken – auch wenn sie gutes Geld damit verdient. Trotzdem: Sie hätte es nicht machen müssen, vor allem, wenn man sich die Historie anschaut, wie man vonseiten des Verkehrsministeriums in den letzten Jahren mit dieser Firma umgesprungen ist. Vielen Dank der DB Regio, dass sie uns in dieser schwierigen Situation hilft.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Klaus-Günther Voigtmann AfD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der CDU)

Dann noch einmal zu einem Thema, bei dem ich meine, dass wir uns alle einig sein sollten. Die verspätete Lieferung der Züge ist das eine. Hierfür tragen das Ministerium und die Regierung auch eine Mitverantwortung.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Nein! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE schüttelt den Kopf.)

Aber zu den Firmen, die die Akquise der Lokführer vornehmen, die die Ausbildung machen, die sich darüber informieren müssen, wie die Strecken funktionieren: Wer sich nicht ordentlich vorbereitet, die Lage falsch einschätzt und das Personal nicht rechtzeitig unter Vertrag nimmt, ist aus unserer Sicht eigentlich gar nicht geeignet, Schienennahverkehr in Baden-Württemberg zu betreiben.

Ich will einmal sagen: Wenn sich diese „Schlechtleistungen“ fortsetzen – fortlaufende „Schlechtleistungen“ –, dann müsste das für uns ein Grund sein, solche Firmen in Zukunft – Kollege Mack hat auch schon mal darauf hingewiesen – von weiteren Ausschreibungen – es stehen ja auch weitere Ausschreibungen an – auszuschließen. So, wie man hier mit uns umgeht, geht es nicht.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU und Nico Weinmann FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich fasse die aktuelle Lage zusammen. Es wurde ja schon darauf hingewiesen, dass auch dank massiver Unterstützung des Bundes viel Geld im Topf für den regionalen Schienenverkehr in Baden-Württemberg ist; aber noch nie war der Betrieb in diesem Bereich so schlecht wie heute in Baden-Württemberg, noch nie war er chaotischer. Das, Herr Minister, ist Ihre persönliche Bilanz nach acht Jahren im Amt. Der Einzelplan 13 – Ministerium für Verkehr – ist eine verpasste Chance für den Klimaschutz in Baden-Württemberg. Deswegen werden wir ihn ablehnen.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall der FDP/DVP – Oh-Rufe von der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die AfD spricht Herr Abg. Stauch.

(Zuruf: Jetzt kommt wieder ein Highlight!)

Abg. Hans Peter Stauch AfD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Landesregierung, sehr geehrter Herr Minister Hermann! Lassen Sie mich, obwohl der Stuhl unseres Ministerpräsidenten leer ist, kurz etwas zur Klimaveränderung sagen.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Im Landtag, oder wo?)

– Ja, die auch.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Oder bei Ihnen daheim?)

– Nein, die richtige. – Die AfD bestreitet keinen Klimawandel, mit Sicherheit nicht; denn einen solchen hat es schon seit Weltenbeginn gegeben. Wir hatten hier in unserem Land schon ein subtropisches Klima;

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die Eiszeit hatten wir auch schon!)

da hat es weder Affen gegeben,

(Lachen der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

noch ist Fred Feuerstein da gewesen.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Noch die AfD!)

Auch die Grünen waren noch nicht da.

(Beifall bei der AfD – Zurufe, u. a. Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: In Grönland grasen die Eisbären! – Gegenruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Genau!)

– Ja, genau. – Wir bezweifeln nur den menschengemachten, den anthropogenen Klimawandel; denn für den gibt es absolut keine, aber auch gar keine Nachweise.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Andreas Stoch SPD: In Ihrer Echokammer nicht!)

Kommen wir zum Thema. Betrachten wir die Bilanz der letzten Jahre Ihrer Verkehrspolitik und der damit verbundenen, jetzt sichtbaren Wirtschaftseinbrüche, so kann man nicht einmal mehr von Unvermögen sprechen, sondern muss schon Vorsatz annehmen –

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Heiterkeit des Abg. Rüdiger Klos AfD)

(Hans Peter Stauch)

dies besonders in dem Wissen, dass Minister Hermann im Beirat der Stiftungsdenkfabrik Agora Verkehrswende sitzt und die dortigen Ergüsse mitentwickelt und danach in Baden-Württemberg umsetzt.

Geradezu beispielhaft für die Wirtschaftsfeindlichkeit und die Verkehrsverhinderungspolitik des Herrn Ministers waren seine Aussagen zum Tesla-Werk. Sie haben gesagt, Sie wollten nicht noch mehr Automobilindustrie in Baden-Württemberg. Im Nachhinein haben Sie das als Missverständnis bezeichnet –

(Heiterkeit des Abg. Rüdiger Klos AfD)

das ist es aber nicht. Seien Sie froh, wenn wir in fünf Jahren überhaupt noch eine nennenswerte Automobil- und Zulieferindustrie haben – bei Ihrer ganzen sogenannten Verkehrswende unter dem Deckmantel sogenannter Klimaschutzmaßnahmen und der Großen Transformation.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: „Transformation“!)

Zuerst vergeigt die Regierung die Ansiedlung des Batterieforschungszentrums in Ulm – sowieso eine Technologie ohne Zukunft –, und dann macht sie keinerlei Anstalten, dafür in den Zukunftsmarkt Wasserstofftechnologie und E-Fuels massiv zu investieren. Aber wie wir der Presse und Ihrer gestrigen Rede entnehmen, dämmert es Ihnen inzwischen, und Sie geben E-Fuels und Wasserstoff nun doch eine Chance –

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

und das, obwohl unser Umweltminister gesagt hat, das Batterieauto sei schon so gut wie sicher. Woran liegt das? Weil Steuergelder massiv dafür eingesetzt werden, im Land in Batterie- oder Ladestationen zu investieren, während Wasserstofftankstellen ausgeklammert werden.

Nebenbei: Die BASF baut ihre Batteriefabrik jetzt in Brandenburg. Gab es da kein Interesse des Landes? Sie nehmen sogar den Niedergang unserer Schlüsselindustrie, der Automobilindustrie, in Kauf, ja, Sie befördern ihn sogar, indem Sie Unsinnigkeiten aus Brüssel hinterherlaufen, anstatt die Souveränität Baden-Württembergs zu steigern.

(Beifall bei der AfD)

Die neue EU-Verordnung zur Realverbrauchsangabe wird der deutschen Automobilindustrie und den von Ihnen so gelobten Hybridfahrzeugen vollends den Rest geben.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Woran liegt das?)

Angedacht ist ein um 70 Cent höherer Preis für Treibstoff. Dies wird die Haushaltskassen der Familien an den Rand ihrer Möglichkeiten bringen, und es wird dazu führen, dass freie Mobilität nur noch wenigen Besserverdienenden ermöglicht wird.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Das ist das Ziel! – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Zweiklassenmedizin!)

Kommen wir nun zu Ihrer „Erfolgsbilanz“ der vergangenen Jahre. Bei der Bahn kam es aufgrund Ihrer Betreiberumstellung trotz des Einsatzes von 16,3 Millionen € Kampagnemitteln zu einem völligen Chaos, das bis heute anhält. Ich nenne das Beispiel Residenzbahn; dort gelang es in sechs Monaten nicht, auch nur einen Tag ohne massive Verspätungen oder Zugausfälle zu gestalten.

Oder nehmen Sie den Schienengüterverkehr. Hier sei nur die „Glanzleistung“ Rastatter Tunnel genannt

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Oh, dafür ist Herr Hermann auch verantwortlich, oder was?)

– ich komme gleich dazu –: Zuerst gab es eine Havarie, die vermeidbar gewesen wäre. Es stellt sich jetzt heraus, dass der Tunnel aufgrund des Ein- und Ausfahrgefälles nur von leichten Güterzügen befahren werden kann.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Ja, das hat Herr Hermann geplant, oder wie?)

– Nein, aber die Planung wurde ja so genehmigt.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Vom Bund!)

Also, irgendjemand ist ja schuldig.

(Vereinzelt Lachen)

Dank noch immer vorsätzlich fragwürdig aufgestellter Messstationen spielen Sie der teilweise steuerfinanzierten, fragwürdigen DUH in die Hände und befördern sogar weitere Dieselfahrverbote. Bei diesem Thema wurde und wird mithilfe der DUH nach wie vor massiv gelogen,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Die AfD lügt!)

den Bürgern ein Bär aufgebunden und die weitere Enteignung der dieselfahrenden Bürger bewusst vorangetrieben. Dieser Verein setzte Sie unter Druck: Entweder Sie erlassen Euro-5-Fahrverbote, oder der Verein strengt die Verhängung einer Gefängnisstrafe gegen Sie an. Ich sage nur, frei nach Goethe: Die Geister, die ich rief, werde ich nun nicht mehr los. Die DUH werden Sie nicht mehr los.

(Beifall bei der AfD)

Ihre Herzensangelegenheit, das kommende Euro-5-Fahrverbot in Stuttgart, dem Sie sich vorgeblich so vehement entgegenstellen, passt genau dazu, Ihre Weltenretterutopien voranzutreiben: vorwärts oder, besser, zurück zu Fahrrad und Pferdefuhrwerk oder Eselskarren, ganz im Sinne der derzeit durch Sie initiierten kulturmarxistischen Revolution.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Was?)

– Ja, das machen Sie. Das ist ganz im Sinne Ihres Bundesvorsitzenden Habeck, der sich politische Verhältnisse wie in China herbeisehnt, um schneller und demokratiefrei durchregieren zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Unsäglich!)

Ihr Wunsch nach intermodaler Mobilität zeigt sich in weiteren unausgegorenen Highlights, z. B. dem totalen E-Roller-Flop. Die Dinger werden als Spaßgerät benutzt. Sie stehen dann irgendwo als Fußgängerhindernis herum, beispielswei-

se vor Treppenabgängen am Stuttgarter Hauptbahnhof oder kreuz und quer auf Gehsteigen.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja, stimmt!)

Die von Ihnen versprochene Entlastung des Autoverkehrs hat es dadurch noch nicht gegeben, sehr wohl aber genügend Unfälle mit Personenschäden, ganz zu schweigen von Verkehrsgefährdungen durch Rollerfahrer auf Straßen. Eine Förderung durch das Land von bis zu 1 500 € pro Roller ist ein solcher Firlefanz nicht wert, und diese Förderung gehört eingestellt.

Weiter geht es mit Ihren Verkehrsverhinderungsmaßnahmen in Innenstädten. Ich verweise etwa auf Parkplatzumwidmungen, Geschwindigkeitsbegrenzungen, Fahrbahnverengungen, unwirtschaftliche Busspuren oder Fahrradwege, die niemand benutzt – wie beispielsweise in Ludwigsburg in der Marbacher Straße, anstatt rund um Schulen, wo sie wirklich nötig wären –,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Da sind sie nötig!)

oder auf mit Steuergeld subventionierte Elektrobusse, welche wegen Untauglichkeit für viel Geld wieder abgeschafft werden.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Stauch, möchten Sie eine Zwischenfrage Ihres Kollegen Räpple zulassen?

Abg. Hans Peter Stauch AfD: Bitte.

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Jetzt fragen sie sich schon gegenseitig!)

Abg. Stefan Räpple AfD: Danke, Peter, für das Zulassen der Zwischenfrage. – Eine Frage an dich: Stimmst du mir zu, wenn ich behaupte, dass die Grünen – du hast schon den Kulturmarxismus angeführt – eine menschenverachtende Partei sind,

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

wenn man z. B. sieht, wie die Verkehrspolitik die E-Mobilität fördert, also die Elektroautos, obwohl die Grünen genau wissen, dass im Kongo Kinder unter übelsten Bedingungen Kobalt und Lithium abbauen müssen,

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Was ist mit dem Kohlestaub?)

um ihre dekadente Lebensweise fortführen zu können?

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Ja, genau! Da musst du das Handy gleich wegtun!)

Was sagst du dazu? Ist es menschenfeindlich, was die Grünen da veranstalten?

Abg. Hans Peter Stauch AfD: Vielleicht lernen sie noch dazu. Das kann ja sein.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Tun wir, aber nicht von euch! – Weitere Zurufe – Große Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ja, man könnte schon meinen, dass das menschenverachtend ist.

(Abg. Stefan Räpple AfD: Das ist widerliche Politik!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gut. – Wir fahren jetzt fort.

Abg. Hans Peter Stauch AfD: Gegen Radschnellwege laufen schon jetzt Bürgerinitiativen. Die werden im Winter sowieso nicht benutzt,

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Wieso nicht?)

vor allem bei Schnee, den es laut selbst ernannter Klimaforscher gar nicht mehr geben dürfte – alles mit dem Ziel einer autofreien Gesellschaft, von Innenstädten, die einer wirtschaftlichen Ödnis gleichen. Ihr Vorwand: Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Ihr Ziel: Abschaffung des Individualverkehrs und Kontrolle über die Mobilität der Bürger. Dem wird die AfD auch in Zukunft mit aller Kraft entgegentreten.

Beim Autoverkehr wird durch Sie weiterhin gebremst, wo es nur geht. Das geänderte Landesgemeindeverkehrsförderungsgesetz ist ein weiteres Indiz dafür.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Das heißt „-finanzierungsgesetz“!)

Mit dem Klimavorbehalt wird jetzt wohl aller Unsinn begründet, ebenso jeglicher Investitionsstau bei der Autobahninfrastruktur. Hier fordern wir, endlich die Nordostumfahrung von Stuttgart zu realisieren,

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Oje! 60 Jahre!)

was auch Ihre gesamte Schadstoffmessproblematik durch falsch aufgestellte Messstationen in Stuttgart lösen würde.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Zur wirtschaftlichen Anbindung des gesamten Alb-Schwarzwald-Raums und zur Entlastung der A 8 ist eine Autobahnverbindung München–Memmingen–Freiburg unumgänglich. Wir fordern Sie auf, endlich Planungen dafür in die Wege zu leiten. Unseren diesbezüglichen Änderungsantrag haben Sie ja abgelehnt.

Die Straßeninfrastruktur muss verbessert und die vorhandene instand gesetzt und erhalten werden, besonders auf dem Land, wo die Bürger nach wie vor und auch in Zukunft auf das Auto angewiesen sind.

Güter sollen dort, wo möglich, auf die Schiene. Dem stimmen wir zu. Dies bedarf aber des massiven Ausbaus eines leistungsfähigen elektrifizierten Schienennetzes mit Verladestationen.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Jetzt doch elektrisch!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Hans Peter Stauch AfD: Dessen Ausbau haben Sie bisher sträflich vernachlässigt.

Beenden Sie endlich Ihre Politik der Verbote und Rückschritte in der Technik. Wir fordern Sie auf, endlich wieder eine positive Sicht auf Zukunftstechnik – auch im Verbrennerbereich – zu werfen. Fördern Sie Innovationen, besonders im Tüftlerland Baden-Württemberg, fördern Sie die technische Forschung. Besonders aber: Stehen Sie für eine freie Mobilität der Bürger!

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun spricht für die FDP/DVP Herr Abg. Haußmann.

(Zuruf von der FDP/DVP: Guter Mann!)

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Verkehrshaushalt ist in der heutigen Zeit auch ein Stück weit von besonderer Bedeutung für die Sozial- und Wirtschaftspolitik eines Bundeslands.

Wenn ein Minister seit bald neun Jahren die Verantwortung für die Verkehrspolitik hat und hier bestimmt, dann ist die heutige Aussprache auch eine gute Gelegenheit, darüber Bilanz zu ziehen. Die Kernfrage dabei ist, ob die Verkehrspolitik der letzten achteinhalb Jahre Baden-Württemberg vorangebracht hat.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Nein!)

Ich habe bei meiner ersten Rede hier im Landtag am 29. Juni 2011 – da ging es um Stuttgart 21 – ein Gedicht in Anlehnung an „Rumpelstilzchen“ vorgetragen. Heute würde ich es im Blick auf unseren Verkehrsminister anders reimen: „Heute sperr ich, morgen stau ich, übermorgen verbiete ich den Verbrennungsmotor geschwind. Ach wie gut, dass niemand weiß, dass ich Fahrrad-Winnie heiß’.“

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Zuruf von der AfD: Sehr gut!)

Ich zitiere eine Aussage von Winfried Hermann aus dem Hochglanzprospekt „Zielkonzept 2025 für den SPNV in Baden-Württemberg“:

Wir wollen Baden-Württemberg zu einem Pionierland für nachhaltige Mobilität machen.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Der war gut, ja!)

In der Tat, das ist wirklich gelungen. Noch nie in den letzten Jahrzehnten sind so viele Züge ausgefallen wie unter Ihrer Verantwortung, Herr Verkehrsminister.

(Zuruf von der FDP/DVP: Hört, hört! – Zuruf von der AfD: Das ist auch eine Leistung!)

Noch nie hatten wir in Baden-Württemberg einen so schlechten Regionalverkehr wie heute. Die grüne Mobilitätswende wird für Tausende Fahrgäste tagtäglich zum Albtraum.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Ja!)

Hier gibt es viele Player; das ist keine Frage. Die Zuständigkeiten werden hin und her gereicht. Mit der Landesanstalt für Schienenfahrzeuge Baden-Württemberg hat man nicht nur sozusagen einen Schattenhaushalt gebildet, sondern hat dieses Dickicht an Unübersichtlichkeit nochmals erweitert.

Es ist schon bemerkenswert, dass man jetzt beispielsweise wieder über die Anschaffung von Doppelstockwagen nachdenkt. Ich darf daran erinnern, dass die FDP schon damals darauf hingewiesen hat, dass wir Schwierigkeiten haben, wenn wir die Kapazitäten erweitern.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Nicht nur die FDP!)

Man hätte nur einmal die Bahnsteiglängen in Baden-Württemberg stärker analysieren müssen,

(Abg. Winfried Mack CDU: Und die Höhen!)

dann wäre man nicht in diese Problematik geraten, in der wir stecken.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Wie weit man sich schon vom Fahrgast entfernt hat, zeigt sich beim Thema Entschädigung. Wir haben schon vor Jahren – Kollege Gruber im Murrtal, ich im Remstal, aber auch auf anderen Strecken, die wir in Baden-Württemberg haben – darauf hingewiesen: Wir erhalten Millionen an Pönalen, an Strafzahlungen, und diese Mittel werden nicht zurückgegeben. Ich glaube, wenn wir den Fahrgästen ein Signal geben wollen, dass wir hierbei engagiert sind, dann müssen wir auch einen Entschädigungsfonds aufbauen. Wir dürfen nicht erst im nächsten Jahr darüber nachdenken, sondern ein solcher Fonds ist in Baden-Württemberg schon längst überfällig.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Daniel Rottmann AfD: Das sprengt den Haushalt!)

Ich fahre selbst regelmäßig S-Bahn oder Regionalbahn, auch in der Hauptverkehrszeit. Ich zitiere nochmals aus dem Zielkonzept 2025 – Zitat Winfried Herrmann –:

Unser ambitioniertes Leitbild ist die Verdoppelung der Fahrgastzahlen bis zum Jahr 2030.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir das wirklich wollen, dann sind Nullrunden der falsche Weg, sondern dann müssen wir das Geld in den Ausbau der Infrastruktur in Baden-Württemberg investieren. Die FDP/DVP hat dazu erst vor einigen Monaten einen Antrag zu den Themen Deutschlandtakt und „Nordzulauf Feuerbach und Zuffenhausen“ gestellt – nur als Beispiele. Wir sind schon verwundert: Wir müssen jetzt dringend auch nach Stuttgart 21 die Infrastruktur darum herum ausbauen, damit wir wirklich in der Lage sind, die Fahrgastzahlen zu erhöhen. Dabei helfen keine Nullrunden, sondern Investitionen in die Verbesserung von Qualität und Infrastruktur.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

(Jochen Haußmann)

Eine Nullrunde, lieber Herr Kollege Katzenstein, hilft auch nicht, wenn es darum geht, noch über 400 Bahnhöfe barrierefrei zu machen. Bei dieser Thematik helfen nur Investitionen und keine Nullrunden.

Wir sind übrigens gespannt: Herr Herrmann, Sie haben vor Jahren für eine sechsstellige Summe ein Gutachten zum Anfangszeitenmanagement erstellt. Dieses hat bisher noch nicht das Licht der Welt erblickt, und wir warten auf die Innovationen aufgrund dieses Gutachtens. Bei diesem Gutachten sollte es nicht so sein wie vor Jahren bei dem für 220 000 € erstellten Gutachten zur Helmpflicht; denn bis heute gibt es keine Positionierung des Verkehrsministers zu diesem Gutachten. Insofern wünschen wir uns, dass Sie das Gutachten zum Anfangszeitenmanagement veröffentlichen, damit wir aus diesen Informationen heraus neue Erkenntnisse für die Mobilität in Baden-Württemberg gewinnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Mobilität ist die Pulsader der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Dafür brauchen wir eine innovative Verkehrspolitik ohne Scheuklappen. Die Aussagen zu Tesla haben wir in den gestrigen und den heutigen Haushaltsdebatten bereits gehört. Aber es ist schon bemerkenswert, was Verkehrsminister Hermann zu Tesla gesagt hat – und das in einer Zeit, in der die Menschen Sorgen um ihren Arbeitsplatz haben. Wir alle, die wir hier sitzen – auch der Verkehrsminister –, sollten uns immer bewusst sein, dass wir unser Geld vom Steuerzahler erhalten.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Jetzt haben wir gehört und gelesen, das Ganze sei unglücklich formuliert gewesen. Ich würde das auch gern glauben, aber wenn ich auf die letzten Jahre zurückblicke, glaube ich: Minister Hermann hat es innerlich wirklich so gemeint, dass es gut sei, wenn wir nicht noch mehr Automobilwirtschaft in Baden-Württemberg hätten. 14. April 2015, „Reutlinger General-Anzeiger“, Verkehrsminister Hermann:

Rational denkende Menschen müssen sich in Zukunft kein Auto mehr kaufen.

26. November 2015, „Eßlinger Zeitung“:

Derzeit gibt es für 80 Millionen Deutsche 200 Millionen Sitzplätze in Autos. Wer kalkuliert mit solchen Überkapazitäten?

26. Mai 2017, „Badisches Tagblatt“:

Bis zum Jahr 2040

– immerhin, die Grünen wollten 2030 –

muss sich die Autobranche vom Verbrennungsmotor verabschiedet haben.

Ja, wieso setzen Sie sich denn eigentlich für synthetische Kraftstoffe ein? Da passt irgendetwas nicht zusammen. Auf jeden Fall ist das ein Bärendienst für die Mobilitätswende in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

In diesem Sommer hat man sich dann den Flugverkehr auf die Fahnen geschrieben, und die Äußerungen zum Flugverkehr sind für einen Aufsichtsratsvorsitzenden schon bemerkenswert: Da will man Billigflieger und Zubringerflieger verbieten lassen. Lassen Sie uns das Thema doch technologisch mit Innovationen angehen. Vorschläge gibt es – vom Flughafen Stuttgart, von anderen Flughäfen, aber auch von Fluggesellschaften. Dazu brauchen wir neue Wege für die Antriebstechnologien.

Der Flughafen Stuttgart hat bundesweit den höchsten Anteil am Geschäftsflugverkehr. Wenn dies ein Aufsichtsratsvorsitzender nach acht Jahren noch nicht bemerkt hat, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ist er für diese Aufgabe schlichtweg nicht geeignet.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ach je, ach je!)

Es ist bei Weitem nicht so, dass wir dem Haushalt an keiner Stelle zustimmen würden. Dem Haushalt im Bereich des Straßenbaus wird auch die FDP/DVP zustimmen. Das zeigt, dass wir sehr konstruktiv an die Sache herangehen.

Aber eine Verkehrspolitik in Baden-Württemberg braucht innovative Impulse statt Bevormundung und einseitiger technologischer Festlegungen. Den Dreiklang zwischen Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik erreichen wir nur, wenn wir nicht einseitig auf die Batteriemobilität setzen, sondern Baden-Württemberg zum Mobilitätsführer im Bereich „Wasserstoff, Brennstoffzellen und synthetische Kraftstoffe“ entwickeln. Die FDP/DVP hat dazu einen Antrag mit einem Volumen von 100 Millionen € vorgelegt. Und den Masterplan, den Sie, Herr Dörflinger, im Bereich synthetischer Kraftstoffe genannt haben, können wir gern auch unterstützen.

Insofern ist es unverständlich, dass die Bundesregierung synthetische Kraftstoffe nach wie vor nicht zulässt. Wir haben innovative Unternehmen in Deutschland. Andere Länder machen uns vor, welchen wichtigen Beitrag zur CO_2-Einsparung wir da schon jetzt leisten könnten.

Wir brauchen eine Verkehrspolitik, die sich als Dienstleister und als technologischer Impulsgeber sieht und sich nicht immer mehr vom Bürger entfernt. Oder, um es mit den Worten aus dem „Südkurier“ vom 4. Dezember zu formulieren: „Verkehrswende ist Ende 2019 noch Lichtjahre entfernt“.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, mir liegt noch eine Wortmeldung der CDU vor. – Herr Kollege Mack, Sie haben das Wort.

Abg. Winfried Mack CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Dörflinger hat den Investitionshochlauf für den Bereich des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes erwähnt. Der Investitionshochlauf geht für den Bereich GVFG auf 2 Milliarden € pro Jahr hin. Damit können wir in unserem Land Baden-Württemberg einiges bewegen.

Die Elektrifizierung soll vom Bund in Zukunft mit 90 % gefördert werden. Hinzu kommen die Kofinanzierungsmittel des

Landes, die wir ja schon in den Haushalt eingestellt haben – teilweise als Verpflichtungsermächtigungen. Für den Ausbau der Schiene wird der Bund zukünftig 75 % statt 60 % zahlen. Hinzu kommen dann die Landesmittel, deren Anteil bisher 20 % betrug.

Bei den Bahnübergängen wird der Bund mit der Bahn und den Ländern komplett die Kosten übernehmen. Auf die Kommunen kommen für die Beseitigung von Bahnübergängen in Zukunft keine Kosten mehr zu.

Das zeigt uns: Es sind Mittel in enormer Höhe da. Das, was der Bund uns da präsentiert, ist eine Jahrhundertchance für das Land Baden-Württemberg, und wir sollten diese Jahrhundertchance nutzen.

Zum einen sollten wir die eingleisigen Strecken in unserem Land ausbauen, sie zweigleisig ausbauen oder dort, wo es notwendig ist, Doppelspurinseln machen, und wir sollten das Elektrifizierungskonzept, das wir im Land gemeinsam beschlossen haben, umsetzen. Bisher sind 60 % der Strecken in Baden-Württemberg elektrifiziert. Und wir haben in unserem Elektrifizierungskonzept bei den laufenden Maßnahmen sowie im Vordringlichen Bedarf weitere 900 km an Strecken, die bis zum Jahr 2025 elektrifiziert werden sollen. Das ist das Ziel der CDU.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Aber Geld allein reicht nicht aus. Vielmehr brauchen wir Planungen; deshalb haben wir die Zahl der Personalstellen erhöht. Und wir brauchen Baurecht. Jetzt gibt es ein Maßnahmenvorbereitungsgesetz des Bundes zur Schaffung von Baurecht. Dieses Gesetz steht auf der Tagesordnung der Bundesratssitzung am 20. Dezember. Wir, die CDU-Fraktion, erwarten, dass die Landesregierung diesem Gesetz zustimmt,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

und wir erwarten, dass auch Maßnahmen aus Baden-Württemberg aufgenommen werden. Bisher sind nur Maßnahmen aus Bayern und aus Norddeutschland drin.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wie z. B. die Gäubahn!)

Wir wollen da beispielsweise die Gäubahn drin haben. Wir wollen auch, dass die GVFG-Ausbaumaßnahmen, die ich vorhin genannt habe, in Zukunft in diese Gesetzgebung mit hineinkommen. Denn wenn wir bis 2025 diese Elektrifizierungsmaßnahmen in Baden-Württemberg stemmen wollen, können wir das doch nicht über Planfeststellungsverfahren machen, sondern wir müssen das über ein Maßnahmengesetz machen, wie wir das beispielsweise auch bei der Messe Stuttgart hier in Baden-Württemberg getan haben.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Kollege, die Redezeit ist abgelaufen.

Abg. Winfried Mack CDU: Jawohl. – Wir haben mit der Legalplanung gute Erfahrungen gemacht. Deswegen sage ich: Wer den Verkehr auf der Schiene in Baden-Württemberg bis 2030 verdoppeln will, muss hier konsequent handeln. Deswegen bitten wir die Landesregierung, diesem Gesetzesvorhaben des Bundes am 20. Dezember im Bundesrat zuzustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, gibt es jetzt noch weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich die Regierung ans Redepult bitten. Herr Minister Hermann, Sie haben das Wort.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Vielen Dank. – Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie werden verstehen, dass es mich ziemlich juckt, nach diesen Oppositionsreden entsprechend zu kontern. Aber ich verspreche Ihnen: Ich mache es kurz.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Das waren doch die regierungstragenden Fraktionen!)

FDP, nehmt mal euer Brett vorm Kopf weg.

(Abg. Nicole Razavi CDU: He! Das geht doch nicht!)

Seit acht Jahren erzählt ihr immer den gleichen Mist und nehmt nicht wahr, dass sich die Welt geändert hat und etwas anders aussieht.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, ich bitte Sie, auf die Wortwahl zu achten.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das muss sich keiner gefallen lassen! Mäßigung, Herr Minister! – Abg. Andreas Stoch SPD: Wo bleibt der Respekt vor dem Parlament?)

Minister für Verkehr Winfried Hermann: AfD, bleibt in eurer geistigen Tiefgarage.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Es wird ja immer schlimmer! Unglaublich! – Abg. Winfried Mack CDU: Wir haben doch gute Argumente, Herr Minister! Wir müssen doch nicht so argumentieren! – Abg. Bernd Gögel AfD: Da kommt der wahre Charakter zum Vorschein! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Genau! Der größte Versager mit der größten Klappe!)

Die SPD sagt, wir hätten keine Strategie, und hält eine Rede, in der man alle Probleme dem Landesverkehrsminister in die Schuhe schiebt.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ja!)

Das ist doch ziemlich billig und ziemlich einfach. So ist die Politik nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Meine Damen und Herren, wir reden heute eigentlich über den Haushaltsplan. Das will ich jetzt auch strikt und stur machen. Ich will mich auf die betreffenden Themen konzentrieren. Dieser Haushaltsplan ist der Plan für die Verkehrspolitik in den nächsten Jahren. Ich muss sagen: Das ist ein guter Plan, der eine gute Finanzierung vorsieht. Wir können damit auch in den kommenden Jahren eine gute Politik machen. Ich will mich bei den Koalitionsfraktionen und, liebe CDU, auch ganz besonders bei euch ausdrücklich bedanken. In der Tat habt ihr gemeinsam mit den Grünen dafür gekämpft, dass in vielen Bereichen noch nachgelegt wird. Wir haben beim Radverkehr,

(Minister Winfried Hermann)

beim Straßenverkehr, aber auch beim GVFG nachgelegt. Danke schön! Ich bin jedenfalls sehr dankbar, dass es geklappt hat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Dass wir etwas tun müssen – vor allem beim Klimaschutz –, ist offenkundig. Das haben auch viele verschiedene Redner in der Haushaltsdebatte immer wieder gesagt. Man kann es gerade auf allen politischen Ebenen verfolgen. Gestern Abend hat die neue Präsidentin der EU-Kommission, Frau von der Leyen, ihr großes Klimaschutzpaket „Green New Deal 2050“ vorgestellt.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Da hat man als Grüner gedacht: Ist das jetzt eine Grüne? Das Thema Klimaschutz hat alle erfasst, und alle machen sich Gedanken auf allen Ebenen, was man tun kann, weil man etwas tun muss.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ist das für Sie neu?)

Auch die Bundesebene, muss man sagen, hat sich ziemlich bewegt. Auch das ist höchst notwendig. Denn gerade im Verkehrssektor – das haben verschiedene auch angesprochen – haben wir einfach das Problem, dass in den letzten 30 Jahren im Unterschied zu allen anderen Sektoren der Ausstoß von Treibhausgasen nicht zurückgegangen, sondern zum Teil gestiegen ist – in Baden-Württemberg um 11 %. Es ist eine Herausforderung, das zu ändern.

(Beifall bei den Grünen)

Nun kann man natürlich in billiger Weise sagen: „Das liegt am grünen Verkehrsminister in Baden-Württemberg.“ Aber eines muss einem doch klar sein: Wenn all die Rahmenbedingungen für Mobilität so gesetzt sind, wie sie heute gesetzt sind, dass klimaschädliche Verkehrsmittel subventioniert werden – ob Dienstwagen, schwere Dienstwagen, Diesel, Kerosin –, dann sind diese Rahmenbedingungen nicht so ausgestaltet, dass klima- und umweltfreundliches Fortbewegen gefördert wird. Es wird gefördert, aber mit wesentlich weniger Mitteln wird das klimafreundliche Neue gefördert. Das ist kontraproduktiv, das passt nicht zusammen, und das muss geändert werden.

Liebe SPD, wer seit 1998 in Berlin in der Regierung ist – abgesehen von fünf Jahren –, der sollte den Mund nicht so voll nehmen. Denn ihr habt große Verantwortung für die Rahmenbedingungen, die auf Bundesebene und auf europäischer Ebene gesetzt werden,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Mit wem haben wir denn da in der Hälfte dieser Zeit regiert?)

und es ist ziemlich billig, als Opposition hier einen auf Öko zu machen, aber auf Bundesebene über den Bundesfinanzminister alle Vorstöße zu blockieren. Im Übrigen kann ich mich gut an die Zeit erinnern, als ihr hier Partner bei uns in der Regierung wart und als ihr in Berlin Partner bei uns in der Regierung wart: Ihr wart nicht die Ökotreiber, sondern ihr wart immer die Bedenkenträger und diejenigen, die verhindert haben.

(Beifall bei den Grünen)

Auch wenn manche es übersehen haben: Das Pariser Klimaschutzabkommen verpflichtet uns alle zu Klimaneutralität bis 2050. Dazu, wie Sie da hinkommen wollen, habe ich von Ihnen nichts gehört.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Kommen Sie mal zum Regionalverkehr! – Gegenruf des Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Und dann kommen Sie mit „keine Verbote“ und „wir müssen ermöglichen“. Wo habe ich mich denn für Verbote ausgesprochen?

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sagen Sie einmal etwas zum Regionalverkehr!)

– Ich werde gleich im Einzelnen dazu kommen.

Aber klar ist doch: Wir müssen die Rahmenbedingungen auf EU-Ebene,

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Erst beim Land die Rahmenbedingungen schaffen!)

auf Bundesebene ändern, und wir müssen auch unseren Anteil erbringen.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Aha!)

Selbstverständlich. Deswegen haben wir ja einen Plan. Wir sagen: bis 2050 klimaneutral. Was müssen wir dann bis 2030 tun, damit wir da hinkommen?

Deswegen unsere fünf strategischen Ziele: Verdopplung beim ÖPNV, jeder zweite Weg selbstaktiv zu Fuß oder mit dem Fahrrad, jede dritte Tonne und jedes dritte Auto klimaneutral, die Zahl der Fahrzeuge in der Stadt um ein Drittel verringern. Das sind z. B. wichtige Maßnahmen, um da hinzukommen. Jeder, der sagt: „Das ist aber blöd“, muss dann sagen, mit welchen anderen Methoden, auf welchem anderen Weg er den Klimaschutz und die Reduktion der Treibhausgase eigentlich erreichen will.

Das ist die Herausforderung auch für die Opposition. Da haben Sie nichts geliefert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Selbstverständlich!)

Dieser Haushaltsplan liefert dem Verkehrsministerium auf jeden Fall genügend Mittel. Aber, lieber Thomas Dörflinger, im Geld schwimmen wir nicht. Das ist leicht übertrieben. Das würde ich auch nicht herumerzählen; denn sonst wollen alle von uns die Mengen von Geld, die ihr versprochen habt.

(Abg. Winfried Mack CDU: Nein, das stimmt nicht! – Abg. Nicole Razavi CDU: Wir haben zumindest so viel Geld, dass Sie viele andere Dinge damit machen können!)

Nein, wir haben Mittel in auskömmlicher Höhe. Wir können gut damit arbeiten. Wir werden in klimafreundliche Infrastrukturen investieren,

(Unruhe)

wir werden in Innovationen und Technologien im Bereich Mobilität investieren, wir werden in den Abbau des Sanierungsstaus und überhaupt in den Aufbau von Infrastrukturen investieren, wir werden in die Elektrifizierung und schließlich auch in die Digitalisierung investieren. Das ist mit diesen Haushaltsmitteln möglich, und das werden wir auch engagiert vorantreiben. Das haben wir übrigens auch schon über viele Jahre hinweg gemacht, und jetzt haben wir sozusagen die Bestätigung: Wir können da weitermachen. Hier haben wir übrigens auch schon ziemlich viel Erfolg.

Kommen wir zum Straßenverkehr. Ich bin überrascht, dass kaum jemand mehr darüber geredet hat. Das liegt wohl daran, dass wir in den letzten Jahren ziemlich viel hinbekommen haben.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Sie haben einen guten Koalitionspartner! – Zurufe von der AfD)

Übrigens kommen eine ganze Menge Abgeordnete regelmäßig zur Eröffnung neuer Umgehungsstraßen oder zum Spatenstich, wenn wir z. B. ein anderes Verkehrsprojekt machen. Selbst der AfDler ist immer mitten vorn dabei und stellt sich neben mich aufs Bild, weil er findet, dass wir so gute Arbeit machen.

(Lachen des Abg. Rüdiger Klos AfD – Abg. Rüdiger Klos AfD: Das ist nicht Ihr Ernst! – Abg. Anton Baron AfD: Sie müssen öfter kommen! Sie kommen zu selten!)

Ja, es ist doch so: Vor Ort pirschen Sie sich immer ins Bild, und hier hat man ganz andere Reden zu vernehmen. Aber Tatsache ist doch, dass wir gerade praktisch im Wochentakt Infrastrukturmaßnahmen entweder freigeben oder den Spatenstich machen. Noch nie ist in den letzten Jahren so viel in den Erhalt und die Sanierung von Straßen investiert worden, und zwar auf allen Ebenen: Landesstraßen, Kreisstraßen, Bundesstraßen. Das haben wir vorangetrieben, dank der Fraktionen, die mir die Mittel zur Verfügung gestellt haben – das will ich sagen –, und auch dank des Bundes, der das Budget in diesem Bereich ebenfalls deutlich erhöht hat. Da kann ich nur sagen: Danke schön, dass es geklappt hat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Das Land ist für 9 600 km Straße und für über 3 200 Brücken zuständig. Es ist eine Riesenherausforderung, dieses System sozusagen ständig am Laufen zu halten, weil Brücken und Straßen durch den starken Verkehr natürlich sehr beansprucht werden. Deswegen müssen wir rechtzeitig sanieren. Das tun wir auch, und zwar in den kommenden Jahren auf höchstem Niveau mit über 150 Millionen € pro Jahr. Wir haben im ablaufenden Jahr eine ebenso hohe Summe umgesetzt. In all den Jahren hatten wir Höchstsummen im Bereich der Sanierung. In dieser Hinsicht war es in den vergangenen Zeiten vor 2011 deutlich schlechter. Deshalb kann ich schon sagen: Viel gemacht, viel erreicht.

Aber wir müssen dranbleiben, weil Infrastruktur ständig genutzt wird. Deswegen habe ich auch dafür gekämpft, dass wir da mehr Mittel und auch das erforderliche Personal bekommen. Denn mit der Reform der Straßenbauverwaltung hört ja die Arbeit nicht auf. Deswegen bin ich auch dankbar, dass wir die zusätzlichen 50 Stellen bekommen haben. Denn bei uns bleibt hängen, was arbeitsintensiv ist, und beim Bund gehen die großen Projekte weg. Sie werden einmal eine Ausschreibung machen und haben danach nichts mehr damit zu tun. Wir müssen daran arbeiten. Das tun wir aber ganz und machen es auch weiter.

Es wird sich übrigens im Bereich Straßenbau viel verändern. Ab 2021 sind wir für Autobahnen nicht mehr zuständig. Vielleicht merkt das irgendwann auch die AfD und ändert ihre Anfragen. Ich habe noch immer den Eindruck, sie denkt, ich würde die Autobahnen der Zukunft bauen. Nein, das ist vorbei. Das machen demnächst andere.

Natürlich hat das Ganze auch Nachteile für uns. Die Synergieeffekte bei der Planung, auch aufgrund der Erfahrung, die wir im Infrastrukturbereich sammeln, gehen zum Teil verloren. Sehr stark spüren wir das etwa bei der Landesstelle für Straßentechnik, wo auch die Verkehrszentrale ist. Die fällt jetzt praktisch weg und kommt zum Bund, und mit ihr würde dann auch die Verkehrszentrale wegfallen. Deswegen danke, dass es möglich geworden ist, eine Grundfinanzierung zum Aufbau einer Verkehrszentrale Baden-Württemberg zu erreichen mit neuesten Mitteln, wo wir auch eine intelligente Verkehrssteuerung vorantreiben können. Das werden wir mit viel Engagement tun; wir befinden uns bereits in der Vorbereitung, das aufzubauen.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Meine Damen und Herren, Radverkehr. Kollege Katzenstein hat ja ein herrliches Stück über den Marathon geschrieben. Aber ich muss dazu sagen: Es waren nicht nur die Grünen, die für den Radverkehr gekämpft haben, sondern es war auch die CDU. Ehrlich gesagt freue ich mich, dass Sie – nach den Reden, die Sie, als die CDU noch in der Opposition war, zum Thema Radverkehr gehalten haben –

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das waren keine ablehnenden Reden!)

heute mit uns gemeinsam dafür gesorgt haben, dass die Mittel für den Radverkehr erhöht werden. Danke schön vor allem denen, die gern radeln. In der CDU-Fraktion gibt es auch einige.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir haben auch hier ein ambitioniertes Ziel. Wir wollen den Radverkehr bis 2030 verdoppeln. Das geht natürlich nur, wenn wir die entsprechende Infrastruktur bauen. Dafür haben wir jetzt Mittel. Wir können die Radwege an Landesstraßen, an Kommunalstraßen ausbauen. Wir können ein Lückenschlussprogramm durchziehen. Das halte ich für ganz wichtig.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Wieder auflegen!)

Martin Rivoir ist immer ganz stolz, dass er auch schon mal ein Lückenschlussprogramm mit durchgesetzt hat.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ja toll, dass ich das einmal hören darf! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ein Minister für alle!)

Da danke ich noch im Nachhinein, dass es möglich war, ein Lückenschlussprogramm für den Radverkehr zu machen.

Kommen wir zum Zwischenfazit. Wir haben im Bereich Straßeninfrastruktur viel geleistet. Wir haben aber auch eine Wende vollzogen, weg von Aus- und Neubauorgien hin zu Erhaltung, Sanierung und Modernisierung. Das ist gut so und ist auch ein Riesenerfolg. Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Kommen wir zum öffentlichen Verkehr. Es ist keine Frage mehr, und es wird auch nicht mehr darüber diskutiert: Wenn wir klimafreundliche Mobilität schaffen wollen, müssen wir auf jeden Fall den Anteil des öffentlichen Verkehrs vergrößern, müssen wir den öffentlichen Verkehr ausbauen und verbessern. Das ist praktisch der Tenor, der sich durch alle Reden zieht, übrigens sogar hier im Landtag.

Natürlich ist es mehr als ärgerlich, wenn man so viel ausgibt und investiert, wie wir es heute tun, es aber nicht so gut funktioniert, wie wir es gern hätten. Ich bin der Letzte, der das durchgehen lässt. Von Anfang an habe ich bei den Unternehmen, die nicht geliefert haben, darauf geachtet, dass sie doch noch das liefern, was sie vertraglich versprochen haben.

Heute haben verschiedene Rednerinnen und Redner behauptet, alles sei gut gewesen, als noch die Deutsche Bahn zuständig war. Darüber kann ich nur lachen. Sie haben in x Debatten versucht, mich vorzuführen, weil die DB so eine schlechte Leistung geboten hat.

(Zuruf von der SPD: Was?)

Lieber Martin Rivoir, deine Logik hieße, zu sagen, die SPD sei schuld, dass die Bahn so schlechte Leistungen erbringt. Ihr wart schon ewig lange in der Bundesregierung. Es ist ein Bundesunternehmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Martin Rivoir SPD: Ihre Ausschreibungen waren es! Die Ausschreibungen, die Sie im Kabinett gegen unseren Willen durchgesetzt haben! Die Ausschreibungen haben Sie verbockt! Gegen unseren Willen im Kabinett durchgeboxt! So war das! – Abg. Reinhold Gall SPD: Grünes Chaos auf der Schiene, wohin man blickt! Unglaublich! – Gegenruf der Abg. Nicole Razavi CDU: Es ist schön, wenn sich zwei Schuldige die Schuld zuschieben! Ihr wart doch dabei! Mitgefangen, mitgehangen! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: So, jetzt hat der Minister wieder das Wort. Ich bitte um Aufmerksamkeit.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Vielen Dank. – Es gab fünf SPD-Verkehrsminister auf Bundesebene seit 1998. Die meisten Namen haben Sie schon vergessen. Aber die haben jedenfalls nichts hingebracht, was die Verbesserung der Schieneninfrastruktur anbelangt, was die Verbesserung der Leistungen der Deutschen Bahn AG anbelangt. Das ist einer der wesentlichen Gründe, warum wir heute Probleme haben.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Martin Rivoir: Alle anderen sind schuld!)

Veraltete Verkehrssteuerung,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ja!)

fehlende Weichen, fehlende Redundanz im System, das ist alles in den Jahren passiert, in denen die SPD auch Verantwortung hatte.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie haben doch der Bahn die Beine gebrochen, wo es nur ging!)

Der damalige Verkehrsminister Tiefensee hat versucht, die Bahn zu privatisieren – in der Annahme, ihre Leistungen würden dann noch besser. Immerhin hat ein Parteitag der SPD das dann verhindert – Gott sei Dank. Da haben Sie gerade noch gemerkt, dass Sie die Kurve nehmen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie waren doch die Verhinderer der großen Projekte!)

Aber wir halten einmal fest: Die Pünktlichkeitsquote der DB Fernverkehr in der Republik liegt gerade einmal bei 75 %. Da sind alle unsere Unternehmen im Nahverkehr besser, von Go-Ahead über Abellio bis DB Regio. Alle sind besser als die DB Fernverkehr.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Martin Rivoir SPD: Alle anderen sind schuld, bloß Sie nicht! Reden Sie doch einmal über die Quoten hier!)

Was Sie nicht wissen: Die Nahverkehrszüge müssen warten.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Das weiß ich schon!)

Wenn es bei der DB Fernverkehr Verspätungen gibt, verspätet sich auch der Nahverkehr. Damit haben wir eine Ursache ausgemacht.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Sehr gut!)

Wenn Züge nicht fahren, weil sie nicht wie bestellt angekommen sind, wenn Bombardier seine Verträge bricht oder Stadler seine Züge nicht rechtzeitig liefert, dann ist dafür nicht der Verkehrsminister verantwortlich.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Politisch schon! Dann muss man halt mit heißem Atem hinterher sein! – Abg. Nicole Razavi CDU: Vielleicht hat er zu spät bestellt!)

– Frau Razavi, ich würde Ihnen raten, sich ein bisschen bewusst zu machen, dass Sie in einer Koalition sind und dass wir eine gemeinsame Verantwortung haben.

(Zurufe, u. a. Abg. Nicole Razavi CDU: Ich lasse mir von Ihnen doch nicht den Mund verbieten! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, einen Moment, bitte. – Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Stickelberger zu?

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Nein.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei: So viel Angst?)

Wir haben eine Situation, in der wir alle uns ärgern. Da ist es natürlich besonders billig, mir jetzt die Schuld dafür in die Schuhe schieben zu wollen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Politische Verantwortung!)

Vielmehr müssen wir einmal darüber reden, woher die Probleme kommen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Genau! Das tun wir!)

Alle Betreiber haben uns sehr klar gesagt, sie hätten genügend Zeit gehabt, sich vorzubereiten – alle! Alle haben gesagt: „Wir haben genügend und rechtzeitig bestellt." Wenn aber Unternehmen wie Stadler und Bombardier von Mal zu Mal die Vertragszusage brechen – Bombardier hat mindestens zwölf Mal den Liefertermin verschoben –,

(Abg. Winfried Mack CDU: Wer hat denn die Züge bestellt?)

wenn diese Unternehmen nicht in der Lage sind, Züge zu liefern, bei denen die Software funktioniert oder die vom EBA genehmigt werden – wir mussten zum EBA gehen; wir haben uns wirklich engagiert; wir haben alle Beteiligten wöchentlich einbestellt, alle zusammen und jeweils einzeln; wir werden uns auch weiterhin bemühen –, dann können wir uns nicht gefallen lassen, dass ausgerechnet ich und mein Haus, die wir uns so einsetzen, auch noch für die Probleme, die andere verursacht haben, verantwortlich gemacht werden.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Martin Rivoir SPD: Alles zu spät! Als das Kind schon in den Brunnen gefallen war, da seid ihr aufgewacht! Als alles zu spät war! – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie haben das Ganze angerührt! Sie sind der Koch bei dieser Geschichte! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, ich finde, die Zahl der Zwischenrufe nimmt überhand.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Das liegt aber am Verkehrsminister, nicht an uns!)

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Ich freue mich ja, dass Sie immer dazwischenschreien, aber ich verstehe es praktisch nicht.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Es ist zu unruhig.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wer so anfängt, braucht sich nicht zu wundern!)

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Wer sich gegen den Wettbewerb stellt, der in den Neunzigerjahren von der EU einmütig beschlossen worden ist – die Liberalisierung des Schienenverkehrs war ein europäisches Projekt, übrigens auch ein Projekt der Liberalen –,

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Das haben wir auch nicht kritisiert!)

der sollte dann, wenn der Wettbewerb stattfindet, nicht so tun, als wäre alles kein Problem. Vielmehr merkt man dann, dass der Wettbewerb nicht alle Probleme von selbst löst. Man muss hinterhergehen. Nicht jeder Wettbewerber ist so, wie er vorgibt. Wir übernehmen da Verantwortung. Wir gehen da rein. Da, wo der Markt bestimmte Probleme nicht löst, übernehmen wir im Interesse der Kunden Verantwortung. Deswegen tun wir auch etwas bei der Lokführerausbildung, deswegen schaffen wir einen Fahrzeugpool an. Wir wollen kompensieren, was der Markt allein nicht hinbekommt.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Aber so funktioniert es halt leider nicht!)

Und Sie werfen mir vor, ich würde hier federführend eingreifen.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Hat ja nicht funktioniert!)

Wenn ich nicht eingreifen würde, würden Sie mir vorwerfen, dass ich nichts täte. Das ist doch paradox.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Meine Damen und Herren, der Kollege Mack hat auf etwas Wichtiges hingewiesen. Wir haben in den nächsten Jahren erheblich mehr GVFG-Mittel vom Bund. Diese werden zunächst verdoppelt, dann verdreifacht und dann innerhalb von fünf Jahren versechsfacht. Noch nie haben die Kommunen so viel Geld vom Bund bekommen. Es war richtig und gut, uns personell und finanziell so darauf vorzubereiten, dass wir möglichst viele dieser Bundes-GVFG-Mittel nach Baden-Württemberg holen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Eine Jahrhundertchance!)

Und nun zu denen, die immer glauben, wir bekämen nichts hin: In den letzten Jahren hat es das Land Baden-Württemberg dank unserer Initiative, dank der Vorbereitung der Kommunen, dank der Kofinanzierung durch das Parlament geschafft, zwischen einem Drittel und 45 % der Bundesmittel nach Baden-Württemberg zu holen. Ist das kein Erfolg? Liebe Leute!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Martin Rivoir SPD: Das sind aber die Kommunen und nicht Sie! – Abg. Winfried Mack CDU: Jetzt noch das Maßnahmengesetz! Dann passt es!)

Beim Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz haben wir den Kommunen nicht einfach das Geld weggenommen, sondern gemeinsam mit den Kommunen eine Neukonstruktion vereinbart – mit Einverständnis der Kommunen! Tun Sie nicht so, als ob wir die Kommunen beschissen hätten.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ja, freilich! Weggenommen!)

Wir haben das gemeinsam beschlossen. Das Land hat was draufgelegt. Die Kommunen haben zugestimmt, dass Mittel aus dem Vorwegabzug bereitgestellt werden. Das ist auch gut so.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Taschenspielertrick!)

Wir brauchen das Geld. Wir brauchen es zur Förderung von Neufahrzeugen, wir brauchen es zur Förderung von Ersatz-

fahrzeugen. Wir wollen neue Fahrzeuge im Schienenpersonennahverkehr.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Es gibt aber keine!)

Wir haben auch einiges getan. Wir haben heute schon ziemlich viele Neufahrzeuge. Das können Sie nicht ignorieren. Sie können noch so lange schlecht über alle möglichen Altzüge reden, aber sichtbar sind zahlreiche neue Fahrzeuge. Am Ende werden es 250 Neufahrzeuge im Landesdesign sein. Sie sind tatsächlich sehr komfortabel und haben WLAN, Klimatisierung und mehr Platz für Rollstühle und Fahrräder. Da ist wirklich etwas nach vorn gebracht worden.

Bei aller Kritik will ich Ihnen eines sagen: Wenn dieses Parlament und wenn Sie als Politiker

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Sind Sie keiner? – Abg. Martin Rivoir SPD: Sie sind auch Teil des Parlaments!)

ständig nur davon reden, dass alle Züge ausfielen und alle Züge verspätet seien,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Das ist auch so! Die Leute kommen doch zu uns!)

dann entsteht der Eindruck, dass gar kein Zug mehr fährt. Das ist die faule Ausrede für alle, die nicht umsteigen wollen. Dafür leisten Sie die Vorarbeit. Das ist völlig daneben.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Martin Rivoir SPD: Freitag, 17 Uhr, am Bahnhof! Ich lade Sie auf einen Glühwein hinterher ein! Da können Sie mal sehen, was Sache ist! – Abg. Reinhold Gall SPD: Gehen Sie am Freitagabend mal auf den Bahnhof! Jeden Tag in Heilbronn! – Weitere Zurufe von der SPD – Unruhe)

Ich bekomme ja vieles ab. Ich bin u. a. Fahrradminister, ich bin u. a. ÖPNV-Minister. Gleichzeitig werfen Sie mir vor, ich würde weder mit dem Fahrrad noch mit dem ÖPNV fahren. Das ist doch lächerlich! Ich fahre regelmäßig mit der Bahn, ob das S-Bahn, Stadtbahn, Fernverkehr oder Nahverkehr ist. Ich weiß, wie es da zugeht.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Umso schlimmer!)

Wir bekommen haufenweise Briefe von Leuten, die wie Sie nicht begreifen, wer die Ursache des Problems ist. Das sind nämlich die Betreiber, die Hersteller und die Strukturmängel.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Nur Sie begreifen alles! Alle anderen sind schuld! Junge, Junge, Junge! – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie tragen die politische Verantwortung! – Unruhe)

– Ich trage gern die Verantwortung, liebe Kollegen, und zwar reichlich. Ich habe auch breite Schultern. Die muss man als Verkehrsminister angesichts der ständigen Beschimpfungen auch haben.

Ich will noch was zum Thema Tarife sagen.

(Abg. Anton Baron AfD: Wir sollten einen Untersuchungsausschuss einrichten! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Mir und meinem Haus war es immer wichtig, dass wir faire und gute Preise und Tarife haben. Klar ist: Wir können noch so viele schöne Züge fahren lassen, aber wenn die Tarife nicht stimmen, steigen die Leute nicht ein. Deswegen haben wir die Tarifreform für Baden-Württemberg gemacht. Deshalb gibt es einen Landestarif, einen bwtarif, der die Verbundgrenzen überschreitet. Er ist sehr kostengünstig. Wir geben den Leuten zur Fahrkarte für die Bahn das Start- und das Anschlussticket im lokalen ÖPNV sogar kostenlos dazu. Das ist ein deutlicher Beitrag zum Umstieg. Es ist, wie ich finde, eine großartige Leistung, dass wir das hinbekommen haben. Wir haben das übrigens für das ganze Land gemacht, nicht nur für Stuttgart. Das gilt im ganzen Land. Das können alle nutzen, das ist für alle ein Vorteil.

Wir haben aber auch den VVS-Tarif. Das haben wir gemacht, weil wir etwas für die Luftreinhaltung tun wollten. Auch hier haben wir Mittel in besonderer Art und Weise zur Verfügung gestellt. Wir haben das Tarifsystem vereinfacht und auch kostengünstiger gemacht.

Ich habe mich nie für Nulltarife ausgesprochen, sondern immer gesagt: Tarife müssen wohlüberlegt sein.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Das haben Sie doch in Stuttgart gemacht!)

– Ja, ich habe gesagt: Es ist ein ziemlich schlechtes Signal, wenn man eine Tarifreform macht, sie großartig preist, aber die Tarife trotz der Aussage, dass man sie nicht schon wieder erhöht, ein halbes Jahr später doch erhöht.

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Deswegen hat das Land ein großzügiges Angebot mit der klaren Ansage gemacht, dass die anderen – also die Landeshauptstadt und die verantwortlichen Landkreise – auch etwas bringen müssen.

Lieber Martin Rivoir, das Land ist nicht für alle Formen der Kommunalpolitik zuständig.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Aber hier in Stuttgart schon!)

Wir haben einen Beitrag geleistet. Die Landkreise sind nicht gesprungen, sie haben das Geld nicht zur Verfügung gestellt. Die haben es versemmelt, nicht wir!

(Abg. Martin Rivoir SPD: In Ulm hätten wir es genommen! Man hat im DING den Preis erhöht! Das Geld hätten wir gern genommen!)

Was die Tarifreform anbelangt, haben wir übrigens allen Regionen angeboten: Das, was in Stuttgart passiert, machen wir auch im ganzen Land. Voraussetzung ist, dass es ein Konzept zur Vereinfachung der Tarife gibt, dass sie leicht zugänglich sowie kostengünstig und preiswert sind. Das war das Angebot. Aber bisher ist noch niemand aus den Regionen gekommen. Niemand ist gekommen! Sie können doch mir nicht in die Schuhe schieben, dass die noch nicht in die Puschen gekommen sind. Das Angebot steht und wird weiterhin bestehen.

(Beifall bei den Grünen)

Wir gehen aber auch neue Wege. Gerade im ländlichen Raum versuchen wir auch ganz neue Themen zu setzen, etwa „Ver-

kehr-on-Demand“, also flexible Angebote auf Nachfrage. Dafür stehen jetzt auch Mittel bereit. Ich bin froh, dass wir da in den nächsten Jahren mehr machen können.

Wir haben in den vergangenen Jahren mit den Regiobussen schon einiges erfolgreich gemacht. Das ist ein absolutes Erfolgsprojekt. Elf Linien gibt es schon kreisübergreifend im ganzen Land, von Sigmaringen bis Überlingen – eines der erfolgreichsten Projekte in diesem Zusammenhang. Wir haben bereits vier neue Linien: von Donaueschingen nach Blumberg, von Walldorf nach Sinsheim,

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Hört, hört!)

von Bühlertann nach Schwäbisch Hall, von Gerabronn nach Crailsheim. Das sind die neuen Linien für das nächste Jahr, weitere sind in der Pipeline.

Auch hier will ich sagen: Wir tun auch viel, damit der ÖPNV auf der Straße besser wird. Denn da hat der ländliche Raum in der Tat einen Nachteil. Das muss besser werden. Dafür streiten wir.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, Verkehrswende heißt Antriebswende, Energiewende im Verkehr und Mobilitätswende. Die Debatten sind manchmal etwas kurz oder sozusagen eingeschränkt auf den Motor konzentriert. Der Wechsel vom Verbrennungsmotor zum Elektromotor ist noch keine Verkehrswende,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

sondern es ist ein möglicher Beitrag zur Reduktion der Treibhausgase im Autoverkehr. Deswegen fördern wir das. Natürlich achten wir auch darauf, dass diese elektrische Energie und die Batterien möglichst auf sozial- und umweltverträgliche Weise erzeugt bzw. hergestellt werden. Aber es ist die Verantwortung der Hersteller, dafür zu sorgen, dass sie ihre Rohstoffe auch genau unter diesen Bedingungen bekommen.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Sie werden noch sehen, dass alle großen Automobilfirmen daran arbeiten. Denn nichts ist schlimmer für solch ein Unternehmen, als wenn man ein schönes neues klimaneutrales Produkt auf den Markt bringt

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wo soll denn das klimaneutral sein?)

und dann aber eine schlechte Geschichte über die Herstellung der Batterien und über die Herkunft der Ressourcen kommt.

Deswegen ist es notwendig – wir unterstützen das –, dass die Ressourcen garantiert ökologisch sind, dass sie sauber gewonnen werden, dass die Umweltschäden gering gehalten werden und alles getan wird, damit am Ende auch das Recycling stimmt. Auch das gehört dazu.

Meine Damen und Herren, seit mindestens 15 Jahren wird über verschiedene Antriebssysteme gesprochen. Ich bin ja schon überrascht, dass an der FDP alles vorbeigegangen ist. Sie tut gerade so, als hätte sie den Wasserstoff neu erfunden. Die Debatte ist so alt, und es gibt sie, seit ich in der Verkehrspolitik bin.

Seit vielen, vielen Jahren gab es immer wieder Versuche, mit Wasserstoff zu fahren. Es gab von BMW ein Modell mit Direktverbrennung von Wasserstoff – es wurde wieder eingestellt; das ist vor ungefähr zehn Jahren gewesen. Es gibt seit mindestens 30 Jahren die Brennstoffzelle mit Wasserstoff. Ich bin in den Neunzigerjahren schon einen Wagen mit einer solchen Brennstoffzelle gefahren, ich bin hier und in Berlin – in der Landesvertretung – die erste Generation der A-Klasse gefahren. Ich fahre heute eine C-Klasse mit Brennstoffzelle.

Keines dieser Modelle ist marktreif geworden – nicht, weil wir Grünen dagegen waren oder weil die FDP dies so begeistert begrüßt hat, sondern weil diese Technologie einfach noch nicht so weit ist, dass sie marktfähig und konkurrenzfähig ist. Trotzdem sagen wir klar: Wir müssen auch diesen Weg gehen. Ich habe immer betont – da können Sie jede meiner Reden nachlesen –: Politik muss die Ziele setzen, nämlich runter mit den Schadstoffen, runter mit den Treibhausgasen. Wenn die Ziele gesetzt sind, dann müssen die Unternehmen die Technologie entwickeln und ihren Weg finden, wie sie diese Ziele einhalten.

Da gibt es für mich drei Möglichkeiten: erstens batterieelektrisch, zweitens die Mischform Plug-in-Hybrid, selbstverständlich die Brennstoffzelle mit Wasserstoff, und als drittes Element „reFuels“ oder „synFuels“. Auch da kann ich nur lachen, wenn man mich dazu treiben will, dass ich dafür etwas tue. Baden-Württemberg war im letzten Jahr das erste Bundesland, welches einen Großversuch mit synthetischen Kraftstoffen in Karlsruhe zustande gebracht hat. Es gab 10 Millionen € von uns, 10 Millionen € von der Wirtschaft. Die gesamte Branche der Automobilindustrie war dabei, einschließlich der Zulieferer, einschließlich der Mineralölwirtschaft. Denn alle wissen: Wir brauchen auch synthetische Kraftstoffe – vielleicht nicht für den Pkw, aber für den Lkw oder für die Flugzeuge.

(Abg. Winfried Mack CDU: Warum nicht für den Pkw?)

Es kommt nicht nur darauf an, dass man eine Möglichkeit hat, sondern es kommt darauf an, dass man die verschiedenen Technologien für den jeweils passenden Weg einsetzt und dass man sie dort einsetzt, wo dies effizient und sinnvoll ist. Im Moment sind dies beim Pkw im Wesentlichen batterieelektrische Fahrzeuge. Das muss aber nicht so bleiben. In anderen Bereichen könnte die Brennstoffzelle zunehmend an Bedeutung gewinnen und einen echten Beitrag zum Klimaschutz leisten. Es gibt keinen Weg, den wir nicht beschreiten, sondern wir werden alle ausprobieren – aber nicht blind, sondern abwägend.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt will ich noch einmal etwas zum Thema Tesla sagen. Ich kann von mir behaupten, dass ich der einzige Minister bin,

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Dieses Selbstverständnis!)

der auf jeden Fall an zwei Orten war und sich erkundigt hat, ob Tesla dort angesiedelt werden kann. So viel zu eurem Brett.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und beiden haben Sie gesagt, Sie hätten kein Interesse!)

(Minister Winfried Hermann)

Beim Baden-Airpark, bei dem ich selbst Aufsichtsratsvorsitzender bin, haben wir die Fläche nicht. Die einzige Fläche, die rein von der Größe her gepasst hätte, war das Flugplatzareal in Lahr. Ich habe sofort mit dem Oberbürgermeister telefoniert. Es war klar: Lahr hat die Fläche von 55 ha, die Tesla-Scouts waren schon da. Wir haben gesagt: „Das ist eine Möglichkeit, wir würden es begrüßen.“ Interessanterweise hat sich Tesla aber nie mehr gemeldet, weder bei mir

(Abg. Martin Rivoir SPD: Dann muss man sich halt bei denen melden! – Vereinzelt Heiterkeit)

noch sonst wo.

Die Wahrheit bei der Geschichte ist, dass Elon Musk schon vor zwei Jahren gesagt hat: „Ich gehe doch nicht irgendwo hin, wo die Arbeitslosenquote so niedrig ist,

(Zuruf von der CDU: Baden-Württemberg ist nicht irgendwo!)

wie etwa im Südwesten. Ich gehe nur dahin, wo die Arbeitslosenquote relativ hoch ist, wo eine Großstadt in der Nähe ist, wo ich viel Platz habe, wo ich unbeschränkt bin und wo ich das Land billig bekomme.“

Man muss nun mal sagen: In Baden-Württemberg haben wir keine hohe Arbeitslosenquote. Baden-Württemberg kann nicht wie Brandenburg Strukturmittel der EU einsetzen. Deswegen war es letztendlich überhaupt nicht realistisch, dass Tesla nach Baden-Württemberg kommt.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Das muss man aber nicht machen, einen solchen Mist herausreden!)

Ihre ganze Geschichte, die Sie mir da irgendwie anhängen wollen, ist einfach falsch und hinterher, und die Welt war ganz anders.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Haben Sie es gesagt oder wir?)

Es tut mir leid, es ist daneben gewesen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sie haben es doch gesagt! – Abg. Reinhold Gall SPD: Nachdem Herr Kretschmann Ihnen die Ohren lang gezogen hat, sind Sie zurückgerudert!)

Ich komme zum Schluss. Wir haben einen Bereich noch gar nicht angesprochen.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Flugverkehr!)

Wir wollen auch neue Technologien bei der Verkehrslenkung, bei der Verkehrssteuerung einsetzen. Deswegen ist es so wichtig, dass wir eine Verkehrszentrale auf der Grundlage neuester Technologien aufbauen.

(Abg. Anton Baron AfD meldet sich.)

Deswegen ist es auch wichtig, dass wir schauen, was der Stand der Technik ist, was man damit machen kann. Es ist sicherlich eine Möglichkeit, Stau und Abgase zu vermeiden.

(Abg. Anton Baron AfD zu stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Okay, lassen Sie es!)

Meine Damen und Herren, ich möchte mich zum Schluss sehr herzlich bei den Koalitionären, bei den Haushälterinnen und Haushältern bedanken, die viel dafür getan haben, dass der Verkehrsetat deutlich aufgewertet worden ist. Wir können damit weiterhin die Landesstraßen erhalten, wir können die Radinfrastruktur ausbauen, wir können die Schieneninfrastruktur weiterentwickeln, die Fahrzeugförderung weiter vorantreiben, neue Mobilitätskonzepte voranbringen.

(Abg. Anton Baron AfD: Intelligente Verkehrssteuerungen mit Geschwindigkeitsbeschränkungen!)

Für all das möchte ich herzlich Danke sagen. Sie sehen: Ein kleines Haus kann Großes stemmen, wenn es die entsprechenden Mittel bekommt.

Ich möchte mit einem Spruch eines größeren landeseigenen Unternehmens in Baden-Württemberg, das sich in der Elektromobilität engagiert, enden: „Wir machen das schon.“

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Martin Rivoir SPD: Arrogant! – Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Regierung hat überaus viel Redezeit in Anspruch genommen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: So viel zum Thema „Kurzfassen“! Auch das bringen sie nicht fertig! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So viel zum Thema „Kurz“!)

Ich kann Ihnen anbieten, dass wir noch einmal Redezeit für die Abgeordneten zur Verfügung stellen. Gibt es den Wunsch danach? Gibt es noch Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir zur A b s t i m m u n g über den Einzelplan 13: Ministerium für Verkehr.

(Unruhe)

– Ich bitte um Ihre ungeteilte Aufmerksamkeit für die Abstimmung des Einzelplans 13. – Grundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/7213.

Ich rufe zunächst Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich dann bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen.

Wir fangen an mit Nummer 1

Kapitel 1301

Ministerium

in der Fassung der Beschlussempfehlung. Hierzu liegen ein Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU sowie ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP vor.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/7313-10, begehrt eine Änderung des Haushaltsvermerks unter der Überschrift „Personalausgaben“, um die Erhöhungen aus der Ausschussberatung zur Festlegung des Personalausgabenbudgets im Haushaltsvermerk nachzuziehen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diesem Änderungsantrag mehrheitlich zugestimmt.

Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – liegt der Änderungsantrag der FDP/DVP, Drucksache 16/7313-1, vor, der geplante Anhebungen von Stellen rückgängig machen will. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, der melde sich bitte. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer stimmt Kapitel 1301 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den soeben beschlossenen Änderungen zu? – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 1301 mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 2

Kapitel 1302

Allgemeine Bewilligungen

in der Fassung der Beschlussempfehlung.

Zu Titel 441 01 – Beihilfen aufgrund der Beihilfeverordnung u. dgl. – liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/7313-11, vor, der die Beihilfeleistungen an den Stellenaufwuchs in der Straßenbauverwaltung anpasst. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Änderungsantrag mehrheitlich zugestimmt.

Wer stimmt Kapitel 1302 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den soeben beschlossenen Änderungen zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 1302 mit der Änderung mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 3

Kapitel 1303

Öffentlicher Verkehr

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Zu Titel 671 99 – Erstattungen an die Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH – ist der Änderungsantrag Drucksache 16/7313-4 gestellt, der Mittelkürzungen, insbesondere für die „bwegt“-Kampagne, verlangt. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Zu Titel 883 99 – Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände – liegt der Änderungsantrag Drucksache 16/7313-5 vor, der Mittel für ein Projekt zur Automatisierung von U- und Straßenbahnen sowie die Einfügung einer entsprechenden Erläuterung fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer stimmt Kapitel 1303 in der Fassung der Beschlussempfehlung zu? – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1303 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 4

Kapitel 1304

Straßenverkehr

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU sowie drei Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Zunächst stelle ich den Änderungsantrag der Regierungsfraktionen, Drucksache 16/7313-12, zur Abstimmung. Der Antrag fordert in drei Ziffern, bei den Bezügen und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten sowie bei den Entgelten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Anpassung an das Stellenaufwuchsprogramm in der Straßenbauverwaltung vorzunehmen. Sind Sie damit einverstanden, über die Ziffern 1 bis 3 des Antrags gemeinsam abzustimmen? – Das ist der Fall. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Änderungsantrag mehrheitlich zugestimmt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7313-6. Der Antrag fordert unter einem neu aufzunehmenden Titel 534 03C N Mittel für die Planung, Bauüberwachung und Ausführung einer Ost-West-Autobahn im Süden des Landes. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zur AfD: Gigantische Naturzerstörung, was Sie wollen!)

Ich bitte noch mal um Ihre ungeteilte Aufmerksamkeit.

Der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/7313-13, fordert in Ziffer 1, einen neuen Titel 883 04 N – Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Radverkehrsinfrastruktur im Rahmen des Lückenschlussprogramms – aufzunehmen, und in Ziffer 2, eine Anpassung des Haushaltsvermerks bei Titelgruppe 79 – Baumaßnahmen an Landesstraßen – vorzunehmen.

Lieber Herr Hagel, sind Sie einverstanden, über Ziffer 1 und 2 gemeinsam abzustimmen? – Das ist der Fall. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? –

(Abg. Martin Rivoir SPD: Wieso hängt das vom Hagel ab?)

Gegenprobe! – Damit ist dem Änderungsantrag mehrheitlich zugestimmt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7313-7, zu Titel 633 77: Erstattung an Stadt- und Landkreise. Dieser Antrag verlangt eine Erhöhung der Mittel für die Sanierung von Landesstraßen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7313-8, zu Titel 736 79 – Radwege an Landesstraßen – Herr Abg. Sänze, es geht um Ihren Antrag – fordert eine Mittelkürzung. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer stimmt Kapitel 1304 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den soeben beschlossenen Änderungen zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 1304 mehrheitlich zugestimmt.

(Unruhe)

– Es ist sehr störend. Ich höre sehr gut, wenn Sie sich unterhalten.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Was sagen sie denn da drüben? – Gegenruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Unsinn!)

Ich bemühe mich wirklich, es zügig durchzuziehen.

Ich rufe Nummer 5

Kapitel 1306

Nachhaltige Mobilität

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Hierzu sind ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD, ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD und ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP gestellt.

Zu Titel 685 88 – Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7313-9, vor, der fordert, die Mittel zur Förderung des Markthochlaufs für Elektromobilität zu streichen und die Erläuterung aufzuheben. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag der AfD ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7313-3, der die Aufnahme der Titelgruppe 92 N – 365-Euro-Ticket – und unter Titel 681 01 N Zuschüsse für ein landesweites 365-Euro-Ticket für Schüler, Auszubildende, Studenten, Senioren und als Sozialticket fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7313-2, verlangt die Aufnahme der neuen Titelgruppe 92 – Landesinitiative Wasserstoff – und begehrt, die Titel 682 92 N – Zuschüsse für laufende Zwecke –, 685 92 N – Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen – und 686 92 N – Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland – mit entsprechenden Haushaltsmitteln zu hinterlegen, um die Forschung und Anwendung der Wasserstofftechnologie voranzubringen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer stimmt Kapitel 1306 in der Fassung der Beschlussempfehlung zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 1306 mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben jetzt noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 30. Oktober dieses Jahres, Drucksache 16/7174, soweit diese den Einzelplan 13 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen auch dem zu.

Die Beratung des Einzelplans 13 ist abgeschlossen.

Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass in der Mittagspause die traditionelle Weihnachtsbaumübergabe stattfindet. Die Gemeinden Bad Wildbad, Enzklösterle und Höfen sind bei uns zu Besuch. Die Aktion geht auf den Kollegen Blenke zurück. Ich freue mich über Ihre Teilnahme und lade Sie im Anschluss zu einem Imbiss im Foyer ein.

Die Mittagspause endet um 14:30 Uhr. Wir treffen uns also um 14:30 Uhr zur Fortsetzung der Beratung.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:29 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:33 Uhr)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren! Ich rufe **Punkt 1 d** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7214

Berichterstatter: Abg. Alexander Salomon

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst – eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt.

Wünscht der Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir gleich zur Allgemeinen Aussprache. Ich erteile das Wort Herrn Abg. Salomon für die Fraktion GRÜNE.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Gabi Rolland SPD: Der ist ja auch Berichterstatter! – Abg. Andreas Kenner SPD: Da hocke ich mich ganz nach vorn!)

Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf durchaus in der Doppelrolle als Berichterstatter sowie als hochschulpolitischer Sprecher meiner Fraktion reden.

In den letzten Monaten, aber auch Jahren haben wir im politischen Raum immer den Satz gehört: „Hört auf die Wissenschaft!“ Das ist, glaube ich, ein ganz wesentlicher Satz, der in den letzten Jahren geprägt worden ist. Dies betrifft beispielsweise auch die Beratungen über den Einzelplan 07 – Wirtschaftsministerium –, bei dem es u. a. um die Transformation unserer Wirtschaft geht, über den Einzelplan des Verkehrsmi-

nisteriums, bei dem es im Wesentlichen um die Mobilität geht, und nicht zuletzt über den Einzelplan des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, insbesondere beim Thema Klimaschutz. Hier stehen wir vor großen Herausforderungen. Ich glaube, da ist der Satz „Hört auf die Wissenschaft!“ extrem wichtig.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Den muss man nur ernst nehmen!)

Denn wir müssen faktenbasiert Politik machen.

Wir hören nicht nur auf die Wissenschaft. Wir, Grün-Schwarz, unterfüttern das Ganze auch. Mit dem neuen Hochschulfinanzierungsvertrag haben wir den Rahmen geschaffen. Hier stehen wir an der Seite der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, an der Seite unseres Wissenschaftssystems. Wir hören auf die Botschaft: „Hört auf die Wissenschaft!“ Das ist, glaube ich, ein wichtiges Signal insgesamt in der Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Ich habe es bereits erwähnt: Der Hochschulfinanzierungsvertrag II wirft seinen Schatten voraus. Die Verhandlungen darüber beginnen im nächsten Jahr. Mit diesem Haushalt schaffen wir bereits den Rahmen dafür. Dazu ist es wichtig, noch einmal festzustellen, dass die Meldungen, die wir von den Hochschulen über den Finanzbedarf in den nächsten Jahren bis 2025 bekommen haben, kein Wunschzettel sind, sondern aus unserer Sicht das Notwendige darstellen, um das zu unterfüttern, was ich gerade angesprochen habe, nämlich die Umsetzung der Botschaft: „Hört auf die Wissenschaft!“ Dazu brauchen wir Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, wir brauchen die Labore, wir brauchen die Hochschulen, wir brauchen die Einrichtungen und Institutionen, durch die wir das Notwendige erforschen können, um die Transformation und den Wandel in der Gesellschaft zu untersuchen, zu erklären und Lösungen vorzubereiten, um etwaigen Problemen begegnen zu können.

Wichtig ist mir, zu erwähnen, dass der Hochschulfinanzierungsvertrag II von den Fraktionen im Haushaltsverfahren aufgestockt worden ist. Das war für uns ein wichtiger Aspekt. Dass wir die Finanzierung der weiteren Maßnahmen mehr als verdoppelt haben, ist ein wichtiges Signal an unsere Hochschulen. Wir reden jetzt – das ist, glaube ich, ebenfalls wichtig – über 1,8 Milliarden € frisches Geld, das wir den Hochschulen in unserem Land für den Wissenschaftsbereich geben. Dies ist ein starkes Signal an unsere Hochschulen, an die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und nicht zuletzt an die Studierenden sowie den kompletten Mittelbau an unseren Hochschulen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der Abg. Marion Gentges CDU)

Allerdings braucht es natürlich auch neue Ideen und neuen Mut. Dafür sind unsere Hochschulen ein wesentlicher Treiber. Ich darf an dieser Stelle nochmals erwähnen: Jeder wird natürlich sagen, sein Haushalt, den er hier vertritt, sei wichtig bzw. der wichtigste Haushalt; aber ich glaube, es ist wichtig, zu erkennen – gerade in Anbetracht dessen, dass wir auch im ersten Hochschulfinanzierungsvertrag beispielsweise die Gesundheitsfachberufe akademisiert haben; daran war auch Frau Mielich als Staatssekretärin wesentlich beteiligt –, dass der Wissenschaftsbereich so etwas wie ein Backoffice für andere Themenbereiche ist.

Wir müssen den Menschen in einer Wissensgesellschaft mehr Wissen und Fachexpertise an die Hand geben, damit sie ihre Profession richtig ausüben können, so, wie sie es auch erwarten. Daher ist es z. B. im Bereich der Lehrerinnen und Lehrer richtig, dass wir mehr Grundschullehrer ausgebildet haben; denn der Bedarf ist vorhanden. Er wurde anders gerechnet. Daher ist gerade das Wissenschaftsministerium – nicht zu vergessen der Kunst- und Kulturbereich, der dort ebenfalls ressortiert – so etwas wie das Backoffice dieser Landesregierung; denn wesentliche Probleme, die wir in Zukunft lösen müssen, müssen zuerst im Wissenschafts- und Forschungsbereich angegangen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU sowie des Abg. Andreas Kenner SPD)

Dazu gehört beispielsweise das Thema „Künstliche Intelligenz“, eines der Megathemen – so würde man heutzutage wahrscheinlich sagen –, eines der wesentlichen Themen, die uns in den nächsten Jahrzehnten noch prägen werden. Dazu sei erwähnt, dass wir das Cyber Valley in diesem Haushalt weiter in seiner Struktur stärken. Ich denke, das ist ebenfalls ein wichtiger Aspekt, den man voranbringen muss. Zum Thema ELLIS, also zum europäischen Netzwerk, das im Bereich künstlicher Intelligenz gebildet worden ist, konnten wir gestern die frohe Botschaft vernehmen, dass Freiburg und Tübingen Teil dieses Verbunds werden. Ich glaube, das ist ein starkes Signal dafür, dass wir bei der Forschung im Bereich der künstlichen Intelligenz nicht – wie es mir gestern ein wenig vorkam – irgendwo hinterherhinken, sondern vorn dabei sind.

Es kann von allem immer mehr geben, das ist mir auch klar; aber wir haben zusätzlich das KIT und die Uni Stuttgart, die beispielsweise im Bereich Robotik führend sind. Daher, denke ich, sind wir in diesem Themenbereich gut aufgestellt. Wir müssen aber dafür Sorge tragen, dass wir auch in den nächsten Jahren dranbleiben. Aber ich glaube, das Thema „Cyber Valley“ – das zeigt sich auch in der europaweiten Resonanz; es ist nicht nur auf Baden-Württemberg begrenzt, sondern wir müssen unseren Horizont durchaus erweitern – ist national und international einer der Hotspots im Bereich der künstlichen Intelligenz.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Nun möchte ich noch schlaglichtartig auf weitere Aspekte eingehen, die wir in diesem Haushalt verankert haben, auch durch die Fraktionen und durch den Ursprungshaushalt. Das ist zunächst das, was mein Kollege Hermann Katzenstein vorhin schon zum Einzelplan des Verkehrsministeriums angesprochen hat: das Institut für nachhaltige Mobilität. Auch dort werden Lösungen erarbeitet, die wir in den Städten, Kommunen und in der Fläche brauchen, damit die Mobilität so umgestaltet werden kann, dass sie dem Ziel, den Klimaschutz zu gewährleisten, gerecht werden kann. Dies ist ein wesentlicher Aspekt in diesem Haushalt. Darüber hinaus ist das Thema Biodiversität ein Herzensanliegen meiner Fraktion und insbesondere des Kollegen Rösler, der sich dabei wesentlich eingebracht hat; das möchte ich lobend erwähnen.

(Alexander Salomon)

Dass wir zusammen mit dem Naturkundemuseum Stuttgart das Zentrum für Taxonomie an der Uni Hohenheim einrichten, ist meines Erachtens ebenfalls ein wesentlicher Aspekt, der oftmals gar nicht beleuchtet wird, weil er zu klein erscheinen mag. Aber das ist gerade das, was wir in unserem Land brauchen: dass wir mehr über die hier vorkommenden Arten wissen und besser vermitteln können, was wir an Biodiversität im Land haben. Daher ist es ein wichtiger Schritt, dies einzurichten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Ein weiterer Aspekt, auf den ich gern eingehen möchte, ist das Thema „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“. Das ist auch wieder ein großes Thema. Immer, wenn man mit Menschen darüber redet, was gesellschaftlicher Zusammenhalt ist, bewegt man sich natürlich auf einer Metaebene, und jeder hat subjektiv eine Meinung dazu, was gesellschaftlicher Zusammenhalt sein kann.

Wir haben aber jetzt auch für uns einmal ausdekliniert, dass auch der Wissenschafts- und Kulturbereich wesentliche Aspekte dazu beitragen kann. Deswegen haben wir in diesem Haushalt durch Anträge der Fraktionen – – Das war auch ein Antrag, der im Kern von allen Fraktionen getragen worden ist – mal mehr, mal weniger. Man wollte das Ganze mit der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus, die wir jetzt einrichten werden – auch aufgrund des Abschlussberichts des NSU-Untersuchungsausschusses –, etwas weiter fassen.

Mir ist schon wichtig, noch zu erwähnen – weil das in den Haushaltsberatungen von den Kollegen der SPD auch zu Recht angesprochen worden ist –, dass wir auch das Thema Forschung zusätzlich aufnehmen müssen. Das ist uns völlig klar. Wir starten jetzt mit dieser Dokumentationsstelle. Das ist der erste Schritt.

Ich glaube, das Thema Forschung dürfen wir nicht vernachlässigen, weil das ein wesentlicher Aspekt ist. Man muss sich nur einmal vergegenwärtigen: Halle ist nicht weit weg von hier. Wir haben auch in Baden-Württemberg genug Rechtsextreme, die unser Land unsicher machen. Man muss, glaube ich, deutlich fragen, was man dagegen tun kann.

Wir werden das Thema zusätzlich noch umrahmen, indem wir noch weiter erforschen werden, wie das Thema Lesben zu Zeiten des Nationalsozialismus von den Nazis behandelt worden ist.

Lassen Sie mich zum Abschluss meiner Rede – später wird Herr Kollege Kern noch weiter auf das Thema Kultur eingehen – etwas ganz Grundsätzliches sagen. Ich habe ja mit der Aussage begonnen: „Hört auf die Wissenschaft, hört auch in der Politik auf die Wissenschaft!“ Wissenschaft und Politik müssen meines Erachtens Hand in Hand gehen. Das ist jetzt vielleicht eine Binsenweisheit und nicht die große Erkenntnis. Aber ich glaube, es ist wichtig, dies gerade in einem Parlament, in Bezug auf den Parlamentarismus, zu erwähnen. Dort, wo Leute sitzen, die Fakten leugnen, die Faktenleugner sind, die Tatsachen verdrehen, ist es, glaube ich, wichtig, dass sich auch ein Parlament noch einmal dazu bekennt,

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Schauen Sie in den Spiegel!)

dass es seine Politik von faktenbasierten, evidenzbasierten Modellen aus entwickelt. Das heißt nicht, dass Politik und Wissenschaft sich nicht auch einmal irren können. In diesen Bereichen arbeiten Menschen, und es ist immer nur der aktuelle Stand – das ist immer das Schöne; das muss man immer dazusagen – der derzeitigen Wissenschaft. Aber es ist, glaube ich, nicht angemessen, wenn man im politischen Raum den Eindruck erzeugt – hier von der rechten Seite –, dass Wissenschaft ja gar nicht faktenbasiert sei, dass sie – –

(Abg. Anton Baron AfD: Das hat man ja bei Lucke gesehen in der Universität!)

Ich glaube, es ist wichtig – das erkennt man hier an diesem Zwischenruf –, dass wir die Wissenschaft stärken, dass Sie keine Hoheit darüber bekommen. Es ist wichtig, dass wir das auf der Basis von Fakten insgesamt machen.

Und meines Erachtens ist es wichtig, dass wir noch einmal unterstreichen: Wir stehen an der Seite der Wissenschaft. Das heißt für uns auch, dass wir evidenzbasierte Politik machen. Ich weiß auch, dass wir in verschiedenen Parteien immer wieder die Problematik haben: Was heißt Evidenz? Es gibt durchaus immer Kontroversen. Die muss man aber offenlegen, die kann man diskutieren. Dazu ist Wissenschaft auch da, dazu muss Wissenschaft auch Räume schaffen, und dazu gibt es z. B. das Thema Reallabore,

(Lachen des Abg. Anton Baron AfD)

dazu gibt es z. B. Ethikdiskussionen. Das hatten wir jetzt beim Thema Tierversuche. Da hat Ministerin Bauer eine Einrichtung geschaffen, die auch sehr lobend aufgenommen worden ist. Es ist wichtig, dass man über das Thema insgesamt spricht und es offen anspricht, dass man es von beiden Seiten anspricht und nicht sagt: Ich habe die Weisheit mit Löffeln gefressen.

Daher ist es, glaube ich – abschließend –, wichtig: Wir müssen an der Seite der Wissenschaft stehen, wir müssen zeigen, dass wir in einer wissensbasierten Gesellschaft auch auf Wissen und Fakten aufbauen müssen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Andreas Kenner SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Gentges das Wort.

Abg. Marion Gentges CDU: Verehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Erinnern Sie sich an die Weihnachtswunschzettel Ihrer Kindheit?

(Abg. Jürgen Keck FDP/DVP: Ja!)

Viele von Ihnen werden ihre Wünsche an Christkind oder Weihnachtsmann gemalt oder aufgeschrieben haben, und manche von Ihnen werden die Erfahrung gemacht haben, dass sich nicht immer alle Wünsche erfüllt haben.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Genau!)

Da mag es gewisse Parallelen zu Haushaltsverfahren geben.

(Marion Gentges)

Die Tradition des Wunschzettelschreibens geht zurück auf das Schreiben von Weihnachtsbriefen. Mit denen haben Kinder bereits im 17. Jahrhundert ihren Eltern gedankt: weniger wünschen, mehr Wertschätzung.

Mit einer solchen Wertschätzung möchte ich auf die Ergebnisse der Haushaltsberatungen zum Einzelplan des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst blicken. Gerade hinsichtlich der Ergebnisse, die im parlamentarischen Verfahren erzielt werden konnten, besteht dazu aller Anlass.

Insgesamt hat der Einzelplan 14 ein Volumen von 5,566 Milliarden € im Jahr 2020 und von 5,680 Milliarden € im Jahr 2021. 66 % dieser Mittel gehen in den Hochschulbereich zusätzlich zu Anteilen aus anderen Einzelplänen, insbesondere dem Hochschulbau, der aus dem Einzelplan 12 finanziert wird.

Lassen Sie mich deshalb auch mit der Finanzierung unserer Hochschulen beginnen. Was die künftige Hochschulfinanzierung angeht, meine Damen und Herren, kommt dem Doppelhaushalt 2020/2021 eine besondere Bedeutung zu. 2020 läuft der erste Hochschulfinanzierungsvertrag aus. Mit den Festlegungen, die wir heute für das Jahr 2021 treffen, setzen wir Signale und eröffnen Spielräume für den noch abzuschließenden zweiten Hochschulfinanzierungsvertrag.

Da komme ich wieder zu dem Wunschzettel. Der Regierungsentwurf ist an dieser Stelle – ich will das offen bekennen – hinter meinen Wünschen zurückgeblieben. Meinen Wunsch, nach den Ergebnissen der Herbst-Steuerschätzung über zusätzliche Mittel verfügen zu können und davon nennenswerte Beträge für die Finanzierung unserer Hochschulen einzusetzen, hat die CDU-Landtagsfraktion schon im Oktober öffentlich geteilt, und der Wunsch hat sich erfüllt –

(Beifall bei der CDU)

nicht einfach vom Christkind, sondern durch nachdrücklichen Einsatz der Parlamentarier im Beratungsverfahren. Ich darf an dieser Stelle meinem Fraktionsvorsitzenden Professor Wolfgang Reinhart und unserem finanzpolitischen Sprecher Tobias Wald für ihren Einsatz in diesem Bereich herzlich danken.

(Beifall bei der CDU)

200 Millionen € können wir so, verteilt auf fünf Jahre, unseren Hochschulen – den Universitäten, den Hochschulen für angewandte Wissenschaften, der Dualen Hochschule Baden-Württemberg, den Pädagogischen Hochschulen und den Musik- und Kunsthochschulen – zusätzlich zur Verfügung stellen. Auch über die Verstetigung bisher nur befristet zur Verfügung stehender Mittel in einer Größenordnung von 286 Millionen € bin ich froh – damit erhalten unsere Hochschulen die notwendige Planungssicherheit –,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

genauso über einen Aufwuchs der Grundfinanzierung um jährlich 3 %.

Der vorliegende Doppelhaushalt schafft außerdem die finanziellen Grundlagen für die Einrichtung zusätzlicher Studienplätze. 150 Studienplätze schaffen wir im Bereich der Humanmedizin. Zur Akademisierung der Hebammenausbildung stellen wir mit diesem Doppelhaushalt mehr als 1,8 Millionen € zur Verfügung. 16 Millionen € investieren wir von 2021 bis 2025 in die Schaffung von 150 zusätzlichen IT-Studienplätzen an den Universitäten, der Dualen Hochschule Baden-Württemberg und den Hochschulen für angewandte Wissenschaften.

Auch für die Exzellenzförderung sind erhebliche Mittel eingestellt. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, vier von elf Exzellenzuniversitäten der Bundesrepublik Deutschland liegen in Baden-Württemberg. Darauf dürfen wir stolz sein.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Andreas Kenner SPD und Nico Weinmann FDP/DVP)

Wir dürfen uns auf diesem Erfolg aber nicht ausruhen, wenn wir weiter spitze bleiben wollen. Deshalb werden für die weitere Umsetzung der Exzellenzstrategie an den Exzellenzuniversitäten Heidelberg, Konstanz, Tübingen und dem KIT die haushaltsmäßigen Voraussetzungen geschaffen: 7 Millionen € im kommenden Jahr sowie 9 Millionen € im Jahr 2021.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Baden-Württemberg gehört mit einer Forschungs- und Entwicklungsquote von 5,6 % nicht nur im Bundesvergleich, sondern europa- und weltweit zu den innovationsstärksten Regionen. Das kommt nicht von ungefähr. Bei einem Unternehmensbesuch vor wenigen Wochen in meinem Wahlkreis hat es der Geschäftsführer auf einen einfachen Punkt gebracht. Auf dem Weltmarkt, sagte er, behauptet sich sein Unternehmen durch einen ständigen Innovationsvorsprung. Das ist der Grund, warum die Unternehmen in unserem Land stark in Forschung und Entwicklung investieren. Allein im Jahr 2017 waren es mehr als 23 Milliarden €.

Mit insgesamt rund 375 Millionen €, verteilt auf viele verschiedene Bereiche, tragen wir mit diesem Doppelhaushalt in den nächsten zwei Jahren zur Förderung der Innovationskraft unseres Landes bei.

Innovation, meine Damen und Herren, hat dabei heute ganz oft mit der Nutzung künstlicher Intelligenz zu tun. Die künstliche Intelligenz, das Lernen, Schlussfolgern und die Selbstkorrektur von Maschinen, ist eine der Schlüsseltechnologien unserer Zeit, und wir wollen die Chancen, die diese Technologie bietet, nutzen.

Im Cyber Valley, Europas größtem Forschungskonsortium auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz, wollen wir die Forschung und Entwicklung intelligenter Systeme vorantreiben und international noch besser sichtbar machen. Wir wollen attraktiv sein für die besten Köpfe auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz, und wir wollen die Ausbildung von Nachwuchswissenschaftlern in diesem Bereich stärken. Und wir wollen ein geeignetes Umfeld schaffen für erfolgreiche Unternehmensgründungen im Bereich der künstlichen Intelligenz.

Deshalb hat bereits der Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 17 Millionen € für die Verstetigung der Cyber-Valley-Initiative und die Fortentwicklung des Cyber Valley zu einem europäischen KI-Zentrum vorgesehen, und deshalb wurde dieser Betrag auf Antrag der beiden Regierungsfraktionen um weitere 5 Millionen € erhöht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

(Marion Gentges)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Daten sind das Futter für Computer, sie sind der Rohstoff unserer Zeit. Um sie effektiv wissenschaftlich nutzen zu können, müssen wir die Speicherung riesiger Datenmengen sicherstellen, IT-Infrastruktur auf hohem Niveau bereitstellen und die Sicherheit von Daten gewährleisten. Die „High Performance Computing"-Strategie des Landes fasst alle Leistungsebenen der Hoch- und Höchstleistungsrechner in Baden-Württemberg zusammen, Rechnerkapazitäten, die es ermöglichen, wissenschaftliche Ergebnisse an den Grenzen der Erkenntnis zu erzielen.

Diese Strategie setzen wir mit diesem Doppelhaushalt fort. Allein für das Höchstleistungsrechenzentrum Stuttgart sind 14 Millionen € für das Jahr 2020 und 5 Millionen € für das Jahr 2021 im Haushalt eingestellt. Und wir schaffen die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen, damit in Baden-Württemberg ein Kompetenzzentrum Quantencomputing eingerichtet werden kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Doppelhaushalt 2020/2021 eröffnet im Einzelplan 14 neue Spielräume für Innovationen und Hochschulbildung, Spielräume, die Baden-Württemberg, das seine Stärke aus dem zieht, was die Menschen, die hier leben, können, wissen und wollen, braucht, um für das kommende Jahrzehnt gerüstet zu sein, Spielräume, für die ich mich bei denen, die sie uns durch ihre Steuerzahlungen ermöglichen, ganz im Sinne des Weihnachtsbriefs, von dem ich anfangs gesprochen habe, von Herzen bedanke.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Andreas Kenner SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Rolland.

Abg. Gabi Rolland SPD: Vielen Dank. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Der Einzelplan 14 nimmt einen erheblichen Teil des Staatshaushalts ein. Es geht in ihm schließlich auch um 360 000 Studentinnen und Studenten, um Tausende Beschäftigte in neun Universitäten, 20 Hochschulen für angewandte Wissenschaften, der großen Dualen Hochschule Baden-Württemberg an zehn Standorten, acht Musik- und Kunsthochschulen, den sechs Pädagogischen Hochschulen und den vier Universitätsklinika sowie natürlich um viele hauptamtliche und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kultureinrichtungen des Landes.

Sie alle haben unsere Solidarität verdient. Sie stehen für eine gute Lehre, ein gutes Studium, exzellente Forschung und hervorragende kulturelle Bildung. Herzlichen Dank für dieses Engagement.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Es gibt kaum eine Rede, in der nicht die Innovationskraft und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes beschworen wird. Das ist richtig so, nur müssen dem auch im Haushalt Euro und Cent folgen. Das, liebe Frau Ministerin Bauer und liebe Komplementärregierung, ist hier jedoch nicht der Fall. Sie vernachlässigen sträflich die Investition in die klugen Köpfe in unserem Land.

(Abg. Anton Baron AfD: Das würde der SPD auch nicht schaden!)

Die SPD-Landtagsfraktion ist durchaus enttäuscht, dass Sie Ihr Versprechen zur Akademisierung in den Gesundheitsberufen nicht voranbringen. Es fehlen hier auskömmliche Studienplätze; Sie bauen diese nicht auf. Das ist schlecht für den Gesundheitsstandort Baden-Württemberg.

Das Gleiche gilt für den Ausbau der Medizinstudienplätze. Anstatt sich über eine Landarztquote zu streiten, sollten Sie besser die Universitäten anhalten, bereits im Wintersemester 2020/2021 alle 150 Studienplätze einzurichten. Aber offensichtlich fehlt Ihnen das Interesse daran.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ach komm!)

An unseren Anträgen können Sie ersehen, dass wir auch der Meinung sind, dass Sie dem Bereich der Lehrerausbildung an Grundschulen, der Sonder- und Kindheitspädagogik nicht genügend Interesse widmen.

Jetzt komme ich zur Hochschulfinanzierung. Wir sind geradezu entsetzt darüber, dass Sie nicht in der Lage sind, den Notwendigkeiten, die der Redner der Grünen eben deutlich gemacht hat, das Geld folgen zu lassen. Sie, Frau Ministerin, haben ja den Bedarf erkannt, den die Hochschulen haben. Trotz der hohen Steuereinnahmen, trotz der Verstetigung der Mittel durch den Bund und trotz der vielen Strafmillionen von Porsche, Bosch und Daimler sind Sie nicht in der Lage, den Wünschen zumindest ein bisschen mehr nachzukommen.

Ich darf daran erinnern: Die Hochschulen wollten 1 000 € pro Studentin, pro Student haben. Sie wollen auch mehr Geld für die Digitalisierung. Das sind insgesamt 500 Millionen €, die sogenannten sonstigen Kosten, zusätzlich zu der Verstetigung der Mittel – das ist gut so – und zu der Dynamisierung der Mittel. Sie haben allerdings von den 500 Millionen € nur 123 Millionen € im Haushalt vorgesehen.

Im Finanzausschuss haben Sie, Frau Ministerin, auf unsere Nachfrage auch eingeräumt, es bestehe aus Ihrer Sicht ein Defizit von 114 Millionen €. Frau Ministerin, Sie haben da keinen guten Job gemacht. Sie hätten der Finanzministerin mehr Geld aus den Rippen schneiden müssen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Nico Weinmann FDP/DVP)

Hätten Sie nämlich tatsächlich auf die Wissenschaft gehört, Herr Salomon,

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Ja!)

dann würden Sie jetzt den Geldschrank aufmachen, damit die Universitäten die Betriebskosten finanziert bekommen, weil es sich in kalten, dunklen und schmutzigen Räumen schlecht lernen lässt. Sie hätten den Geldschrank aufgemacht, sodass die Grundfinanzierung der Hochschulen für angewandte Wissenschaften als Fundament für ihre Arbeit vergrößert wird. Sie hätten den Geldschrank geöffnet, damit die Hauptamtlichenquote bei der Dualen Hochschule auf 50 % erhöht wird, und

(Gabi Rolland)

Sie hätten den Geldschrank für eine bessere Digitalisierung an den Hochschulen geöffnet.

Das heißt gute Hochschule, und das heißt gute Arbeit für die Hochschule. So geht gutes Studieren in Baden-Württemberg, Frau Ministerin. Ihre Einlassung, das Geld sei nicht da, lassen wir, die SPD-Fraktion, nicht gelten. Wir erwarten, dass das Geld vom Bund 1 : 1 an die Hochschulen weitergegeben und nicht irgendwo verrechnet wird.

Es kann doch wirklich nicht sein, dass 25 000 Studierendenplätze in Baden-Württemberg nicht finanziert sind und die Hochschulen auf den Kosten sitzen bleiben. Bewegen Sie sich jetzt in eine bessere Richtung.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zu dem Thema Studiengebühren. Sie können es sich sicher vorstellen: Für die SPD-Landtagsfraktion gilt noch immer: Sie sind unsozial, ungerecht und unsolidarisch. Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen, Sie verweigern es den Studierenden aus dem Ausland mit wenig Geld in der Tasche, hier zu studieren. Sie verweigern den internationalen Austausch an unseren Hochschulen, und Sie verweigern den Unternehmen, die Fachkräfte hier vor Ort auszubilden. Das ist nicht okay.

Frau Präsidentin, wir bitten darum, dass wir Kapitel 1403 Titel 111 05 – Einnahmen aus Studiengebühren für internationale Studierende – getrennt abstimmen. Einem Haushalt, liebe Kolleginnen und Kollegen, in dem Studiengebühren stehen, wird die SPD nicht zustimmen.

Ich darf zum Schluss noch ein Thema aufgreifen. Die Anlaufstelle zur Erforschung von rechtsextremen Strukturen soll nach der Empfehlung des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus/Nationalsozialistischer Untergrund Baden-Württemberg II“ an einer Hochschule angebunden sein. Aufgabe des Forschungs- und Dokumentationszentrums soll sein, Materialien und Wissen zum Thema Rechtsextremismus zu sammeln, auszuwerten und den interessierten Stellen zur Verfügung zu stellen – auch uns.

Wir sehen mit der jetzigen Entscheidung zwar den Schritt in die richtige Richtung; wir würden Sie aber bitten, unserem Entschließungsantrag, bis März 2020 ein Konzept vorzulegen, zuzustimmen, weil wir glauben, es ist mehr zu tun als nur das, was Sie jetzt im Haushalt stehen haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Nico Weinmann FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Senger.

(Abg. Anton Baron AfD: Erste Rede!)

– Genau; das kommt jetzt. – Das ist die erste Rede der Kollegin. Daher bitte ich Sie, wie üblich von Zwischenfragen abzusehen. Es wäre auch schön, wenn es so ruhig wie bisher bleibt. Vielen Dank.

(Abg. Jürgen Keck FDP/DVP: Mal sehen, ob sich die AfD auch daran hält!)

Abg. Doris Senger AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen Abgeordnete! Die Grünen nehmen sich ganz unverhohlen politisch und ideologisch dieses Themenkreises an: Transformation ist das Gebot der Stunde. Diese Transformation soll alle Bereiche des Lebens umfassen. Niemand darf sich dem entziehen.

Wenn Sie über das Land fahren, können Sie Ankündigungen und Plakate mit dem Titel „Das neue Baden-Württemberg“ sehen. Darauf abgebildet ist Verkehrsminister Winfried Hermann. Das alte Baden-Württemberg ist nicht mehr erwünscht. Baden-Württemberg wird in besonderem Maß durch den Strukturwandel in der Automobilindustrie betroffen sein, verkündet auch das Ministerium in seinem Bericht. Der Strukturwandel in der Automobilindustrie wird von dieser Landesregierung bewusst und absichtlich herbeigeführt. Die Herkunft der Energie wird bei der E-Mobilität in der Diskussion vollkommen ausgeblendet, ebenso die Forschung.

(Beifall bei der AfD)

Nicht mehr und nicht weniger als die Transformation der Gesellschaft wird von der Landesregierung in Angriff genommen. Auch für den Klimawandel und andere gesellschaftliche Herausforderungen möchte die Landesregierung neue Steuerungsansätze finden. Bei den jungen Leuten fängt man an. Studenten waren immer anfällig für das Weltverbessertum, und hier knüpfen auch die grünen Weltverbesserer an.

(Beifall bei der AfD)

Wenn die Schüler den Energieerhaltungssatz in der Schule lernen und verinnerlichen würden, wäre ihnen klar, dass die gesamte Windenergie, Wasserkraft etc. nicht ausreichen, um die Lkws und Autos auf unseren Straßen anzutreiben.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: So ist es!)

Es wird unserer Partei vorgeworfen, wir schürten Ängste. Doch die Klimahysterie, die von Ihnen verbreitet wird, ist genau das Schüren von Ängsten.

(Beifall bei der AfD)

Kommen wir zu den Kosten. Wir fordern kostendeckende Studiengebühren für internationale Studenten und die Begrenzung der Ausnahmeregelungen auf Hochbegabte. Wenn wir von knapp 34 000 internationalen Studenten ausgehen und kostendeckende Studiengebühren von durchschnittlich 10 000 € im Jahr – wie in anderen Ländern – einführen, dann kommen wir auf 337 Millionen €. Selbst wenn wir dann davon ausgehen, dass wir großzügige Begabtenstipendien von 10 % vergeben, kommen wir immer noch auf 304 Millionen €.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Diese Berechnung empört Sie? Bitte erzählen Sie das all den Studenten, die keinen Studienplatz bekommen.

(Beifall bei der AfD)

Bitte erzählen Sie das all den Studenten, die aufgrund eines Numerus clausus nicht ihr Wunschfach studieren können.

Das angekündigte Programm zur Akademisierung der Gesundheitsfachberufe sehen wir äußerst kritisch.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

(Doris Senger)

Eine Absurdität ist die Zielvorgabe von 10 bis 20 % akademisch ausgebildeten Fachkräften. Wie stellen Sie sich das vor? Soll es dann so sein, dass die studierte Krankenschwester neben der ausgebildeten Krankenschwester arbeitet, die 30 Jahre Berufserfahrung hat und im Vergleich zu der studierten sogar noch deutlich weniger verdient? Das wird zur Unzufriedenheit aufseiten der ausgebildeten Fachkräfte führen und eine Entwicklung in Gang bringen, die sich ungut auf die Arbeitssituation auswirken wird.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben beantragt, die Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen zu streichen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die Gesellschaft wandelt sich, und immer mehr Frauen streben nach akademischen Graden. Das tun sie, weil sie ehrgeizig sind und weil sie gut sind.

(Beifall bei der AfD)

Eine Quote hierfür lehnen wir ab.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Bravo!)

Naturwissenschafts- und Informatikstudiengänge sowie Studiengänge der Finanzwissenschaften sind oft noch männlich geprägt. Es ist nicht Aufgabe der Landesregierung, die Wahl des Berufs und des Studienfachs mit Steuergeldern beeinflussen zu wollen.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sehr gut!)

Wir haben hier eingesparte Finanzmittel zur Förderung des StudiumPLUS verwendet. Wir möchten, dass diese Förderung sowohl den Frauen als auch den Männern zugutekommt. Der Vorteil dieses Studiums besteht darin, dass der Student gleich eine Verdienstmöglichkeit hat. Auch wenn er sein Studium nicht abschließt, kann er trotzdem auf einer abgeschlossenen Lehre aufbauen. Das StudiumPLUS ermöglicht es den Betrieben, schon frühzeitig Kräfte an sich zu binden, die sich im Laufe ihrer Ausbildung und ihres Studiums zu hoch qualifizierten Experten weiterentwickeln, zu Experten, die dann im besten Fall zu einer wichtigen Innovationstriebfeder werden.

(Beifall bei der AfD)

Zudem kann es der Förderung des ländlichen Raums dienen.

Wir möchten mit dem hier eingestellten Betrag mittelständische Firmen fördern, die sich entschließen, für diese Studenten Studien- und Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen.

Ein weiteres deutliches Zeichen von Transformation finden wir in der Kulturpolitik. Das Verständnis dessen, was wir unter Kunst verstehen, wandelt sich. Doch dieser Wandel muss nicht mit dicken Geldpaketen von der Regierung vorgegeben werden.

(Beifall bei der AfD)

Jedes Theater, jede Theaterleitung, das oder die von staatlichen Zuschüssen profitieren will, muss sich zur parteipolitischen Neutralität verpflichten.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Jawohl!)

Das heißt nicht, dass man sich nicht kritisch mit der AfD auseinandersetzen dürfte –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das wäre ja noch schöner!)

dann aber eben auch mit den anderen Parteien.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Genau!)

Das hat nichts mit Zensur zu tun.

Offenbar hat sich die Landesregierung zum Ziel gesetzt, die Begriffe „Kultur“ und „Kompetenz“ in ihrem Sinn umzudeuten. Ein Kompetenzzentrum für kulturelle Bildung und Kulturvermittlung wird für Beratungs- und Qualifizierungsleistungen und auch für die Vernetzung im gesamten Themenspektrum der kulturellen Bildung für Kunst- und Kulturakteure in Baden-Württemberg geschaffen. Wir sehen hier vor allem einen Geist, der sich anmaßt, zu entscheiden, wer kompetent ist, Kunst und Kultur zu vermitteln.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Die ideologische Definition dessen, welche Zielrichtung Sie hier verfolgen, wird gleich mitgeliefert: nachhaltige gesellschaftliche Öffnung von Kunst- und Kultureinrichtungen hin zu Diversität und kultureller Teilhabe.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Schöne Schlagworte! – Weitere Zurufe von der AfD)

Interessant sind für uns auch die Zuschüsse an das Forum der Kulturen Stuttgart e. V. von immerhin 250 000 €. So vielfältig ist es nicht. Denn es ist lediglich der Dachverband der Migrantenvereine von Stuttgart.

(Abg. Ramazan Selcuk SPD: Was heißt hier „lediglich“? – Zuruf: Hört, hört!)

Migrantenvereine sind aber Lobbyorganisationen für Migranten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zurufe: Ach so! – Unruhe)

Mit Kultur hat das nur sehr entfernt etwas zu tun. Aus diesem Grund lehnen wir eine Förderung ab.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Anhaltende Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe.

Abg. Doris Senger AfD: Wir haben uns sehr über das Engagement

(Abg. Nese Erikli GRÜNE: Herr, lass Hirn regnen! – Gegenrufe der Abg. Anton Baron und Klaus Dürr AfD)

der Landesregierung für die Kelten gefreut. Wo haben Sie die 1,4 Millionen € dafür her? Sie haben sie von der Förderung

(Doris Senger)

der nicht staatlichen Orchester abgezogen. Wir möchten die nicht staatlichen Orchester fördern.

Teuer werden die Renovierungen der Staatstheater, insbesondere der Stuttgarter Oper. 1 Milliarde € stehen im Raum. Leider neigen Politiker dazu, sich selbst Denkmäler zu setzen und sich dann als die großen Förderer der Kunst dafür feiern zu lassen.

(Beifall bei der AfD)

Wir möchten mit dem Geld eher die Künstler fördern als die Bauwerke.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wenn ein solches Vorhaben über 1 Milliarde € doch in Angriff genommen werden soll, sollte sich vorher der Bürger dazu äußern dürfen, ob er dieses Vorhaben gutheißt oder nicht.

Aus aktuellem Anlass möchten wir auch noch auf die Sicherheitslage der Museen eingehen.

(Heiterkeit der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Immer wieder geben wir eine verschuldungsunabhängige Haftungserklärung für riesige Summen ab. Natürlich wollen wir nicht die schönen Ausstellungen der Museen verhindern, und so stimmen wir zu.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Nicht immer!)

Bisher ist nichts passiert. Doch bei dem Raub im Grünen Gewölbe in Dresden sind sogar die anwesenden Sicherheitsmitarbeiter nicht eingeschritten;

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

denn die Täter waren schwer bewaffnet. Diese Museen sind genauso ungeschützt wie unsere Landesgrenzen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Das ist gut! – Unruhe)

Wir möchten Kunst und Kultur fördern, aber wir möchten uns nicht ideologisch bevormunden lassen. Diese Anzeichen sind in diesem Haushalt sehr deutlich.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Dieser Haushalt ist ein Ideologie- und Transformationshaushalt. Die Ideologie, die hier dem Menschen eingetrichtert wird, hindert ihn am selbstbestimmten Leben, am eigenständigen Handeln und am vorurteilsfreien Denken.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Bravo!)

Wir werden diesen Haushalt ablehnen.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Sehr gut! – Bravo-Rufe von der AfD – Abg. Alexander Salomon GRÜNE zu Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Jetzt hast du aber einen leichten Job! Egal, was du sagst, es ist besser! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Ruhe bei der grünen Sekte! – Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Weinmann.

(Abg. Nese Erikli GRÜNE: Und die Sonne geht auf!)

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir nehmen zufrieden zur Kenntnis, dass sich der Landeshaushalt für Kunst und Kultur inhaltlich wie auch umfänglich solide entwickelt. Doch neben der institutionellen Förderung besteht dringender Handlungsbedarf bei den kulturellen Spitzeneinrichtungen unseres Landes, vor allem im Baubereich, etwa bei den Staatstheatern Stuttgart und Karlsruhe, der Württembergischen Landesbibliothek, der Kunsthalle Karlsruhe oder dem Linden-Museum.

Es ist ernüchternd, dass die beiden Staatstheater noch immer in der Planungsphase verharren und dass im Fall der Stuttgarter Staatsoper sogar um die Akzeptanz des Gesamtprojekts zu bangen ist.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Was? In Karlsruhe findet der Umbau schon statt!)

Hier werden wir uns zu gegebener Zeit konstruktiv-kritisch in die weiteren notwendigen Diskussionen einbringen. Aber – der Beitrag soeben hat es gezeigt –:

Kunst hat die Aufgabe, wachzuhalten, was für uns Menschen so von Bedeutung und notwendig ist.

Das schreibt uns Michelangelo ins Stammbuch.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Deswegen – das stelle ich gleich voran – sprechen wir uns auch im Rahmen der Haushaltsberatungen in aller Deutlichkeit gegen jeden Versuch politischer Zensur aus, ebenso wie gegen das Bestreben, beispielsweise beim Thema „Internationale Belegschaft unserer Staatstheater“ einen Spaltpilz bei der Frage zu setzen, welche Staatsangehörigkeit Balletttänzer oder Orchestermitglieder haben.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

Der größte Teil des Haushalts betrifft indes unsere Hochschulen und Universitäten. Die Zahl der Studierenden an den Hochschulen in Baden-Württemberg ist seit 2007 um über 50 % gestiegen. Die Nachfrage wird weiterhin hoch bleiben. Bisher haben die Hochschulen und Universitäten die gestiegenen Studierendenzahlen vor allem mit temporären Programmen und unter Zusatzbelastungen bewältigt. Dadurch haben sich die Rahmenbedingungen für die Studierenden und für die Forschung verschlechtert, und die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind deutlich erschwert worden.

Die Leuchttürme der Exzellenz – auf die wir unbestritten und zu Recht stolz sind – überlagern dabei die Situation in der Breite.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Nico Weinmann)

Vor diesem Hintergrund haben die Universitäten und Hochschulen unisono Alarm geschlagen. Ohne ausreichende Finanzierung müssen spätestens im Jahr 2021 Einsparungen durch die Reduktion von Leistungen erfolgen, und es müssen signifikante Qualitätseinbußen und die Streichung von Studienplätzen in Kauf genommen werden.

Sie, Frau Ministerin Bauer, wollten oder konnten die Studierenden und die Rektorenkonferenz mit ihrer Forderung nicht erhören, die Sie in seltener Einigkeit erreichte. Nachvollziehbar wurde Ihnen vorgerechnet, dass mittlerweile eine erkleckliche Finanzierungslücke von 1 000 € pro Studierendem und Studienjahr aufgewachsen ist. Dazu kommt ein beträchtlicher Aufgabenzuwachs, der idealerweise mit Personal zu unterfüttern wäre, das eben nicht in befristeten Arbeitsverhältnissen verharren soll. Hier aber, bei der erforderlichen Erhöhung der jährlichen Grundfinanzierung, dem wohl wichtigsten Aspekt, bleibt der Haushaltsansatz für das Jahr 2021 weit hinter den Erwartungen und weit hinter den realistischen Möglichkeiten zurück, obwohl dieser den weiteren Verlauf des Hochschulfinanzierungsvertrags maßgeblich bestimmen wird. Kollege Brauer wird hierauf nachher noch genauer eingehen.

Wir müssen uns also Gedanken machen, wie wir eine zukunftsgewandte, eine auskömmliche Hochschulfinanzierung gestalten können. Einen Ansatz hierfür sehen wir in allgemeinen, nachlaufenden Studiengebühren. Jetzt kommt regelmäßig der Einwand, Kinder aus ärmeren Familien könnten sich dann ein Studium möglicherweise nicht leisten. Dieser Einwand ist aber unbegründet und überholt; denn es muss nicht zum Zeitpunkt des Studiums bezahlt werden, sondern erst, wenn die Studierenden auf den Arbeitsmarkt kommen. In der Regel gehören sie dann zu den Besserverdienenden. Eben auch nur dann, wenn entsprechend höhere Einkommen erzielt werden, müssen Gebühren nachträglich gezahlt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, findet eine Entkopplung von der finanziellen Lage des Elternhauses statt, nicht aber von der zukünftigen finanziellen Lage der Studierenden selbst. Die Erfolge in England und Australien belegen das. Im Übrigen sagen auch bei uns zwischenzeitlich laut einer Umfrage des ifo-Bildungsbarometers 66 % der Befragten, dass sie darin eine hervorragende Chance für Qualitätsverbesserungen sehen und auch den Gerechtigkeitsaspekt erfüllt sehen – also gute Gründe, hieran festzuhalten.

Klar ist aber auch, dass die Studiengebühren für EU-Ausländer nicht für eine Finanzierung reichen. Wir erinnern uns: Die Einnahmen aus den Studiengebühren sollten originär dazu beitragen, Einsparungen im Wissenschaftsbereich zu vermeiden. Doch die Einnahmen bleiben weit hinter dem zurück, was originär geplant war: 2017 wurden 5,4 Millionen € eingeplant – Ist: 3,3 Millionen €; für 2018: 14,7 Millionen € – Ist: 10 Millionen €. Für 2019 liegen noch keine validen Zahlen vor, aber klar ist, dass die 23,5 Millionen €, die eingestellt wurden, nicht erreicht werden können.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass erst vor wenigen Tagen die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen erklärt hat, dass sie Überlegungen zu einer Prüfung, es Baden-Württemberg bei den Studiengebühren für EU-Ausländer nachzutun – das war im Koalitionsvertrag bereits verankert –, eine deutliche Absage erteilt hat. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen kommt zu dem klaren Ergebnis – ich zitiere aus der Pressemitteilung –:

> *Diese Ausnahme- und Befreiungsregelungen wiederum bringen einen erhöhten Bürokratieaufwand für die Hochschulen mit sich, der die zu erwartenden Einnahmen aus den Studienbeiträgen faktisch reduziert.*

Deutlicher, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann ein Votum

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das trifft auf die nachgelagerten Studiengebühren ebenfalls zu!)

nicht ausfallen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

– Bitte?

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das trifft auf die nachgelagerten Studiengebühren ebenfalls zu!)

Ein vernünftiger erster Schritt wäre, wenn schon die Frage der diskriminierenden Studiengebühren nicht umfassend korrigiert wird,

(Abg. Anton Baron AfD: Das kommt, wenn man tausend Ausnahmen macht!)

den Hochschulen zumindest die Gebühren in Gänze zu belassen, um die Internationalisierungsbemühungen weiter zu fördern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Stärke in Baden-Württemberg liegt im Know-how, in den exzellent ausgebildeten Fachkräften, die unsere prominente Position bei Innovationen und hochtechnologischer Expertise sichern. Dazu passen weder die Äußerungen der Frau Wissenschaftsministerin, die der DHBW – sicherlich unglücklich formuliert – die Forschung abspricht, noch die Wirkung einer Transparenzklausel, die die Bereitschaft in der Wirtschaft schmälert, in die wirtschaftsnahe Forschung an den Hochschulen zu investieren.

Dieses Bedürfnis aber bildet die Erfolgsgeschichte der Innovationsgutscheine ab, die jungen Forschern Spielräume schaffen, um ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse marktreif zu bekommen. Dessen ungeachtet ist auch die nicht wirtschaftlich geprägte Forschung im Land stark und breit aufgestellt.

Darin liegt gerade die Chance, das fraktionsübergreifend im Rahmen der Handlungsempfehlungen des Untersuchungsausschusses „NSU II“ geforderte Institut für Extremismusforschung nicht im luftleeren Raum zu schaffen, sondern ganz konkret an einer Hochschule zu verorten, wo bereits die einschlägigen Forschungsstrukturen existieren. Die damit einhergehenden Synergieeffekte darf man nicht ignorieren, wie es die Regierungsfraktionen mit ihrem Vorstoß nun tun – ganz zu schweigen davon, dass die Chance versäumt wird, den Forschungs- und Dokumentationsauftrag gleich auch auf andere Formen des Extremismus, beispielsweise des politischen oder religiösen Extremismus und Terrorismus, auszuweiten, wie es

ebenfalls fraktionsübergreifend in den Handlungsempfehlungen vorgesehen ist. Mit unserem Entschließungsantrag werfen wir diese Frage nochmals auf.

Insofern, Herr Kollege Salomon, ist es unzutreffend, zu sagen: „Hier gehen wir einen ersten Schritt“, wenn man den zweiten schon öffentlich proklamiert hat, jetzt aber auf halbem Weg stehen bleibt. Das ist symptomatisch für den Haushalt, den wir heute zu bescheiden haben.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Das trifft mich jetzt aber ein bisschen!)

Grün-Schwarz bleibt deutlich – das ist exemplarisch für den gesamten Haushalt – hinter den eigenen Ansprüchen und den möglichen Chancen zurück. Der Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg hätte Besseres verdient.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Dann müsst ihr euch mal einer Koalition öffnen!)

Präsidentin Muhterem Aras: In der zweiten Runde erteile ich das Wort für die Fraktion GRÜNE Herrn Abg. Kern, der noch seinen letzten Satz schreibt.

(Heiterkeit)

Abg. Manfred Kern GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich beginne mit einem Zitat:

Kultur ist kein Luxus, sie ist eine Notwendigkeit.

Dieses Zitat habe ich vor Jahren schon verwendet und Lyonel Feininger zugerechnet. Der hat das zwar auch gesagt, aber ursprünglich stammt es von dem chinesischen Erzähler Gao Xingjian aus seinem Buch „Der Berg der Seele“.

(Zuruf von der SPD: Ach! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das glauben wir mal!)

Ein guter Haushalt lebt nicht allein von großen Zahlen bei den Einnahmen und Ausgaben, ein guter Haushalt enthält vor allem die Bestandteile, die unsere Gesellschaft braucht, um für die Zukunft gerüstet zu sein. Neben vielem anderem sind Kunst und Kultur solche wesentlichen Bestandteile. Kunst ist der Kitt für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ohne Kultur würden wir Menschen uns nicht von allen anderen Geschöpfen auf dieser Erde unterscheiden.

Dabei ist es völlig unbedeutend, wer woher kommt und welche Kultur er oder sie von dort mitgebracht oder auf dem persönlichen Weg erworben hat. Es ist ein Irrsinn, Kultur danach zu klassifizieren, ob sie zu uns passen möge oder nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich freue mich, dass mit dem vorliegenden Doppelhaushalt einige wichtige Weichenstellungen im Kunst- und Kulturbereich vollzogen werden. Dieser Haushalt ist ein Haushalt der Verantwortung. Das gilt für den Kunstbereich in mehrfacher Hinsicht.

Erstens: Wir tragen Verantwortung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Landesmuseen, den Archiven, den Bibliotheken, den Theatern, auf den Landesbühnen und in allen anderen Kunst- und Kultureinrichtungen. An sie darf ich an dieser Stelle meinen Dank für ihre Arbeit richten. Denn sie sind es, die Tag für Tag unsere vielfältige Kulturlandschaft pflegen und sichern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Anpassung der Aufwendungen für die staatlichen Kultureinrichtungen zur Berücksichtigung gestiegener und voraussichtlich weiter steigender Lohnkosten ist dabei eine Selbstverständlichkeit. Schwieriger wird es bei den freiwilligen Zuschüssen an solche Einrichtungen, die von den Kommunen oder freien Trägern unterhalten werden. Soweit es hier eine Subsidiarität gibt, haben wir ebenfalls Vorsorge getroffen.

Aber auch alle anderen, insbesondere die zahlreichen freiberuflich Beschäftigten, die zwangsläufig ebenfalls mit steigenden Lebenshaltungskosten konfrontiert sind und für die die Kommunen im Rahmen der Daseinsvorsorge verantwortlich sind, verlieren wir nicht aus dem Blick.

Zweitens: Wir übernehmen Verantwortung für unser koloniales Erbe. In diesem Jahr konnten wir mit der Rückgabe der Bibel und der Peitsche von Hendrik Witbooi an Namibia ein starkes Zeichen setzen. Ich freue mich besonders, dass wir nun die dadurch entstandene intensive kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern mit zusätzlichem Geld hinterlegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Es ist dann auch nicht weniger als folgerichtig, dass wir mit der Provenienzforschung weitermachen. Während die Opposition von rechts außen hier und insbesondere bei unserem hervorragenden Linden-Museum kürzen will, geben wir frisches Geld dazu. Wir lassen unsere Museen bei diesem bedeutsamen Thema nicht allein.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Drittens – das ist mir besonders wichtig –: Wir haben die Verantwortung, die Kunstfreiheit zu schützen. Dazu gehört es, Kunst und Kultur mit entsprechenden Finanzmitteln auszustatten, damit diese Freiheit gelebt werden kann. Es ist infam, die Freiheit der Kunst durch das Vorenthalten von finanzieller Unterstützung – so, wie es hier gerade erst wieder bei einer Landtagsanfrage von den Kolleginnen und Kollegen versucht wurde – einschränken zu wollen.

Das Land stellt sich dieser Verantwortung, indem es in den Kulturbereich investiert. Der Staatshaushalt enthält die notwendigen Investitionen für die Sanierung unserer Theater- und Museumsgebäude. Unsere sieben hervorragenden und sehr gut besuchten Freilichtmuseen erhalten zusätzliches Geld, u. a. für Gebäudesanierungsmaßnahmen. Wir leisten unseren Beitrag zur Erweiterung des Deutschen Literaturarchivs in Marbach.

Mit unserer Keltenkonzeption, in der wir die Heuneburg mit anderen geschichtsträchtigen Stätten vernetzen, unterstreichen wir die Bedeutung dieses Abschnitts der frühen Geschichte.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Hochdorf!)

(Manfred Kern)

Wir geben erhebliche Mittel an die Amateurmusikverbände für Neubauten von Akademien in Plochingen und Staufen und eines Kompetenzzentrums Amateurmusik in Trossingen. Auch an Maßnahmen der Musikakademie Weikersheim beteiligen wir uns.

Ganz besonders freue ich mich persönlich darüber, dass wir mit dem Doppelhaushalt ein Kompetenzzentrum für die kulturelle Bildung einrichten. Denn Kunst und Kultur eröffnen wichtige Möglichkeiten für das gesellschaftliche Miteinander. Den Zugang hierzu gleichermaßen für alle gesellschaftlichen Gruppen zu schaffen ist Ziel der kulturellen Bildung.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Das Kompetenzzentrum wird zentral Beratungsleistungen und Vernetzungen im gesamten außerschulischen Spektrum der kulturellen Bildung und Vermittlung anbieten, und zwar über alle Kunstsparten hinweg im ganzen Land.

Außerdem werden wir die Museen für Kinder und Jugendliche öffnen, indem wir ihnen freien Eintritt ermöglichen. Damit erreichen wir eine verbesserte kulturelle Teilhabe.

(Zuruf von der SPD)

Außerdem unterstützen wir kleine Festspiele und Musikfestivals dabei, Maßnahmen für kulturelle Teilhabe anzubieten.

(Abg. Marion Gentges CDU: Finde ich gut!)

Ein weiterer Punkt ist die Stärkung der öffentlichen Bibliotheken durch ein Sonderprogramm zur Erarbeitung von Konzepten für lebenslanges Lernen.

Baden-Württemberg ist Filmland, vor allem auf dem Gebiet des Animationsfilms. Zahlreiche Oscar-Nominierungen und auch schon einige Oscars gab es für Produktionen aus dem Ländle, die im Umfeld der Filmakademie Ludwigsburg entstanden sind. Derzeit stecken unsere Nachbarn im Osten, die ja bereits eine sehr erfolgreiche Spielfilmszene haben, viel Geld in die Entwicklung eines eigenen bayerischen Animationsschwerpunkts. Sicherlich wären alle klug beraten, wenn man nicht alles an allen Standorten in Deutschland machen wollte. Baden-Württemberg kümmert sich deshalb auch weiterhin verstärkt um die Filmakademie und das Animationsfestival.

(Beifall bei den Grünen)

Es gäbe noch viele, viele Punkte, die ich jetzt hier aufzählen könnte. Aber ich fasse das alles damit zusammen: Wir fördern die Kunst überall, in Stadt und Land, je nach Bedarf. Meine Damen und Herren, mit diesem Doppelhaushalt können wir uns sehen lassen. 30 % Steigerung des Kulturetats seit 2011 – das ist ein Wort.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Philippi.

Abg. Julia Philippi CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Kultur kostet den Staat Geld, damit der Zugang zu Kultur nicht vom Geldbeutel des Einzelnen abhängt.

Dieser richtigen Erkenntnis von Richard von Weizsäcker schließe ich mich gern an. Er stellte fest – ich zitiere –:

Substanziell hat die Förderung von Kulturellem nicht weniger eine Pflichtaufgabe des öffentlichen Haushalts zu sein als z. B. der Straßenbau, die öffentliche Sicherheit oder die Finanzierung der Gehälter im öffentlichen Dienst.

Er war der Überzeugung – diese teile ich –, dass

... Kultur kein Luxus sein darf, den wir uns leisten oder nach Belieben streichen können, sondern der geistige Boden ist, der unsere innere Überlebensfähigkeit sichert.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Andreas Kenner SPD)

In Baden-Württemberg stellen wir mit guten Rahmenbedingungen und einer angemessenen institutionellen Kulturförderung sicher, dass sich Kunst frei entfalten kann. Darauf können wir zu Recht stolz sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir fördern kulturelle Spitzeneinrichtungen wie die Staatstheater und die staatlichen Museen in den großen Städten ebenso wie die kleinen privaten Theater, die Breitenkultur und die Festspiele im ganzen Land. Mit Blick auf finanzielle Herausforderungen wie die Sanierung der Württembergischen Staatstheater, bei der wir über Konzept und Zahlen noch sprechen müssen, ist mir aber eines wichtig: Kulturelle Spitzenförderung darf es nicht nur in den großen Städten geben.

(Beifall bei der CDU)

Auch in der Fläche des Landes muss die Kulturförderung spitze sein. Für die CDU-Fraktion ist klar: Der Zugang zu Kultur muss unabhängig vom Wohnort in allen Landesteilen gewährleistet werden. Ich freue mich, dass wir im Haushalt für die Kultur in der Fläche wichtige Akzente setzen konnten.

Wir haben die Förderung für die Freilichtmuseen in Baden-Württemberg fast verdoppelt und stärken sie 2020/2021 mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 2,8 Millionen €. Damit erhalten sie endlich die finanzielle Wertschätzung, die sie schon lange verdient haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir haben die Keltenkonzeption des Landes auf den Weg gebracht

(Abg. Norbert Beck CDU: Klaus Burger!)

und sehen 2,5 Millionen € dafür vor, das historische Erbe der Kelten in Baden-Württemberg erlebbar zu machen. Meine Damen und Herren, die zahlreichen Kelteninitiativen, die sich inzwischen überall im Land gebildet haben, um Fundstellen zu entwickeln, machen deutlich, welche positiven Impulse ein Kulturkonzept für den ländlichen Raum auslösen kann.

(Julia Philippi)

Wir fördern die Trachten- und Heimatverbände in den kommenden beiden Jahren mit einer Anschubfinanzierung von mehr als 150 000 €. Damit unterstützen wir die ehrenamtliche Tätigkeit der 65 000 Aktiven in den angeschlossenen Vereinen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Wir erhöhen die Dirigenten- und Chorleiterpauschale auf 500 €. Wir haben erreicht, dass in Plochingen und Staufen Musikakademien gebaut werden. Mit den neuen Akademien und dem Neubau des Kompetenzzentrums Amateurmusik in Trossingen stärken wir die Blasmusiker, die Chöre und die gesamte Amateurkunst.

Ganz abgesehen davon wollen wir die Kulturinstitutionen weiter dabei unterstützen, sich für neue Besuchergruppen zu öffnen. Gerade jüngere Menschen stehen hierbei im Fokus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Zu dieser Neuöffnung gehört auch die Digitalisierung im gesamten Kunst- und Kulturbereich, für die wir pro Jahr 2,5 Millionen € zusätzlich bereitstellen. Die Kunsthalle Mannheim in meiner unmittelbaren Nachbarschaft bietet z. B. seit dem Neubau im Rahmen der Kunsthalle 4.0 u. a. eine App, die einen Vollzugriff auf die digitale Sammlung ermöglicht und außerdem einen Zugriff auf die Grafiksammlung über einen interaktiven Grafiktisch. Dabei darf es nicht nur darum gehen, die Sammlung digital zu erfassen, sondern vor allem darum, Ausstellungskonzepte entwickeln zu können und neu zu denken, Ausstellungen mithilfe der digitalen Medien diskursiv zu präsentieren und partizipativ zu vermitteln. Dafür wird die Mitmachausstellung „Ran an den Stoff!“ im Kindermuseum Junges Schloss des Landesmuseums Württemberg ein Beispiel sein, das wir ebenfalls mit einem Sonderzuschuss finanzieren.

Solche organisatorisch und finanziell aufwendigen Angebote dürfen aber nicht nur den großen Museen in den Ballungszentren vorbehalten sein.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Genau!)

Sie müssen selbstverständlich für alle Kultureinrichtungen möglich werden.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, Kultur ist etwas, das es zu pflegen gilt, das zu pflegen sich lohnt – nicht nur in guten Zeiten. Kultur ist lebensnotwendig, sie stiftet Sinn. Kultur ist, etwas zu gestalten, in Form zu bringen, etwas zu schaffen – materiell und geistig.

Kunst und Kultur verfügen in Baden-Württemberg über gute Rahmenbedingungen sowie eine solide Grundfinanzierung, und es gibt engagierte Kulturschaffende überall im Land. Das ist ein Grund zur Freude. Aber darauf wollen wir uns nicht ausruhen. Mit Kulturkonzepten für das ganze Land, wie beispielsweise der Keltenkonzeption, können wir schlummernde Potenziale wecken und die Kulturförderung des Landes sinnvoll weiterentwickeln. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Rivoir das Wort.

Abg. Martin Rivoir SPD: Vielen Dank. – Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns hier ja schon vor ein paar Wochen im Rahmen einer Aktuellen Debatte über die Kulturpolitik ausgetauscht. Deswegen will ich jetzt weniger grundsätzliche Ausführungen machen, sondern auf ein paar Punkte, die auch im Vorbericht des Ministeriums erwähnt sind, eingehen.

Zum einen – das wurde auch schon so ausgeführt –: Der Dialogprozess „Kulturpolitik für die Zukunft“, der vor ungefähr anderthalb Jahren gestartet worden ist, wird von uns unterstützt und ist sicher auch zielgerichtet. Es zeigt sich schon in diesen ganzen Gesprächen, wie vielfältig die Kulturszene ist und welche Impulse dabei an die Politik und an das Ministerium herangetragen werden.

Etwas, was aus diesem Prozess, denke ich, schon entstanden ist, ist die gerade angekündigte Einrichtung eines Kompetenzzentrums „Kulturelle Bildung“. Das ist eine gute und vernünftige Einrichtung. Eine entsprechende Forderung haben wir, habe ich hier vor zwei Jahren gestellt.

Kulturelle Bildung ist in der heutigen Zeit wichtiger denn je. Die heterogene Gesellschaft benötigt diese Unterstützung – ob es nun um den Zugang zu Museen, zu Theatern oder zu anderen kulturellen Einrichtungen geht. Es gibt immer mehr Menschen – Familien, Kinder –, die entsprechend gestützt und unterstützt werden müssen. Deswegen ist es wichtig, dass in diesem Haushalt ein neuer Schwerpunkt auf die kulturelle Bildung gelegt wird. Das wird von uns unterstützt.

(Beifall bei der SPD)

Die logische Folge davon ist natürlich auch die von uns hier schon mehrfach vorgetragene Forderung nach einem kostenlosen Eintritt in die Landesmuseen. Sie haben gerade angekündigt, dass hier demnächst damit begonnen wird, den Kindern und Jugendlichen freien Eintritt zu gewähren. Das ist gut, das ist vernünftig, und das wird von uns unterstützt. Aber diesen freien Zugang müssen eigentlich alle Menschen bekommen.

Wer, wie ich, bei der Verabschiedung von Herrn Würth als Vorsitzendem des Fördervereins des Landesmuseums Württemberg war, müsste das eigentlich zu seiner Sache machen. Denn Herr Würth hat in seiner Rede – Frau Bauer, Sie waren ja dabei – sehr eindrücklich davon gesprochen, dass der Eintritt in die Museen für die normale Bevölkerung kostenlos sein muss. Herr Würth ist ja nun nicht dafür bekannt, dass er sozialdemokratische Umtriebe und Gedanken in die Gesellschaft trägt.

(Zuruf des Abg. Nico Weinmann FDP/DVP)

Er hat aber in dieser Sache völlig recht, und eigentlich sollte man da seiner Forderung folgen, nicht nur den Kindern, sondern eben der ganzen Bevölkerung freien Eintritt in die Dauerausstellungen unserer Museen zu gewähren.

Ein dritter Punkt, auf den ich eingehen möchte, ist die jetzt hier auch schon zitierte Keltenkonzeption, die ja neu im Haushalt auftaucht. Es ist schön, dass sie dort auftaucht. Es kam

(Martin Rivoir)

auch alles etwas überraschend, aber es wird von uns gestützt. Es ist schön. Ich habe gehört, dass der Ministerpräsident das auch zu seiner Sache gemacht hat; einzelne Abgeordnete wurden schon erwähnt.

Es gibt in Baden-Württemberg natürlich auch noch andere Schwerpunkte. Jüngst haben wir ja alle darüber gejubelt, dass die Eiszeitkunst UNESCO-Welterbe geworden ist.

(Zuruf: Absolut!)

Ich hätte mir eigentlich gewünscht, dass mein Kollege Hagel für seinen Wahlkreis auch so energisch Dinge durchsetzt und eine genauso gute Förderung für die Eiszeitkunst im Lone- und im Aachtal bei den Verhandlungen der Regierungsfraktionen durchsetzt wie nun für die Keltenkonzeption. Herr Kollege Hagel ist jetzt leider schon gegangen.

(Abg. Karl Rombach CDU: Guter Mann!)

Es hat nur für die Bienen in Gambia gereicht,

(Heiterkeit des Abg. Anton Baron AfD)

aber schauen wir einmal, ob in einer nächsten Runde in unser aller Interesse die Dinge vielleicht dann wieder in seinem Wahlkreis landen können.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Einen vierten Punkt will ich anführen, das Thema „Gambia, Namibia“, unser kulturelles Erbe, von dem wir ja jetzt Teile zurückgegeben haben und zurückgeben werden. Die Bibel und die Peitsche sind dieses Jahr zurückgegangen. Das ist richtig und vernünftig. Da werden auch noch weitere Objekte folgen. Aber eines, meine Kolleginnen und Kollegen, muss auch klar sein: Es kann nicht sein, dass in Afrika die Chinesen die Museen bauen und wir sie füllen, sondern es muss schon klar sein, dass wir über diese Kunstwerke, die wir zurückgeben, auch eine neue Beziehung zu all diesen Ländern aufbauen und auch dauerhaft pflegen und dauerhaft entwickeln.

Deswegen halte ich es für richtig – wir werden einen entsprechenden Antrag stellen –, dass im Wissenschaftsausschuss jährlich eine Art Monitoring darüber stattfindet, wie sich diese neuen Beziehungen entwickeln, die durch diese Rückgaben entstanden sind, welche Gespräche stattfinden, wie es diesen zurückgegebenen Artefakten dort geht, was in den Museen passiert, und wir darüber einen jährlichen Bericht bekommen. Ich glaube, das ist ganz wichtig auch zur Vermittlung, warum wir die Dinge in die Länder zurückgeben, aus denen sie irgendwann einmal unrechtmäßig entwendet worden sind.

Einen letzten Punkt will ich noch ansprechen, der uns schon bei der letzten Kulturdebatte beschäftigt hat: die Oper und ihre Sanierung. Herr Kollege Weinmann, Sie sagten, in Karlsruhe laufe auch noch nichts. Da läuft es schon. Da war zumindest mal ein Bagger, da werden gerade Vorarbeiten gemacht. Da ist die Planung im Zeitrahmen, und da wird stringent geplant. Das ist halt Karlsruhe.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der SPD: Gescheiter OB!)

– Gescheiter OB, und da läuft die Sache.

Das zweite Projekt in Karlsruhe ist die Kunsthalle, die dort saniert und später erweitert werden soll. Ich denke, dass das auch ein gutes und vernünftiges Projekt ist, übrigens dann auch vom gleichen Architekten gestaltet, der unseren Landtag hier umgebaut hat. Das lässt einen Gutes für dieses Projekt hoffen.

Ich habe noch zwei Minuten, um auf die Oper hier in Stuttgart einzugehen. Ich habe es vor ein paar Wochen hier schon einmal ausgeführt: Es ist völlig klar, dass dieses Haus da drüben saniert werden muss. Da geht es nicht nur um die künstlerische Arbeit, die dort geleistet wird, sondern es geht um die Arbeitsbedingungen von 1 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Deswegen ist diese Sanierung hier in Stuttgart unabdingbar; völlig klar. Und es geht um viel Geld. Natürlich, wenn man ehrlich rechnet, ist es auch richtig, dass dann über einen Zeitraum von zehn Jahren eine bedeutende Summe herauskommt. Eine Milliarde ist in zehn Jahren weniger als eine Milliarde heute, aber auch in zehn Jahren in der Summe viel Geld. Deswegen muss man vermitteln und klarmachen, was dort in Angriff genommen wird.

Vor allem – das ist das Entscheidende für uns –: Wenn wir so viel Geld – es wird wahrscheinlich noch etwas mehr werden, weil das Interim und anderes gar nicht mit drin sind – ausgeben, dann muss, wie der Schwabe sagt, am Schluss auch was Gescheites dabei herauskommen. Das, was im Moment in der Planung ist, hat für uns noch nicht die Qualität, die wir erwarten.

Es liegt auch an der Stadt Stuttgart – ich sage das in aller Deutlichkeit –, welche städtebaulichen Vorbedingungen für den Umbau und die Sanierung der Oper uns vorgegeben sind. Da muss sich die Stadt Stuttgart auch bewegen und andere Möglichkeiten schaffen, damit hier an der Kulturmeile an der B 14, wo gerade ein eigener Wettbewerb läuft, etwas Vernünftiges passiert und nicht einfach ein Kubus vorgegeben wird, wo ein Architekt sich eigentlich bloß noch als Fassadenarchitekt betätigen kann und keine Chance mehr hat, irgendwo eine Höhenentwicklung zu machen oder eine tolle Architektur zu entwickeln, die sich in diese Kulturmeile einbindet. – Das ist unsere Haltung zu diesem Thema Staatstheater.

Ich bedanke mich für die Arbeit, die hier gemacht worden ist, und freue mich auf die Ausführungen der Frau Staatssekretärin.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Abg. Senger, wünschen Sie nochmals das Wort? – Nein. Okay.

Dann erteile ich das Wort für die Fraktion der FDP/DVP Herrn Abg. Brauer.

Abg. Stephen Brauer FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Situation der Hochschulen im Land ist dramatisch, und sie bleibt es leider auch nach der Verabschiedung dieses Doppelhaushalts.

Frau Gentges, ich erinnere mich nicht mehr an den Wunschzettel meiner Kindheit zu Weihnachten.

(Zuruf von der CDU: Echt?)

(Stephen Brauer)

Aber ich erinnere mich an den Wunschzettel der Hochschulen zu Weihnachten und für diesen Doppelhaushalt.

Während die Universitäten in den letzten zehn Jahren mit einem Drittel mehr Studierenden zu kämpfen hatten, beträgt die Zunahme bei der Dualen Hochschule 50 % und bei den Hochschulen für angewandte Wissenschaften sogar 65 %. Eine nahezu identische Mittelausstattung bei viel mehr Studierenden ist ein unhaltbarer Zustand. Insoweit begrüßen wir von der FDP/DVP-Fraktion die zusätzlichen Mittel in Höhe von 123,2 Millionen €. Der ursprüngliche Haushaltsansatz in Höhe von 80 Millionen € war ja auch ziemlich kläglich.

Von der Forderung der Hochschulen, die lautete, 1 000 € zusätzliche Grundfinanzierung je Student bereitzustellen, sind Sie dennoch meilenweit entfernt. Wenn Sie es genau wissen wollen – ich habe es nachgerechnet –: Es fehlen 657,78 € pro Student.

Die Verschiebung der Zweitmittel in die Grundfinanzierung ist nur ein Taschenspielertrick und bringt keinen zusätzlichen Euro für die Hochschulen. Diese 200 € fehlen nämlich an anderer Stelle. Es gibt also kein frisches Geld für die Hochschulen bei der Grundfinanzierung.

Dass Sie, Frau Ministerin Bauer, ursprünglich mindestens 170 Millionen € für erforderlich hielten, zeugt zum einen von Ihrer durchaus realistischeren Einschätzung des Finanzierungsbedarfs der Hochschulen. Gleichzeitig zeugt das Delta von dann 46,8 Millionen € auch von Ihrer mangelnden Durchsetzungsfähigkeit in dieser Frage.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ich sage hier ganz klar: Wenn es unter Führung eines grünen Ministerpräsidenten mit der Flankierung durch eine grüne Finanzministerin der grünen Wissenschaftsministerin nicht gelingt, mehr für die Hochschulen zu tun, dann ist das politisch nicht gewollt.

Auch die Dynamisierung der Mittel in Höhe von 3 % pro Jahr hilft da nur bedingt weiter, weil hier lediglich Kostensteigerungen abgefangen werden. Auch hier geht es also nur um die Erhaltung des Status quo. Künftige Aufgaben wie die Sicherung der Studienqualität, die Digitalisierung von Forschung und Lehre, die Verbesserung der Infrastruktur, neue Aufgaben wie Innovation, Förderung der Gründerkultur, Weiterbildung, Transfer oder Internationalisierung: Das alles sollen die Hochschulen leisten, aber das ist durch Ihren Haushalt nicht abgedeckt. Die Digitalisierung von Verwaltung und Lehre erledigt sich nicht von allein. Das sehen Sie am Schulsystem. Sie stellt einfach eine zusätzliche Aufgabe dar, für welche auch Ressourcen bereitgestellt werden müssen.

Im Hinblick auf den anstehenden Hochschulfinanzierungsvertrag II möchte ich Folgendes anmerken: Hier engt der Haushaltsansatz für 2021 den Spielraum des Landes für eine bessere Finanzierung der Hochschulen massiv ein. Können Sie mir sagen, warum der Bund mehr für die Wissenschaft in unserem Land tun soll, wenn die Landesregierung selbst nur kleckert statt klotzt? Das können Sie wahrscheinlich nicht. Auch ich kann es nicht.

Kommen wir zu den sogenannten kleinen Hochschulen. Die mögen sich aus Sicht von Heidelberg oder Tübingen schon sehr klein ausnehmen. Allerdings erfüllen diese Standorte oftmals wichtige Aufgaben für eine ganze Region. Angesichts des starken Engagements der Unternehmer und Raumschaften an kleinen Hochschulstandorten wie dem Campus Nordschwarzwald als Außenstelle der Universität Stuttgart, der Außenstelle der Hochschule Furtwangen in Tuttlingen oder den Außenstellen der Hochschule Heilbronn in Künzelsau und Schwäbisch Hall ist für uns klar, dass das Land sich beim Erhalt dieser kleinen Hochschulstandorte nicht aus der Verantwortung stehlen darf.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Norbert Beck CDU – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sehr richtig!)

– Norbert Beck klatscht auch, wenn auch verhalten. Ich habe ja genickt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ich bin Zeuge!)

Die regionalen Innovationspartnerschaften zwischen Unternehmen und Hochschulen im ländlichen Raum, die es seit Inkrafttreten des laufenden Haushalts gibt, wurden mit drei Mal 1 Million € ausgestattet. Diese Minimallösung kann die kleinen Hochschulstandorte wohl kaum am Leben erhalten.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ja!)

Mit unserem Vorschlag zur Einrichtung eines Fonds speziell für die kleinen Hochschulen wäre sichergestellt, dass diese zuverlässig mit Personal und Sachmitteln ausgestattet würden und nicht bangen müssten, am Aufwuchs der Grundfinanzierung der jeweiligen Hochschule beteiligt zu werden. Mit 6 Millionen € pro Jahr wäre eine solide Basis geschaffen worden, von der die ländlichen Räume unmittelbar profitiert hätten. Aber Sie können ja noch immer unserem Änderungsantrag zustimmen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Schön wäre es!)

Es geht also weiter für die Hochschulen im Land. Sie machen ihre Arbeit, aber Zeit zum Verschnaufen bleibt ihnen nicht – nicht einmal fürs Durchschnaufen. Hier war mehr drin. Sie haben die Chance verspielt, für Forschung und Wissenschaft bessere Rahmenbedingungen zu schaffen. Man könnte auch sagen: Die Hochschulen gehen zu Weihnachten leer aus, obwohl sie brav waren.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Bauer.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Doppelhaushalt des Wissenschaftsministeriums gibt Antworten auf ein paar wirklich wichtige aktuelle Herausforderungen oder Transformationen dieser Gesellschaft, bei denen insbesondere Wissenschaft und Kultur, unsere Hochschulen und unsere Kultureinrichtungen, von großer Bedeutung sind, um diese zu bewältigen.

(Ministerin Theresia Bauer)

Ich freue mich, dass sich diese Bedeutung von Wissenschaft und Kultur auch in den Etatzahlen deutlich widerspiegelt. Die Zahlen sprechen eine ganz klare Sprache: Wir stärken im Land Wissenschaft und Kunst, und wir legen eine Priorität auf Wissenschaft und Kunst. Sehen Sie sich die Summe der Ausgaben an. Rund 5,6 Milliarden € im Jahr 2020, knapp 5,7 Milliarden € im Jahr 2021. Das bedeutet, die Ausgaben steigen 2020 um 4 % und 2021 um weitere 2 %.

Der Anteil des Einzelplans 14 am Gesamthaushalt erhöht sich von 10 % in diesem Jahr auf knapp 11 % im Jahr 2021. Das bedeutet, dass wir bei einem insgesamt wachsenden Haushalt die Prioritäten in Richtung Wissenschaft und Kunst verschieben. Dabei sind Drittmittel der Einrichtungen noch gar nicht berücksichtigt.

Das ist gut und richtig so. Es ist auch wichtig für ein Haus, das für einen elementar großen Anteil an Beschäftigten steht. Unser Ressort hat landesweit ohne die Klinika rund 36 000 Beschäftigte. Dazu kommen noch rund 12 000 Drittmittelbeschäftigte, insbesondere bei den Hochschulen. Das Wissenschaftsministerium ist das personalstärkste Ressort nach dem Kultusministerium, noch vor dem Innenministerium. Ich freue mich, dass die Haushaltszahlen eine klare Sprache in Sachen Wissenschaft und Kunst sprechen.

Die Haushaltsdiskussionen der letzten Wochen waren im Wesentlichen geprägt von der Auseinandersetzung um die Hochschulfinanzierungsvereinbarung. Viele weitere Maßnahmen, die im Haushalt abgebildet sind, sind nicht entsprechend im Vordergrund gewesen.

Ich möchte deswegen die Gelegenheit nutzen, heute noch auf ein paar besondere Punkte einen Blick zu werfen. Danach werde ich etwas zur Hochschulfinanzierungsvereinbarung und dem Verhandlungsstand sagen. Nach mir wird Staatssekretärin Olschowski das Thema „Kunst und Kultur“ beleuchten.

Wir stehen, wie gesagt, vor gewaltigen Herausforderungen oder auch Transformationen, die zu bewältigen sind: Klimaschutz, künstliche Intelligenz, der Umbruch in der Automobilindustrie, der Gesundheitsstandort, die Digitalisierung insgesamt. Deswegen brauchen wir Wissenschaft und Forschung als Orte, um diese Veränderungen zu durchdenken, Lösungen zu erarbeiten. Wir legen großen Wert darauf, dass wir da Stärken zusammentragen und die Kooperation intensivieren.

Wir haben mit dem sogenannten Innovationscampus ein neues Format entwickelt für die Zusammenarbeit zwischen Universitäten, Forschungseinrichtungen, Unternehmen, Start-ups, Privaten und auch dem öffentlichen Raum. Denn wir wollen, dass an den Orten, an denen besondere Qualität in der Wissenschaft geliefert wird, ein dichtes Netzwerk entsteht, das dann in der Lage ist, innovative Verfahren und Produkte zu entwickeln und auch in der Grundlagenforschung innovativ weiterzudenken.

Einen solchen Innovationscampus haben wir etabliert: das Cyber Valley, dieses Geflecht aus Wissenschaft und Wirtschaft über alle Institutionengrenzen hinweg. Wir haben schon enorme Kraftanstrengungen an den Tag gelegt, um dieses Cyber Valley zum Fliegen zu bringen. Wir haben aus dem MWK-Haushalt jenseits von den 127 Millionen €, die wir schon investiert haben, im Doppelhaushalt weitere 22 Millionen € vorgesehen. Wir festigen damit das Cyber Valley als Innovationsstandort, als Spitzenstandort für künstliche Intelligenz, der sich schon heute weit über die Landesgrenzen hinaus einen Ruf erarbeitet hat.

Ich freue mich in der Tat – Herr Abg. Salomon hat es gerade auch gesagt –, dass dieses Cyber Valley inzwischen auch in einem internationalen Netzwerk sichtbar ist. Die europäische Vernetzung hat begonnen. Die ersten ELLIS-Units sind auserkoren, und neben Tübingen gehört Freiburg als Standort dazu. Das zeigt, dass wir im ganzen Land in Sachen künstliche Intelligenz hervorragend aufgestellt sind. Ich möchte mich bei allen bedanken, die immer wieder unterstützt haben, dass wir in diesem Bereich kraftvoll voranschreiten können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Es ist hier zu Recht betont worden: Wir sind stolz darauf, dass Baden-Württemberg ein Standort exzellenter Wissenschaft und Forschung ist. Wir sind in diesem Zusammenhang mit vier von elf geförderten Exzellenzuniversitäten erfolgreicher als alle anderen Bundesländer. Das kostet auch ein bisschen Geld. Deshalb sind im Haushalt zusätzlich jährlich 16 Millionen € an Landesmitteln ausgebracht worden, um die Erfolge in der Exzellenz abzubilden und kozufinanzieren.

Darüber hinaus stellen wir im Gegensatz zu anderen Bundesländern auch das Vorgängerprogramm der Exzellenzinitiative nachhaltig und unterstützen erfolgreich gewachsene Strukturen.

Ein weiteres Stichwort, das ich gern kurz beleuchten möchte, ist das Thema „Klimaschutz und Nachhaltigkeit“. Dieses ist von Ihnen gerade zum Teil auch schon angesprochen worden. Mit begrenzten Ressourcen – wir sind im Wesentlichen für die Grundfinanzierung unserer Einrichtungen zuständig – setzen wir doch Dinge in Gang und schaffen neue Impulse für die großen Themen unserer Zeit. Dazu gehören Klimaschutz und Nachhaltigkeit ganz zuvorderst.

Wir haben verschiedene Maßnahmen ergriffen, um unsere Forschungslandschaft dabei zu unterstützen, sich diesen Themen zu widmen. Wir haben Forschungsprogramme zur Finanzierung im Bereich der Bioökonomie, der Wasserforschung, des ökologischen Landbaus, der Reallabore mit einer neuen Förderlinie im Bereich Klimaschutz, die aufgesetzt wurde, und wir fördern im Rahmen des Strategiedialogs Automobilwirtschaft den Ideenwettbewerb zum emissionsfreien Campus. In diesen Tagen haben wir die Auszeichnung der besten Konzepte vorgenommen. Wir freuen uns sehr, dass auch mit begrenzten Ressourcen die Energien, das Know-how und die Begeisterung für die Arbeit an diesen Zukunftsthemen in den Hochschulen sichtbar gemacht werden können und die Freude an der Zusammenarbeit in diesem Bereich effektiv vorangebracht werden kann.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ein weiteres wichtiges Stichwort in diesem Komplex ist die integrative Taxonomie, das Synthesezentrum, das wir jetzt mit diesem Doppelhaushalt an der Schnittstelle von der Universität Hohenheim und dem Naturkundemuseum Stuttgart auf den Weg bringen. Dieses wird für das ganze Land ein Netz-

(Ministerin Theresia Bauer)

werk in dem Bereich der Taxonomie, also der Stärkung der Artenkenntnis in Forschung, Lehre und wissenschaftlicher Weiterbildung, aufbauen.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Julia Philippi CDU)

Ich bin überzeugt davon: Unseren Hochschulen kommt eine Schlüsselrolle beim Thema Klimaschutz zu, wenn es um die Bildung für die nächste Generation geht, wenn es darum geht, in der Forschung voranzukommen und Lösungen für die Aktivitäten anzubieten. Deswegen gibt es auch die Transferaktivitäten, die unverzichtbar sind, damit wir schnell, in kurzer Zeit, effektive Lösungen zur Reduktion von CO_2 und zur Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels in die Praxis bringen.

Deswegen ist es auch wichtig, dass sich die Hochschulen in Baden-Württemberg damit auseinandersetzen und darüber nachdenken, wie sie mit ihrem Gebäudebestand, mit ihren Energiebedarfen und mit dem Verkehr, den sie produzieren, Teil der Lösung und nicht Teil des Problems sein können. Auch da erlebe ich, dass unsere Hochschulen außerordentlich aktiv sind. Wir werden da im Zusammenhang mit der nächsten Hochschulfinanzierungsvereinbarung zu konkreten Verabredungen kommen.

Ich möchte noch ein paar weitere Stichworte kurz streifen; Sie haben sie zum Teil auch schon angesprochen, zum Teil kann ich vielleicht auch die Gelegenheit nutzen, Sie auf den aktuellen Stand zu bringen und ein paar Missverständnisse aus dem Weg zu räumen.

Wir haben über das Thema Medizin gesprochen. Die Studienkapazitäten in der Humanmedizin werden um 10 %, also um 150 weitere Plätze, aufgestockt werden, die so schnell wie möglich ausgebracht werden. Ich gehe fest davon aus, dass wir zum kommenden Wintersemester damit starten können. Wir werden diesen Ausbau nutzen, die Allgemeinmedizin und die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum in einer besonderen Weise in den Fokus zu nehmen.

Darüber hinaus setzen wir unsere Anstrengungen im Bereich der Akademisierung von Gesundheitsfachberufen fort. Liebe Frau Abg. Rolland, da sind Sie, glaube ich, irgendwie falsch informiert. Baden-Württemberg ist schon heute bundesweit Vorreiterland in Sachen Akademisierung der Gesundheitsfachberufe,

(Zuruf des Abg. Rainer Hinderer SPD)

in einer besonderen Weise beim Thema Hebammen. Wir werden auch im Doppelhaushalt zusätzliche Ressourcen einbringen, um den Ausbau um weitere 60 Plätze zu verstärken. Deswegen sind wir in diesem Bereich kurz vor der Vollakademisierung angekommen. Wir werden auch in Bezug auf die anderen Bereiche weitere Schritte in die Wege leiten.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ein weiteres wichtiges Vorhaben, das in diesem Doppelhaushalt auf den Weg gebracht wird und das mir sehr wichtig ist, möchte ich betonen. Wir werden zusätzliche Neustellen im Bereich der Informationssicherheit für unsere Hochschulen und Kultureinrichtungen ausbringen. Wir haben im letzten Haushalt schon erste Anstrengungen unternommen und gehen jetzt mit 50 weiteren Stellen noch einen Schritt weiter. Wenn man die Zeitung liest und schaut, was in Gießen gerade passiert ist, wo eine ganze Universität wahrscheinlich durch einen Hackerangriff lahmgelegt wurde, weiß man, wie wichtig das ist. Deswegen bin ich froh, dass wir diese 50 neuen Stellen in ein landesweites Konzept der Informationssicherheit einbauen können.

Die Maßnahmen zum Thema „Technologietransfer und Gründergeist“ sind hier schon ganz ordentlich besprochen worden. Ich werde sie hier nicht vertiefen und komme jetzt zu dem Thema Hochschulfinanzierungsvereinbarung.

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Ministerin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Räpple zu?

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Ich glaube, er sollte erst mal zuhören. Dann schauen wir mal.

(Abg. Stefan Räpple AfD: Das ist aber schade!)

Die Hochschulfinanzierungsvereinbarung soll für den Zeitraum der nächsten fünf Jahre von 2021 bis 2025 gelten. Es ist ja viel darüber diskutiert worden. Auch heute haben wir einiges dazu gehört. Auch wenn ein paar Zahlen durcheinandergeraten sind, ist allen klar – darüber sind wir uns alle einig –, dass es hier um ein Thema geht, das von enormer Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unserer Hochschulen ist. Es ist deswegen auch von herausragender Bedeutung für die gute Aufstellung unseres Landes insgesamt.

Es geht um eine solide verlässliche und auch solide wachsende Grundfinanzierung, also um das finanzielle Fundament unserer Hochschulen. Wir bieten unseren Hochschulen mit einer fünfjährigen Vereinbarung, die wir abschließen wollen, Planungssicherheit. Wir bieten an, dass sie damit von kurzfristigen, auch konjunkturellen Schwankungen frei sind, dass sie Sicherheit in Bezug auf die Bewirtschaftung ihrer Stellen und ihrer Mittel haben, die von Jahr zu Jahr im Rahmen dieser Vereinbarung übertragen werden können. Das ist auch eine starke Ansage eines Parlaments, das in diesem Kontext zeitlich befristet auf seine Haushaltshoheit verzichtet, indem es diese Verlässlichkeit gewährt.

Deswegen ist es ein hohes Gut, um das wir hier ringen. Ich bin froh über die Einigkeit, dass wir unseren Hochschulen diese Sicherheit geben wollen. Damit haben diese die Möglichkeit, für junge Menschen, für Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, für Talente aus aller Welt attraktiv zu bleiben und Gestaltungsspielräume zu erhalten, um selbst zu entscheiden, wo sie besondere Akzente setzen wollen.

Im Kern der Hochschulfinanzierungsvereinbarung geht es also darum, dass wir eine gute, eine verlässliche und eine verlässlich wachsende Finanzierung unserer Hochschulen in der Basis gewährleisten. Wir sind stolz darauf, dass wir durch ein starkes Fundament die Voraussetzung dafür schaffen, dass unsere Hochschulen auch erfolgreich agieren können, wenn es um das Einwerben weiterer Mittel und Erfolge in den Wettbewerben geht. Da zeigen unsere Hochschulen, wie stark sie sind: bei der Exzellenzstrategie, bei Preisträgern – aktuell

(Ministerin Theresia Bauer)

Leibniz-Preisträgern –, beim Einwerben von ERC Grants aus der EU, beim Einwerben von EXIST-Gründerstipendien, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Aber auch unsere Hochschulen für angewandte Wissenschaften sind außerordentlich erfolgreich beim Einwerben von zusätzlichen Mitteln im Zusammenhang mit ihrer praxisnahen Forschung.

Solche erfolgreichen Einwerbungen funktionieren aber nur, wenn die Basis stimmt, wenn es eine ordentliche Grundfinanzierung gibt – verlässlich und stabil. Darum ringen wir mit der Vereinbarung.

Ich bin mir sicher, dass wir mit dem, was wir noch nicht zum Abschluss gebracht haben, aber jetzt im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen in einen Rahmen gießen werden, eine ordentliche und ambitionierte Grundlage für die nächsten fünf Jahre schaffen werden. Wir sind noch nicht ganz durch, wie gesagt. Wir haben schon viele Gespräche mit den Hochschulen, mit allen Hochschularten, mit verschiedenen Gremien der Hochschulen und natürlich auch zwischen den Ressorts, mit dem Finanzministerium und mit den Fraktionen geführt. Wenn der Haushalt nächste Woche so verabschiedet wird, werden wir den Rahmen für die weitere Vereinbarung gesetzt haben, die im Frühjahr abgeschlossen werden soll. Es gibt noch ein paar Punkte im Detail. Aber der Rahmen steht jetzt voraussichtlich.

Ich möchte da noch mal ganz deutlich sagen: Hier geht es um maßgebliche und weitgehende Festlegungen, die getroffen werden. Ich empfinde die Haushaltsberatungen deswegen als einen großen und wichtigen Meilenstein für die kommende Vereinbarung. Ich meine, dass es keinen Grund gibt, diese Vereinbarung kleinzureden.

Man sollte sie auch nicht mit unterschiedlichen Zahlen und Bruchstücken, die da herausgezogen werden, so diffus reden, dass die Menschen draußen gar nicht mehr verstehen können, worum es geht. Deswegen würde ich gern noch ein bisschen Licht ins Dunkel bringen und versuchen, Ihnen faktenbasiert, evidenzbasiert und verlässlich drei Zahlen vorzuschlagen, mit denen wir über die kommende Hochschulfinanzierungsvereinbarung reden können. Sie werfen ein Schlaglicht darauf, ob es jetzt ein gutes, ein großes oder ein kleines Ding ist, über das wir mit den Hochschulen und der Öffentlichkeit ordentlich reden können. Das sind Zahlen, die sauber gerechnet sind, und man kann sie sich gut merken, selbst wenn man es mit der Mathematik nicht so arg hat.

Fangen wir mit der ersten Zahl an: zusätzliche Landesmittel, die wir unseren Hochschulen geben, frische Mittel über die bestehende Grundfinanzierung unserer Hochschulen hinaus. Im Lauf der nächsten fünf Jahre werden mit der Hochschulfinanzierungsvereinbarung

(Abg. Stephen Brauer FDP/DVP beschäftigt sich mit seinem Smartphone.)

– Herr Brauer, passen Sie auf! – 1,8 Milliarden € zusätzliche, frische Landesmittel in unsere Hochschulen fließen – 1,8 Milliarden € zusätzlich!

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Das sind auf das Jahr heruntergerechnet durchschnittlich 360 Millionen € jährlich. Für diejenigen, die den alten Hochschulfinanzierungsvertrag mitverhandelt haben, auf den wir ja mit Grund sehr stolz waren

(Abg. Martin Rivoir SPD: Die Hochschulen auch!)

– die Hochschulen auch –:

(Abg. Gabi Rolland SPD: Aber nicht alle!)

Das ist also im Vergleich zum Hochschulfinanzierungsvertrag I jährlich doppelt so viel an frischem Geld aus Landesmitteln. Das kann also nicht so schlecht sein: 360 Millionen € jährlich zusätzlich in der neuen Vereinbarung im Vergleich zu 180 Millionen € in der letzten Laufzeit.

(Zuruf des Abg. Stephen Brauer FDP/DVP)

In der letzten Laufzeit, die über sechs Jahre ging, waren es 1,1 Milliarden € zusätzlich, und wir waren stolz darauf. In der neuen Laufzeit werden es 1,8 Milliarden € zusätzlich sein, und wir werden stolz darauf sein.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Eine, zwei Personen vielleicht!)

Dabei sind keine zusätzlichen Baumittel, die ja auch in relevantem Umfang fließen, auch keine Bundesmittel eingerechnet, sondern es geht wirklich um zusätzliches, frisches Geld, das den Hochschulen aus diesem Landeshaushalt zur Verfügung gestellt wird. Es sind auch keine Kofinanzierungen für Exzellenzstrategien oder die Mittel für das Cyber Valley, die wir investieren, eingerechnet. Es geht um frisches Geld für die Grundfinanzierung in all der Verlässlichkeit und Freiheit, in der sie die Hochschulen verwenden können.

Ich komme zur zweiten Zahl. Der jährliche Aufwuchs für die Hochschulen wird, wenn man die 1,8 Milliarden € zugrunde legt, für die Hochschulen bedeuten, dass ihre Mittelausstattung jährlich um durchschnittlich – über alle Hochschularten gerechnet – 3,5 % wächst. Das kann man sich auch gut merken. Das sind z. B. 0,5 Prozentpunkte mehr als beim Bund-Länder-Pakt für die außeruniversitären Einrichtungen. Diese wachsen finanziell in den nächsten zehn Jahren jährlich um 3 %. Unsere Hochschulen wachsen in den nächsten Jahren jährlich um 3,5 %.

Auch das sind keine Peanuts, das ist ambitioniert. Ich bin mir sicher: Wenn man sich die Mühe macht, einmal zu schauen, was die anderen Bundesländer ihren Hochschulen in die Grundfinanzierung geben, dann wird sich dieser Pakt auch an dieser Stelle sehen lassen können, weil er ambitionierter ist als das, was andere Bundesländer für ihre Hochschulen tun.

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Ministerin, lassen Sie jetzt eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Räpple zu?

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Nein! – Zuruf von der SPD: Sonst darf er heute gar nicht reden!)

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Bitte schön.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sehr gut! Jetzt kann sie ihm Breitseite geben!)

Abg. Stefan Räpple AfD: Frau Ministerin, Sie sprachen vorhin von Cybersicherheit. Ich möchte zu bedenken geben, dass in Baden-Württemberg die Log-in-Daten über die Firma Cisco verwaltet werden. Das bedeutet, wir haben ein Sicherheitssystem von einem amerikanischen Anbieter. Die Frage: Gibt es jetzt auch amerikanische Forschungszentren, die ihre Log-in-Daten zu hochsensiblen Daten direkt nach Deutschland, nach Baden-Württemberg transferieren, wo wir dann schön ihre neuen Forschungsergebnisse auslesen können? Oder sind nur wir in Baden-Württemberg so dumm und senden unsere sensibelsten Daten direkt über den großen Teich?

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Es wäre besser gewesen, Sie hätten die Frage nicht zugelassen!)

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Herr Räpple, ich würde vorschlagen, Sie informieren sich gründlich, legen das einmal schriftlich nieder, machen daraus einen Antrag. Dann bearbeiten wir die Sachverhalte und reden an einer geeigneten Stelle über die Frage, mit welchem System und mit welchen Datengrundlagen, mit welchen Speichern wir arbeiten. Aber nicht im Rahmen einer Haushaltsdebatte.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU und der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Genau! – Zuruf des Abg. Stefan Räpple AfD)

Ich komme zurück zur Hochschulfinanzierungsvereinbarung. Wir stellen mit einem jährlichen Aufwuchs, von dem ich eben gesprochen habe, von mindestens 3,5 % pro Jahr zusätzliche Mittel zur Verfügung, die auf einen zusätzlichen Betrag von insgesamt 123 Millionen € anwachsen.

Dabei ist es auch wichtig, zu betonen, dass auch in Zukunft die volle Ausfinanzierung der Tarif- und Personalkostensteigerungen garantiert sein wird. Auch, wenn es zu hohen Tarifabschlüssen kommt, werden diese zu 100 % abgebildet und ausfinanziert sein. Die Regelung in dieser Form ist eine, die im Bundesvergleich keineswegs mehr Standard ist, sondern gerade noch von etwa der Hälfte der Länder gewährt wird.

Die weiteren zusätzlichen Mittel – jährlich anwachsend auf bis zu 123 Millionen € – dienen der Abdeckung besonderer spezifischer Mehrbedarfe, die es an jeder Hochschulart gibt. Diese sind ganz unterschiedlich. Die Universitäten haben besondere Bedarfe bei den Bewirtschaftungskosten für ihre Forschungsbauten, die Medizinischen Fakultäten haben besondere Bedarfe bei den Themen Digitalisierung und Versorgung, die Pädagogischen Hochschulen haben besondere Bedarfe im Bereich der Sachmittel usw. Für all diese zusätzlichen Bedarfe wird es zusätzliche Mittel und Spielräume für die Hochschularten geben.

Ich komme zur dritten Zahl. Die dritte Zahl, die man sich merken sollte, ist 285 Millionen € jährlich. Das ist die Höhe der Mittel, die in der neuen Hochschulfinanzierungsvereinbarung den Hochschulen aus bisherigen Zweitmitteln in die Grundfinanzierung übertragen werden. Diese waren also bisher zeitlich befristet, wurden nur mit vielen Kautelen und Begrenzungen gewährt und werden jetzt in die Grundfinanzierung übertragen. 285 Millionen € jährlich werden in die Grundfinanzierung übertragen.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: So!)

Diese Mittel werden sozusagen in einem Schritt in der Silvesternacht am 31. Dezember 2020 zum neuen Jahr 2021 den Hochschulen zur Verfügung gestellt und sind fortan die Ausgangsbasis für die Berechnung der weiteren Steigerungsraten.

Diese drei Zahlen sollen Ihnen allen zeigen, dass diese Hochschulfinanzierungsvereinbarung eine gute, eine ambitionierte sein wird, eine Vereinbarung, die noch ambitionierter ist, als es der Hochschulfinanzierungsvertrag I schon war.

Deswegen möchte ich allen danken, die mitgeholfen haben, dafür zu kämpfen, dafür einzutreten. Ich freue mich natürlich auch, dass es in den Beratungen des Finanzausschusses gelungen ist, noch einmal 216 Millionen € zusätzlich, über fünf Jahre verteilt, zu gewähren. Das ist mir eine Freude, und ich danke auch sehr dafür – auch wenn man sagen muss: Mein eigener Wunsch, meine eigene Anmeldung ging noch ein bisschen weiter. Aber als Wissenschaftsministerin darf man in diesem Bereich vielleicht durchaus ambitionierter sein. Es ist ein schönes Signal. Wenn Sie den Eindruck haben, das war noch nicht genug, dann haben Sie, die Abgeordneten, als Erste die Möglichkeit, noch etwas obendrauf zu legen.

(Vereinzelt Beifall)

Wie gesagt: Diese Hochschulfinanzierungsvereinbarung wird eine Vereinbarung sein – sie ist ja noch nicht fertig –, die Standards setzt, die Verlässlichkeit gewährt, die Spielräume gewährt. Deswegen bin ich froh darüber, dass wir mit ihr ein klares Signal setzen, dass wir auch in Zukunft auf Handlungsstärke, auf souveräne, selbstbewusste Hochschulen setzen, die in der Lage sind, die nächste Generation in unserem Land hervorragend auszubilden und Spitzenleistungen in der Forschung zu erbringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich nun das Wort Frau Staatssekretärin Olschowski.

Staatssekretärin Petra Olschowski: Sehr geehrte Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, das wir noch einmal kurz zur Kunst kommen. Herr Rivoir hat es schon gesagt: Wir haben schon kürzlich hier im Haus umfassend über die Rolle von Kunst und Kultur für das Land Baden-Württemberg debattiert. Daher möchte ich heute – etwas spröder, aber durchaus einleuchtend – mit den Zahlen beginnen.

Der Ihnen vorliegende Entwurf für die Haushaltsjahre 2020/2021 sieht eine Steigerung der Bruttogesamtausgaben des Kunstbereichs um durchschnittlich 8 % vor.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Das bedeutet, im kommenden Jahr stehen 540,9 Millionen € und im Jahr 2021, weil sich Projekte noch einmal verschieben, 540,3 Millionen € für die Kunst im Land zur Verfügung. Seitdem das Wissenschaftsministerium von Frau Ministerin Bauer verantwortet wird, also seit 2011, ist das eine Steigerung des Kunstetats um rund 40 % – 40 % in zehn Jahren!

(Staatssekretärin Petra Olschowski)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind nicht nur herausragende Zahlen, das ist ein klares, ein starkes Signal für die Kunst in unserem Land. Das zeigt, wie hoch die Landesregierung und Sie alle das Gewicht von Kunst und Kultur für unsere Gesellschaft bewerten und mit welchem Engagement wir daran arbeiten, diese Bedeutung noch weiter zu stärken.

Blickt man von den Zahlen zu den Inhalten, dann sieht man überdies, dass sich die in diesem Haushaltsentwurf gesetzten Schwerpunkte an alle Bürgerinnen und Bürger im Land richten – an Menschen verschiedener Altersgruppen in den Städten und in den ländlichen Räumen. Denn unsere Schwerpunktthemen sind verbunden mit klaren Botschaften. Ich fasse sie zu Beginn ganz kurz zusammen.

Es geht um die Verlässlichkeit durch die Sicherung der Tarifsteigerungen bei den staatlichen Kultureinrichtungen.

Es geht um die deutliche Stärkung des Themenkomplexes „Außerschulische kulturelle Bildung und Vermittlung“, u. a. durch die Initiierung des Kompetenzzentrums.

Es geht um die weitere Profilierung des erfolgreichen Film- und Medienstandorts Baden-Württemberg.

Es geht um den Ausbau der zentralen Bereiche Digitalisierung und Provenienzforschung, insbesondere an unserem Landesmuseum.

Es geht um die weitere Intensivierung unserer Förderung von Kultur in den ländlichen Räumen.

Und es geht um die Sicherung der erfolgreichen Arbeit einzelner Institutionen und Initiativen aus den verschiedensten Bereichen im ganzen Land.

Meine Damen und Herren, die Förderung von Exzellenz und Vielfalt, von Breite und Spitze, von der Bewahrung des kulturellen Erbes bis zur Ermöglichung des Neuen, Ungedachten, und zwar im ganzen Land, sind wichtige Prinzipien unserer Kulturpolitik.

Ziel ist in erster Linie die Stärkung des künstlerischen Potenzials, aber auch der Wirkung, die von der Arbeit mit Kunst in unserer Gesellschaft ausgeht. Die bedeutende und innovative Wirtschafts- und Wissenschaftskraft Baden-Württembergs sowie eine ausdifferenzierte lebendige Kulturlandschaft sind zwei Seiten einer Medaille, wenn man über die Zukunftsfähigkeit des Landes spricht.

Die Baumaßnahmen gehören natürlich dazu; es ist verschiedentlich angesprochen worden. Wir bauen im Moment in Karlsruhe an der Staatlichen Kunsthalle und am Badischen Staatstheater. In Stuttgart werden die Baumaßnahmen an der Württembergischen Landesbibliothek und an der John Cranko Schule im nächsten Jahr abgeschlossen. Die große Diskussion um die Oper mit den differenzierten Fragen, die sich dazu stellen, werden wir in den nächsten Wochen und Monaten intensiv führen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Im Hinblick auf die Veränderungen in unserer Gesellschaft, u. a. durch Globalisierung, demografischen Wandel, Digitalität und künstliche Intelligenz – Sie kennen die Stichworte –, geht es jetzt darum, unseren Kunst- und Kultureinrichtungen beste Rahmenbedingungen zu geben, um für die Zukunft notwendige Veränderungen vorzunehmen. Wie diese aussehen und was neu gedacht und anders gemacht werden könnte und vielleicht sollte, darüber haben wir in den letzten Monaten mit fast 1 500 Vertreterinnen und Vertretern aus der reichen Kunst- und Kulturszene einen Dialog geführt. Die ersten Ergebnisse dieses Dialogprozesses haben bereits Spuren im vorliegenden Haushaltsentwurf hinterlassen.

Erlauben Sie mir einen Blick in die Details. Eine wesentliche und bedeutsame Komponente der Erhöhung des Haushalts ist der Ausgleich der Tarifsteigerungen bei den staatlichen Kultureinrichtungen. Gerade in den personalintensiven Kunst- und Kulturbetrieben kommt dem Ausgleich der Tarifsteigerungen eine besondere Bedeutung zu, auch wenn das zunächst etwas spröde klingt. Denn damit sichern wir die Freiräume, Gestaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten für unsere Einrichtungen. Es ist aber auch – das ist mir wichtig – eine Absicherung für die Menschen, die unsere Kulturinstitutionen mit großem Engagement prägen und dafür sorgen, dass wir eine lebendige und ideenreiche Kulturszene haben.

Ich möchte daher die Gelegenheit nutzen, all jenen zu danken, die sich, ob hauptamtlich oder ehrenamtlich, für Kunst und Kultur in unserem Land einsetzen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, all dies schätzen wir über die Maßen. Wir wissen, was wir den Kulturschaffenden, dem Publikum und den Engagierten verdanken. Wir wissen aber auch, dass dieses Engagement keine Selbstverständlichkeit und kein Selbstläufer ist.

Unser Leben verändert sich – auch wenn manche das nicht wahrhaben möchten –, die Kunst verändert sich, das Publikum verändert sich, und auch unsere Kultureinrichtungen müssen sich verändern. Die Gespräche im Rahmen des Kulturdialogs bestätigen uns, dass die zentrale Zukunftsaufgabe und die besondere Herausforderung ganz zweifellos darin bestehen, eine größere Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern an Kultur zu erreichen und die Institutionen bei ihrer Öffnung in die Gesellschaft hinein und der damit verbundenen Erweiterung der Aufgaben zu unterstützen.

Das breite Feld dessen, was wir im außerschulischen Bereich etwas verknappt und unzureichend „Kulturelle Bildung und Vermittlung“ nennen, betrifft längst ein sehr breites Feld von Möglichkeiten und Arbeitsformen, interkulturell und generationsübergreifend, und ist kein „Nice to have“ mehr. Es ist ein Kernauftrag für die Kultureinrichtungen und muss deren Arbeit grundlegend prägen.

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt: Kulturelle Bildung ist Gesellschaftsbildung. Ich bin aber auch davon überzeugt, dass der kulturellen Bildung und der Kulturvermittlung zudem eine zentrale Aufgabe bei der Frage zukommt, wie wir neues Publikum für die Zukunft gewinnen und verstärkt auch Partizipationsmöglichkeiten schaffen. Das meint auch: Wir wollen Kindern und Jugendlichen sowie Erwachsenen aus allen gesellschaftlichen Gruppen die Chance geben, interessierte Zuhörer und Zuhörerinnen, Zuschauer und Zuschauerinnen, aber auch selbst Akteure zu werden. Wir wissen, dass die Teilhabe gerade junger Menschen an den Kul-

(Staatssekretärin Petra Olschowski)

turangeboten unserer Einrichtungen die Basis dafür legt, dass sie in späteren Lebensphasen weiterhin Besucherinnen und Besucher von Theater, Konzerten, Museen, auch Oper und Ballett werden. Wir brauchen die Jugend von heute für die Kultur der Zukunft.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Gernot Gruber SPD)

Deshalb werden wir mit dem Haushalt eine Offensive „Kulturelle Bildung und Teilhabe“ starten und zwei bedeutsame Vorhaben umsetzen. Sie haben es gehört: Wir werden ab 2020 ein Kompetenzzentrum „Kulturelle Bildung und Vermittlung“ einrichten – es wurde hier auch schon genannt –, u. a. mit dem Ziel, das außerschulische Themenspektrum zu stärken, zu vernetzen, die Förderlinien zusammenzufassen, mit allen Kunstsparten und – das ist mir ganz wichtig – als Unterstützung im ganzen Land. Mit seinen Angeboten soll es die nachhaltige gesellschaftliche Öffnung von Kunst- und Kultureinrichtungen hin zu Diversität und kultureller Teilhabe für alle Altersgruppen unterstützen.

Die zweite wichtige kulturpolitische Maßnahme haben wir immer wieder diskutiert; sie ist verbunden mit dem Thema, das Herr Rivoir und auch Herr Kern angesprochen haben: der freie Eintritt in unsere Museen. Meine Damen und Herren, Sie wissen, das war immer wieder Thema von Debatten hier im Haus. Wir haben daraufhin im letzten Jahr eine Studie in Auftrag gegeben, um herauszubekommen, was die Eintrittspreisgestaltung bei den Museen bedeutet, über die – das muss ich hier sagen – die Museen frei entscheiden. Die Museen entscheiden, welche Eintritte sie erheben. Am Ende hat sich herausgestellt, dass der freie Eintritt ein interessantes Instrument sein kann, dass er allein aber nicht sinnvoll ist – mit einer Ausnahme, nämlich bei Kindern und Jugendlichen.

Deswegen haben wir in dem Konvolut der Mittel für die kulturelle Bildung auch Gelder vorgesehen, um den Museen, mit denen wir dazu im Gespräch sind, die Möglichkeit zu geben, Kindern und Jugendlichen bis zum Alter von 18 Jahren freien Eintritt zu ermöglichen. Wir glauben, dass das das richtige Instrument ist. Wir sind mit den Museen dazu im Gespräch. Ich glaube, dass dieses Paket aus mehr Angeboten für die kulturelle Bildung und freiem Eintritt für Kinder und Jugendliche sinnvoll und richtig ist. Deswegen werden wir im Doppelhaushalt rund 9,5 Millionen € für diesen Bereich aufwenden. Das ist ein starkes Zeichen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie alle wissen: Wir alle brauchen natürlich auch das Wissen um die Vergangenheit. Daran arbeiten u. a. unsere Museen, aber es gibt darüber hinaus noch andere Felder. Das Thema „Baden-Württemberg und seine Kelten“ ist schon mehrfach angesprochen worden. Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass es ein besonderer Wunsch des Ministerpräsidenten gewesen ist und dass Mitglieder aus allen Fraktionen, die hier vertreten sind, dieses Thema gemeinsam sehr stark voranbringen. Ich muss sagen: Ich bin sehr dankbar für die Unterstützung, die ich insbesondere gerade aus diesem Kreis bei diesem Thema bekomme.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Ein weiteres Thema, das mir ein besonderes Anliegen ist, ist auch schon angesprochen worden: Die sieben Freilichtmuseen, die ja Besuchermagneten sind und mit profilierten Themenausstellungen in die Vergangenheit blicken, aber auch ein Bewusstsein für das gesellschaftliche Miteinander und ein ökologisch bewusstes Leben in der Gegenwart schaffen, erhalten endlich eine sichtbar erhöhte Förderung.

Meine Damen und Herren, wenn wir vom kulturellen Erbe sprechen, dann müssen wir uns auch der historischen Verantwortung im Zusammenhang mit dem deutschen und dem europäischen Kolonialismus stellen. Das geschehene Unrecht mit seinen bis heute nachwirkenden politischen, wirtschaftlichen, ethischen, sozialen und kulturellen Fragen verpflichtet und macht eine Aufarbeitung der Kolonialgeschichte als Teil unserer gemeinsamen gesellschaftlichen Verantwortung notwendig.

Ich sage Ihnen ganz offen: Ich glaube, sowohl für Frau Ministerin Bauer als auch für mich und für all jene, die dabei waren, war die Rückgabe von Bibel und Peitsche an Namibia nicht nur ein besonderer Moment im vergangenen Jahr, sondern sie wird wahrscheinlich unvergessen sein. Trotzdem wird es nicht reichen, um dieses Thema langfristig und sinnvoll zu besetzen.

Wir haben die Namibia-Initiative mit Partnereinrichtungen in Wissenschaft und Kunst gestartet. Es geht um langfristige Kooperation, und gern, lieber Herr Rivoir, berichten wir regelmäßig über die Erfolge. Darüber hinaus investieren wir aber auch in diesem Haushalt weiter verstärkt in die Provenienzforschung an unseren Museen; denn wir müssen wissen, was wir haben, um zu wissen, wie wir damit umgehen. Rückgabe ist immer nur eine Möglichkeit. Es gibt viele andere. Sie zu erarbeiten ist jetzt unser Auftrag.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss noch kurz auf den Film- und Medienstandort zu sprechen kommen, über den wir hier sehr selten sprechen. Deshalb möchte ich das heute einmal tun. Wir investieren mit einer um 12,2 Millionen € erhöhten Förderung jetzt insgesamt knapp 90 Millionen €, um die Bereiche Film und Medien wettbewerbsfähig zu halten, und ich danke den verschiedenen Seiten sehr, die hierbei unterstützt und geholfen haben.

Die Mittelerhöhung für die renommierte Filmakademie und deren Animationsinstitut – Sie wissen es: die Absolventinnen und Absolventen werden weltweit prämiert –, ebenso die verbesserte Unterstützung der Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg tragen dazu bei, zukunftsträchtige Arbeitsplätze für Kreativ- und Medienschaffende in unserem Land zu erhalten und neu zu schaffen. Gerade im Bereich Animation und visuelle Effekte gehört hier vor allem die Region Stuttgart zu den Spitzenregionen in Europa. Diese Position stärken wir weiter.

Ich komme zum Schluss. In der Kürze der Zeit ist nur ein Blick auf die Schwerpunktthemen möglich. Sie wissen es: Die ganze Bandbreite im Bereich Kunst und Kultur in Baden-Württemberg ist einzigartig und strahlt sowohl in das Land hinein als auch weit über die Landesgrenzen hinaus. Unsere

(Staatssekretärin Petra Olschowski)

Kunstpolitik bringt Vergangenheit und Tradition mit Innovation und Zukunft zusammen, auch, um Gegenwart gestalten zu können – lebendig, offen, facettenreich, vielschichtig und mutig.

Mein Ziel ist es, diese Kunstförderung im Konsens mit der großen Mehrheit in diesem Haus weiterzuentwickeln; denn Konsens bedeutet in diesem Fall auch, ein deutliches Zeichen zu setzen – für die Freiheit der Kunst, für ihre Kraft und ihr Potenzial, die Welt immer auch ganz anders sehen und verstehen zu können. Es ist ein Zeichen für eine starke demokratische Gesellschaft, die Diversität und Veränderungsbereitschaft aushandeln kann und will und die nicht zuletzt Freude an dem Reichtum, der Vielfalt und der Qualität unseres fantastischen kulturellen Lebens hat.

Ich danke Ihnen sehr für Ihre Unterstützung.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur A b s t i m m u n g über den Einzelplan 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/7214.

Ich rufe Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf. Die hierzu vorliegenden Änderungs- und Entschließungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe Nummer 1

Kapitel 1401

Ministerium

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer Kapitel 1401 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1401 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 2

Kapitel 1402

Allgemeine Bewilligungen

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Hierzu liegen ein Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und zwei Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Wir starten mit dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7314-10, zu Titel 429 76 – Personalaufwand –, der im Hinblick auf die von der Regierung verfolgte Initiative zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Wissenschaft und Kunst eine Streichung der Mittel verlangt. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 547 76 – Sachaufwand – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7314-11, vor, der aus dem bereits beim letzten Antrag genannten Grund ebenfalls eine Streichung der Mittel fordert. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 1402 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1402 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch abzustimmen über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7314-7, mit dem die Landesregierung ersucht werden soll, dem Landtag bis zum 31. März 2020 ein Konzept für ein an einer Hochschule in Baden-Württemberg angesiedeltes Institut für Rechtsextremismus-Forschung als Anlaufstelle für die Erforschung und Dokumentation rechtsextremistischer Strukturen vorzulegen. Wer diesem Entschließungsantrag der SPD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe Nummer 3

Kapitel 1403

Allgemeine Aufwendungen für die Hochschulen

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Hierzu liegen ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD, ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD sowie zwei Änderungsanträge und ein Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP vor.

Wir beginnen mit dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7314-12, zu Titel 111 05 – Einnahmen aus Studiengebühren für internationale Studierende –, der kostendeckende Studiengebühren und dementsprechend eine Erhöhung des Planansatzes fordert. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Die Fraktion der SPD hat beantragt, über Titel 111 05 – Einnahmen aus Studiengebühren für internationale Studierende – separat abzustimmen. Wer Titel 111 05 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Es geht um den Titel 111 05. Ich bitte um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das Zweite war die Mehrheit! – Abg. Andreas Stoch SPD und Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Definitiv! – Zuruf von der AfD: Auszählen! – Unruhe)

– Moment. Meine Damen und Herren, ich lasse noch einmal abstimmen.

(Anhaltende Unruhe)

– Wenn Sie etwas ruhiger wären, wäre es etwas einfacher. Wir haben gerade beim Einzelplan 14 noch einen Abstimmungsmarathon vor uns.

(Abg. Sascha Binder SPD: Deshalb brauchen wir nicht mehr abzustimmen! – Abg. Andreas Stoch SPD: Das war so eindeutig!)

Deshalb lohnt es sich, zuzuhören. – Also: Die SPD-Fraktion hat vorhin beantragt, über den Titel 111 05 getrennt abzustimmen. Wer Titel 111 05 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Darüber haben wir gerade abgestimmt! – Abg. Sabine Wölfle SPD: Wir haben gerade abgestimmt! Noch einmal abstimmen? – Weitere Zurufe, u. a. Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Wir stimmen halt so lange ab, bis es passt! – Gegenruf der Abg. Nicole Razavi CDU: Wir zweifeln das jetzt an, und dann zählen wir aus! – Unruhe)

– Moment, Herr Abg. Gall, wir befinden uns mitten in der Abstimmung. Das Abstimmungsergebnis war nicht eindeutig.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das war eindeutig! Fragen Sie Ihre Schriftführer! – Abg. Anton Baron AfD: Frau Präsidentin, das war mehr als eindeutig! Die Regierungsfraktionen haben sich nicht gemeldet! Videobeweis! – Anhaltende Unruhe)

Meine Damen und Herren, es geht um die Abstimmung über diesen Titel.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Richtig! – Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Aber jetzt nicht zum dritten Mal!)

Ich persönlich habe es nicht gesehen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber wir! Schriftführer! – Zuruf der Abg. Sabine Wölfle SPD – Abg. Nicole Razavi CDU meldet sich.)

– Frau Abg. Razavi, bitte.

Abg. Nicole Razavi CDU: Frau Präsidentin, ich zweifle das Abstimmungsergebnis an und beantrage Wiederholung der Abstimmung.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Weitermachen!)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, Sie haben gehört, Frau – –

(Abg. Martin Rivoir SPD: Videobeweis! – Vereinzelt Heiterkeit – Unruhe)

– Moment bitte, Herr Abg. Rivoir. – Erstens hat Frau Abg. Razavi Wiederholung der Abstimmung beantragt. Zweitens ist in § 97 der Geschäftsordnung geregelt: Wenn die Präsidentin oder eine Schriftführerin oder ein Schriftführer über das Ergebnis der Abstimmung im Unklaren ist, kann die Abstimmung sehr wohl wiederholt werden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie haben es aber gar nicht gesehen, haben Sie gesagt!)

– Ich habe die Wahl durchgeführt. Jetzt gibt es einen Antrag auf Wiederholung dieser Wahl. Wir können hier gern weiter debattieren. Der Antrag ist gestellt. Ich lasse nochmals abstimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Die Fraktion der SPD hat beantragt, über Titel 111 05 separat abzustimmen. Wer Titel 111 05 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt sind sie aufgewacht! – Abg. Andreas Stoch SPD: Guten Morgen!)

Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Titel 111 05 ist mehrheitlich zugestimmt. Vielen Dank.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Titel zustimmen, Kapitel zustimmen!)

Zu den beiden Titeln 429 76 N – Personalaufwand – und 547 76 N – Sachaufwand – der Titelgruppe 76 – Umsetzung Hochschulfinanzierungsvertrag II – sind zwei Änderungsanträge gestellt, die Mittelerhöhungen fordern: der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7314-1, und der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7314-8, der auch Titel 684 76 N – Zuschüsse an nichtstaatliche Hochschulen – betrifft.

Ich stelle zunächst den weiter gehenden Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7314-1, insgesamt zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag der FDP/DVP-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7314-8, ebenfalls insgesamt abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7314-2, fordert unter der neu aufzunehmenden Titelgruppe 96 – Strukturfonds zur Förderung und zum Erhalt kleiner Hochschulstandorte – bei den neuen Titeln 429 96 N – Personalaufwand – und 547 96 N – Sachaufwand – die Einstellung von Haushaltsmitteln sowie die Aufnahme einer entsprechenden Erläuterung. Wer diesem Änderungsantrag der FDP/DVP-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 1403 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1403 ist mehrheitlich zugestimmt.

Zu Kapitel 1403 liegt noch der Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7314-3, vor, der fordert, ein zukunftsfähiges und solidarisches Konzept zur Studien- und Hochschulfinanzierung zu erarbeiten. Wer diesem Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe Nummer 4 auf:

Kapitel 1405

Bildungsplanung und überregionale Angelegenheiten

Wer Kapitel 1405 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1405 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Ich rufe Nummer 5 auf:

Kapitel 1406

Internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit

Hierzu liegen drei Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Wir beginnen mit dem Änderungsantrag zu Titel 681 89 – Stipendien und Studienbeihilfen –, Drucksache 16/7314-13, der unter Hinweis auf frühere Aufwüchse eine Kürzung der Mittel auf den Stand von 2015 verlangt. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 681 92 – Stipendien und Studienbeihilfen – ist der Änderungsantrag Drucksache 16/7314-14 gestellt, der eine Mittelkürzung auf das Niveau von 2016 und eine Anpassung der Erläuterung fordert. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 685 92 – Zuschüsse für laufende Zwecke – liegt der Änderungsantrag Drucksache 16/7314-15 vor, der eine Mittelkürzung und eine Aufhebung der Erläuterung begehrt, da nach Ansicht der Antragsteller die Förderung der Migration keine Aufgabe der Hochschulen und Universitäten darstelle. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 1406 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1406 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 6 auf:

Kapitel 1407

Allgemeine Aufwendungen für das Bibliothekswesen

Wer Kapitel 1407 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1407 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Nummer 7 auf:

Kapitel 1408

Ausbildungsförderung

Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7314-16, begehrt unter dem neu aufzunehmenden Titel 685 01 N – Zuschüsse an Sonstige – mit einer entsprechenden Erläuterung die Einstellung von Haushaltsmitteln. Dadurch sollen kleinere Firmen unterstützt werden, das Programm „StudiumPLUS“ anzubieten. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 1408 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1408 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 8 auf:

Kapitel 1409

Aufwendungen für die Förderung der Studierenden im Hochschulwesen

Wer Kapitel 1409 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1409 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 9 auf:

Kapitel 1410

Universität Freiburg einschließlich Klinikum

Wer Kapitel 1410 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1410 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 10

Kapitel 1412

Universität Heidelberg einschließlich Klinikum

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer Kapitel 1412 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1412 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage vor, die nächsten vier Nummern, die Nummern 11 bis 14, also

Kapitel 1414

Universität Konstanz

Kapitel 1415

Universität Tübingen einschließlich Klinikum

Kapitel 1417

Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

und

Kapitel 1418

Universität Stuttgart

gemeinsam aufzurufen und zur Abstimmung zu stellen. Wer den Kapiteln 1414 bis 1418 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den Kapiteln 1414 bis 1418 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 15 auf – –

(Zurufe – Unruhe)

– Meine Damen und Herren, wir befinden uns mitten in der Abstimmung. Ich bitte Sie um Ruhe.

Ich rufe Nummer 15

Kapitel 1419

Universität Hohenheim

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer Kapitel 1419 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1419 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage vor, die nächsten vier Nummern, die Nummern 16 bis 19, also

Kapitel 1420

Universität Mannheim

Kapitel 1421

Universität Ulm einschließlich Klinikum

Kapitel 1424

Badische Landesbibliothek

und

Kapitel 1425

Württembergische Landesbibliothek

gemeinsam aufzurufen und zur Abstimmung zu stellen. – Sie sind damit einverstanden. Vielen Dank. Wer den Kapiteln 1420 bis 1425 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den Kapiteln 1420 bis 1425 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 20 auf:

Kapitel 1426

Pädagogische Hochschule Freiburg

Wer Kapitel 1426 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1426 ist mehrheitlich zugestimmt.

Zu Kapitel 1426 liegt noch der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7314-9, vor, der auch die Kapitel 1427 bis 1433 betrifft. Mit dem Entschließungsantrag soll die Landesregierung ersucht werden, für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 ein Ausbauprogramm für die Studienkapazitäten an den Pädagogischen Hochschulen zu beschließen. Ich schlage vor, diesen Entschließungsantrag insgesamt zur Abstimmung zu stellen. – Sie sind damit einverstanden. Vielen Dank. Wer diesem Entschließungsantrag der SPD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe Nummer 21

Kapitel 1427

Pädagogische Hochschule Heidelberg

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer Kapitel 1427 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1427 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir können meines Erachtens die nächsten vier Nummern, die Nummern 22 bis 25, also

Kapitel 1428

Pädagogische Hochschule Karlsruhe

Kapitel 1430

Pädagogische Hochschule Ludwigsburg

Kapitel 1432

Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd

und

Kapitel 1433

Pädagogische Hochschule Weingarten

gemeinsam aufrufen und zur Abstimmung stellen. – Sie sind damit einverstanden. Wer den Kapiteln 1428 bis 1433 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den Kapiteln 1428 bis 1433 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 26 auf:

Kapitel 1440

Hochschule Aalen

Wer Kapitel 1440 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1440 ist mehrheitlich zugestimmt.

Da bis zum Kapitel 1468 – Duale Hochschule Baden-Württemberg – keine Besonderheiten vorliegen, schlage ich Ihnen vor, die nächsten 23 Nummern und Kapitel, also

Kapitel 1441 bis Kapitel 1447

Kapitel 1449 bis Kapitel 1451

Kapitel 1453 bis Kapitel 1457

Kapitel 1459

Kapitel 1461 bis Kapitel 1464

und

Kapitel 1466 bis Kapitel 1468

gemeinsam aufzurufen und zur Abstimmung zu stellen. – Sie sind damit einverstanden. Wer den Kapiteln 1441 bis 1468 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den Kapiteln 1441 bis 1468 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 50

Kapitel 1469

Landesarchiv Baden-Württemberg

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer Kapitel 1469 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1469 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Sind Sie damit einverstanden, dass ich die Nummern 51 bis 58, also

Kapitel 1470

Hochschule für Musik Freiburg

bis

Kapitel 1477

Hochschule für Gestaltung Karlsruhe

gemeinsam aufrufe und zur Abstimmung stelle? – Das ist der Fall. Vielen Dank. Wer den Kapiteln 1470 bis 1477 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den Kapiteln 1470 bis 1477 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 59

Kapitel 1478

Allgemeine Aufwendungen für Kunst, Literatur sowie die Kunsthochschulen

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Hierzu liegen fünf Änderungsanträge der Fraktion der AfD und ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP vor.

Die Fraktion der AfD begehrt mit dem Änderungsantrag Drucksache 16/7314-17, den neuen Titel 511 01 N – Ein Tasteninstrument baden-württembergischer Produktion zu Repräsentationszwecken für Konzerte, Preisverleihungen und Empfänge in Baden-Württemberg und den Vertretungen des Landes Baden-Württemberg in Berlin und Brüssel – aufzunehmen und Haushaltsmittel einzustellen.

(Zurufe von den Grünen und der SPD – Gegenruf der Abg. Carola Wolle AfD: Schon mal was von Kunst gehört?)

– Meine Damen und Herren, wir befinden uns mitten in der Abstimmung. Ich bitte Sie insgesamt um Ruhe, um einigermaßen durchzukommen. Vielen Dank.

Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 685 42 N – Zuschüsse an das Forum der Kulturen Stuttgart e. V. – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7314-18, vor, der eine Streichung des Haushaltsansatzes verlangt. Wer diesem Änderungsantrag – –

(Unruhe)

– Herr Kollege Dr. Rösler, ich kann nicht nach jeder Abstimmung unterbrechen. Ich bitte jetzt einfach um etwas Ruhe.

(Abg. Anton Baron AfD: Rüge, Frau Präsidentin!)

Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 893 01 – Zuschuss an die Deutsche Schillergesellschaft e. V. für das Deutsche Literaturarchiv Marbach – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7314-4, vor, der eine Mittelerhöhung und eine Änderung der Erläuterung verlangt. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 685 75 – Zuschüsse für laufende Zwecke zur Finanzierung zukunftsorientierter Film- und Bewegtbildförderprojekte in Baden-Württemberg – ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7314-19, gestellt, der eine Mittelkürzung fordert, um die aus Sicht der Antragsteller marktverzerrende Wirkung der Filmförderung auszuschließen. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 685 83 – Zuschüsse an Sonstige – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7314-20, vor, der eine Streichung der Mittel begehrt. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 812 83 N – Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen und dgl. – ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7314-21, gestellt, der eine Streichung der Mittel und eine teilweise Streichung der Erläuterung verlangt. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 1478 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1478 ist mehrheitlich zugestimmt.

Nun schlage ich Ihnen vor, die beiden Nummern 60 und 61,

Kapitel 1479

Badisches Staatstheater Karlsruhe

und

Kapitel 1480

Württembergische Staatstheater Stuttgart

gemeinsam aufzurufen und zur Abstimmung zu stellen. – Sie sind damit einverstanden. Vielen Dank. Wer den Kapiteln 1479 und 1480 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den Kapiteln 1479 und 1480 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Nummer 62

Kapitel 1481

Aufwendungen für nichtstaatliche Bühnen, Festspiele und Orchester

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Zu den verschiedenen Titeln der Titelgruppe 98 – Für Sonderbewilligungen für die nichtstaatlichen Orchester – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7314-22, vor. Der Antrag fordert die Einstellung von Mitteln, um zu ermöglichen, dass nichtstaatliche Orchester – wie in der Vergangenheit geschehen – gefördert werden. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 1481 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1481 ist mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt schlage ich Ihnen vor, die nächsten drei Nummern, die Nummern 63 bis 65, also

Kapitel 1482

Staatliche Kunsthalle Karlsruhe

Kapitel 1483

Staatsgalerie Stuttgart

und

Kapitel 1484

Badisches Landesmuseum Karlsruhe

gemeinsam aufzurufen und zur Abstimmung zu stellen. – Sie sind damit einverstanden. Wer den Kapiteln 1482 bis 1484 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den Kapiteln 1482 bis 1484 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Nummer 66

Kapitel 1485

Landesmuseum Württemberg

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer Kapitel 1485 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1485 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Nummer 67 auf:

Kapitel 1486

Archäologisches Landesmuseum Württemberg

Wer Kapitel 1486 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1486 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Nummer 68 auf:

Kapitel 1487

Linden-Museum Stuttgart

Zu Titel 682 01 – Zuschüsse an das Linden-Museum zum laufenden Museumsbetrieb – ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7314-23, gestellt, der im Betrags- und im Stellenteil eine Kürzung auf das Niveau von 2017 verlangt. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 1487 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1487 ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Nummern 69 bis 71, also

Kapitel 1491

Staatliche Kunsthalle Baden-Baden

Kapitel 1492

Haus der Geschichte Baden-Württemberg

und

Kapitel 1495

Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg

können gemeinsam aufgerufen und zur Abstimmung gestellt werden. – Sie sind damit einverstanden. Wer den Kapiteln 1491 bis 1495 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Diesen Kapiteln ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 72

Kapitel 1499

Sonstige wissenschaftliche Forschungsinstitute und allgemeine Aufwendungen für Wissenschaft und Forschung

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf.

Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der AfD sowie ein Änderungsantrag und ein Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP vor.

Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7314-5, der zur Titelgruppe 75 – Förderung des Technologietransfers aus den Hochschulen in die Wirtschaft – gestellt ist, fordert in Titel 429 75 – Personalaufwand – höhere Mittel für das Programm „Junge Innovatoren“. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7314-24, verlangt bei verschiedenen Titeln der Titelgruppe 87 – Förderung des Leichtbaus und der Elektromobilität – Mittelkürzungen, um eine aus Sicht der Antragsteller einseitige Förderung der Elektromobilität zu vermeiden. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7314-25, fordert, die neue Titelgruppe 93 – Förderung des Wasserstoffantriebs – mit verschiedenen Titeln aufzunehmen, um eine gleichmäßige Förderung verschiedener alternativer Antriebsarten zu erreichen. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 1499 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1499 ist mehrheitlich zugestimmt.

Zu Kapitel 1499 liegt noch der Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7314-6, vor, mit dem die Landesregierung insbesondere ersucht werden soll, eine Anlaufstelle für die Erforschung und Dokumentation rechtsextremistischer Strukturen zu schaffen. Wer diesem Entschließungsantrag der FDP/DVP-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 30. Oktober 2019, Drucksache 16/7174, soweit diese den Einzelplan 14 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu.

Vielen Dank, meine Damen und Herren. Wir haben es geschafft. Wir sind am Ende der Beratung des Einzelplans 14. – Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Sehr geehrte Damen und Herren, bevor ich den nächsten Punkt aufrufe, möchte ich noch einmal kurz auf unsere Sitzung von heute Vormittag zu sprechen kommen.

(Unruhe – Zurufe: Pst! – Ruhe!)

Ich hatte ja angekündigt, dass ich das Protokoll nachlesen werde. Das habe ich getan. Ich bin zu dem Ergebnis gekommen, dass weitere Äußerungen von verschiedenen Abgeordneten getätigt wurden, für die Ordnungsrufe durchaus möglich gewesen wären. Ich verzichte nicht um des lieben Friedens willen oder weil Weihnachten naht, aber bewusst darauf. Stattdessen möchte ich mich grundsätzlich äußern.

Es ist unerträglich, welcher niedere Ton in diesem Hohen Haus angeschlagen wurde und die Debatte teilweise bestimmt hat.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Anton Baron und Abg. Daniel Rottmann AfD: Wo ist Herr Sckerl?)

Der Landtag als Hort der Demokratie darf nicht der Ort sein für volksverhetzende oder ehrverletzende Äußerungen.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Anton Baron und Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Wo ist denn Herr Sckerl? – Abg. Daniel Rottmann AfD: Wo ist Herr Sckerl? – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Ich spreche mich mit Nachdruck gegen die sprachliche Radikalisierung in diesem Parlament aus und appelliere, sich zu mäßigen.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Ich frage Sie alle, uns alle eindringlich: Welches Bild wollen wir eigentlich abgeben?

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Daniel Rottmann AfD: Wo ist Herr Sckerl? – Abg. Anton Baron AfD: Der muss doch zuhören, Frau Präsidentin! – Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Der Hauptadressat ist gar nicht im Raum! Aber er kann es ja im Protokoll nachlesen! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Doch! Sie sind alle im Raum! – Abg. Sabine Wölfle SPD: Man könnte einmal klarstellen, wer hier gemeint ist! – Gegenruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Es geht um den Kollegen Fiechtner! – Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, es wäre sinnvoll, wenn wir alle uns um eine parlamentswürdige Debattenkultur bemühen würden.

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Das machen wir ja!)

Jeder kann seinen Teil dazu beitragen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich fühle mich nicht angesprochen!)

Das gilt für alle.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der AfD und der FDP/DVP)

Ich rufe **Punkt 1 e** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 08: Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7208

Berichterstatter: Abg. Dr. Albrecht Schütte

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 08 – Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Wünscht der Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir zur Allgemeinen Aussprache. Hier erteile ich das Wort für die Fraktion GRÜNE Herrn Abg. Pix.

Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit diesem Haushaltspaket des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz leiten wir die notwendigen Transformationsprozesse in Landwirtschaft und Ernährung in Baden-Württemberg ein. Es ist in der Tat ein historischer Wendepunkt, auf den wir Grünen seit vielen Jahren hingearbeitet haben.

(Reinhold Pix)

Hier und heute gestalten wir eine regionale bäuerliche Landwirtschaft der Zukunft. Wir legen den Grundstein für einen neuen Gesellschaftsvertrag zu Agrarproduktion und Ernährung. Hier und heute sorgen wir für einen klimastabilen Waldumbau und eine naturnahe Waldbewirtschaftung. Hier und heute setzen wir auf Innovation, damit der ländliche Raum, die Agrar-, Forst- und Holzbranche zukunftsträchtig werden.

Hier und heute bekommen die Kommunen im ländlichen Raum ein verbessertes Handwerkszeug, um ein lebendiges Gemeinleben zu gestalten. Hier und heute stellen wir den Verbraucherschutz auch im ländlichen Raum besser auf.

Dies alles geschieht mit einem Etat, dessen Umfang von rund 1 Milliarde € pro Jahr nur ca. 2 % des Landeshaushalts ausmacht. Dieses Paket steht wie kein anderes für ein Miteinander von Bienen und Bauern, von Naturschutz und Landwirtschaft, von Verbrauchern und Produzenten, von Politik und Gesellschaft.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Dieser Haushalt, meine Damen und Herren, ist ganz wesentlich grün.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Nicole Razavi CDU: Was?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser eigenes Insektenmonitoring bestätigt die allerschlimmsten Befürchtungen: 80 % weniger Biomasse bei den Fluginsekten in den letzten drei Jahren.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Reale Zahlen sind immer schwarz, Herr Kollege!)

Weniger Insekten bedeuten weniger Bestäubung und weniger Nahrung für andere Tiere. Das gesamte Ökosystem gerät aus den Fugen. Die ökonomischen und ökologischen Folgen sind dramatisch. Deshalb haben wir beschlossen, zu handeln. In den kommenden zehn Jahren wollen wir 30 bis 40 % der Fläche biologisch bewirtschaften. Wir wollen bis 2030 40 bis 50 % weniger chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel einsetzen. Allen, die sagen, das gehe nicht, sage ich: Das geht sehr wohl. Meine Kollegen Martina Braun, Martin Hahn, Martin Grath und ich kommen gemeinsam auf 125 Jahre erfolgreiche biologische Erzeugung und Verarbeitung.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Bravo!)

Weil der Biolandbau – Klasse statt Masse, Tierschutz und Artenvielfalt – der Weg ist, der zu Baden-Württemberg passt, beschließen wir Grünen heute gemeinsam mit unserem Koalitionspartner, der CDU –

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Wir sind schwarz!)

vielleicht auch noch mit anderen; Sie alle sind herzlich eingeladen –, die Neuauflage des Ökoaktionsplans mit 9 Millionen €, mehr stärkere Bio-Musterregionen, eine Außer-Haus-Verpflegung, die regionales Bio kann, eine Initiative für Bildung, Ausbildung und Beratung zu mehr Ökolandbau und mehr Biodiversität, eine Agrarumweltoffensive mit 24 Millionen € mehr für die Bäuerinnen und Bauern, die Schäferinnen und Schäfer in unserem Land, die den Artenschutz mitgestalten wollen,

(Beifall bei den Grünen und der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

die Fortführung des Sonderprogramms „Biologische Vielfalt“ mit 36 Millionen €, und wir investieren zusätzlich 50 Millionen € im MLR und im UM für Klimaschutz- und Biodiversitätsmaßnahmen.

(Beifall bei den Grünen sowie der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch und des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch eines klarstellen: Die Landnutzer sind die ersten Betroffenen von Dürre, Starkregen, Hagel. Deshalb bringen wir in diesem Haushalt auch die Mehrgefahrenversicherung auf den Weg. Die Landnutzer sind vor allem aber auch unsere engsten Verbündeten und unverzichtbare Partner im Naturschutz und in der Landschaftspflege.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

Das Schneller, Mehr und Billiger der Discounter ist nicht nur Gift für die Artenvielfalt, sondern auch für die Landwirte in unserem Land. Geringe Einkommen, Preisdruck oder schwierige Arbeitsbedingungen haben ein nicht minder dramatisches Höfesterben ausgelöst. Deshalb brauchen wir einen neuen Gesellschaftsvertrag – einen Gesellschaftsvertrag, in dem die Bäuerinnen und Bauern endlich wieder die Anerkennung und Akzeptanz erhalten, die sie verdienen, durch den sie ihre Lebensmittel zu fairen Preisen absetzen können, in dem gesunde, regionale Lebensmittel auf dem Tisch eine Selbstverständlichkeit sind.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Martin Grath GRÜNE: Richtig!)

Die ehrgeizigen Eckpunkte zur Umsetzung und Weiterentwicklung des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ sind ein erster wichtiger Schritt. In den folgenden Schritten müssen auch der Handel und die Verarbeitung, also die gesamte Wertschöpfungskette, eingebunden werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, kein Ökosystem in unserem Land leidet derzeit so sehr unter dem Klimawandel wie unser Wald. Mit diesem Haushalt sorgen wir für anpassungsfähige Wälder, die sich im Klimawandel behaupten werden.

(Zuruf von der AfD: So ein Schwachsinn!)

Dafür stellt das Land 80 Millionen € bereit und schafft 120 neue Stellen für den notwendigen Waldumbau.

Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass wir mancherorts deutlich zu hohe Schalenwildbestände haben. Der Masterplan Wald muss deshalb zwingend auch ganzheitliche Lösungen zum besseren Management des Rehwilds beinhalten.

(Abg. Udo Stein AfD: Alle Rehe abschießen!)

(Reinhold Pix)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich lese immer wieder, der Bauindustrie gehe weltweit der Sand aus. Wir haben aber eine Lösung für dieses Problem: Holz. Bauholz speichert Kohlenstoff und ersetzt als nachwachsender Rohstoff endliche Ressourcen. Holzbau ist eine Klimalösung.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Deshalb stattet das Land die Holzbauoffensive mit mehr als 10 Millionen € jährlich aus.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Klimawandel ist da, und er verändert unsere Wälder. Beim Holzbau werden wir uns deshalb viel mehr auf den Bau mit Laubhölzern fokussieren müssen. Die Antwort lautet: Innovation. Im Technikum Laubholz werden wir mit namhaften Partnern aus Forschung und Wirtschaft innovative und hochwertige Verwendungsmöglichkeiten für Laubholz erforschen und diese bis zur Marktreife entwickeln.

Übrigens: Die Weichen für mehr Klimaschutz haben wir schon mit unserer Forstreform im Waldgesetz verankert. Naturnahe Waldwirtschaft, bodenschonende Verfahren und besondere Berücksichtigung von Lebensräumen werden zum Leitmotiv auf immerhin 40 % unserer Landesfläche.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Gleichzeitig setzen wir auf eine gute Ausbildung der Forstwirtinnen und Forstwirte. Mit der Verlängerung der Übergangsfinanzierung haben wir nun genug Zeit, um einen soliden Ausbildungspakt mit den Kommunen auf die Beine zu stellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht haben Sie es bereits in der „Stuttgarter Zeitung“ gelesen oder haben es gestern in der „Tagesschau“ gesehen:

(Der Redner hält einen Ausdruck hoch.)

Jede dritte Lebensmittelkontrolle fällt aus.

Im Zeitalter globalisierter Warenströme und Produktionsketten werden wir unserer Verantwortung durch einen stetigen Aufwuchspfad gerecht. Allein in diesem Haushalt schaffen wir 80 Stellen im gesundheitlichen Verbraucherschutz.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

Außerdem wird eine neue Zweigstelle der Verbraucherzentrale im ländlichen Raum entstehen. Deren digitale Angebote werden weiterentwickelt und ausgebaut.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die ländlichen Räume sind ein weiterer Gewinner dieses Haushalts. Mit einem Volumen von nunmehr über 90 Millionen € pro Jahr gelingt uns eine flächendeckende Strukturpolitik, welche das Leben im ländlichen Raum für alle, auch für junge Menschen und für gut ausgebildete Fachkräfte, attraktiv macht. Mit über 600 Millionen € für den Breitbandausbau wird das Wohnen und Wirtschaften dort noch attraktiver.

Mit diesem Haushaltspaket leiten wir bedeutende Transformationsprozesse in Landwirtschaft und Ernährung in Baden-Württemberg ein. Es lässt sich in einem Satz zusammenfassen: eine schwarze Null mit grünen Inhalten.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Auch mein Fraktionsvorsitzender hat völlig recht, wenn er sagt: Klima, Umwelt und Artenschutz bedeuten keine freiwillige Mehrausgabe, sondern dies ist eine Kernaufgabe des Staates. Daran müssen und können wir uns messen lassen. Die Zeiten, in denen wir Grünen noch als Ökofreaks und realitätsfremde Spinner belacht wurden,

(Abg. Anton Baron AfD: Grüne Sekte!)

sind eindeutig vorbei. Dieser Haushalt ist Ausdruck davon.

(Abg. Anton Baron AfD: Oje! – Zuruf des Abg. Stefan Räpple AfD)

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Martin Hahn GRÜNE)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Rapp das Wort.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Pix, gestatten Sie mir zunächst, dass ich die Bemerkung voranstelle: Der Haushalt des Ministeriums für Ländlichen Raum ist weder grün noch schwarz, er orientiert sich an dem, was für die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft, den Verbraucherschutz und den ländlichen Raum notwendig und Staatsaufgabe ist. Er ist natürlich auch an den Themen orientiert – das kam in Ihrer Rede deutlich zum Ausdruck –, die in den letzten Monaten in Baden-Württemberg beherrschend waren.

Das war zum einen der Klimaschutz, zum anderen der Artenschutz. Das hat nicht nur Auswirkungen auf viele Diskussionen, sondern auch direkte Folgen für diejenigen, die stark davon betroffen sind. Das sind die Land- und Forstwirte in unserem Land. Dabei sind dies gleichzeitig die Berufsgruppen, die zur Lösung beitragen können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Klaus Hoher FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

Insofern ist es wichtig, die Diskussionen, die wir in den vergangenen Monaten erlebt haben, in einen politischen Rahmen zu fassen und die notwendigen Weichen zu stellen, auch die vernünftigen Rahmenbedingungen festzulegen, um die Probleme, die vor uns liegen, lösen zu können.

Aber es ist nicht nur die Politik – der Kollege Pix hat es angesprochen –, es ist die gesamte Bevölkerung, die Gesellschaft, die mitgehen muss, die die Dinge mittragen muss, z. B. wenn es darum geht, Veränderungen in der Landwirtschaft durch konkrete Maßnahmen, durch Kaufentscheidungen zu unterstützen. Die Leute müssen an der Ladentheke sagen: Ja,

(Dr. Patrick Rapp)

ich will das regionale, das Bioprodukt aus Baden-Württemberg. Ja, ich bin bereit, dafür auch etwas mehr zu bezahlen.

Nur wenn eine breite Mehrheit da ist, können die Rahmenbedingungen, die mit diesem Haushalt gesetzt werden, effizient und erfolgreich umgesetzt werden. Mit dem heutigen Haushalt beschließen wir wichtige und gute Rahmenbedingungen; einen Teil hat der Kollege Pix schon dargestellt. Ich will im Wesentlichen auf drei Punkte näher eingehen.

Eines möchte ich noch sagen: Wenn wir einen Haushalt für zwei Jahre aufstellen, dann hat er eben auch die Reichweite von zwei Jahren. Wir wissen nicht, welche öffentlichen Diskussionen uns gerade in diesem Bereich, gerade mit Blick auf die Landwirtschaft noch begegnen werden.

Insofern gestatten Sie mir, dass ich mich auf drei Bereiche fokussiere. Das ist zum einen der Wald. Manche denken immer, dabei ginge es nur um unseren Haushaltspolitiker Wald. Nein, es geht um den Wald als Holzlieferanten, es geht um den Wald als Klimapartner, es geht um den Wald als Erholungsraum und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen.

Wir investieren mehr als 100 Millionen € in unsere Wälder. Diese Investitionen sind aus unserer Sicht und auch aus Sicht unseres Koalitionspartners mehr als zwingend; denn Baden-Württemberg ist ein Waldland.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir können aufgrund der Schäden, die im Wald aufgetaucht sind – in den letzten zwei Jahren ganz besonders –, nicht weiter zuwarten, sondern die notwendigen Schritte müssen angegangen werden.

Begonnen haben wir mit dem Forstreformgesetz. Aus dem Kartellverfahren heraus war es wichtig, die Forstverwaltung, die forstliche Betreuung wieder auf sichere Füße zu stellen. Die weiteren Schritte im Haushalt bauen darauf auf.

Es geht um die forstliche Ausbildung, und zwar über den Eigenbedarf des Landes hinaus. Das ist mit dem Ausbildungspakt bis 2024 gewährleistet.

Es geht zentral um den Notfallplan für den Wald in Baden-Württemberg. Es geht darum, die Schadensbeseitigung aktiv zu unterstützen, den privaten, aber teilweise auch den kommunalen Waldbesitzern die erforderlichen Hilfestellungen zu geben.

Es geht um eine personelle Stärkung und Ausstattung der Forstverwaltung sowie um die Unterstützung der Klimafolgenforschung.

Diese Maßnahmen haben wir mit Mitteln von über 40 Millionen € pro Jahr hinterlegt. Für die Unionsfraktion war es durchaus wichtig, dass speziell Aufforstungsprogramme mit Blick auf die zukünftige Gestaltung der Wälder unterstützt werden. Hierfür haben wir auch zusätzliche Mittel eingestellt.

Für die CDU-Landtagsfraktion war es aber auch wichtig, den Grundsatz „Schützen durch Nützen“ als Richtschnur weiter politisch umzusetzen. Wir wollen hier Ausgewogenheit, wir wollen keine einseitige Auswirkung bzw. Ausrichtung im Haushalt. Deshalb ist uns sehr wichtig, der Nutzung des Rohstoffs Holz einen sehr starken Schwerpunkt in diesem Haushalt zu widmen. Es geht um die Klimarelevanz. Wir wissen nicht zuletzt durch das, was die ETH Zürich erforscht hat: Mit der nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder ist eine dauerhafte CO_2-Speicherung möglich. Dieses Potenzial wollen wir nutzen. Wir haben die Holzbauoffensive.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Aber auch für weitere Projekte und Maßnahmen zur Förderung des Holzbaus haben wir für 2020/2021 über 10 Millionen € bereitgestellt. Das Technikum Laubholz, die Forschung im Bereich Holzwerkstoffkunde bis hin zur Bioökonomie sind wesentliche Bestandteile, die es in diesem Haushalt für die Zukunft abzubilden gilt.

Der zweite große Punkt: die Landwirtschaft. Ich habe zu Beginn gesagt: Die Debatte um das Volksbegehren zum Artenschutz war natürlich prägend. Bei allem, was hier überstrahlt wird, ist uns die Wertschätzung dessen, was die Landwirte und Landwirtinnen uns tagtäglich zur Verfügung stellen, nämlich 365 Tage im Jahr dreimal täglich gesundes und, wenn möglich, regionales Essen, sehr wichtig.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Winfried Mack CDU: Sehr gut!)

Deswegen wollen wir bei den Rahmenbedingungen, die wir in diesem Agrarhaushalt setzen, nicht nur das Volksbegehren im Fokus sehen, sondern eben auch die Wertschätzung der Landwirtschaft in unserem Land. Wir wollen auch dafür sensibilisieren, dass wir, wenn wir hier in Baden-Württemberg über Landwirtschaft reden, dabei nicht die Großbetriebe aus Mecklenburg-Vorpommern im Auge haben müssen, sondern die kleinstrukturierte bäuerliche Landwirtschaft hier im Land.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Auch dies haben wir mit mehreren Projekten hinterlegt. Ich will es nur im Stakkato kurz ansprechen. Es geht uns darum, eine Imagekampagne für die Landwirtschaft zu machen. Wir stärken den Lernort Bauernhof – auch für die Kinder in unserer Gesellschaft –, und wir wollen auch die Ferien auf dem Bauernhof verstärken und unterstützen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Denn es ist wichtig, dass die Menschen wieder einen Zugang zu denen bekommen, die uns letztlich jeden Tag das Essen zur Verfügung stellen, dass wir auch einen Trend zu regionalen Lebensmitteln haben. Da sind wir auch dem Minister recht dankbar. Die Kampagne „Natürlich. VON DAHEIM“ wird für die kommenden zwei Jahre weiter unterstützt. Auch das ist ein Element für die Landwirtschaft in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Klar ist aber – das habe ich gesagt –: Die Landwirte sind auch Teil der Lösung. Das heißt, wir müssen auch unterstützen, was auf dem Feld, im Stall, auf dem Acker passiert. Dazu wurde auch das Agrarumweltprogramm FAKT gestärkt. Wir wollen – auch mit CDU-Hilfe – den Ausbau des Ökolandbaus in Baden-Württemberg unterstützen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sehr gut!)

(Dr. Patrick Rapp)

Uns ist es auch wichtig – das hat auch der Kollege Pix schon gesagt; die Idee kam von Peter Hauk –, eine Mehrgefahrenversicherung für die Landwirte in unserem Land einzuführen. Damit ist Baden-Württemberg – das kann man so sagen – Spitzenreiter in Deutschland. Mit 5 Millionen € gehen wir voran und zeigen, dass wir auch in diesem Bereich unterstützen wollen und Sicherheit, auch Planungssicherheit, geben wollen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Als Letztes will ich den Blick auf den ländlichen Raum richten. Das Volumen des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum wurde um 15 Millionen € nochmals hochgefahren. Wir haben auch hier mit Blick auf die Strukturen in den Dörfern, in den Gemeinden ein neues Schlaglicht geworfen, neue Schwerpunkte gesetzt: Mit zweimal 10 Millionen € wollen wir die Dorfgastronomie und das Miteinander in den Gemeinden unterstützen und den Gastronomen helfen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Nicole Razavi CDU: Sehr gut!)

Wichtig war uns, ein Bündnis für den ländlichen Raum, das sich gegründet hat – bestehend aus Landfrauen, aus Sozialverbänden, aus Gemeindetag und Städtetag –, zu unterstützen. Es geht um einen Zukunftsprozess für den ländlichen Raum, der durch diese Gruppe unterstützt wird. Da geht es um Zukunftsthemen wie Nahversorgung und Wohnraum. Es geht um die Frage: Wie können wir in Modellkommunen beginnen, den ländlichen Raum wieder zu stärken? Genauso wollen wir auf der anderen Seite die Natur- und Geoparke stärken.

Ein besonderes Projekt ist darin enthalten, auch zu den Themen Ernährung sowie „Hilfe für die Landwirtschaft“: Wir wollen den Kleinsten in der Gesellschaft wieder das Kochen, das Miteinander am Herd und die Wertigkeit der Lebensmittel nahebringen. Dies tun wir mit einem Kochmobil, das wir an den Grundschulen einsetzen, um das Arbeiten mit Nahrungsmitteln wieder nach vorn zu bringen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Winfried Mack CDU: Toll! Gute Idee! – Abg. Nicole Razavi CDU: Kurze Beine, gute Küche!)

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, komme ich zum Schluss. Es gäbe noch viele weitere Bereiche darzustellen, und ich gehe davon aus, dass Herr Minister Hauk das eine oder andere noch vertiefen wird. Ich denke, jetzt ist es für uns an der Zeit, nochmals darauf hinzuweisen: Es ist ein Haushalt, der ausgewogen ist und sich an dem orientiert, was in der Gesellschaft wichtig ist, vor allem für die Zukunft Baden-Württembergs.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun darf ich für die SPD-Fraktion Herrn Abg. Weber aufrufen.

Abg. Jonas Weber SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Artensterben, Skandale in der Nutztierhaltung, Belastungen in Boden und Grundwasser und die Klimakrise – diese Aufzählung lässt erahnen, mit welchen Nachrichten die Bäuerinnen und Bauern im Land jeden Tag zu kämpfen haben. Sie fühlen sich unter Druck gesetzt und an den Pranger gestellt. Liebe Kolleginnen und Kollegen von Grünen und CDU, ich kann mir schon vorstellen, dass Sie das gern ein wenig verdrängen wollen; aber 2018 haben Biobauern im Land gegen Sie protestiert, und 2019 – vor wenigen Wochen – haben wieder Bauern protestiert. Insofern ist die Welt nicht nur grün und schön, sondern es gibt massive Probleme.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

– Herr Pix, hören Sie doch erst einmal zu. – Dieser Druck dürfte noch weiter steigen, da die Europäische Union ihre Agrarpolitik ab 2020 neu ausrichten wird. Sie wird Mittel kürzen und zugleich im Arten- und im Klimaschutz sowie bei der Tierhaltung allen Beteiligten mehr abverlangen.

Gab es 1970 im Land noch 190 000 landwirtschaftliche Betriebe, so sind es heute nur noch knapp 40 000. Die Mehrheit der Landwirte arbeiten im Nebenerwerb. In Zeiten eines großen Wandels, der jetzt gerade stattfindet – wer wollte das bestreiten? –, brauchen Landwirte Begleitung und Unterstützung. Wir wollen dabei Partner der Landwirtschaft sein. Der dramatische Rückgang der Artenvielfalt betrifft uns alle und verlangt von uns allen eine Kehrtwende. Aber dies bedeutet eben auch, dass wir der Landwirtschaft helfen müssen, Artenschutz zu verwirklichen.

Das bedeutet zunächst eine deutliche Reduzierung des Pestizideinsatzes. Mit Blick auf die Verkaufszahlen stellen wir jedoch fest, dass der Einsatz von Pestiziden in den vergangenen Jahren gestiegen ist. Ja, wir müssen Schluss machen mit Glyphosat und anderen Stoffen, die unsere Umwelt nachhaltig vergiften.

(Beifall bei der SPD)

Ein Forschungsprojekt an der Uni Tübingen hat neue Ideen erarbeitet. Mitten in Baden-Württemberg wird an der Zukunft gearbeitet. Und was macht der zuständige Minister? Sie verlagern die Diskussion um Glyphosat in die Vorgärten, fordern von der ehemaligen Bundesumweltministerin wegen eines Plakats mit der Aufschrift – halten Sie sich fest – „Ohne Blumen auf der Wiese geht’s der Biene richtig miese“ den sofortigen Rücktritt.

Doch damit nicht genug, Herr Hauk. Die Verbraucherinnen und Verbraucher ginge es Ihrer Ansicht nach nichts an, was auf die Felder aufgebracht wird. Statt an der Zukunft zu arbeiten, verharren Sie in der Vergangenheit. Mit Blick auf die Änderungen im Jahr 2020 auf europäischer Ebene ist keinem Landwirt geholfen, wenn in unserem Land nicht an Lösungen gearbeitet wird.

(Beifall bei der SPD)

Selbstverständlich brauchen die Obst- und Weinbauern in unserem Land Pflanzenschutzmittel. Die Sicherung ihrer Existenz muss uns jede Anstrengung wert sein. Daher braucht es mutige Schritte in Richtung Innovation. Kluge Ideen, liebe Kolleginnen und Kollegen, finden wir mitten in Baden-Württemberg; ich habe die Uni Tübingen bereits erwähnt. Im Kraich-

(Jonas Weber)

gau beispielsweise erleben wir seit etlichen Jahren pestizidfreien Getreideanbau. Knüpfen wir an diese Leuchttürme an, und folgen wir ihrem Vorbild!

Auf dem Weg in eine moderne und zukunftsfähige Landwirtschaft wird die SPD-Landtagsfraktion Partner sein. Wir wollten daher mit großen Schritten von 20 Millionen € pro Jahr FAKT deutlich stärken und diesen Wandel unterstützen. Es ist sehr bedauerlich, dass Sie diesen Schritt abgelehnt haben.

Einen weiteren Skandal möchte ich Ihnen ebenfalls in Erinnerung rufen, der auch die Landwirtschaft betrifft. Nach Rastatt und Mannheim hat nun auch die Ortenau ein PFC-Problem. Die Umweltsauerei weitet sich aus. Wann fangen Sie endlich mit der Sanierung der wertvollen Böden in Mannheim, der Ortenau und Rastatt an?

(Beifall bei der SPD)

Grundsätzliche Einigkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, besteht in diesem Haus mit Blick auf unseren Wald. Das veränderte Klima wird diesem wichtigen Lebensraum dramatisch zusetzen.

(Zuruf)

– Es wäre doch schön, wenn wir das einfach hier vorn diskutieren könnten, Herr Untersteller, und nicht von der Regierungsbank aus, oder?

Die Waldbegehungen sind vielerorts keine romantischen Spaziergänge mehr, sondern handfeste Krisentreffen. Einzigartige Naturlandschaften wie etwa der Rastatter Auenwald sollen auch in Zukunft Natur- und Lebensraum sein. Trockenheit und Schädlinge setzen landauf, landab unserem Wald immens zu. In dieser schwierigen Lage steckt die Forstverwaltung in der größten Strukturreform ihrer Geschichte. Wir begrüßen es, wenn das Land über Forstämter mehr kostenlose Beratung anbietet, die Forschung intensiviert oder ein Entwicklungskonzept erarbeitet. Auch sind Genehmigungen bei Trocken- und Nasslagerung und ein gutes Borkenkäfermanagement wichtige Schritte.

Jedoch zeigt sich gerade jetzt, dass Einfalt statt Vielfalt unserem Wald geschadet hat. Unsere Devise „Vielfalt im Baumbestand“ ist die Ansage der Stunde, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Eine wichtige Aufgabe des Ministeriums ist der Verbraucherschutz. Er hat einen besonders hohen Stellenwert, könnte man vermuten, da der Verbraucherschutz sogar im Namen des Ministeriums verankert ist. Aber bei näherem Hinsehen erweist sich der Name des Ministeriums als plumper Etikettenschwindel. Im achtseitigen Vorwort des Ministers mit politischen Schwerpunktsetzungen, liebe Kolleginnen und Kollegen – so der Titel –, sucht man das Thema Verbraucherschutz vergebens. Auf acht Seiten politischer Schwerpunktsetzungen findet sich kein einziges Wort zum Verbraucherschutz.

(Beifall bei der SPD)

Verbraucherinnen und Verbraucher können nur dann richtige Entscheidungen treffen, wenn sie informiert sind und alle Fakten auf dem Tisch haben. Es ist daher gut, dass wir mit der Verbraucherzentrale eine unabhängige Anlaufstelle haben. Die Verbraucherzentrale ist jedoch unterfinanziert, und für die Fläche unseres Landes ist das Netz von Beratungsstellen zu dünn. Telefon- und Onlineberatungen können diese Lücke zum Teil schließen, aber nichts ersetzt die Beratung vor Ort.

Im Ländervergleich – Kollege Hoher hat das auch abgefragt – liegt Baden-Württemberg auf einem hinteren Platz, was die Finanzierung betrifft. Verbraucherschutz, Herr Kollege Hauk, geht uns alle an, und wir erwarten hier ein größeres Engagement.

Ich möchte den Fleischskandal bei der Firma Wilke in Hessen in Erinnerung rufen. Sie kritisieren die hessischen Behörden wegen – ein wörtliches Zitat von Ihnen – „mangelnder Transparenz“. Sie sind in Baden-Württemberg statt Verbraucherschutzminister eher ein Minister der Verschleierung. Ich will Ihnen dies an einem Beispiel vorführen.

Im Zuge dieses Skandals, Herr Kollege Hauk, haben Sie uns im November, nachdem der SPIEGEL darüber berichtet hat, mitgeteilt, dass bereits im Januar – also zehn Monate vorher – das gefährliche Bakterium des Typs Pi 4 festgestellt worden ist. Zehn Monate später informieren Sie uns und die Öffentlichkeit über diesen Lebensmittelskandal. Das, finde ich, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ein Skandal!

(Beifall bei der SPD)

Denn wer Vertrauen schaffen will, muss die Lebensmittelüberwachung stärken. Statistisch gesehen, findet in manchen Betrieben in Baden-Württemberg gerade einmal alle 20 Jahre eine Kontrolle statt. Wir sind daher froh, dass Grün-Schwarz mit diesem Haushalt endlich die überfällige Kehrtwende einleitet und sich für mehr Veterinäre einsetzt. Sie haben dafür reichlich Zeit gebraucht, aber vielen herzlichen Dank, dass Sie dieses wichtige Anliegen, zu dem bereits FDP/DVP und SPD in vorherigen Haushaltsberatungen Anträge gestellt hatten, nun selbst aufgegriffen haben.

Auch auf dem Feld des Tierschutzes brauchen wir verstärkte Kontrollen. Denn nur dann, wenn alle sicher sein können, dass es ausreichend Kontrollen gibt, werden die Rechtschaffenen nicht in Mitleidenschaft für die schwarzen Schafe gezogen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe es bereits eingangs angesprochen: Unser ländlicher Raum wird sich verändern – eine Veränderung, die wir gestalten wollen, eine Veränderung, bei der wir den Landwirtinnen und Landwirten in unserem Land Mut machen wollen und müssen, ihnen helfen müssen, Artenschutz umzusetzen und dem Klimawandel zu trotzen.

Wir wollen die Landwirte in unserem Land stärken, damit durch sie auch zukünftig gute heimische Produkte auf unseren Tellern zu finden sind. In Dorfläden werden heimische Produkte angeboten. Unsere schöne Landschaft lädt zum Erholen ein, und mittendrin wird an Innovationen von morgen gearbeitet. Aber unser ländlicher Raum ist eben mehr. Er ist für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Lebensmittelpunkt mit großer Zukunft.

(Zuruf von der CDU)

– Ja, ja. – Ob in Bad Ditzenbach oder Forbach, wir wollen den Menschen mehr geben, denn sie verdienen mehr, liebe Kolleginnen und Kollegen: mehr Engagement für den ländlichen Raum, mehr Engagement für den Verbraucherschutz, mehr Engagement für den Tierschutz. Wenn Sie dies erfüllen, könnten wir dem Einzelplan 08 zustimmen. Leider bleiben Sie dahinter zurück.

Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die AfD rufe ich Herrn Abg. Stein auf.

Abg. Udo Stein AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten! Mit nur zwei Unterbrechungen war das Amt des Bundeslandwirtschaftsministers seit fast 40 Jahren fest in Händen der CDU und der CSU.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist gut so!)

– Ich komme noch darauf. – Hier im Land waren 66 Jahre mit CDU-Landwirtschaftsministern nur einmal von fünf Jahren mit einem grünen Landwirtschaftsminister – ich hoffe, das bleibt uns in Zukunft erspart – unterbrochen. Deshalb ist die Verantwortung für dieses Politikfeld ganz klar zuweisbar.

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Ich schlafe gleich ein!)

Heute beträgt die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe noch ein Fünftel der Zahl von vor 50 Jahren. Das möchte ich einfach als Feststellung in den Raum stellen, wenn Sie sagen: „Alle unsere Betriebe profitieren davon.“ Die Vergangenheit spricht eine andere Sprache.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Das Drumherum hat sich aber nicht verändert, oder?)

Aber zu Ihnen von der SPD: Sie sind im Bund genauso mit in der Verantwortung gewesen. Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Politisch stehen die Bauern seit 2014 durch die Russlandsanktionen und den unsicheren EU-Haushalt unter Druck. Die Gesellschaft nimmt die Bauern in Verantwortung für das Insektensterben, für weniger Hasen, für weniger Rebhühner, für Nitrat im Grundwasser, für ausgeräumte Landschaften, für Tiertransporte, für quasi jede Sau, die aktuell durchs Dorf getrieben wird. Das ist eine bodenlose Sauerei, denn den Landwirten in unserem Land verdanken wir das Essen, das wir auf dem Tisch haben.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Karl Rombach CDU: Trinken nicht vergessen!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Stein, ich habe heute schon ein paar Mal gebeten, auf die Ausdrucksweise zu achten. Für Sie gilt das auch.

(Zurufe, u. a.: Das ist aber spannend!)

Abg. Udo Stein AfD: Ich werde es berücksichtigen, wenn Sie darauf so sensibel reagieren, Frau Präsidentin.

Aber das eigentliche Problem ist doch, dass bei den Landwirten durch die ganze Entwicklung, die sie erlebt haben und für die sie alle ihren Kopf hinhalten müssen, großer Unmut und in der Zwischenzeit sogar Verzweiflung entstanden ist. Genau deshalb gehen sie auf die Straße, denn sie haben Angst um ihre Zukunft, und sie haben Angst um ihre Betriebe. Ich kann das verstehen. Die Entwicklung durch Ihre Politik ist genau das, wovor diese Menschen Angst haben, denn es geht um ihre Existenz.

Wir beobachten, was die verantwortlichen Minister auf Konferenzen machen. Sie produzieren jede Menge Dinge, aber keine Zukunftslösungen. Ich sage Ihnen, wovor die Landwirte Angst haben: vor der Zukunft, vor dem Mercosur-Abkommen, vor den Abkommen mit Mexiko, mit Neuseeland, mit Australien und anderen Staaten.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Und das ändern wir im Landeshaushalt?)

– Genau!

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Respekt!)

Genau darauf kommen wir jetzt.

Das Problem, das die Landwirte haben, ist, dass Nahrungsmittel in anderen Ländern unter Bedingungen erzeugt werden, die sich von denen hier unterscheiden. Wenn solche Nahrungsmittel bei uns auf den Markt kommen, dann sind in dem Preis keine Kosten für Umwelt und keine Kosten für Tierwohl wie bei uns in Baden-Württemberg eingerechnet. Aber den Preisdruck haben die Landwirte sehr wohl. Darüber müssen Sie sich einmal klar werden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Jetzt sind wir bei einem ganz entscheidenden Punkt. Ein anständiger Preis für seine Produkte ist doch das, was sich jeder Landwirt an sich wünschen würde. Aber genau Ihre Politik der letzten Jahrzehnte hat die Preise kaputt gemacht, und die Landwirte sind nur zu Subventionsempfängern geworden. Damit kann kaum jemand zufrieden sein. Auf den Preis müssen wir schauen. Wir müssen darauf achten, dass der Preis für diese Produkte, die zu uns kommen und die nicht die hier bestehenden Voraussetzungen erfüllen, nicht unter dem Preis der Produkte liegt, die hier in Baden-Württemberg erzeugt werden. Und genau das sind Regionalität und Schutz von Regionalität.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Stein, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Braun zu?

Abg. Udo Stein AfD: Bitte, Frau Braun.

Abg. Martina Braun GRÜNE: Herr Stein, danke, dass Sie die Frage zulassen. – Ist Ihnen auch bekannt, dass wir Regionalmarken haben und dass jeder bei seinem Einkauf durchaus auch Waren aus dem Ausland im Regal liegen lassen und regionale Produkte unterstützen kann?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Abg. Udo Stein AfD: Natürlich ist mir das bekannt. Auch ich freue mich, wenn ich im Ausland deutsche Produkte sehe, beispielsweise einen Schwarzwälder Schinken.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf des Abg. Jonas Weber SPD)

Die Topprodukte, die wir hier haben, kann man – – Man kann im Ausland auch etwas anderes essen. Sicher. Wenn unsere Premiumprodukte ins Ausland verkauft werden, bin ich doch der Letzte, der etwas dagegen hat.

Aber gehen Sie einmal durch einen Supermarkt, und schauen Sie sich an, woher Lebensmittel heutzutage kommen. Ich bin niemand, der wie Sie einen solchen „Umweltwahnsinn“ macht. Aber wenn man Nahrungsmittel aus Chile, aus Bolivien und sonst woher bezieht, dann, muss ich sagen, stimmt doch gewaltig etwas nicht mehr.

(Beifall bei der AfD)

Zum eigentlichen Kernproblem, das ich hier regelmäßig anspreche, Herr Rapp, möchte ich einmal einen Ihrer Kollegen von der CDU zitieren, und zwar den Bundestagsabgeordneten Hans-Georg von der Marwitz. Er nennt die Direktzahlungen der EU „Brandbeschleuniger des Strukturwandels“,

(Beifall des Abg. Stefan Räpple AfD)

und die Betriebe in unserem Land leiden genau darunter. Denn die Umverteilung – – Sie sprechen es ja an; Sie wissen es doch seit Jahrzehnten. Ich zitiere einen Abgeordneten Ihrer Partei. Und was ändert sich? Nichts! Dieser komplette Landeshaushalt ist ein Haushalt des „Weiter so!“. Die Politik soll genau so fortgeführt werden, wie sie bisher ist.

Keine Deckelung – jetzt komme ich zum Kernthema. Deckelung aus der ersten Säule, das ist das, was wir schon ewig fordern.

(Abg. Martin Hahn GRÜNE: Hallo! Das ist der Landeshaushalt!)

– Ja, richtig, genau. Deswegen wollen wir eine Renationalisierung des Haushalts und die Struktur der EU ändern. Herr Hahn, genau das ist der Punkt, weil Sie sich von Europa und vom Bund überall hineinreden lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wir haben in Baden-Württemberg andere Strukturen als in Ostdeutschland. Wir müssen für die Landwirte in Baden-Württemberg sorgen und nicht für die in ganz Europa. Genau das ist der Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zurufe, u. a. des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

– Ja, Sie geben Geld für die Waldbauern aus. Aber genau das, was wir gefordert haben, das fehlt wieder, und zwar die Deckelung, damit nicht wieder jeder etwas bekommt, sondern die Kleinen etwas bekommen, die das Geld brauchen. Genau das ist der Punkt.

(Abg. Martin Hahn GRÜNE: Das ist doch Unsinn!)

– Nein, das ist kein Unsinn. Genau das haben wir gefordert.

(Abg. Martin Hahn GRÜNE: Das ist kompletter Unsinn! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, lassen Sie ihn das doch einfach zu Ende bringen.

Abg. Udo Stein AfD: Diesen Punkt muss man einfach einmal ansprechen. Herr Hauk sagt in seiner Antwort auf Anfragen, der Kern unserer Landwirtschaft seien die bäuerlichen Familienbetriebe. Sie von der SPD sagen das auch, aber Sie sind in Berlin mit in der Regierung.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ich habe Ihnen gerade erzählt, wie die Entwicklung der bäuerlichen Familienbetriebe in unserem Land in den letzten Jahren war: Fressen und gefressen werden. Genau das muss aufhören!

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wir müssen sagen: Jeder bäuerliche Betrieb ist für uns in Baden-Württemberg etwas wert, und wir stellen uns schützend hinter diese Betriebe. Wir müssen da herangehen – genau das ist das Problem – und die Betriebe in unserem Land in der Zeit der Globalisierung und der Marktöffnung unterstützen – nicht „Fressen und gefressen werden“, sodass wir in Zukunft irgendwann fünf, sechs Großbetriebe haben. Genau das wollen wir nicht. Wir wollen Landwirte, die auf ihrem Grund und Boden selbst entscheiden dürfen und nicht mit Ihren Quotenregelungen von Ihnen bevormundet werden, was die Frage betrifft, ob sie Ökobauern sein wollen oder nicht.

(Beifall bei der AfD)

Die Leute sollen selbst entscheiden dürfen, was sie mit ihrem Grund und Boden machen,

(Zurufe der Abg. Martin Hahn GRÜNE und Georg Nelius SPD)

welche Schutzmittel sie dort ausbringen und welche nicht. Genau das ist nämlich das Problem: Ihre Bevormundung der Landwirte.

Das mit dem Volksbegehren ist doch eine Salamitaktik. Sie möchten Stück für Stück Riesenforderungen, die keiner wollte, und jetzt sehen Sie in Ihrem Entwurf wieder ein Stück weniger Freiheit für die Landwirte vor. Aber der Weg ist immer gleich: Bevormundung, Raub von Freiheit, und das ganz große Problem Ihrer Politik ist die – –

(Zurufe, u. a.: Ruhig, ruhig!)

– Ich bin doch völlig ruhig.

(Zurufe, u. a.: Planwirtschaft!)

– Ja, Planwirtschaft. Genau das trifft es.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das Problem dieser Politik ist: Wir alle bezahlen diesen Subventionshaufen mit unserem Steuergeld, und damit werden unsere Betriebe kaputt gemacht. Genau das wollen wir als

(Udo Stein)

freiheitlich denkende Partei nicht. Dagegen kann ich mich ganz klar aussprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Aber ich muss für die Zukunft eines ganz klar betonen: So, wie es im Moment läuft,

(Zurufe der Abg. Georg Nelius SPD und Anton Baron AfD)

haben Sie viele Bauern gegen sich. Die nächsten Wahlen stehen an, auch bei uns in Baden-Württemberg. Ich freue mich richtig darauf, wenn Sie die Quittung für diese „Weiter so!"-Politik hier bekommen.

(Beifall bei der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Träumen Sie weiter!)

– Wir rechnen nach der Wahl ab, Herr Sckerl.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Herr Abg. Hoher für die FDP/DVP. – Bitte, Sie haben das Wort.

Abg. Klaus Hoher FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kollegen! Ich versuche mal, ein bisschen Grundruhe hineinzubringen und wieder auf den Haushalt einzugehen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Abg. Stefan Räpple AfD: Immer weiter so!)

Ich fange beim Einzelplan 08 an. Das ist der Haushalt des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz. Er erstreckt sich auf eine breite Palette laufender Ausgaben und Investitionen. Der Löwenanteil fließt in die Agrarförderung gemeinsam mit kofinanzierten Programmen der EU. Wir kommen deshalb bei dieser Debatte nicht umhin, die Agrarpolitik des Landes mit einem Exkurs in die Großwetterlage der nationalen und internationalen Agrarpolitik einzuordnen.

In den vergangenen Wochen ist der Unmut der Landwirte in Deutschland sichtbar geworden. Wir alle haben die Traktorsternfahrten nach Berlin und anderswohin gesehen. Wir alle sehen die vielen grünen Kreuze auf heimischen Äckern und Wiesen. Der Frust der Landwirte ist massiv.

Der Auslöser war das sogenannte Agrarpaket der Bundesregierung. Das im Rahmen dieses Pakets angekündigte Insektenschutzprogramm ist praktisch ein Pflanzenschutzverhinderungsprogramm. Das gibt es, um ein Totalverbot von Herbiziden u. a. in sämtlichen FFH-Gebieten einzurichten. In Baden-Württemberg wären knapp 15 % der Landesfläche von diesem Verbot betroffen. Die Folgen wären ein Niedergang ganzer Obstbauregionen und das Aus für den Weinbau in Steillagen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das ist doch schon längst Geschichte! Das ist doch vorbei!)

– Für euch schon, für mich noch nicht ganz.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich bin noch ein bisschen an dem Thema dran, weil ich denke, es ist wahrscheinlich noch nicht ganz vorbei für alle Betroffenen.

Die Agrarpolitik in Land, Bund und Europa lässt sich immer mehr von Stimmungen und weniger von Fakten leiten. Diese Entwicklung wird nicht zuletzt von allgemeiner Unkenntnis getrieben, z. B. in diesem Hohen Haus. Leider wird auch in diesem Haus gelegentlich behauptet, die Landwirtschaft bringe von Jahr zu Jahr mehr Spritzmittel aus; das hat Herr Weber leider gerade schon wieder gesagt – ein Beweis für die Richtigkeit meiner Aussage. Fakt ist: Der jährliche Bericht des Bundesamts für Verbraucherschutz besagt etwas anderes. Seit mehr als einem Jahrzehnt bewegt sich der Absatz von Pflanzenschutzmitteln in einem rückläufigen Trend.

Ich möchte die vorhandenen Probleme nicht kleinreden. Aber wir müssen doch in Politik und Gesellschaft auch endlich anerkennen, was die Landwirtschaft in den letzten Jahren schon alles geleistet hat.

(Beifall bei der FDP/DVP, Abgeordneten der Grünen und der CDU sowie des Abg. Jonas Weber SPD)

Was sind nun die Konsequenzen, die wir aus dieser Entwicklung für die Ausgaben im Staatshaushalt ableiten müssen?

Erstens: Wir brauchen einen Förderkatalog mit deutlich mehr Ansätzen. Wer weniger Emissionen bei der Gülleausbringung will, wer mehr Tierwohl in den Ställen will, wer digitale Präzision bei der Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln will, der muss unseren heimischen Landwirten vor allem die Finanzierung von moderner Technik ermöglichen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zweitens: Wir brauchen endlich mehr Tempo bei der Digitalisierung. Rheinland-Pfalz hat SAPOS schon Mitte 2017 gebührenfrei zur Verfügung gestellt. Es kann doch nicht sein, dass Baden-Württemberg dies immer noch nicht geschafft hat. Das Ministerium hat nun angekündigt, dies aus dem Einzelplan 12 zu finanzieren. Wir hoffen, dass dies nun auch wirklich schnell geschieht.

Dabei darf es aber auch nicht bleiben. Wir brauchen in Baden-Württemberg endlich eine Gebührenfreiheit bei der Bereitstellung von Geodaten. Wer sich immer nur über den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln aufregt, aber gleichzeitig die Revolution der digitalen Präzisionslandwirtschaft verpennt, macht sich unglaubwürdig.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Und drittens: Wir brauchen nicht mehr, sondern deutlich weniger Bürokratie für die Betriebe in unserem Land. Grün-Schwarz hat mit Blick auf das Eckpunktepapier für das neue Artenschutzpaket schon zahlreiche neue Melde- und Kontrollpflichten für Betriebe und Landwirtschaftsämter angekündigt. Als ob es davon nicht schon genug gäbe! Die Landesregierung kann sich sicher sein, dass wir Liberalen in den kommenden Jahren sehr genau auf die Bürokratiekosten und auf die Aussagekraft dieser Projekte blicken werden.

(Klaus Hoher)

Der nächste Punkt betrifft noch mal den Forst. Das Prestigeprojekt der grün-schwarzen Holzbauoffensive heißt Technikum Laubholz. In diese Einrichtung sollen in den kommenden zwei Jahren 30 Millionen € – auf lange Sicht sogar 100 Millionen € – fließen. Warten wir einmal ab, ob es hier zu einer ähnlichen Kostenentwicklung wie beim Nationalpark kommt.

Wir Freien Demokraten haben nichts gegen Forschung und Entwicklung zur Anwendung von Laubholz. Aber reden wir endlich auch wieder über die Zukunft des Nadelholzes.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Nadelhölzer haben aufgrund ihrer spezifischen Materialeigenschaften, ihrer Dichte und Härte, einfach Vorzüge gegenüber Laubholz. Dieser Sachverhalt lässt sich nicht wegentwickeln und wegforschen. Wir brauchen daher heute eine Landesstrategie zur Sicherung des Nadelholzes. Andernfalls legen wir die Axt an die Zukunft der Säger und der Holzindustrie, die bei uns heimisch sind.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Du musst Regentänze machen!)

Kommen wir zum Verbraucherschutz. Seit 2016 haben wir Freien Demokraten immer wieder darauf hingewiesen, dass die untere Veterinärbehörde angesichts der vielen neuen Pflichtaufgaben unterbesetzt ist. Seitdem hat es auch in Baden-Württemberg einige Skandale in Tierhaltungs- und Schlachtbetrieben gegeben. Nach fast fünf Jahren stellen Sie nun endlich immerhin 40 zusätzliche Amtstierärzte ein. Es ist ein Trauerspiel, dass gerade eine grün geführte Landesregierung jahrelang lieber einen übergezogenen Personalaufbau in der Umwelt- und der Naturschutzverwaltung betrieben hat, statt die Pflichtaufgaben im Tier- und im Verbraucherschutz wahrzunehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Der notwendige große Plan für die langfristig berechenbare Finanzierung einer unabhängigen Verbraucherzentrale fehlt ebenfalls. Wir hatten uns da mehr erhofft.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Im Nationalpark gibt es auch Pflichtaufgaben! Was haben Sie dagegen?)

Zum Schluss noch ein Wort zur Strukturförderung im ländlichen Raum. Es ist schon denkwürdig, wenn zahlreiche CDU-Abgeordnete in ihren Wahlkreisen großspurig eine Förderung für Dorfgaststätten verkünden. Gemeint ist damit eigentlich nur eine leichte Erhöhung der Mittel für ELR-Programme.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Nein!)

Natürlich können diese Mittel auch dem Förderschwerpunkt Grundversorgung zufließen, wenn die entsprechenden Förderanträge gestellt werden. Letztlich können die Mittel aber auch in ganz andere Projekte fließen. Die Problematik liegt einfach darin, dass die Landgaststätten, die gefördert werden sollen, wahrscheinlich kein Geld zum Investieren haben. Daher kommen sie wohl auch nicht in den Genuss dieser Förderung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Eigentlich wollte ich noch zur AfD sagen: Der erste Landwirtschaftsminister war von der FDP.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gibt es weitere Wortmeldungen, liebe Kolleginnen und Kollegen? – Ich sehe keine.

(Abg. Klaus Hoher FDP/DVP unterhält sich mit Minister Peter Hauk.)

Dann darf ich der Regierung, lieber Herr Minister Hauk, hier vorn am Redepult das Wort erteilen.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal danke ich meinen Vorrednern – nicht allen, denn wir hätten uns eigentlich einen Teil der Debatte sparen können. Die Pressemitteilung der AfD war schon heute Mittag um 13:57 Uhr erschienen. Da wussten wir eigentlich schon, was gesagt wird. Herr Kollege Stein, ich meine, Sie mussten alles sagen, damit es der Wahrheit entspricht, was in der Pressemitteilung steht.

(Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

Das verstehe ich. Aber Ihr Beitrag war trotzdem in großen Teilen unsinnig. Darauf werde ich nachher noch mal in ein paar Punkten zurückkommen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zurufe der Abg. Carola Wolle und Udo Stein AfD)

Meine Damen und Herren, dem Kollegen Pix widerspreche ich ungern. Aber ich widerspreche ihm in einem Punkt: Es ist nämlich kein grüner Haushalt. Es ist der Haushalt einer grün-schwarzen Landesregierung, und es ist ein Haushalt im Bereich des Landwirtschaftsministeriums. Dieser ist natürlich grün geprägt, aber mit Grün ist die Farbe des Grases und des Waldes

(Abg. Martina Braun GRÜNE: Das hat er doch gemeint! – Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Das habe ich doch gemeint!)

und nicht die Parteipolitik gemeint.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Genau so ist es!)

Kollege Pix, natürlich haben wir versucht, uns mit unserem Koalitionspartner so zu stellen, dass er dem Haushalt zustimmen kann. Das gestehe ich gern zu. Aber ich sage – um das abzuschließen –: Das, was am Ende drinsteht, ist ein guter Konsens zwischen den beiden Koalitionsfraktionen. Ich glaube, das ist gut für die Landwirtschaft, das ist gut für die Waldwirtschaft, das ist gut für den Verbraucherschutz, und das ist gut für die Entwicklung der ländlichen Räume in Baden-Württemberg. Ich glaube, wir haben das Beste daraus gemacht, was man in diesen Zeiten daraus machen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, „Ministerium für Ländlichen Raum“, so heißt das Ministerium. So ist es nach der Tschernobyl-Katastrophe 1986 benannt worden, als erstmals ein Umweltministerium eingerichtet wurde. Man hat ganz bewusst abgeschichtet und Programme – zum Teil aus

(Minister Peter Hauk)

dem Wirtschaftsministerium – hinzugenommen, um den ländlichen Raum in dem Bewusstsein zu fördern, dass wir starke ländliche Räume brauchen. Wir brauchen sie nicht nur, aber auch als Agrarstandorte, erst recht aber als Industrie- und Produktionsstandorte. Deshalb brauchen wir auch Lebensqualität in den ländlichen Räumen, damit es in den Städten nicht zu problematisch wird. Die Bedürfnisse in den ländlichen Räumen sind halt andere und nicht unbedingt immer die gleichen wie in der Stadt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb braucht es eine klare Strukturentwicklung. Deshalb braucht es auch Mittel für den ländlichen Raum, deshalb braucht es Mittel für die Kommunen im ländlichen Raum. Deshalb braucht es Mittel für die Innenstadt- und für die Innendorferneuerung, und zwar nicht nur baulich und nicht nur um des ökologischen Interesses willen, weil wir Flächen für Neubebauung einsparen wollen.

Wir brauchen dies auch gesellschaftspolitisch. Der Zusammenhalt der Gesellschaft in den ländlichen Räumen ist ein Vorbild, ein Leuchtturm für die Städte. Dieser gesellschaftliche Zusammenhalt muss auch in Zukunft halten und darf nicht abbrechen. Das soziale Miteinander, das gegenseitige Helfen, das Ehrenamt müssen am Ende funktionieren. Die Dörfer und Gemeinden im ländlichen Raum sind Vorbilder und Leuchttürme für jede Großstadt. Das müssen wir erhalten.

Der tiefere Sinn und das tiefere Ziel einer Politik für den ländlichen Raum ist ein gesellschaftspolitisches Modellbild, das wir bewahren wollen und das als Vorbild für uns alle dienen kann – für die Stuttgarter und die Mannheimer sowieso.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

Der ländliche Raum braucht sich nicht zu verstecken. Dort wird, proportional zur Bevölkerung gesehen, das gleiche Bruttoinlandsprodukt erwirtschaftet. Ein Drittel der Menschen lebt in den ländlichen Räumen entsprechend der Raumkategorie der Landesplanung. 30 % des Bruttoinlandsprodukts Baden-Württembergs werden dort erwirtschaftet.

Meine Damen und Herren, das sind Zahlen, die in Deutschland und in Europa ihresgleichen suchen. Die gibt es sonst nirgendwo, die gibt es nur in Baden-Württemberg. Wir haben die Pflicht und Schuldigkeit, diese prosperierende Entwicklung zu halten, zu bewahren und fortzuführen, damit gerade im wirtschaftlichen Sektor der Anschluss erfolgt und die ländlichen Räume dabei nicht abfallen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Da müssen alle mitspielen, da muss auch der Verkehrsminister mitspielen. Er ist jetzt nicht da, aber ich sage ganz bewusst in Richtung Winfried Hermann: Da müssen alle mitspielen, und da muss es auch ein klares Bekenntnis dazu geben: Derjenige, der „ländlicher Raum“ sagt, muss auch Ja zur Individualmobilität sagen,

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Genau!)

die zwingend notwendig und wichtig ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ohne Individualmobilität gibt es keine Freiheit für die Bevölkerung, keine freie Arbeitsplatzwahl, keine freie Unternehmenswahl. Individualmobilität muss zwingend sein. Deshalb gibt es auch den Kabinettsausschuss „Ländlicher Raum“, in dem die spezifischen Probleme und Bedürfnisse des ländlichen Raums durchaus diskutiert werden müssen.

Meine Damen und Herren, ich meine, es ist für den Stuttgarter OB einfach, zu sagen: „Dann machen wir halt eine Citymaut.“ Ich muss ganz offen sagen: Eine Zweiklassengesellschaft in Deutschland will ich nicht. Die Menschen im ländlichen Raum zahlen genauso viele Steuern wie die in der Stadt.

(Zuruf: So ist es!)

Ich sage ganz klar: Wenn Stuttgart eine Citymaut einführen würde, würde ein Proteststurm im Land Baden-Württemberg losgehen.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Richtig!)

Denn das wäre überhaupt nicht einzusehen. Diese Großstadt macht seit 20 Jahren keinen Mucks mehr, betreibt im Bereich der Schnittstellen von der Fläche in die Großstadt hinein keinen Bau mehr, dort ist kein einziger Park-and-ride-Parkplatz neu entstanden.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Selbst wenn man wollte, könnte man nicht von der Individualmobilität auf den öffentlichen Nahverkehr umsteigen. Das ist de facto nicht möglich, weil nichts passiert ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie der Abg. Stefan Herre und Harald Pfeiffer [fraktionslos] – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Das ist doch eine Hybris der Großstadt, sich so darzustellen: „Wir können auf die Individualmobilität verzichten, es wird halt alles teurer. Dann führen wir noch eine Citymaut ein, und dann sollen doch die Bauern draußen sehen, wie sie reinkommen, wie es dann funktioniert. Wir brauchen sie ja gar nicht.“ Diese Hybris wird den Stuttgartern im Zweifelsfall auch irgendwann noch mal zum Verhängnis werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Zielsetzung ist dabei, ausgewogene Verhältnisse zu schaffen. Wir brauchen die Verbindung zwischen der Stadt, dem Ballungsraum und dem ländlichen Raum. Das ist doch das Geheimnis des Erfolgs einer guten Wirtschaftspolitik, einer guten Strukturpolitik dieser Landesregierung. Dazu zählt natürlich, dass wir auch solche sozialen Elemente – Kollege Hoher hat es angesprochen – wie das Thema Dorfgaststätten ansprechen,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

weil das ein Brennpunkt ist, weil wir wissen, dass die Zahl der Dorfgaststätten zurückgeht. Jetzt sagen Sie: „Das ist halt wieder ein bisschen Umwidmung.“ Ich bin froh und dankbar, dass der Landtag für das ELR mehr Geld zur Verfügung stellt. Davon nehmen wir jedes Jahr 10 Millionen €, und jetzt hoffen wir mal, dass Anträge für die Dorfgaststätten kommen.

(Abg. Klaus Hoher FDP/DVP: Ja!)

(Minister Peter Hauk)

Ich kann ermuntern, zu investieren, aber die Investitionen kann ich den Unternehmern nicht abnehmen. Die müssen sie schon selbst vornehmen.

(Abg. Klaus Hoher FDP/DVP: Aber der, bei dem es knapp ist, kann das nicht!)

– Das ist natürlich vollkommen klar. – Damit tun wir deutlich mehr als in der Vergangenheit. Wir werden aber noch ein Weiteres tun: Wir nehmen in diesem Bereich auch die handwerkliche Grundversorgung im Ernährungsgewerbe mit hinein, nämlich die Bäcker und die Metzger.

(Abg. Martin Grath GRÜNE: Sehr gut!)

Überall dort, wo es sich um Handwerksbetriebe und nicht um Industriefilialen handelt, werden wir diese auch nach den gleichen Kriterien fördern wie die Dorfgastronomen, damit wir in den Dörfern auch die handwerkliche Grundversorgung mit Gaststätten, Bäckern und Metzgern halten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP sowie der Abg. Stefan Herre und Harald Pfeiffer [fraktionslos] – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Ich glaube, dann wird es auch ein rundes Gebilde. Das ist auch ein klares Signal als Standort für den ländlichen Raum und ein klares Signal für die Bevölkerung im ländlichen Raum.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit haben wir im nächsten Jahr, glaube ich, schon auch Akzente gesetzt. Wir wollen die Innenentwicklung – ich habe es schon angesprochen – weiter stärken.

Ein großer Akzent ist das Thema Wald, das uns in diesem Jahr über Gebühr stark beschäftigt hat,

(Abg. Martin Grath GRÜNE: Ja!)

und zwar aus zweierlei Gründen. Erstens: In der Folge des Kartellverfahrens haben wir die Forstgesetzgebung geändert und mehr oder minder eine Reform machen müssen in Bezug auf die – so sage ich immer – Forstorganisation, aber vor allem, um die Beratung und Betreuung beim Privatwald für die nächsten Jahre und Jahrzehnte auch zukunftsfest zu machen. Ich bin dem Landtag dankbar, dass er Mitte des Jahres das entsprechende Reformwerk beschlossen hat, das nun zum 1. Januar 2020 umgesetzt wird.

Darüber hinaus hatten wir uns in diesem Sommer – dem zweiten Sommer, der trocken war – mit erheblichen Waldschäden zu befassen. Diese Schäden sind in Baden-Württemberg im Bundesvergleich noch etwas glimpflicher ausgefallen als im Norden der Republik. Aber das ändert nichts an der Tatsache, dass sie zum Teil verheerend waren. Das ändert nichts daran, dass wir im Südschwarzwald – beispielsweise in der Südabdachung des Schwarzwalds – flächendeckende Schäden haben, wie ich sie letztmalig bei den Schwefelschäden im Braunkohlerevier in Tschechien oder an der polnisch-deutsch-tschechischen Grenze gesehen habe,

(Zuruf des Abg. Martin Grath GRÜNE)

als ich nach der Wiedervereinigung, Anfang der Neunzigerjahre, einmal selbst dort war.

Solche Flächenschäden, wie sie durch den Borkenkäfer entstanden sind, waren jetzt auch im Südschwarzwald zu sehen. Diese waren schon gravierend. Aber das war nicht das einzig Auffällige. Wer im Sommer aufmerksam auf der A 5 gefahren ist, hat bereits da gesehen, dass die Bäume, wie im Winter, kein Laub mehr hatten. Die Buche hatte kein Laub mehr, die Kiefern waren zum Teil schon abgestorben, weil die Förster gar nicht mehr hinterherkamen, diese rechtzeitig zusammen mit den Waldarbeitern zu fällen, weil es überall ein Stück weit „gebrannt“ hat. Das heißt, auch dort haben wir Schäden. Wir haben Schäden bei der Buche – Gott sei Dank nicht oder nur selten flächig. Aber überall, und zwar in jedem Buchenbestand, fallen reihenweise Buchen aus. Man kann sagen: in einer Größenordnung von fast 10 %. Das ist erheblich.

Wir befinden uns mitten in einem Klimawandel, der sich jetzt durch zwei Extremjahre und einen Extremwinter – das Winterhalbjahr 2018/2019 war auch trocken und ist hinter dem langfristigen Durchschnitt an Niederschlägen zurückgeblieben – gezeigt hat. In diesem Klimawandel, in dem sich die Temperaturen so schnell ändern wie noch nie in den letzten 40, 50 Jahren, befinden wir uns. Wir müssen den Waldbauern helfen und sie unterstützen, damit wir auch morgen noch Wald in Baden-Württemberg haben. Das ist der ganz entscheidende Punkt. Der Wald wird anders aussehen.

Meine Damen und Herren, es wird nicht reichen, zu sagen – wie es der NABU in einer Mitteilung vermeldet –:

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

„Lasst die Wälder einmal ein bisschen brach liegen, dann wird alles ganz gut.“ Nein, mit Brache gewinnt man Einfalt, aber nicht Vielfalt. Wer Vielfalt will – auch Artenvielfalt in den Wäldern –, muss aktiv bewirtschaften und muss auch aktiv Baumarten einbringen, die klimaresilient sind. Das können heimische Baumarten sein wie die Walnuss, wie die Esskastanie, wie die Douglasie, die ich jetzt einfach einmal als heimisch bezeichne,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE bewegt abwägend seinen Kopf.)

wie die Hainbuche. – Also in den Eiszeiten, Markus,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ich habe ja gar nichts gesagt!)

war sie da. Das ist nachgewiesen. Das ist eindeutig. – Das können solche sein, das können aber auch andere sein. Wir müssen einmal ausprobieren, was geht.

Ich erinnere mich an eine Diskussion mit einem Vertreter des Bundesamts für Naturschutz. Das ist nicht gerade eine Zweigstelle des MLR. Der Vertreter des Bundesamts für Naturschutz sagte: „Die Douglasie und die Roteiche sind kein Problem. Die haben soziologisch keinen negativen Einfluss auf den Wald, weil sie sich gut mit den hier herrschenden Waldgesellschaften vertragen und sie nicht überlagern. Aber bei den anderen weiß man es nicht.“ Das sage ich auch: Bei anderen weiß man es noch nicht.

Deshalb müssen wir das, was jetzt an Schäden vorhanden ist, als Chance begreifen, überall im Land Anbauversuche mit Baumarten zu machen, die bisher in Baden-Württemberg fremd

(Minister Peter Hauk)

sind, die aus dem Mittelmeerraum stammen, die aus Nordafrika stammen, die aus den Höhenlagen des Libanon stammen, die aus dem Atlasgebirge stammen, die aus dem Kaukasus stammen, die im Zweifelsfall auch aus den Appalachen oder aus den Rocky Mountains stammen, um einfach auszuprobieren, welche Baumarten klimaresilient sind und welche unsere Fauna und Flora nicht verfälschen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Das ist, glaube ich, der ganz entscheidende Punkt, damit gewährleistet ist, dass wir auch zukünftig noch leistungsfähige Wälder haben. Leistungsfähige Wälder brauchen wir nicht nur, weil wir Nadelholz brauchen, lieber Kollege Hoher.

(Abg. Klaus Hoher FDP/DVP: Ja, ja!)

Das Nadelholz wird ein Problem bekommen – nicht, weil ich die Nadelhölzer nicht will, sondern weil der Lebensraum für Nadelhölzer immer enger wird, wenn es wärmer wird. Das muss man einfach einmal realistisch sehen. Dann haben wir am Ende nur noch die Douglasie, die dem vielleicht ein Stück weit widerstehen kann.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Dass die Kiefer auch nicht bestehen kann, hat man jetzt in der Rheinebene gesehen. Ich sage einmal: Das Spektrum wird sehr eng. Trotzdem glaube ich, man muss auf Holzforschung setzen; man muss darauf setzen, dass Baden-Württemberg ein wirtschaftsorientierter Standort bleibt.

Den Klimawandel muss man auch dadurch bekämpfen, dass man dauerhaft Kohlenstoffsenken schafft. Dazu ist es notwendig, dass wir auch über die Verwendung des Laubholzes als dauerhafte Kohlenstoffsenke nicht nur nachdenken und dieses Holz nicht nur einbauen – so wie hier im Plenarsaal. Hier ist es vorbildlich. Das haben unsere Vorgänger schon 1952 gemacht; da waren die schon gut dabei. Es war zwar ein Betonbau und kein Hybridbau – das hätte man heute vielleicht anders machen können –, aber es war ja dann, als es an die Sanierung ging, alles denkmalgeschützt. Aber zumindest die Bauten innendrin sind aus Holz.

Wir brauchen also neue Verwendungsmöglichkeiten für Holz, gerade im Laubholzsektor. Wir brauchen Einsatzmöglichkeiten, die fossile Energieträger, fossile Rohstoffe ersetzen, die also Kohlenstoff speichern, und zwar mit einem doppelten Effekt, nämlich insofern, als sie andere Rohstoffarten aus dem fossilen Bereich ersetzen können – z. B. im Verpackungsbereich, z. B. beim Kfz-Innenausbau, etwa durch Fasern. Es geht um Kohlenstofffasern aus Holz, die dadurch einerseits Kohlenstoff dauerhaft speichern und andererseits eine moderne Verwendungsart darstellen und Kunststoffe ersetzen können. Es ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, ganz entscheidend, dass wir hieran forschen.

Herr Kollege Hoher, Sie monieren, dies könnte ein Millionengrab werden, so wie das Nationalparkzentrum. Na ja, gut. Ich sage mal: Wer für Forschung und Entwicklung Geld ausgibt – –

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ist es denn aus Ihrer Sicht ein Millionengrab?)

– Nein, das habe ich jetzt nicht gesagt. Ich habe gesagt, wenn Sie, Herr Kollege Hoher, sagen, es könnte ein Millionengrab werden, so wie das – – Ich habe immer im Konjunktiv gesprochen. Wenn das so wäre, dann muss ich sagen: Geld, das für Forschung und Entwicklung ausgegeben wird, ist noch nie in den Sand gesetzt worden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Forschung und Entwicklung, das ist etwas Positives.

Ich freue mich, Kollege Hoher, dass wir in Baden-Württemberg ein 100-Millionen-€-Projekt starten können, das europaweit einzigartig ist, mit dem Baden-Württemberg europaweit führend sein wird und mit dem wir europaweit wirklich einen Innovationsstandort für das Thema „Kohlenstoffspeicherung und Holzverwendung“ schaffen und das Land dabei ein Leuchtturm sein wird.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau!)

Neben Finnland, wo ein ähnliches Projekt für Nadelholz läuft, ist Baden-Württemberg das einzige Land in Europa, das – jetzt im Bereich Laubholz – so etwas aufzieht.

(Zuruf des Abg. Klaus Hoher FDP/DVP)

Ich glaube, das war eine gute und richtige Entscheidung, und ich will mich beim Landtag ausdrücklich bedanken – nicht nur für die Ideengebung,

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

sondern auch dafür, dass das Geld am Ende auch bereitgestellt wurde. Das ist wie immer natürlich ein Wettstreit der unterschiedlichsten Politikfelder.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist deshalb, glaube ich, einfach notwendig, dass wir bei der Zukunftsforschung und dass wir im Waldbereich dabei sind.

Darüber hinaus dürfen wir aber das, was unsere tagtägliche Aufgabe ist, nicht vergessen, nämlich die Bewirtschaftung unserer Wälder und die Betreuung. Diese Aufgabe bleibt ja als Staatsaufgabe, und zwar auch die Beratung und Betreuung bei den Privatwäldern. Dies wird auch bei der neuen Organisationsform nicht leiden. Für den einzelnen Landwirt wird das etwas kosten, ja. Das ist so angelegt; nicht, weil der Landtag oder weil der Minister das so wollte, sondern weil die Kartellbehörden es so vorgegeben haben, dass solche Leistungen etwas kosten müssen.

Das haben wir jetzt umgesetzt, und das ist, glaube ich, rechtssicher. Wir haben es so umgesetzt, dass wir uns von den anderen Ländern noch immer deutlich abheben. Baden-Württemberg bietet für Privatwaldbesitzer unter allen deutschen Bundesländern die kostengünstigste Privatwaldbetreuung an; es bietet die vielfältigsten Möglichkeiten an, während es trotzdem den Sektor auch für private Interessenten geöffnet hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Meine Damen und Herren, natürlich war die Landwirtschaft, war dieser ganze Sektor vom Klimawandel und von der Trockenheit geprägt. Etwas Weiteres kam hinzu – Kollege Rapp hat es eben richtigerweise angesprochen –: Natürlich war das

Volksbegehren „Pro Biene“ keine Erfindung der Landesregierung; es war keine Erfindung einer Partei hier im Landtag. Aber es gibt noch eine Partei im Landtag, die dies unterstützt. Ich sehe sie hier zu meiner Linken. Die Sozialdemokraten in Baden-Württemberg sind die letzten Mohikaner, die immer noch glauben, dass das Volksbegehren „Pro Biene“ der richtige Weg

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch gar nicht wahr!)

zur Lösung der Probleme hinsichtlich der Artenvielfalt in Baden-Württemberg ist. Da kann ich nur sagen: „Guten Abend“ oder „Gute Nacht“, Herr Weber.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Guten Morgen! Sie sind nicht auf der Höhe der Zeit!)

Wenn Sie dann gehen, ist das Licht endgültig aus. Das ist klar.

(Beifall bei der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie sind nicht auf der Höhe der Zeit! Guten Morgen! Früher aufstehen und was mitkriegen! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Rettet die Sozis! – Abg. Anton Baron AfD: Die Grünen wollten das doch auch, Volksbegehren „Pro Biene“!)

– Das ist ja der Vorteil eines Jägers, dass er immer früh aufsteht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ja, Sie sollten nicht auf die Jagd gehen, sondern hier zuhören!)

Nein, meine Damen und Herren, die Vereinbarkeit von Landwirtschaft und Natur- und Artenschutz beschäftigt uns naturgemäß im Haushalt. Mit dem Volksbegehren hatten wir zunächst ein Problem.

(Abg. Anton Baron AfD meldet sich.)

Das ist vollkommen klar. Das Gesetz gibt es. Das ist keine Schimäre, sondern es ist da.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ach was? – Abg. Anton Baron AfD: Frau Kurtz!)

Es ist geschrieben, aber noch nicht verabschiedet. Es stand zu befürchten, dass es die notwendige Unterstützung erhält. Deshalb war klar, dass man klug – ich sage ausdrücklich „klug“ –, aber ohne zu gängeln und zu bevormunden versuchen musste, die Unterstützer von „Pro Biene“ mit einer Zielsetzung zu überzeugen, sodass sie sagen: „Das, was wir haben, ist nicht schlecht, aber das, was die Landesregierung hat, ist besser.“

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Viel besser!)

Darum ging es.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Baron zu?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Nein. – Deshalb ist es notwendig, dass wir das Volksbegehren und das, was in den Eckpunkten steht, insofern noch einmal beleuchten. Global gesehen, führt das Volksbegehren „Pro Biene“ zu sofortigen Auswirkungen für die Landwirte. Allen, die in einem Schutzgebiet leben – gleich, welcher Art –, wird sofort nach Verabschiedung verboten, überhaupt Pflanzenschutzmittel einzusetzen. Das betrifft 30 % der landwirtschaftlichen Fläche in Baden-Württemberg.

Auf der Zeitachse bis 2030 kommen noch mal 20 % hinzu. Denn in dem zweiten Passus steht: auf 50 % der landwirtschaftlichen Fläche kein Pflanzenschutzmitteleinsatz mehr. Das galt es zu verhindern.

Jetzt haben Franz Untersteller und ich eine Lösung erarbeitet, die wir den Initiatoren vorgestellt haben. Diese Lösung sieht analog zur bayerischen Lösung einen Verzicht auf Pflanzenschutzmittel in den Naturschutzgebieten und eine Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln des Landes Baden-Württemberg vor, aber nicht der Landwirtschaft.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich darf Sie noch einmal unterbrechen, Herr Minister. Lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Dr. Podeswa zu?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Nein, danke.

(Abg. Anton Baron AfD: Schwach, Herr Minister, ganz schwach! – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich habe die Bitte, die Privatgespräche außerhalb des Plenarsaals zu führen. Es gibt hier sehr lebhafte dauerhafte Unterhaltungen. – Frau Abg. Häffner, es wäre nett, Sie würden das jetzt beenden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Es wäre nett, wenn sich auch der Minister an die Redezeitvorgaben hält!)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Unsere Lösung unterscheidet sich gravierend vom Inhalt des Volksbegehrens „Pro Biene“. Die Eckpunkte dieses Gesetzentwurfs sind nicht an die Landwirte, sondern an die Landesregierung adressiert. Dass die Landesregierung die Ziele verpflichtend einhalten muss, dass sie anzustreben sind, aber nicht sofort und morgen eine unmittelbare Bindungswirkung für den Landwirt entfalten, ist, glaube ich, ein entscheidender Punkt.

Es ist ein modernes Management. Man kann es auch anders beschreiben: Man beschließt Zielvereinbarungen. Diese wird man auf der Wegstrecke konkretisieren, um sie mit Leben zu erfüllen.

Lieber Kollege Stein, es trifft gerade nicht zu, dass es Gebote, Verbote, Bevormundungen oder Gängelungen wären, ganz im Gegenteil.

(Abg. Udo Stein AfD: 30 % bis 2030!)

Der Unternehmer, der Landwirt ist selbst verantwortlich für das, was er tut. Wir unterstützen ihn dabei, wenn der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln reduziert werden soll. Das ist völlig klar.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Zurufe von den Grünen: Sehr gut! – Jawohl! – Abg. Stefan Räpple AfD: Bleiben Sie doch bei der Wahrheit!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage von Frau Abg. Wolle zu? Frau Abg. Wolle möchte auch eine Zwischenfrage stellen.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Nein. – Es ist notwendig, dass wir diesen Weg entschieden gehen, weil er die Landwirtschaft in eine gute Zukunft führen wird. Am Ende sind es die Kunden, die Bürger dieses Landes, die die Produkte kaufen, die Pflanzen und das Fleisch. Dem Kunden muss der Köder schmecken. Das ist doch der entscheidende Punkt.

Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass die Landwirtschaft aus den schlechten Schlagzeilen, die sie derzeit hat, herauskommt und sich in eine Vorwärtsstrategie begibt. Die Vorwärtsstrategie kann z. B. lauten: beste Produkte mit immer weniger Pflanzenschutzmitteln. Ich glaube, das kann jeder unterschreiben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Dass wir den Mainstream vorgegeben haben, scheint ja mittlerweile offensichtlich zu sein. Die Europäische Kommission denkt darüber nach, sich eine Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln um 50 % bis 2030 auf ihre Fahnen zu schreiben und dies auch finanziell zu unterlegen. In Sachsen wurde eine ähnliche Vereinbarung im Koalitionsvertrag abgeschlossen, die eine 50-prozentige Reduzierung vorsieht. Der Bayerische Landtag hat eine Reduktion um 50 % bis 2028 beschlossen. So schlecht waren wir im Oktober mit unserem Reduktionsziel von 30 bis 40 % also nicht.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: 40 bis 50 %!)

Wir unterlegen das auch – dafür bin ich sehr dankbar – im Haushalt: 14 Millionen € mehr für das Förderprogramm FAKT, 7,5 Millionen € mehr für Maßnahmen im Bereich der Biodiversität, 9 Millionen € mehr für den Bioaktionsplan, 4,5 Millionen € mehr für die Umsetzung der Düngeverordnung und die Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln, 2 Millionen € mehr für die Fortführung der Regionalkampagne.

Was ich ganz persönlich sehr begrüße, sind auch die 10 Millionen €, die in diesem Doppelhaushalt für Mehrgefahrenversicherungen enthalten sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, bisher hat kein Land in Deutschland einen Einstieg in die Risikoabsicherung der Landwirtschaft hinsichtlich des Klimawandels geschafft – kein Land! Baden-Württemberg ist hier das erste Land, Baden-Württemberg ist der Leuchtturm für die ganze Republik. Ich hoffe, dass wir nicht die Einzigen bleiben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Ich hoffe sehr, dass auch der Bund allmählich einsieht – die baden-württembergischen Bundestagsabgeordneten sind schon so weit, aber sie sind nicht in der Mehrheit im Deutschen Bundestag –, dass die Bekämpfung der Folgen des Klimawandels und der Klimaschutz auch bundespolitische Aufgaben sind, die sich auch auf die Absicherung und die Risikoabsicherung der Landwirtschaft mit erstrecken müssen, dass hier nicht allein die Länder strampeln sollten, sondern sich auch der Bund über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ daran beteiligen sollte.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Jawohl!)

Ich kann nur festhalten: Klimaschutz und Klimawandelfolgenbewältigung wurden nicht erst bei den „Fridays for Future“ erfunden. Wir arbeiten in dieser Koalition schon seit drei Jahren erfolgreich daran, und wir können nun nach drei Jahren Laufzeit allmählich die ersten ordentlichen Erfolge sehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Meine Damen und Herren, bei der Erfüllung der Eckpunkte und bei der Sicherstellung einer produzierenden Landwirtschaft, die wir ja alle flächendeckend wollen – und zwar, Herr Stein,

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

mit selbstständigen und nicht mit gegängelten Betrieben, mit Betrieben, die nicht mehr wie in den Fünfzigerjahren mit Ochsen als Zugtieren arbeiten, sondern mit modernen Produktionsmethoden – –

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Gaukeln Sie doch den Landwirten nicht die heile Welt von vor 50 Jahren vor! Es ist doch nicht wahr.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Das, was Sie betreiben, ist doch reine Bauernfängerei. Sie müssen sich mal vor Augen führen, welcher Produktivitätsfortschritt in den letzten 50 Jahren erfolgt ist. Das ist doch gar kein Vergleich. Deshalb, meine Damen und Herren, brauchen wir einen Produktivitätsfortschritt mit bäuerlichen Familienbetrieben

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

im 21. Jahrhundert und nicht im Jahr 1950.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Martin Grath GRÜNE: Richtig!)

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir es schaffen können. Natürlich sind Regionalprodukte immer nur eine Sparte und immer nur ein kleiner Produktabsatzanteil in der Gesamtlandwirtschaft; das ist wahr. Aber wahr ist auch, dass wir über die Regionalerzeugung Wertschöpfungsketten schließen können, Wertschöpfungsketten überhaupt aufmachen können, dass dort aber auch die höchste Wertschöpfung für den Produzenten mit beinhaltet ist. Deshalb sollten wir dies im Auge haben und müssen alles tun, um solche Wertschöpfungsketten und diejenigen, die daran beteiligt sind, zu stützen. Das zählt auch für die Verarbeiter.

(Abg. Martin Grath GRÜNE: Sehr gut!)

Das zählt auch für den Bäcker Martin Grath, für den Fleischer und den Metzger, und dazu zählt auch, dass die Schlachthöfe im Land erhalten bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Das muss ich auch sagen. Wer Regionalität will, braucht auch dies.

Deshalb gilt: Wer Regionalität will, muss auch bereit sein, dafür etwas zu tun, muss bereit sein, dafür etwas auszugeben,

muss auch bereit sein, dafür zu werben. Das beginnt mit der eigenen Ernährung.

(Zuruf: Ja!)

Das, was Friedlinde Gurr-Hirsch in den letzten drei Jahren im Bereich der Ernährungssicherung, im Bereich der Ernährungsbildung geleistet hat,

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

was sie mit der Gründung des Landeszentrums für Ernährung in Schwäbisch Gmünd auf die Beine gestellt hat, das lässt sich nun wahrhaft sehen, meine Damen und Herren. Natürlich ist Bildung ein langwieriger Schritt. Die Erfolge sieht man nicht schon morgen. Aber es ist ganz entscheidend, dass die ersten Schritte getan werden, damit die nächsten folgen können. Ich denke, in den letzten drei Jahren ist Großartiges geleistet worden; aber es gab auch schon Gutes, auf dem man aufbauen konnte.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sehr gut!)

Es ist aber die Voraussetzung für Regionalität und regionale Produkte, dass überhaupt das Geschmacksempfinden und das Geschmackserlebnis bei Kindern und Jugendlichen ausgebildet werden, damit sie überhaupt wissen, wie ein Kohlrabi oder eine Karotte aus dem eigenen Garten schmecken oder eine Tomate, die nicht aus dem Supermarkt stammt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt, finde ich, kann man die Einmannshow mal beenden!)

Ich denke, dort muss man einiges tun.

Das Zweite, was wir in den Eckpunkten stehen haben, ist das Thema Außer-Haus-Verpflegung. Darin muss das Land Baden-Württemberg Vorreiter werden; das sage ich ganz klar.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Martin Grath GRÜNE: Richtig!)

Ich richte das auch, Herr Innenminister, an unsere gemeinsame Kantine. In die Neuverpachtung muss die Regionalität als Kriterium aufgenommen werden. Es müssen regionales Essen und vor allem biologische Produkte aufgenommen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Bernd Gögel AfD: Karotten!)

Dabei braucht es den Bezug zur Regionalität.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Langsam hat die Debatte Revuecharakter! Sie sprengen jedes Mal unseren Zeitplan! Während wir noch hier sind, hocken Sie in einer Hotelbar! – Abg. Anton Baron AfD: Kommen Sie endlich zum Schluss!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, es gibt nachher eine Redezeitverlängerung für die Abgeordneten. Lassen Sie bitte den Herrn Minister zum Ende kommen.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Herr Kollege Gall, ich glaube, mich erinnern zu können, dass die Kantine in Ihrer Zeit als Minister eingeweiht und in Ihrer Zeit auch vergeben wurde. Ich glaube, da hätten Sie schon etwas tun können.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie könnten sich auch mal gelegentlich an Redezeiten halten! Darum geht es! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Genau so ist es! – Weitere Zurufe)

– Alles gut, Entschuldigung.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nein, nichts ist gut!)

Ich kann mich an eine Bestimmung erinnern – ich bin ein Kenner der Geschäftsordnung, weil ich auch einmal auf dieser Bank saß –, wonach die Regierung so lange sprechen darf, wie sie sprechen will, und das mache ich auch.

(Abg. Anton Baron AfD: Das wurde reformiert! – Abg. Reinhold Gall SPD: Nein, in der Geschäftsordnung steht etwas anderes!)

– Kollege Gall, Sie sind halt nicht Mitglied der Regierung; ich bin es. Das müssen Sie mir auch zugestehen. Die Geschäftsordnung gilt für alle, auch für mich.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Er verschwindet nachher wieder, und wir hocken immer noch da! Diese Arroganz! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch einen Punkt ansprechen, da der Kollege Weber ebenfalls darauf eingegangen ist: das Thema Verbraucherschutz. Verbraucherschutz und Verbraucherbildung sind etwas ganz Entscheidendes und Wichtiges. Es beginnt damit, dass sich der Mensch dessen bewusst wird, was er tut und was er isst. Wir stärken den Verbraucherschutz, und wir haben ihn bereits gestärkt. Die Kollegen Dr. Rapp und Pix haben es erwähnt – eigentlich haben es alle erwähnt –: Es gibt Veterinäre und dergleichen mehr.

(Anhaltende Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Pst!

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Aber ich sage auch ein kritisches Wort dazu: Es geht nicht nur um die Kontrolle. Es geht auch darum, dass wir Rahmenbedingungen schaffen, damit Regionalität möglich ist. Es geht nicht um die Verhinderung und Ausrottung von Schlachthöfen, sondern lediglich darum, dass in den Schlachthöfen tierschutzkonform geschlachtet wird

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Martin Grath GRÜNE: Richtig! – Zuruf des Abg. Stefan Räpple AfD)

und die Tiere in Würde vom Leben in den Tod befördert werden und wir sie dann mit Genuss essen können. Deshalb fördern wir Innovationen, und deshalb habe ich letzthin den Tierschutzpreis für das Projekt „Schlachtung mit Achtung“ verliehen – ein EU-weit einzigartiges Projekt, ...

(Fortgesetzte Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Es wird nicht besser dadurch, dass Sie immer lauter werden.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: ... bei dem das Land wirklich ein Leuchtturm ist und über das wir mit der Kommission verhandeln müssen; denn ich bin der festen Überzeugung, dass das auch für regionale Produkte, für Weidetiere usw. ein Teil der Lösung sein kann.

Beim Verbraucherschutz tun wir vieles. Dabei geht es in allererster Linie um Transparenz. Es geht aber nicht nur um Kontrollen, Herr Weber, sondern es geht auch um die Kontrolle der Produkte. Denn die Kontrollen vor Ort betreffen immer nur die eigene Produktion. Aber das, was in unseren Lebensmittellagern und bei unseren Händlern eingelagert wird und gekauft werden kann, sind natürlich Waren aus der ganzen Welt. Da erwartet der deutsche, der baden-württembergische Verbraucher zu Recht, dass diese auch gesundheitlich unbedenklich sind – selbstverständlich.

Dazu braucht es ein Netz von Kontrolleuren und von Untersuchungsämtern. Wir werden diese Untersuchungsämter auch stärken. Wir werden sie gerade auch nach dem jüngsten Fall in Hessen stärken, weil wir selbst bisher noch gar keine Genomsequenzanalysen bei Bakterien machen können. Das kann bisher nur das Robert Koch-Institut in Berlin. Deshalb werden wir an einem der CVUAs eine solche Möglichkeit der Untersuchung einrichten, damit wir auch bei uns solche vorsorgenden Untersuchungen machen können.

(Große Unruhe)

Ich bin überzeugt davon: In Baden-Württemberg sind wir da schon heute Vorreiter. Ich sage Ihnen ganz offen: Die Meldung von foodwatch, ein Drittel der Kontrollen sei nicht durchgeführt, lässt mich sehr beruhigt schlafen. Wer sich mit der Frage der Kontrollen beschäftigt, wird sehr schnell feststellen: Wir machen diese Kontrollen risikoorientiert. Ich sage Ihnen ganz offen: Ich kontrolliere lieber den Getränkehändler im Durchschnitt nur alle sieben Jahre, aber dafür denjenigen, der Fleisch produziert, ein Mal im Jahr oder sogar alle halbe Jahre. Und bei dem, der Eigenkontrollen entwickelt – das ist ja auch seine Pflicht –, überwache ich lieber nur die Eigenkontrolle, als dass ich ihm im Betrieb ständig auf dem Fuß herumstehe. Ansonsten wird das Kontrollsystem ja ad absurdum geführt.

Für uns ist es wichtig, dass wir den Bürgern in unserem Land ein höchstmögliches Maß an Sicherheit garantieren können. Das können wir garantieren. Deshalb schlafe ich bei den Meldungen von foodwatch ganz ruhig. Ich würde den Leuten von foodwatch einfach einmal empfehlen, Kontrollen live zu erleben und überhaupt in das Thema einzusteigen und nicht die Leute schalu zu machen mit solchen Falschmeldungen und solchen angstmachenden Meldungen, die ja nur darauf aus sind, erneut Spenden zu generieren. Diese Methode der Spendengenerierung halte ich für höchst fragwürdig.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Stefan Herre [fraktionslos])

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist folgendermaßen geregelt: Wenn die Regierung mehr als 50 % der Gesamtredezeit aller Fraktionen beansprucht, dann bin ich gehalten, den Fraktionen auch noch einmal Redezeit zu gewähren – was ich gern tun will.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Aber ich bin dann ungehalten!)

Alle Fraktionen zusammen hatten 50 Minuten Redezeit; die Hälfte davon sind 25 Minuten. Herr Minister Hauk hat über 37 Minuten gesprochen.

(Heiterkeit – Beifall des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das ist ja mehr als bei Untersteller! – Unruhe)

– Jetzt hören Sie bitte kurz zu. Wir alle müssen noch ziemlich lange hier ausharren.

Der Rechnung nach, wenn ich das richtig überschlage, müsste jetzt jede Fraktion noch vier Minuten Redezeit bekommen.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Ich stelle Ihnen anheim, ob Sie das ausschöpfen wollen, und frage jetzt, wer sich zu Wort meldet. – Gut. Die SPD hatte von vorhin ohnehin noch Redezeit übrig.

(Abg. Anton Baron AfD: Herr Stein auch!)

Dann haben Sie, Herr Abg. Weber, das Wort.

(Abg. Stefan Räpple AfD: Die haben nicht so viel zu sagen!)

Abg. Jonas Weber SPD: Ja, ich möchte gern die Zeit, die ich noch hatte, kurz nutzen, sehr geehrter Herr Minister Hauk. Ich bin ja erstaunt. Ich bin leider nicht schlauer geworden, wo Sie jetzt Ihre Ambitionen und Ziele beim Tierschutz und beim Verbraucherschutz haben. In den 37 Minuten Ihrer Rede ist mir das nicht klar geworden.

(Heiterkeit der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich habe jetzt hier einige Meldungen mitgebracht, die Sie in den letzten Monaten publiziert haben, die mich auch nicht schlauer gemacht haben. Aber ich habe mich doch gewundert, dass Sie in den 37 Minuten Ihres durchaus amüsanten

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Rittes durch diverse Themen – von der Automobilindustrie über Tschechien – nicht auch noch Ihren Dauerbrenner „Atomkraftwerke können länger laufen“ gebracht haben. Dafür wäre in 37 Minuten doch Zeit gewesen. Das hat mich etwas überrascht. Da hätten Sie unseren erbitterten Widerspruch gehabt.

Ich möchte, wie gesagt, auch innerhalb meiner Redezeit bleiben, die noch 27 – –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Komm zur Sache! – Abg. Tobias Wald CDU: Zur Sache!)

– Ja, „zur Sache“ ist ein netter Versuch, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das haben wir jetzt gerade 37 Minuten lang erlebt.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei Peterchens Mondfahrt. In diesem Sinn einen schönen Abend.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich habe nicht verstanden, was er gemeint hat! Hat er nur geredet, oder hat er etwas gesagt?)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Die AfD hatte die Redezeit von vorhin ausgeschöpft. Möchten Sie jetzt doch für alle Fraktionen zusätzlich Redezeit?

(Abg. Reinhold Gall SPD und Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Nicht für alle! – Weitere Zurufe)

– Es war keine zusätzliche Redezeit gewünscht, Herr Abg. Stein. Herr Abg. Weber hatte nur die vorherige Redezeit ausgeschöpft.

(Abg. Jonas Weber SPD: Ich hatte noch Zeit! – Abg. Udo Stein AfD: Natürlich habe ich es mir gewünscht! Ich habe mich doch gemeldet! Entschuldigung!)

– Ja, aber insgesamt war nicht gewünscht, dass die Fraktionen zusätzliche Redezeit erhalten.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Doch! – Abg. Udo Stein AfD: Natürlich! – Abg. Anton Baron AfD: Selbstverständlich!)

– Also gut. Dann reden Sie noch eine Minute.

(Zuruf: Eine Minute! – Unruhe)

Abg. Udo Stein AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Hauk, wenn Sie uns Bauernfängerei und das Weltbild der Fünfzigerjahre vorwerfen, dann muss man sich eines ganz klar vor Augen führen: Womit fahren denn in Zukunft unsere Landmaschinen? Wohl kaum mit Elektromobilität.

(Zuruf von den Grünen: Mit Wasserstoff!)

– Mit Wasserstoff. Das ist schon eine tolle Erkenntnis der Grünen. Prima!

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Aber wenn Sie von Zukunftskonzepten reden, dann müssen Sie sich doch auch einmal die Frage gefallen lassen: Welche Zukunftskonzepte haben all die landwirtschaftlichen Betriebe, die seit den Neunzigerjahren aufhören müssen? Ich sehe da keine Änderung. Es ändert sich an dieser Situation nichts.

Herr Minister, Sie haben überhaupt nichts zu der Kernkritik gesagt, die ich regelmäßig hier vorbringe, was die Umverteilung der EU-Subventionen angeht. Ich weiß, dass das in der CDU auch diskutiert wird. Sagen Sie doch bitte einmal, wie Sie das sehen, und machen Sie sich hier nicht zum Juniorpartner, sondern stellen Sie sich eine Zukunft vor, in der Sie Politik wieder selbst gestalten können.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Eines möchte ich auch sehr stark betonen, wenn Sie alle immer von den Themen – die wichtig sind – Naturschutz, Umweltschutz, Ökologie sprechen:

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Der Kern der Landwirtschaft soll doch sein, dass wir Nahrungsmittel erhalten, dass wir etwas zum Essen auf dem Tisch haben. Das wird heutzutage komplett vernachlässigt.

Auf die Kritik daran, wie die EU-Verteilung zustande kommt und was die Russlandsanktionen angeht, bin ich noch gar nicht eingegangen; aber meine Zeit ist jetzt auch um. Diese Kritik müssen Sie sich einfach gefallen lassen. Entwickeln Sie da bitte zukunftsfähige Visionen, wie Sie unsere Landwirtschaft überlebensfähig machen.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Abg. Gall, bitte.

Wir sind jetzt in der Redezeitverlängerung für das Parlament angelangt.

Abg. Reinhold Gall SPD: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und werte Kollegen! Sosehr Ihnen die Ausführungen Ihres Landwirtschaftsministers gefallen haben mögen, will ich jedenfalls festhalten: Was hier jetzt wieder abgelaufen ist – und zwar nicht zum ersten Mal seitens dieses Ministers –,

(Abg. Anton Baron AfD: Arrogante Einstellung!)

hat nichts mit einer ordentlichen Haushaltsdebatte zu tun, sondern mit einem hohen Maß an Arroganz,

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

hat nichts mit Respekt vor den Parlamentarierinnen und Parlamentariern zu tun,

(Beifall bei der SPD und der AfD)

wenn man sich nämlich, Herr Hauk, nicht an die Gepflogenheiten hält, die ich heute früh angesprochen habe. Die Gepflogenheit ist, dass sich die Vertreter der Landesregierung an den Redezeiten der Abgeordneten orientieren sollen.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Sie nutzen Ihre Redezeit wiederholt aus, um hier ein Sammelsurium von Allgemeinwissen und Allgemeinheiten abzuliefern. Ich muss Ihnen da ganz einfach sagen, Herr Hauk: Hochmut kommt – irgendwann – vor dem Fall.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das haben Sie nicht zu bewerten, was ein Minister sagt!)

– Doch, das habe ich zu bewerten. Ich bin hier Parlamentarier.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich kann bewerten, was der Minister sagt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das steht Ihnen nicht zu!)

– Doch, das steht mir zu.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein, das steht Ihnen nicht zu! Setzen Sie sich hin, oder reden Sie zur Sache!)

(Reinhold Gall)

– Natürlich steht uns das zu. Wenn Sie Ihre parlamentarischen Rechte aufgeben, dann können Sie das machen. Wir geben sie jedenfalls nicht auf.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er kann reden, was er will und so lange er will! Sie haben jetzt durch ihn Redezeit bekommen! Sie können ja noch zehn Minuten reden, wenn Sie Lust haben, aber Sie haben jetzt nichts zu sagen!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, sich wieder zu beruhigen. Es steht der Regierung frei, so lange zu reden, wie sie will. Das hat der Herr Minister ganz richtig gesagt. Aber – ich habe es auch richtig gesagt – wir können die Redezeit für die Abgeordneten verlängern,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, eben!)

wenn mehr als 50 % der Gesamtredezeit beansprucht werden. Ich hatte Sie vorhin so verstanden, dass Sie davon nicht Gebrauch machen wollen.

Wir sind aber jetzt in die Verlängerung der Redezeit eingestiegen. Die AfD hat gesprochen, Herr Abg. Gall hat eben gesprochen. Wenn jetzt noch jemand das Wort wünscht, ist es durchaus möglich, dass er auch noch spricht. –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die SPD hat doch noch Redezeit!)

Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ich glaube, das ist angesichts dessen, was noch vor uns liegt, und angesichts der Nerven, die verständlicherweise auch strapaziert sind, gut so.

Deswegen kommen wir jetzt zur A b s t i m m u n g über den Einzelplan 08: Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz.

Ich weiß, dass Sie da noch ganz konzentriert sind, damit wir zügig durchkommen.

Sehr schön. Jetzt nehmen alle ihre Plätze ein. Vielen Dank.

Also: Abstimmungsgrundlage ist wie üblich die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. Das ist in diesem Fall die Drucksache 16/7208. Ich werde dann entsprechend die Änderungsanträge aufrufen.

Wir fangen an mit Nummer 1:

Kapitel 0801

Ministerium

(Unruhe)

– Ich bitte Sie! Machen Sie es mir jetzt nicht so schwer, Herr Abg. Schwarz. Wir steigen jetzt in die Abstimmung ein. Das hallt jetzt hier auch alles hoch.

Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – haben wir den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7308-1. Da geht es um Stellenhebungen im Rahmen des Personalentwicklungsplans. Wie üblich: Wer stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP zu? – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0801 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0801 mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 2

Kapitel 0802

Allgemeine Bewilligungen

in der Fassung der Beschlussempfehlung. Dazu haben wir zwei Änderungsanträge der Fraktion der AfD.

Mit dem Änderungsantrag Drucksache 16/7308-2 sollen zur Regulierung des Schwarzwildbestands unter dem neu aufzunehmenden Titel 683 85 N – Zuschüsse für Abschussprämien – Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 686 86 – Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke – gibt es den Änderungsantrag Drucksache 16/7308-3, der Zuschüsse zum Schutz von Rehkitzen und für die Bekämpfung invasiver Arten ermöglichen soll. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag der AfD ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer stimmt Kapitel 0802 in der Fassung der Beschlussempfehlung zu? – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diesem Kapitel mehrheitlich zugestimmt.

(Minister Winfried Hermann unterhält sich mit Abgeordneten.)

– Herr Minister Hermann, ich bitte Sie!

Ich rufe Nummer 3

Kapitel 0803

Ländlicher Raum, Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Es gibt wiederum zwei Änderungsanträge der Fraktion der AfD.

Zu Titel 547 73 – Sachaufwand – liegt der Änderungsantrag Drucksache 16/7308-4 vor, der entsprechend einer anzufügenden Erläuterung zusätzliche Fördermittel zur Verstärkung der Marketingaktivitäten für regionale Agrar- und Lebensmittelprodukte fordert. Wer stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Mit dem Änderungsantrag Drucksache 16/7308-5 sollen unter dem neu aufzunehmenden Titel 893 78 N – Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland – Zuschüsse zur Anschaffung der zum Betrieb von Imkereien notwendigen Ausstattung für Jungimker zur Verfügung gestellt werden. Wer stimmt diesem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Unruhe)

Ich stelle jetzt das Kapitel 0803 in der Fassung der Beschlussempfehlung zur Abstimmung. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0803 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 4

Kapitel 0804

Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur

in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer stimmt Kapitel 0804 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0804 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 5 auf:

Kapitel 0806

Vermessung und Flurneuordnung

Wer stimmt Kapitel 0806 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0806 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 6

Kapitel 0809

Landwirtschaftsverwaltung

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0809 ist mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt schlage ich Ihnen vor, die Nummern 7 bis 11, die

Kapitel 0810

Fachzentrum Agrarmanagement

bis

Kapitel 0826

Veterinärwesen

gemeinsam aufzurufen. – Sie sind damit einverstanden. Wer diesen fünf Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den Kapiteln 0810 bis 0826 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 12

Kapitel 0827

Chemische und Veterinäruntersuchungsämter

in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer stimmt Kapitel 0827 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0827 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 13

Kapitel 0831

Allgemeine Bewilligungen der Landesforstverwaltung

in der Fassung der Beschlussempfehlung.

Jetzt gibt es wieder einen Änderungsantrag. Zu Titel 683 72 – Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7308-6, vor, der entsprechend einer anzufügenden Erläuterung zusätzliche Mittel für einen Waldmaßnahmenplan fordert, der speziell die privaten Waldbesitzer fördert. Wer stimmt dem AfD-Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0831 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0831 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 14 auf:

Kapitel 0832

Forst Baden-Württemberg (ForstBW)

Wer Kapitel 0832 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0832 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 15 auf:

Kapitel 0833

ForstBW

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0833 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 16 auf:

Kapitel 0835

Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0835 ist mehrheitlich zugestimmt.

Damit haben wir es geschafft. Einzelplan 08 haben wir abgestimmt.

Ich rufe **Punkt 1 f** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 09: Ministerium für Soziales und Integration

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7209

Berichterstatter: Abg. Peter Hofelich

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch dieses Ministerium hat unsere volle Aufmerksamkeit verdient. Auch hier gibt es zehn Minuten Redezeit pro Fraktion.

Wünscht der Berichterstatter, Herr Abg. Hofelich, das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Dann fangen wir an. Jetzt habe ich hier aber keine Liste mit Wortmeldungen. Aber wir fangen natürlich mit den Grünen an.

Herr Abg. Poreski, Sie haben das Wort. Es sind zehn Minuten Redezeit vorgesehen.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Vielen Dank. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ministerpräsident Kretschmann hat darauf hingewiesen: Neben dem ökologischen Klima muss uns gleichermaßen auch das soziale Klima am Herzen liegen.

Wir wollen – und wir stehen dafür –, dass sich Menschen in einer offenen Gesellschaft zu Hause fühlen. Die gesellschaftlichen Herausforderungen sind bekannt, von der Integration über die Demografie bis hin zum Wandel der Arbeitswelt. Einfache Antworten gibt es nicht, aber viele gute Ideen und Konzepte aus der Politik und der Zivilgesellschaft. Sie erhalten mit diesem Haushalt, auf den wir Grünen stolz sind, vielfältige Unterstützung.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

2017 waren in Baden-Württemberg 19,1 % der unter 18-Jährigen armutsgefährdet, weniger als im Bundesdurchschnitt, aber für ein wohlhabendes Bundesland definitiv zu viel. Mit dem Schwerpunkt „Starke Kinder – Chancenreich“ wollen wir daher Kinderarmut bekämpfen und Teilhabe ermöglichen. Dazu erhöhen wir die Landesmittel zur Armutsbekämpfung um knapp 3 Millionen €.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wir unterstützen Kommunen aktiv mit Geld und mit konkreter fachlicher Unterstützung beim Aufbau von Präventionsnetzwerken gegen Kinderarmut, und das wirkt.

(Beifall bei den Grünen)

Ebenso wichtig ist der Schutz von Kindern vor Gewalt. Die Weltgesundheitsorganisation geht für Deutschland von einer Million Mädchen und Jungen aus, die sexualisierte Gewalt erlebt haben oder erleben. Das sind 130 000 in Baden-Württemberg, pro Schulklasse ein bis zwei missbrauchte Kinder.

Der Schutz vor Gewalt ist formal eine kommunale Aufgabe. Aber wie in anderen Bereichen engagiert sich das Land, um die kommunale Seite zu unterstützen und einheitliche Standards sicherzustellen. Dabei geht es z. B. um die Umsetzung der Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen vor Gewalt. Im Durchschnitt erlebt jede vierte Frau einmal in ihrem Leben körperliche oder sexualisierte Partnerschaftsgewalt. Mit zusätzlich 12 Millionen € fördern wir daher Frauen- und Kinderschutzhäuser sowie Beratungsstellen gegen Menschenhandel und Prostitution.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Winfried Mack CDU)

Bald legt die Kinderschutzkommission der Landesregierung ihren Bericht vor. Als eine wichtige Konsequenz wollen wir landesweit unabhängige Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder fördern, u. a. dadurch, dass wir ihnen eine Dach- und Koordinierungsstruktur finanzieren.

Wir halten unser Versprechen und erhöhen die Mittel im „Masterplan Jugend“ gegenüber 2016 um jährlich 10 Millionen €. Ich zitiere dazu den Landesjugendring:

Mit dieser Entscheidung kann die Koalition nun mit Fug und Recht behaupten, dass während der grün-schwarzen Legislatur für die Jugendarbeit sehr gute Arbeit geleistet worden ist.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Weiter fördern wir die Schulsozialarbeit mit rund 28,5 Millionen € im Jahr 2020 und 30 Millionen € im Jahr 2021.

Ein Projekt, das meiner Fraktion sehr am Herzen liegt, ist die dauerhafte Finanzierung einer unabhängigen Ombudschaft in der Kinder- und Jugendhilfe. Dies ist auch eine Anlaufstelle für ehemalige Heimkinder und unterstützt heutige Kinder und Jugendliche dabei, ihre Interessen in der öffentlichen und freien Jugendhilfe zu vertreten. Mit diesem Ansatz, der Dialog und Machtausgleich ermöglicht, stärken wir die Rechte von Kindern und Jugendlichen in unserem Land.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

„Mitmachen Ehrensache“ – meine Fraktion hat sich dafür starkgemacht, dass die Landesregierung das gleichnamige Projekt der Jugendstiftung in den kommenden Jahren unterstützt. So können noch mehr Jugendliche für das bürgerschaftliche Engagement gewonnen werden.

Wir erhöhen zudem die Landesförderung für das Freiwillige Soziale Jahr um jährlich 2,5 Millionen €, damit sich noch mehr junge Menschen engagieren können, und zwar frei und ohne Zwang.

Baden-Württemberg ist ein weltoffenes Land. Wir beurteilen Menschen nicht danach, woher sie kommen, sondern danach, wohin sie wollen. Deswegen ist es uns wichtig, dass das Land weiter über 1 000 Integrationsmanagerinnen und Integrationsmanager finanziert, dass junge Geflüchtete in der Schule und auf dem Weg in den Beruf unterstützt werden. Mit Erfolg: In der Region Neckar-Alb beispielsweise sind bereits 8 % aller Auszubildenden geflüchtete Menschen.

Der Flüchtlingsrat ist für die Landesregierung ein wichtiger Partner bei der Integration von Geflüchteten. Wir unterstützen ihn ebenso wie die psychosozialen Zentren, damit traumatisierte Menschen Hilfe finden.

(Beifall bei den Grünen)

Insgesamt stehen für die Integration jährlich 86,5 Millionen € zur Verfügung.

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonventionen bleibt ein Schwerpunkt unserer Politik. Wir stärken die familienentlastenden Dienste. Durch ein Sonderprogramm mit einem Volumen in zweistelliger Millionenhöhe sorgen wir dafür, dass mehr Menschen mit Behinderungen in der Landesverwaltung beschäftigt werden. Wir richten ein Landeskompetenzzentrum Barrierefreiheit ein, das Kommunen und freie Träger dabei unterstützt, Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden und im öffentlichen Raum zu schaffen.

Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes wird uns weiter beschäftigen. Entscheidend ist, dass die Leistung bei den Men-

schen mit Behinderungen ankommt, dass tatsächlich mehr Teilhabe ermöglicht wird. Wir freuen uns, dass es bei der Bedarfsermittlung und dem Monitoring eine bahnbrechende Einigung mit den kommunalen Landesverbänden, den Wohlfahrtsverbänden und der Betroffenenvertretung gibt –

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

und nun auch einen fairen Ausgleich für die Verteilung der anfallenden Kosten.

Gesundheit ist mit über 580 Millionen € im Jahr das finanzstärkste Kapitel. Die Investitionsförderung für Krankenhäuser ist die höchste in der Geschichte des Landes. Kein Bundesland engagiert sich mehr.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Lassen Sie eine Zwischenfrage zu, Herr Abg. Poreski?

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Ja.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Sie sind schon einen Schritt weiter. Ich möchte noch einmal einen Schritt zurück zum Bundesteilhabegesetz machen, Herr Kollege Poreski. Sie weisen sehr regelmäßig und sehr gern darauf hin, dass Sie in Ihrem früheren Leben als leitender Mitarbeiter in einer Einrichtung der Behindertenhilfe tätig waren. Was sagen Sie denn aus diesem Blickwinkel zu dem, was gestern im Laufe der Demonstration vom Herrn Minister zugesagt wurde, vor allem im Hinblick auf die Verbindlichkeit?

Und eine Ergänzungsfrage: Wo ist der Antrag für die Mittel, die gestern zugesagt wurden?

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sehr gute Frage!)

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Sie brauchen sich da keine Sorgen zu machen,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Machen wir!)

weil wir die entsprechenden Reserven eingeplant haben. Es war klar, dass das in der Luft schwebt.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Wie viel war als Reserve eingeplant?)

Wir waren auch auf einem ganz guten Kurs, was die Gespräche mit den kommunalen Landesverbänden und den Trägerorganisationen betrifft. Es hat ja auch zu einem Ergebnis geführt. Heute kam übrigens auch die Danksagung von der Wohlfahrtspflege.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Wie hoch war denn die Reserve, die ihr eingeplant habt?)

Ich war jetzt bei der Krankenhausförderung.

Mehr Geld allein sorgt aber nicht unbedingt für mehr Gesundheit. Das Zauberwort heißt auch hier Ganzheitlichkeit. Bei der Prävention werden wir daher die Landesinitiative „Gesund aufwachsen und leben in Baden-Württemberg“ weiter ausbauen. Mit der Förderung sektorenübergreifender Gesundheits- und Primärversorgungszentren wirken wir darauf hin, dass die Akteure im Gesundheitswesen besser zusammenarbeiten, dass die starren Grenzen zwischen ambulant und stationär überwunden werden.

(Beifall bei den Grünen)

Unsere Politik will die Menschen dazu befähigen, selbstbestimmt am Leben teilzuhaben. Das gilt auch im Alter. Deswegen sprechen wir uns gegen die alte Pflegeheimförderung aus. Wir setzen gemeinsam mit den Kommunen auf passende Angebote vor Ort. Zentral sind hier unser weiter aufgestocktes Programm „Quartier 2020“, die Förderung ambulant betreuter Pflege-WGs von Tages-, Kurz- und Nachtzeitpflege sowie von Beratungsstrukturen in einem sozialraumorientierten Ansatz. Hierfür investieren wir Millionen, weil es Sinn macht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Darüber hinaus finanzieren wir ein neues Konzept für sichere und lebenswerte öffentliche Räume mit einer guten Mischung aus Prävention, praktischer Beteiligung und Schutz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Demokratie und sozialer Zusammenhalt basieren auf dem täglichen Einsatz für Freiheit und für Gerechtigkeit, auf respektvollem Umgang und auf dem zivilisierten Streit über die besten Wege.

Wir Grünen sehen die Vorteile von Vielfalt, und wir gehen Probleme offen, engagiert und mit einem klaren menschenrechtlichen Kompass an.

Freiheit bedeutet auch, dass wir Kinder, Jugendliche und erwachsene Menschen vor Armut und Gewalt schützen. Wir fördern generationengerechte Sozialräume, in denen sich Menschen wohlfühlen und gegenseitig unterstützen, als Grundlage für Selbstbestimmung und Teilhabe.

Diesen Haushalt so aufzustellen war ein hartes Stück Arbeit. Das zeigt die Vielzahl der Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen. Das gute Miteinander hat sich für unser gemeinsames Ziel, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt gelohnt.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die CDU darf ich Herrn Kollegen Teufel ans Mikrofon bitten.

(Abg. Klaus Burger CDU: Guter Mann!)

Abg. Stefan Teufel CDU: Verehrte Frau Präsidentin, geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gerade im Sozialbereich können oft mit geringen Mitteln dringend erforderliche Hilfe und Unterstützung geleistet werden. Gleichwohl investieren wir dort, wo es nötig ist, auch kräftig. Hier seien insbesondere die Zentren für Psychiatrie und auch unsere somatischen Krankenhäuser genannt.

Natürlich ist es uns nicht gelungen, allen Forderungen und Wünschen, die an uns herangetragen wurden, nachzukommen. Dennoch denke ich, dass wir einen Haushalt auf die Beine gestellt haben, der sich sehen lassen kann. Er ist durch die Anträge der Regierungsfraktionen natürlich noch besser geworden, als er bei der Einbringung war.

(Beifall bei der CDU)

(Stefan Teufel)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für die CDU-Landtagsfraktion ist eine ausgewogene Sozialpolitik ein wichtiger Bestandteil der Daseinsvorsorge, sowohl in den ländlichen Gebieten als auch in den Ballungsgebieten. In diesem Sinn ist die Stärkung der medizinischen und pflegerischen Versorgung in der Fläche für uns eine zentrale Aufgabe des Landes. So stehen für die Investitionsförderung in den Krankenhäusern für die kommenden beiden Jahre mehr als 1,1 Milliarden € zur Verfügung. Ich möchte in diesem Zusammenhang betonen, dass für uns, die CDU-Landtagsfraktion, die duale Finanzierung im Krankenhausbereich ein wichtiger Bestandteil der Daseinsvorsorge in den somatischen Häusern ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Stefan Herre und Harald Pfeiffer [fraktionslos])

Erklärtes Ziel dieser Förderung ist es, die Sicherstellung einer hoch leistungsfähigen und flächendeckenden Akut- und Notfallversorgung voranzutreiben. Qualität und Erreichbarkeit – Qualität und Erreichbarkeit! – sind zwei wichtige Merkmale in der Krankenhausplanung Baden-Württembergs.

Eine so verstandene Krankenhauspolitik muss aber flankiert werden. Hier kommt der Organisation sektorenübergreifender Behandlungspfade überragende Bedeutung zu. So muss insbesondere der Weg aus dem Krankenhaus über die Kurzzeitpflege und/oder über die Reha in die eigene Häuslichkeit mit geeigneter ärztlicher und pflegerischer Betreuung verlässlich und dauerhaft definiert werden. Deshalb ist es erfreulich, dass nach dem entsprechenden Änderungsantrag der Regierungsfraktionen in den kommenden beiden Jahren insgesamt 3,5 Millionen € zusätzlich für die sektorenübergreifende Versorgung zur Verfügung gestellt werden. Ich begrüße daher auch das Forum Gesundheitsstandort Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Ich freue mich, dass hier Maßnahmen und Projekte aus dem Forum heraus mit Haushaltsmitteln in Höhe von über 50 Millionen € gefördert werden können. Ich glaube, hier ist auch unser Bundesland Baden-Württemberg Vorreiter im Bereich Innovation, Gesundheit, medizinische Versorgung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir setzen zudem unsere Aktivitäten zur Stärkung der hausärztlichen Versorgung in der Fläche fort. Das Landärzteprogramm, das Stipendienprogramm zur Gewinnung von Medizinstudierenden für die unterversorgten ländlichen Räume wird weiterentwickelt. Und wir, die CDU-Landtagsfraktion, stehen auch für die Landarztquote.

Darüber hinaus kümmern wir uns im Land auch um die pflegerische Versorgung. Die Quartiersentwicklung hat Kollege Poreski bereits angesprochen, ebenso das mit ca. 15 Millionen € ausgestattete Förderprogramm, um auch bedarfsgerecht gestalteten Wohnraum weiterzuentwickeln.

Darüber hinaus liegt uns die erfolgreiche Umsetzung der Pflegeberufereform ganz besonders am Herzen. Hier sind auch viele Elemente aus der Enquetekommission „Pflege“ der letzten Legislaturperiode beinhaltet. Ich bin dankbar, dass das Sozialministerium diese Punkte weiterentwickelt.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich könnte die Pflegeinfrastruktur im Land ohne Weiteres noch eine weitere Landesförderung verkraften. Wer es aber damit ernst meint, der muss auch seriöse Vorschläge dazu machen, woher das notwendige Geld kommen soll.

Eine verantwortungsvoll gestaltete Haushaltspolitik muss alle Generationen und alle gesellschaftlichen Gruppen in unserem Land in den Blick nehmen. Deshalb möchte ich an dieser Stelle auch unserem ehemaligen Kollegen Thaddäus Kunzmann, dem Demografiebeauftragten des Landes Baden-Württemberg, einen herzlichen Dank aussprechen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Andreas Kenner SPD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Er hat in den letzten Jahren einige Impulse im Bereich der demografischen Entwicklung für unser Land erarbeitet. Den daraus resultierenden Erkenntnissen folgend halte ich es für richtig, dass wir auch das Thema „Freiwilliges Soziales Jahr“ noch einmal in den Blick genommen haben. Es ist kein Geheimnis, dass zahlreiche Abgeordnete auch aus meiner Fraktion – ich selbst auch – entschiedene Befürworter dessen sind, das gesellschaftliche Jahr in Deutschland einzuführen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Daniel Rottmann AfD und Stefan Herre [fraktionslos])

Das Leben ist einfach mehr, als sich in Euro und Cent bemessen lässt. Aus diesem Grund glaube ich, dass wir auch aus unserem Land heraus das Thema „Gesellschaftliches Jahr in Deutschland“ mit unterstützen sollten.

Mindestens ebenso wichtig ist mir die Zusage aus dem Koalitionsvertrag, dass das Thema „Kinder- und Jugendarbeit“ weiter gestärkt wird. Zudem war es uns wichtig, die Arbeit des Landesfamilienrats, des Landesfrauenrats und des Landesseniorenrats zu stärken. Sie sind in Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Fliehkräfte allesamt wichtige Ansprechpartner für uns.

Wenn wir über gesellschaftspolitische Aufgaben reden, dürfen wir natürlich auch die Integration nicht unerwähnt lassen. Wir stehen zum Pakt für Integration. Jeweils 70 Millionen € sind in den Jahren 2020 und 2021 veranschlagt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, schließlich möchte ich noch ein paar Worte zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes im Land sagen. Der damit verbundene Paradigmenwechsel und die Implementierung des neuen Leistungsrechts stellen gewaltige Herausforderungen dar. Uns, der CDU-Landtagsfraktion, war in diesem Zusammenhang immer wichtig, dass das Land einerseits seine Konnexitätsverpflichtung umfänglich erfüllt und dass andererseits auch der Umstellungsaufwand bei den Kostenträgern und den Leistungserbringern angemessen berücksichtigt wird.

Die konkreten Kostensteigerungen werden nachlaufend ermittelt und auch entsprechend ausgeglichen. Wir gehen davon aus, dass damit finanzseitig alle Voraussetzungen für einen zeitnahen Abschluss des notwendigen Landesrahmenvertrags geschaffen werden. Wir appellieren an die Vertragsparteien,

(Stefan Teufel)

diese Spielräume jetzt auch schnellstmöglich im Sinne der Menschen mit Behinderungen zu nutzen.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gäbe sicherlich noch viel Gutes über den Haushalt des Sozialministers zu sagen. Dazu bleibt mir mit Blick auf die Uhr aber keine Zeit mehr.

Für die CDU-Landtagsfraktion gibt es einen Grundsatz in der Sozialpolitik: Wir wollen fördern und fordern, und wir wollen Hilfe zur Selbsthilfe ermöglichen.

Vielen Dank und Glück auf!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Stefan Herre [fraktionslos])

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Liebe Frau Abg. Wölfle, jetzt haben Sie das Wort für die SPD.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Da braucht der Minister nachher gar nichts mehr zu sagen! – Vereinzelt Heiterkeit – Gegenruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Der Kommissar hat gesprochen! – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Im Prinzip ein guter Vorschlag!)

Abg. Sabine Wölfle SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bereich „Sozial- und Integrationspolitik“ ist ein sehr breit aufgestelltes Feld mit sehr vielen unterschiedlichen Bedarfen und natürlich auch Gruppierungen. Er spiegelt die Bandbreite unserer Gesellschaft vollumfänglich wider. Diese Breite verführt aber auch dazu, es allen recht machen zu wollen und im letzten Doppelhaushalt vor der Landtagswahl im Jahr 2021 das Füllhorn auszuschütten.

Herr Minister Lucha, unserer Auffassung nach hat Ihr Entwurf keinerlei sozialpolitische Schwerpunkte. Es ist ein reines Schecküberreichungsprogramm.

(Beifall bei der SPD – Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Oje!)

Besonders auffällig ist dies im Bereich der Pflege. Der uns hier vorgelegte Entwurf zeigt in keiner Weise auf, dass Ihnen, Herr Minister, klar ist, was in unserem Land im Bereich der Pflege tatsächlich los ist. Ihre aktuelle Antwort auf die Große Anfrage meiner Fraktion zur Pflegeplanung, die jetzt eingegangen ist, und der Vergleich mit der Realität zeigen die gesamte Misere auf.

Pflegebedürftige und ihre Angehörigen sind verzweifelt auf der Suche nach Pflegeplätzen. Sie haben keinen Plan, wie Sie damit umgehen wollen. Auch die Krankenhaussozialdienste, die Pflegestützpunkte bestätigen dies. Ich habe mit vielen gesprochen. Patienten, die z. B. nach einer plötzlichen Erkrankung, nach einem Oberschenkelhalsbruch, nach einem Krankenhausaufenthalt einen Kurzzeitpflegeplatz brauchen, finden keinen. Zum Teil wird auf Plätze in Bayern, Hessen oder auch Rheinland-Pfalz ausgewichen.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Deswegen wollen wir die sektorenübergreifende Versorgung!)

Dabei ist die Kurzzeitpflege immens wichtig, damit ältere Menschen wieder in die Lage versetzt werden, weiterhin selbstständig und selbstbestimmt in ihrer gewohnten Umgebung verbleiben zu können.

Ein ähnliches Problem haben wir in der Tagespflege. Auch dort findet man kaum noch freie Plätze. Dabei ist auch der finanzielle Aspekt wichtig; denn der Eigenanteil in der stationären Pflege beträgt mindestens 1 500 € im Monat. Solange der ältere Mensch in seiner eigenen Umgebung leben kann, spart er diesen Betrag jeden Monat. Deswegen ist es für diese Menschen auch aus finanziellen Gründen wichtig, dass sie so lange wie möglich zu Hause bleiben können.

(Beifall bei der SPD)

Denn wir müssen einmal zur Kenntnis nehmen, dass von den 400 000 Pflegebedürftigen 300 000 zu Hause leben; 100 000 sind in der stationären Pflege. Der weitaus größte Teil lebt nun mal weiterhin zu Hause. Unter diesen 100 000, die in der stationären Pflege sind, gibt es aber auch Menschen, die gern noch zu Hause geblieben wären; da sie aber die Versorgungsstrukturen nicht vorfinden, gehen sie dann doch in eine Einrichtung.

Dies ist ein Problem, das wir jedoch in Ihrem Haushaltsentwurf nicht als Schwerpunkt erkennen können. Das Land kommt hier seinem gesetzlichen Auftrag, eine leistungsfähige pflegerische Infrastruktur – zahlenmäßig und wirtschaftlich – zu schaffen, nicht nach.

(Beifall bei der SPD)

Warum kommt das Land diesem Auftrag nicht nach? Könnte es vielleicht daran liegen, dass man seit dem Jahr 2015 keine verlässlichen Zahlen zum tatsächlichen Bedarf mehr vorliegen hat? Ich denke, das könnte so sein. Erst im Mai dieses Jahres hat Minister Lucha im SWR von einem nominalen Überschuss bei stationären Pflegeplätzen gesprochen. Entsprechend fiel die empörte Reaktion der Liga aus; denn der Minister musste dann lernen, dass freie Heimplätze nicht tatsächlich frei sind, sondern oft aufgrund von Personalmangel nicht belegt werden können.

Sie wissen: Ich weiß, wovon ich spreche; ich kenne das aus meiner ehrenamtlichen Tätigkeit. Wenn wir eine Einrichtung mit drei Stationen aufmachen und dann nur eine belegt werden kann, weil wir für die anderen zwar die Nachfrage haben, aber kein Personal, dann sind das in diesem Sinn keine freien Heimplätze.

Aber auch bei der Tagespflege passiert nichts. Erst vor wenigen Wochen berichtete mir ein alleinerziehender Vater von zwei Kindern, dass er seine an Demenz erkrankte Mutter zu sich nehmen musste und verzweifelt ist, weil er nicht weiß, was er den ganzen Tag mit seiner Mutter machen soll. Zwar kommt der Pflegedienst und versorgt die ältere Dame morgens und abends, aber tagsüber ist sie allein. Er sucht seit Wochen nach einer Tagespflege und findet keine. Das ist die Realität, Herr Minister.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

(Sabine Wölfle)

Ja, ich weiß, Sie werden jetzt gleich auf das Programm zur Quartiersentwicklung verweisen, auf das Sie ja so stolz sind.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Auf das Programm zur Tagespflege!)

Soll ich vielleicht diesem Vater von zwei Kindern, der arbeiten gehen muss, sagen, dass er seine Mutter – – Ich nehme mal ein Beispiel aus dem Programm zur Quartiersentwicklung; das ist der barrierefreie Zugang zum Klostergarten Alpirsbach. Soll ich diesem Mann sagen: „Ich habe zwar keine Tagespflege, aber es gibt den Klostergarten in Alpirsbach, da können Sie Ihre Mutter auf eine Bank setzen“? Sorry, ich überspitze das jetzt. Aber Ihr Programm hat keine Antworten für diesen Bedarf.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Ich will auch klar sagen: Wir haben nichts gegen das Programm zur Quartiersentwicklung insgesamt. Das ist ein guter Ansatz; das kann man machen. Aber die Pflegeinfrastruktur muss an einer anderen Stelle geregelt werden. Deswegen lehnen wir auch den Aufwuchs von weiteren 2 Millionen € für die Quartiersentwicklung ab. Denn dieses Geld wäre deutlich besser in die ambulante Struktur investiert; zumindest wäre das ein Einstieg.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Wir werden dazu nochmals einen Antrag einbringen; wir haben das ja im Finanzausschuss schon probiert. Wir fordern heute noch einmal 25 Millionen € pro Haushaltsjahr für den Ausbau der Kurzzeit- und Tagespflege. Dieses Geld würde in den dringend erforderlichen Ausbau der Pflegeinfrastruktur fließen, und damit würde das Land auch seinem gesetzlichen Auftrag gerecht.

Ich bin zu unseren weiteren Anträgen, deren Volumen in der Summe bei ca. 100 Millionen € liegt, im Finanzausschuss gefragt worden, wie wir denn auf diese Summe kommen. Gerade kam von Herrn Teufel auch eine solche Frage. Nehmen Sie einmal die 50 Millionen € aus der jährlichen Pflegeförderung, die im Jahr 2009 unter Schwarz-Gelb gestrichen worden sind, und addieren Sie hierzu die Kostensteigerungen und berücksichtigen auch den Zuwachs bei der Zahl pflegebedürftiger Menschen, dann kommen Sie locker auf diesen Betrag.

Im Gegensatz zu Ihnen haben wir auch eine Strategie, wie diese Mittel eingesetzt werden sollen. Lesen Sie einmal unsere Antragsbegründungen oder, noch besser, die Beschlüsse unserer Fraktion, oder lesen Sie den wegweisenden Beschluss, den wir auf unserem Landesparteitag getroffen haben.

Ich komme zum nächsten Punkt, zu den Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen und der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes. Was für ein erbärmliches Theater! Bis vorgestern Abend waren Sie, Herr Minister Lucha, und auch Sie, Frau Finanzministerin Sitzmann, nicht in der Lage, eine Einigung mit der kommunalen Seite zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes hinzubekommen.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP – Zurufe von den Grünen, u. a. Abg. Thomas Poreski: Die Verzweiflung ist Ihnen ins Gesicht geschrieben! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

– Na ja, die Einigung kam aber nicht deshalb, weil diese Seite hier verhandelt hat, sondern weil der Druck der anderen Seite so groß war.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Fragen Sie sich mal, wie die SPD verhandelt?)

Auf meinem Schreibtisch stapeln sich die Beschwerden von Oberbürgermeistern und Landräten, aber auch von Betroffenenverbänden. Denn die Menschen mit Behinderungen wären die größten Verlierer, wenn diese Reform nicht weiter umgesetzt wird. Mit den Leistungserbringern, vor allem mit den Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege, haben Sie bis heute keine wirkliche Einigung über die dort entstehenden zusätzlichen Kosten erzielt.

(Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Was gestern erfolgte, war erst einmal eine Zusage. Wo ist denn dieses Geld im Haushalt? Ist es vielleicht in Ihrem Reserveblatt?

(Die Rednerin hält eine Seite aus dem Haushaltsplanentwurf hoch.)

Da sind ja schon so viele Sachen drin; das ist ja so überzeichnet. Ich weiß nicht, wo Sie diese Gelder haben. Es liegt kein Antrag vor.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Über 15 Millionen € wurden angekündigt. Wo sind sie?

Sie wollen keine angemessene Verantwortung dafür übernehmen, wenn Kostensteigerungen absehbar und zu erwarten sind. Warum ist das so? Na ja, die Kostensteigerungen entstehen ja nicht beim Land; sie entstehen bei den Kommunen – die Sie nach dem neuen Gesetz zu Leistungsträgern bestimmt haben. Ihr „generöses Angebot“ an die Kommunen – so haben Sie es im Finanzausschuss bezeichnet – ist dort auf konsequente Ablehnung gestoßen. Und das finale Angebot der Finanzministerin – ja, das war ein glatter Erpressungsversuch.

Wenn das Ihr Stil als Landesregierung ist, mit den Partnern der kommunalen Seite umzugehen, dann gute Nacht.

Übrigens war die SPD die einzige Fraktion, die dies zum Thema in den Finanzberatungen gemacht und die dazu einen vernünftigen Antrag vorgelegt hat.

(Zuruf von der AfD: Da kann man mal klatschen!)

Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von den Grünen und von der CDU, hätten das Thema am liebsten totgeschwiegen. Sie haben den niedrigen Ansätzen der Landesregierung vorbehaltlos zugestimmt.

Jetzt gibt es eine Einigung mit den Kommunen, deren Schriftform wir aber noch nicht kennen. Die Kommunen sagen uns, dass dafür Veränderungen am Entwurf des Staatshaushaltsplans, wie er uns heute vorliegt, nötig sind, entweder im Einzelplan 09 oder im Einzelplan 12; wir wissen es nicht. Ich habe bislang noch keinen Änderungsantrag dazu gesehen, und ich habe, wie gesagt, auch noch keinen Antrag zu den 15 Millionen € gesehen, die Sie gestern versprochen haben. Hier besteht noch Erklärungsbedarf.

(Sabine Wölfle)

Zum Schluss noch ein paar Worte zur Digitalisierung im Krankenhauswesen: Da gibt es die 10 Millionen €, die Sie im letzten Nachtrag dafür erkämpft haben. So konnte praktisch jedes Krankenhaus ein Druckerkabel kaufen. Wir können nicht sehen, dass das ein Digitalisierungsprogramm ist, das den Krankenhäusern hilft. Das ist wieder einmal völlig unmotiviert und hat überhaupt keine Wirkung.

Zum letzten Thema „Gewalt gegen Frauen, Schutz von Prostituierten“: Die Aufstockung der Mittel für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen bewerten wir durchaus positiv. Das ist wirklich gut. Ich habe allerdings trotz Nachfrage im Ausschuss noch immer nicht verstanden, wie Sie auf insgesamt 4 plus 8 Millionen € für die Frauenhäuser kommen. Vielleicht können Sie es mir noch einmal erklären. Meine Kollegen und ich haben es im Finanzausschuss nicht finden können und auch nicht verstanden.

Sie haben im Vorfeld jedem und jeder versprochen, dass es Mittel gibt. Sie haben alle bedient. Daher sind die 10 Millionen € jetzt viel breiter in der Verteilung.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Es sind zwölf! – Abg. Reinhold Gall SPD: Grüne Luftnummer! Grüner Pflegenotstand!)

– Zeigen Sie mir, wo die sind. Tatsache ist: Es gibt viel mehr, die davon profitieren. Für die Einzelnen muss es nicht unbedingt mehr Geld geben. Das ist eine Milchmädchenrechnung.

Zum Thema Chancengleichheit: Da ist eben nichts drin. Man muss klar sagen: Die Evaluation des Chancengleichheitsgesetzes schieben Sie richtig toll nach hinten, nämlich bis kurz vor die Landtagswahl, sodass Ihnen die Umsetzung eventueller Maßnahmen in dieser Legislaturperiode nicht mehr obliegt. Das wird dann die nächste Regierung machen müssen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Abg. Wölfle, kommen Sie bitte zum Ende.

Abg. Sabine Wölfle SPD: Es wäre möglich gewesen, ambitionierter vorzugehen und schon in diesen Haushalt etwas einzustellen, damit es da zu Änderungen kommt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt spricht Frau Abg. Dr. Baum für die AfD.

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich beginne mit einer positiven Feststellung: Auch im Sozialministerium hat man anscheinend inzwischen zur Kenntnis genommen, dass der tausendfache Sozialbetrug durch angeblich minderjährige Flüchtlinge, auf den die AfD schon seit Jahren hinweist, eben doch Realität ist.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ach Gott!)

Nicht anders ist es zu erklären, dass das Ministerium nun, wie von der AfD bereits in den vergangenen Haushaltsverhandlungen beantragt, Geld für die Altersfeststellung angeblich Minderjähriger bereitstellt.

(Beifall bei der AfD)

Allein nach einer qualifizierten Inaugenscheinnahme seien rund 40 % der Untersuchten als volljährig einzustufen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: 40 % von was? Das ist doch die Frage!)

Das ergibt eine Studie der Universität Münster, und das bestätigt nun auch das Ministerium. Genauere Untersuchungen dürften noch weit höhere Zahlen hervorbringen.

Wir nehmen es natürlich positiv zur Kenntnis, dass die AfD nun auch in das Sozialministerium hineinwirkt. Aber wir müssen selbstverständlich ganz deutlich kritisieren, dass Ihre Verweigerungshaltung, Herr Lucha, das Ignorieren der Realität, die baden-württembergischen rechtschaffenen Steuerzahler in den vergangenen Jahren Hunderte Millionen Euro gekostet hat.

(Beifall bei der AfD)

Interessant ist auch, dass einige Unionsabgeordnete ihren – hoffentlich ehemaligen – Wählern erzählen möchten, dass man ja nun wieder in mehr Rechtsstaatlichkeit investiere, dabei jedoch unterschlagen, dass Ihr Sozialminister bereits neue minderjährige Flüchtlinge eingeladen hat, die zu einem großen Teil wiederum weder minderjährig noch echte Flüchtlinge sein werden – und das ganz offensichtlich mit Zustimmung der CDU.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Und woher wissen Sie das? – Gegenruf der Abg. Sabine Wölfle SPD: Das muss die nicht wissen!)

Dass die Integrationsbemühungen vieler europäischer Regierungen den Interessen der eigenen Bevölkerung entgegenlaufen, so wie die AfD es schon immer deutlich zum Ausdruck gebracht hat, wurde uns im Rahmen der Ausschussreise in der vergangenen Woche in Dänemark bestätigt. Hier wurde es ganz deutlich ausgesprochen: Eine solche falsche Migrationspolitik spaltet die Gesellschaft –

(Beifall bei der AfD)

nicht vermeintliche Rechtspopulisten, sondern eine Politik, die schweren Schaden für das eigene Volk herbeiführt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die dänischen Sozialdemokraten, die sich nicht mehr scheuen, die Realität zur Kenntnis zu nehmen, teilen diesbezüglich inzwischen alle Positionen der AfD.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei der SPD)

Sie waren doch dabei. Sie haben es doch gehört. Schämen Sie sich, das auch noch leugnen zu wollen.

(Zurufe)

Es bleibt zu hoffen, dass sich auch in Deutschland wenigstens ein Teil der Altparteien traut, den drei Affen eine Absage zu erteilen.

(Unruhe)

(Dr. Christina Baum)

Denn nichts hören, nichts sehen und nichts sagen ist der Weg zur Abschaffung Deutschlands.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ich habe es gehört und verstanden, im Gegensatz zu Ihnen!)

Bisher allerdings reagiert die Landesregierung auf Widerspruch und Widerstand aus dem Volk nicht mit einer besseren Politik, sondern mit Umerziehungsversuchen, die die Meinung der Bevölkerung „korrigieren" sollen. Das Ganze wird uns dann unter Schlagworten wie „Extremismusprävention" oder „Demokratieförderung" verkauft.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Da fühlen Sie sich angesprochen, ja!)

Sie hätten ja sogar unsere Zustimmung, wenn dies dem wahren Zweck entsprechen würde. Doch in Wirklichkeit stecken die Subventionierung von Linksextremisten und ein einziger Kampf gegen die AfD dahinter.

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abg. Sabine Wölfle SPD)

Wer sich die aus Steuergeldern finanzierten Organisationen genauer ansieht, findet nicht nur Verbindungen zur gewaltbereiten und Gewalt ausübenden Antifa, sondern auch eine unverhohlene Zusammenarbeit mit verfassungsfeindlichen Organisationen.

(Zurufe von der AfD, u. a.: Hört, hört! – Jusos!)

Dass die Grünen das gutheißen, wundert uns nicht. Aber warum kommt kein Widerspruch aus der Union?

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Weil es nicht stimmt!)

Exemplarisch sei hier nur der Landesflüchtlingsrat genannt, eine subventionierte Organisation, die zusammen mit der Antifa Demonstrationen organisiert und auf Kundgebungen agiert, bei denen Polizisten als Mörder und Rassisten bezeichnet werden,

(Abg. Carola Wolle AfD: Hört, hört!)

und die eine Verschwörungstheorie über eine angeblich rassistische Polizeigewalt verbreitet.

Es gäbe noch unzählige weitere Beispiele zu nennen. Dazu zählt auch das Netzwerk für Demokratie und Courage, das Sie mit 58 000 € pro Jahr fördern wollen, bei dem derlei Verbindungen problemlos belegbar sind. Diese Zusammenarbeit ist auch dem Innenministerium bekannt; es passiert jedoch nichts. Anscheinend bevorzugt man stattdessen die Beobachtung einer unbescholtenen AfD-Abgeordneten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von den Grünen: Oh!)

Auch heute werden die Abgeordneten der CDU wieder, wie es die Grünen verlangen, brav ihre Hand heben, wenn es darum geht, Gelder für die Vorfeldorganisationen linker Steinewerfer bereitzustellen. Wie armselig!

(Beifall bei der AfD – Abg. Wilhelm Halder GRÜNE: Jetzt ist es aber langsam gut!)

Hatten wir nun aber ehrlich gehofft, dass die Union wenigstens eines ihrer Wahlversprechen gegen die Grünen umsetzen dürfe, so wurden wir genauso wie die CDU-Wähler wieder enttäuscht. Das Landesfamiliengeld, das die CDU im Landtagswahlkampf noch versprochen und kurz vor den Kommunalwahlen in diesem Jahr noch einmal thematisiert hatte, ist in diesem Haushalt nicht vorgesehen. Unseren Antrag, die Gelder für ein solches Vorhaben wenigstens einzuplanen, haben Sie bisher abgelehnt. Wir wollen Familien vor allem durch Steuerentlastungen wieder mehr Wahlfreiheit geben. Bis dies jedoch auf Bundesebene umgesetzt ist, kann ein Familiengeld eine sinnvolle Unterstützung für Familien mit kleinen Kindern sein, weshalb wir es mittragen wollen.

(Beifall bei der AfD)

Die CDU macht dies dagegen nicht. Das werden sich die Wähler hoffentlich merken.

Eine Gruppe kann sich stattdessen wie auch in den vergangenen Haushaltsverhandlungen erneut ganz sicher auf die CDU verlassen: Es ist die Gruppe der sogenannten Transsexuellen, Transgender, Intersexuellen und queeren Menschen – was auch immer das sein soll.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Echte Menschen! – Abg. Stefan Teufel CDU: Sie sind peinlich!)

Wie bei den letzten Haushaltsverhandlungen hat die CDU erneut zusammen mit ihrem Koalitionspartner eine Erhöhung der Gelder für Genderideologen durchgesetzt, u. a. für die Weiterentwicklung einer Geschäftsstelle für das Netzwerk LSBTTIQ.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sehr gut!)

Frau Sabine Kurtz, unsere stellvertretende Landtagspräsidentin, hat – damals noch in der Opposition – diese als Wahlgeschenk zulasten der Steuerzahler bezeichnet. Man höre und staune! Heute wird wohl auch sie diesem Geschenk wieder zustimmen. Dabei handelt es sich nicht um eine einfache Steuerverschwendung. Von einem Aktionsplan wie diesem geht eine echte Gefahr für die geistige Gesundheit der Kinder aus.

(Lachen bei den Grünen – Abg. Sabine Wölfle SPD: Was haben Sie für ein krudes Menschenbild? Das ist ja beschämend!)

Es interessiert uns nicht, was andere Leute in ihren Schlafzimmern machen, aber verschonen Sie bitte Unbeteiligte, vor allem die Kinder, mit solchen Fantasien.

(Beifall bei der AfD)

Der Staatshaushalt ist kein Selbstbedienungsladen für Interessengruppen.

(Zuruf des Abg. Wilhelm Halder GRÜNE)

Steuergelder sollen zum Wohle der gesamten Gesellschaft eingesetzt werden.

(Abg. Sascha Binder SPD: Genau!)

(Dr. Christina Baum)

Sich selbst ein Fantasiegeschlecht auszudenken dient bestimmt nicht dem Gemeinwohl. Für derlei Unsinn darf es keinen Cent Steuergeld geben.

(Beifall bei der AfD)

Wenn man bedenkt, wie vehement die CDU den Aktionsplan in der letzten Legislaturperiode bekämpft hat, ist es schon beeindruckend, wie sehr sie sich den Grünen inzwischen unterworfen hat. Die ehemals christliche CDU lässt es zu, dass der Rechtsstaat ad absurdum geführt wird, dass offensichtliche Sozialbetrüger dem Staat auf der Nase herumtanzen und über uns lachen, dass Linksextremisten hofiert und Minderheiten gestopft werden, während Familien leer ausgehen – und das alles sollen die Bürger hinnehmen. Man kann deshalb dem Kollegen Reinhart nur recht geben: Die CDU ist inhaltlich insolvent.

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Staatssekretärin Bärbl Mielich)

Doch ich muss Sie leider daran erinnern, dass Sie für diese Entwicklung vollumfänglich mitverantwortlich sind. Ein deutsches Sprichwort sagt: „Einsicht ist der erste Schritt zur Besserung.“ Deshalb fordern wir Sie nun auf, liebe Kollegen von der CDU: Stehen Sie hinter dem, was Sie selbst für richtig halten, und trauen Sie sich, es auch zu sagen. Sie werden sehen: Es ist wie eine Befreiung.

(Beifall bei der AfD)

Dieser Einzelplan ist das Gegenteil davon. Er ist ein Kniefall der CDU vor den Grünen. Deshalb wiederhole ich nochmals: Trauen Sie sich, aufrecht zu gehen. Ich verspreche Ihnen, es fühlt sich großartig an.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die FDP/DVP-Fraktion spricht Herr Kollege Keck.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Jetzt wieder zum Sozialhaushalt!)

Abg. Jürgen Keck FDP/DVP: Herzlichen Dank. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um viel Geld. Wir haben zumindest von zwei Regierungsfraktionen gehört, dass das Geld passgenau und zielgerichtet ausgegeben wird. Zumindest die Kollegin Wölfle und meine Wenigkeit wagen das doch zu bezweifeln.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD – Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Wenn man sich die Zahlen einmal anschaut, so sieht man, dass für 2020 knapp 2 Milliarden € im Haushaltsplan veranschlagt sind. Noch zu Beginn der Regierungszeit von Grün-Schwarz, im Jahr 2016, waren es knapp 1,43 Milliarden €. Allein dieser Anstieg um 539 Millionen € oder 38 % ist schon gewaltig. Doch die Regierungsfraktionen – auch das haben wir gehört – legen noch deutlich mehr als eine Schippe drauf. Grüne und CDU geben mit ihren im Finanzausschuss beschlossenen Anträgen im Jahr 2020 rund 45 Millionen € und im Jahr 2021 rund 48 Millionen € Steuergelder zusätzlich aus. Die ins Ekstatische gesteigerte Ausgabenlust dokumentiert sich am anschaulichsten bei 18 zusätzlichen Beamtenstellen und etlichen Stellenhebungen bei Beschäftigten –

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Öffentlicher Gesundheitsdienst!)

und dies in einem seit Jahren ausgebauten und gut aufgestellten Haus. Was sollen da die vielen Angestellten im normalen Dienst sagen, die von dieser Stellenhebung nichts haben, die tagtäglich ihrer Arbeit nachgehen und sehr, sehr wenig verdienen?

(Beifall bei der FDP/DVP)

Diese grün geführte Landesregierung verfährt nach dem Motto: Wir sehen die Wand des konjunkturellen Einbruchs vor uns und geben noch einmal kräftig Gas.

(Heiterkeit der Abg. Carola Wolle AfD)

Dass es deshalb in wenigen Jahren umso heftiger krachen wird, stört Sie offenbar nicht. Das scheint ins grüne Muster zu passen. Denn wie meinte der grüne Verkehrsminister: „Um die Tesla-Fabrik“ – auch das haben wir in den letzten Tagen schon öfter gehört – „haben wir uns nicht gerade gerissen.“ Einen größeren Zynismus gegenüber den künftigen Arbeitslosen – durch das Abwürgen des Verbrennungsmotors – kann man sich überhaupt nicht vorstellen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Dr. Heiner Merz und Carola Wolle AfD)

Dabei hilft auch das überpeinliche Zurückrudern in der Presse nicht. Auch wenn es die Frisur des Verkehrsministers nicht vermuten lässt: Da hat ihm offenbar jemand kräftig den Kopf gewaschen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Herr Lucha schaut ganz betrübt, weil Sie immer zum falschen Haushalt reden! – Gegenruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Das glaube ich auch!)

Die umweltpolitisch unsinnige Umstellung auf batterieelektrische Antriebe – die Kilowattstunde kostet rund 474 g CO_2 – wird das Land Zehntausende Arbeitsplätze kosten. Warum erzähle ich dies? Das sind Arbeitsplätze von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die täglich früh aufstehen und zur Arbeit gehen und dieses soziale Gefüge und unsere Solidarität finanzieren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

So wenig wie die batterieelektrische Mobilität für den Klimaschutz bringt, so unselig war das Klima bei den Verhandlungen des Landes mit den Kommunen über das Thema „Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes“.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Warst du dabei?)

Wann hat es das jemals gegeben, dass derartige Brandbriefe und Ultimaten kursierten?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

(Jürgen Keck)

Noch am 21. November unterbreiteten die Finanzministerin und Herr Lucha ein finales Angebot von 4 Millionen €, die bis vor wenigen Tagen noch im Raum standen. Ein partnerschaftlicher Umgang sieht wahrlich anders aus. Gut, am Dienstagabend hat man sich geeinigt, und jetzt ist von 15,5 Millionen € mit Nachweispflicht für die einmalige Umstellung die Rede. Auf jeden Fall wird eine irrsinnige Bürokratie geschaffen. Einrichtungen, Träger und Betreuer werden bis zum Anschlag belastet.

Lassen Sie mich am Ende noch kurz auf unseren Änderungsantrag eingehen.

(Zuruf des Abg. Gerhard Kleinböck SPD)

Hier haben wir, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und lieber Herr Minister, ermutigende Signale in der Ausschusssitzung erhalten. Dafür vielen herzlichen Dank. Es scheint sich eine Lösung unter den Ländern abzuzeichnen. Das ist gut, damit nach der Adoption von Kindern aus dem Ausland die so wichtige Nachsorge endlich finanziert wird. Hier gibt es bisher nämlich eklatante Lücken.

Für einen gelingenden Kinder- und Jugendschutz und das Wohl der Familien müssen wir hier nachsteuern. Deshalb beantragen wir, das schon heute im Haushalt zu berücksichtigen, damit ein zeitnaher Einstieg in die Finanzierung der nachgehenden Betreuung und Beratung möglich ist.

Für die Bereiche Gesundheitspolitik und Pflege wird jetzt mein Kollege Haußmann übernehmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gut. – Nun darf ich gleich Herrn Abg. Haußmann aufrufen, für die FDP/DVP fortzusetzen.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist Zeit, eine Bilanz der Arbeit der Pflegeenquetekommission aus der letzten Legislatur zu ziehen. Wir stellen fest: Die Situation der Pflege wird in Baden-Württemberg schlechter, als sie sich zum Zeitpunkt der Arbeit der Pflegeenquete darstellte.

Die Quartierskonzepte sind in Baden-Württemberg durchaus unterstützenswert. Aber wir müssen heute feststellen, dass die Umsetzung der Landesheimbauverordnung zum Abbau Tausender von Pflegeheimplätzen führt, und die Übergangsregelung in dieser Form entfremdet die Politik von der Realität.

(Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Es gibt viele Beispiele, bei denen Sie den Menschen vor Ort nicht erklären können, dass Sie den Betrieb von Pflegeheimen, die seit Jahren gut laufen, so nicht mehr fortsetzen können. Das passt nicht in die heutige Zeit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Da muss man auch einmal sagen: So ist das nicht in Ordnung.

(Abg. Stefan Teufel CDU: Schiedsstelle! – Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Wir haben aufgrund der Großen Anfrage der SPD einen Wert, der aus dem Jahr 2017 stammt – ohnehin erschreckend, dass man keine aktuellen Zahlen hat. Danach sind noch immer 31 000 Doppelzimmer im Bestand. Es ist Zeit, hier nachzujustieren und zu sagen: Das, was man 2010 einmal festgelegt hat, passt nicht mehr in die heutige Zeit.

Baden-Württemberg hat nach der neuesten Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft die bundesweit höchsten Eigenanteile bei der Zuzahlung zur Pflege. Daran hat auch die Umsetzung der Landesheimbauverordnung einen gravierenden Anteil, und dafür sind Sie, Herr Minister, mit verantwortlich.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Das Gleiche haben wir im Bereich des Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes. Das ist viel zu bürokratisch und kompliziert gemacht. Man freut sich über die jetzigen Zahlen. Wir könnten noch mehr haben. Baden-Württemberg hat nicht nur 1 100 Gemeinden; nehmen Sie die gesamten Ortsteile dazu. Dann freuen Sie sich, wenn Sie 300 Projekte haben, von denen über die Hälfte für Menschen mit Behinderungen sind. Wir könnten für die älter werdende Bevölkerung in unserem Land noch viele Impulse setzen, wenn wir noch einmal einen Blick auf die bürokratischen Konstruktionen werfen und sie zurückfahren würden. Dann könnten wir da nämlich noch wesentlich mehr machen, als es bisher der Fall ist.

Stattdessen wollen Sie eine Pflegekammer in Baden-Württemberg einführen und hoffen, damit alle Probleme gelöst zu haben. Da kann ich Ihnen nur empfehlen: Schauen Sie einmal in die Bundesländer, die das bisher haben. Da kann man nicht erkennen, dass es besser wird; im Gegenteil. Die Zwangsmitgliedschaft führt dazu, dass das Durcheinander in der Pflegelandschaft noch viel größer wird. Ich nehme als Beispiel Niedersachsen:

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Nein, Rheinland-Pfalz!)

eine große Kritik vieler Pflegekräfte an dieser Zwangskammer. Deswegen: Lassen Sie die Finger von einer Zwangskammer. Es gibt bessere Beispiele, und dafür treten wir ein.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir müssen den Fokus darauf legen, dass die generalisierte Pflegeausbildung zu einem Erfolg wird. Das wird eine große Herausforderung, insbesondere im ländlichen Raum. Da müssen wir die Pflege mit entsprechenden Aktivitäten begleiten, von Imageaktionen bis hin zu Aktionen für die verstärkte Akquisition von ausländischen Pflegekräften. Da gibt es schon gute Beispiele.

Ich stelle einfach fest, dass sich bei den Handlungsempfehlungen, die wir bei der Pflegeenquete gegeben haben, bei vielen Dingen gezeigt hat, dass unsere Kritik daran berechtigt war.

Stationäre Gesundheitsversorgung: Jawohl, Sie gehen das Thema an, Herr Minister, indem Sie darauf hinweisen, dass wir neue Strukturen brauchen, immer wenn Einzelanträge kommen. Was fehlt, ist eine Gesamtstrategie für Baden-Württemberg. Wir haben 2014 – Frau Staatssekretärin Mielich, Sie

waren damals Ausschussvorsitzende – eine große Anhörung hier im Plenarsaal durchgeführt. Daraus haben Sie das Modellprojekt „Sektorenübergreifende Versorgung“ entwickelt. Aber wir wollen eine Strategie: Wohin wollen wir denn in den nächsten Jahren in der Gesamtstruktur für Baden-Württemberg? Das fehlt, und das brauchen wir. Wenn wir die Gesundheitsversorgung ganzheitlich in den Blick nehmen wollen, dann müssen wir den Menschen sagen, wie wir die stationäre Gesundheitsversorgung gestalten wollen.

Letzter Punkt: die Mittelkürzung bei den Physiotherapieschulen. Es ist schon ein starkes Stück, im Ausschuss hier Mittelkürzungen vorzunehmen, die Mittel auf andere Schulen zu verlagern und sich auf ein Gutachten zu berufen, das außer Ihnen niemand kennt. Die Reaktionen des Verbands Deutscher Privatschulen sind recht eindrucksvoll und zeigen, dass dieses Gutachten erhebliche Mängel hat und dass dadurch bei den Physiotherapieschulen in Baden-Württemberg völlig ohne Not erhebliche Unsicherheiten entstanden sind. Anstatt sich im Vorfeld – so war es auch beim Bundesteilhabegesetz – mit den Betroffenen auseinanderzusetzen, haben Sie im stillen Kämmerlein die Werte herangezogen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Haußmann, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Jetzt zeigt sich, welche Probleme daraus entstehen. Also nehmen Sie das zurück, denn es geht hier um die wichtige Physiotherapieausbildung in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Fazit: Von einer Demografiefestigkeit der Gesundheitspolitik und der Pflege sind wir in Baden-Württemberg ein weites Stück entfernt. Ich hätte jetzt fast gesagt: ...

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Haußmann, bitte!

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: ... Mit einem teuren und nach unserer Analyse – wir haben ja die Einsichtsmöglichkeit – unnötigen Demokratieprojekt eines Kabarettisten jedenfalls werden Sie das nicht lösen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, im Moment liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. – Doch, Herr Abg. Poreski. Dann kommen Sie bitte ans Redepult.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Manches ist schon sehr vorhersehbar. Die Anträge der viertgrößten Fraktion, der AfD, haben das bekannte Muster: ein bisschen populistisches Füllhorn. Ansonsten hacken Sie alles klein, was nicht Ihrem geschlossenen Weltbild entspricht:

(Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

gesellschaftliche Vielfalt und natürlich alles, was mit Integration zu tun hat.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Meinungsvielfalt!)

Als immer gleiche Leier löst das nur noch ein müdes Gähnen aus.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Anders verhält es sich mit Ihren wiederholten Unwahrheiten und zum Teil wahnwitzigen Verschwörungstheorien. Hier schützt Sie oft nur Ihre parlamentarische Indemnität vor strafrechtlicher Verfolgung.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Kommen wir aber zu den Inhalten und zur seriösen Opposition von SPD und FDP/DVP. Bei den Physiotherapieschulen werden wir alle nun vorliegenden Rechtsgutachten – es kam ja noch etwas dazu – auswerten und gegebenenfalls nachsteuern, im Dialog mit den Betroffenen. Das ist selbstverständlich.

Was wir aber bei der FDP/DVP gerade gelernt haben, ist, dass offensichtlich ein Haushaltsanteil von 3,6 oder 3,7 % für Soziales, Integration und Gesundheit zu viel ist. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen.

(Abg. Jürgen Keck FDP/DVP: Das hat kein Mensch gesagt!)

– Doch, du hast gesagt, das sei viel zu hoch.

Ich habe vorhin viele grün-schwarze Fraktionsinitiativen auch in der Pflege aufgezählt. Die Frau Kollegin hat das offensichtlich überhört. Alle diese Anliegen, denen Sie im Finanzausschuss überwiegend zugestimmt haben, hatten Sie als Opposition nicht auf dem Schirm. Sie waren Ihnen keinen Antrag wert.

Dafür wollen Sie eine Pflegeheimförderung nach dem Muster des letzten Jahrhunderts. Die SPD will im Gegenzug die Mittel für die Sozialraumentwicklung kürzen – ein Anachronismus. Dafür soll das Land Angehörige bei der Pflege direkt mit 15 Millionen € Landesmitteln entlasten – klar eine Bundesaufgabe.

Wir sagen: Helfen Sie lieber mit, dass wir im Bundesrat den Sockel-Spitze-Tausch in der Pflegeversicherung durchbekommen. Denn das entlastet Angehörige wirklich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich Herrn Minister Lucha ans Redepult bitten.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Doppelhaushalt 2020/2021 stehen uns rund 4 Milliarden € zur Verfügung. Dabei sind im Jahr 2020 77,2 Millionen € – 3,9 % der Gesamtausgaben – freiwillige Ausgaben, und im Jahr 2021 sind es 90 Millionen €, 4,5 %. Sie sehen schon an dieser Steigerung, dass wir notwendige Aufgaben – – Unser Ministerium ist ja ein sogenanntes kleines Pro-

(Minister Manfred Lucha)

grammhaus. Ich erinnere jenseits der notwendigen Debatte an einem so hohen Tag daran, wenn Sie dann zwischen den Tagen in Ihrer Funktion als Wahlkreisabgeordnete kommen und sagen: „Da hätte ich noch ein Projekt, und da wäre noch ein Träger, und da hätte ich noch eine gute Idee.“ Hätt'scht net? Könnt'scht net? Täten wir net? – Und genau das tun wir.

(Zuruf des Abg. Jürgen Keck FDP/DVP)

Aber selbstverständlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehen Sie auch, dass das Ministerium in erster Linie und in großem Maß viele bundesgesetzliche Pflichten dem Grunde und der Höhe nach umzusetzen hat. Beispielsweise darf ich nur in Erinnerung rufen, dass das Unterhaltsvorschussgesetz, das wir ja politisch alle mittragen, die Länder und damit auch uns am Ende am stärksten belastet.

Auch das ist ein Thema; da bin ich dem Ministerpräsidenten schon dankbar. Wir übernehmen die Aufgabe gern, weil wir nah an den Menschen sind, aber wir brauchen schon auch einen fairen Ausgleich und nicht immer nur Programme. Vielmehr brauchen wir auch Anteile in der Finanzbeziehung. Denn inhaltlich wollen wir diese Dinge – ich werde es nachher beim BTHG noch sagen – ja alle gemeinsam umsetzen.

Aber Sie sehen, meine Damen und Herren: Der Anteil lag im Jahr 2019 noch bei 2,9 %. Lieber Kollege Poreski und lieber Kollege Teufel, ich bedanke mich bei Ihnen stellvertretend für die beiden Regierungsfraktionen ganz herzlich für Ihr großes Engagement für diesen verantwortungsvollen Sozialhaushalt und Integrationshaushalt. Ganz herzlichen Dank! Das waren jetzt gute Wochen, die Sie und wir gemeinsam verbracht haben.

(Vereinzelt Oh-Rufe)

– Ja, da kann man auch mal – –

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Jimmy Zimmermann wollte schon gehen; er saß so ganz ermattet – –

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Jetzt sage ich mal, was uns gelungen ist. Diese Veränderungen sind nämlich genehmigte und erkannte und notwendige gesellschaftliche Mehrbedarfe durch unser WG-Förderprogramm – Sie haben es ja wirklich alle schon sehr minutiös berichtet –, unsere FSJ-Stärkung, unsere Frauen- und Kinderschutzpolitik, unsere gesellschaftspolitisch extrem tief verankerte Quartiersentwicklung; ich komme nachher noch darauf. Das ist wirklich eine Bürger- und Volksbewegung. Liebe Frau Staatssekretärin Mielich, Ihnen als Vorsitzender der ersten Jury gehört großer Dank für dieses Management. An dieser Stelle: Mille grazie.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Zu erwähnen sind auch der Durchbruch bei der sektorenübergreifenden Versorgung und unser Landärzteprogramm.

Natürlich, Kollege Haußmann: Wir haben in der Tat bei den Ersatzschulen eine Verschiebung zugunsten von Ergänzungsschulen, und ich erinnere gerade jetzt bei den Physiotherapieschulen daran: Es war unser gemeinsamer Auftrag, dieses Gutachten zu machen. Die Verbände waren beteiligt bei der Erstellung des Profils und der Aufgabenstellung des Gutachtens, die drei renommiertesten Wissenschaftler, die es gibt.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, jedes Gutachten, das einem nicht gefällt, wird kritisch beäugt. Das liegt in der Natur der Sache. Aber wir haben es uns gemeinsam intensiv angeschaut, und es entspricht der jetzigen Lage.

Zu dem noch immer wenigen Geld: Wenn ich übers Land gehe – ich bin sehr viel unterwegs, auch bei Schulklassen, Verbänden und Organisationen – und frage: „Was denken Sie, wie groß ist unser Anteil am Landeshaushalt?“, dann nennen die Leute immer Summen von 30 bis 40 Milliarden €, weil sie nicht wissen, dass wir in der klugen Gliederung des föderalen Systems keine Leistungsgesetze machen. Das macht der Bund. Die Gesetze umsetzen, das machen die Kommunen unter unserer Schirmherrschaft. Aber wir sind dafür verantwortlich, die Infrastrukturen, die Befähigung zur Umsetzung notwendiger Gesetze in die Tat umzusetzen. Ich glaube, dass wir am Ende mit diesem vergleichsweise wenigen Geld sehr viel bewirken.

Unser Ministerium als Ministerium des sozialen Klimaschutzes – Herr Poreski hat das richtig bezeichnet – hat über 4 500 unterschiedliche Stakeholder, von der AIDS-Hilfe über große Krankenhausträger, über Landfrauen, die soziale Projekte machen. Gestern war ich mit dem Fraktionsvorsitzenden – –

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Die gehören zu uns!)

– Ja, aber Projekte fördern auch wir mit „Engagiert in BW“. Entschuldigung, Kollegin. Aber es ist nur die gute Partnerschaft.

(Abg. Tobias Wald CDU: Sie wollten nur loben!)

Alles gut. Mit „Engagiert in BW“ fördern wir einen Sportverein in Pforzheim mit 8 000 €, wo Geflüchtete integriert werden. Das sind die Punkte, wo wir mit wenig viel bewegen können, weil wir die Menschen im Land stark machen, damit sie ihre Existenz und Teilhabe aus eigener Kraft oder bei Bedarf mit Unterstützung gestalten. Ich glaube, das ist ein Wesensmerkmal, und da haben sich Grün und Schwarz getroffen. Das ist echt subsidiär, selbstbestimmt, eigenverantwortlich und auf Augenhöhe mit uns. Es ist kein starker Staat, der weiß, was für das arme Sünderlein Bürger gut ist, und der sehr schablonenhaft vorgehen möchte.

Ich glaube, davon haben wir uns deutlich emanzipiert. Wir sind sozial- und gesellschaftspolitisch in der aktiven Bürgergesellschaft im permanenten Dialog. Ich glaube, auch das, was wir rückgespiegelt bekommen – – Ich war gestern und heute auf zwei großen Kongressen zum Bürgerengagement, mit Heribert Prantl, den Kommunen und dem Netzwerk für Strukturgestaltung, für Beteiligung. Die Rückmeldungen sind grandios.

Wir hatten neulich einen Fachtag für Migrantenorganisationen – 400 Organisationen, die sich hier mit der Arbeit, sich stark zu machen, identifizieren. Das ist die Philosophie dieser Regierung, und das sind die Philosophie und die Grundstruktur dieser Haushaltsgestaltung.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

(Minister Manfred Lucha)

Jawohl, wir fördern die aktive, vitale, verantwortungsbewusste Bürgergesellschaft. Sie ist die Grundlage für unsere starke Demokratie. Prantl hat gestern gesagt: Wir brauchen wieder mehr Mut zur Demokratie.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Klaus Dürr AfD: Da stimmen wir Ihnen zu!)

– Na ja, von wegen.

Wir haben wieder Rassisten in deutschen Parlamenten. Wir haben Menschen in Parlamenten, die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit propagieren,

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

die ausgrenzen, die demokratische Beteiligungsrechte für sich reklamieren, die sie anderen nicht zugestehen würden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Klaus Dürr AfD: Das sind die Grünen!)

Wir gemeinsam sind der Garant gegen Hass, gegen Spaltung und gegen rechte Gewalt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Wir sind auch der Garant, dass die Herausforderungen dieser Gesellschaft, auch die Ängste der Menschen ernst genommen werden. Wie geht der Transformationsprozess? Was macht Digitalisierung? Habe ich noch eine sichere Rente? Habe ich eine gute Gesundheitsversorgung? Wenn ich einen anderen Arbeitsplatz habe, was macht das mit mir? Darauf haben wir sicher keine Generalantwort. Wir werden aber sehr genau hinschauen. Ich glaube, dass wir in diesen dreieinhalb Jahren und vor allem jetzt mit diesem Haushalt einen ganz deutlichen Aufschlag machen, um Menschen zu stärken und unsere Programmatik – Herr Poreski und Herr Teufel haben schon einiges aufgezählt: starke Kinder, starke Pflege, starke Gesundheitsversorgung und, mit Blick auf Frau Mielich als verantwortliche Staatssekretärin, starke Frauen – voranzubringen.

Das sehen Sie allein schon am Aufschlag zur Umsetzung der Istanbul-Konvention. Kollegin Wölfle, bei den Summen der 4 und 8 Millionen € sind unterschiedliche Titel gruppiert. Sie können sie aber finden. Das zeigen wir Ihnen noch vor nächster Woche. Das gibt alles Sinn.

(Beifall des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Manchmal ergibt sich das einfach haushalterisch so.

Am Ende geht es auch um die gestärkte und die starke Bürgergesellschaft. Eines möchte ich schon jetzt exemplarisch sagen: Menschen mit Behinderungen, psychisch Kranke, Schwule und Lesben wurden von den Nazis ermordet. Dass wir heute, Kollegin Lösch – Sie waren hier eine der großen Aktiven in der letzten Periode –, die Arbeit von Menschen in ihrer unterschiedlichen sexuellen Identität so stärken und als Pflichtaufgabe dieses Landes sehen, wird unserer historischen Verantwortung gerecht. Wir sind stolz, dass wir das so machen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Bravo! Bravo!)

Erlauben Sie mir, exemplarisch auf die Stärkung des Ombudssystems für Kinder und Jugendliche einzugehen. Wir haben die Heimgeschichte, bei der der Staat versagt hat, die Schwächsten zu schützen, wirklich rigoros aufgearbeitet. Wir haben den Fonds gut umgesetzt. Wir werden jetzt in dieser Ombudsstelle vorangehen. Kollege Poreski, wir hatten den Fachtag. Es ist auch ihm persönlich zu verdanken, dass wir in der letzten Periode über die Baden-Württemberg Stiftung, bei der wir uns bedanken, so weit gekommen sind. Es war ein langer Weg, bis wir diese Ergebnisse erzielen konnten. Wir werden den ehemaligen Heimkindern in dieser Ombudsstelle weiterhin eine Anlaufstelle bieten, weil noch immer Menschen in die Beratungsstellen kommen.

Dazu zählt auch, Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Wir sind aktiv. Die Länder waren aktiv. Aber – mit Verlaub – das, was die Bundesjustizministerin jetzt vorgelegt hat, ist viel zu schwach.

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Das liegt nicht an uns!)

Die Kollegin Giffey, die ich mittlerweile sehr schätze – im SGB-VIII-Prozess ziehen wir an einem Strang –, hat das auch gesagt. Das ist einfach nicht die Wirkung, die wir benötigen, meine Damen und Herren. Da müssen wir Gas geben.

Dass wir im nächsten Jahr die Landesstrategie „Starke Kinder – Chancenreich“ machen, steht uns, glaube ich, gut an. Herr Poreski hat die Referenzzahlen genannt, die im Übrigen auch mit unserem ESF-Programm, das wir noch für die Förderperiode 2019 beschlossen hatten, korrespondieren. Das ergibt ein richtiges Bild.

Dazu passt auch unsere Neustrukturierung der Schulsozialarbeit, die ins Gemeinwesen hineingeht und keine Ersatzleistung für nicht mehr getätigten Unterricht ist. Vielmehr macht sie die Kinder und Jugendlichen in ihrer Lebenswelt stark. Ich glaube, auch da sind wir gut aufgestellt.

Zum „Masterplan Jugend“ hat Herr Poreski gesagt: Wir sind, lieber Herr Teufel, liebe Kolleginnen und Kollegen, unserem Versprechen aus den Zusatzverabredungen zum Koalitionsvertrag gerecht geblieben. Wir haben gemeinsam die Jugendszene im positiven Sinn befriedigt. Starke, engagierte junge Menschen innerhalb und außerhalb der Verbände, die sich mit unserem demokratischen Gemeinwesen identifizieren, sind der Scheck auf unsere Zukunft. Das sind nämlich genau diejenigen, die dann, wenn wir einmal mit einem E-betriebenen Rollator draußen herumfahren, hier drinnen für uns Politik machen.

(Beifall bei den Grünen)

Darum stärken wir das Freiwillige Soziale Jahr. Das Gesellschaftsjahr – pro und kontra Pflicht –: Erlauben Sie mir, dass ich sage: Wir sind stolz, dass wir diese Summe haben. Wir haben zurzeit keine Not, engagierte junge Menschen zu finden. Es ist tatsächlich so, dass die Überzeugung, die es auch beim Bundesfreiwilligendienst gibt, sehr groß ist.

(Minister Manfred Lucha)

Wir sind auf einem guten Weg. Wir haben jetzt insgesamt ein Plus von 2,5 Millionen €. Wir haben jetzt jährlich 6,5 Millionen €, mit denen wir dieses tolle Projekt starten.

Im Übrigen wissen Sie vielleicht: Im Jahr 1964, also vor 55 Jahren, wurde es nach dem freiwilligen Diakonischen Jahr mit der Begründung des Pflegenotstands bundesgesetzlich eingeführt – 1964!

Ich komme noch mal zur starken Pflege. Dazu ist jetzt schon sehr viel gesagt worden, was man so nicht stehen lassen kann. Meine Damen und Herren, in der Pflegeberufereform werden wir als Anteil des Landes 16,3 Millionen € im Jahr 2020 und 26,2 Millionen € im Jahr 2021 zum Ausbildungsfonds beitragen. Wir haben trotz der ungünstigen Umsetzung, die uns schier das Kreuz gebrochen hat, weil der Bund die Curricula so spät und so schlecht geliefert hat – das letzte war im Juli –, heute schon mehr Ausbildungsplätze neu akquiriert als vorher. Das ist auch die Zukunft.

Natürlich, Kollege Haußmann, werden wir auch im Ausland erworbene Abschlüsse anerkennen, werden wir Partnerschaften eingehen. Wir haben Projekte mit den Philippinen. Wir wollen mit Tunesien und mit anderen stärker als bisher kooperieren. Bundesminister Spahn ist zu nennen. Wir tun alles. Auch zu den Geflüchteten haben wir gute Programme gemacht. Da sind wir wirklich erfolgreich. Aber der Pflegeberuf braucht finanziell und gesellschaftlich eine Aufwertung.

Ich möchte noch einen Satz zu dem sagen, was in der heutigen Debatte mit der Wissenschaftsministerin Thema war. Wir brauchen selbstverständlich auch die akademisierte Pflege. Wir brauchen die Karriere am Bett als akademisierte Pflege mit einer intelligenten Arbeitsteilung.

Professor Rothgang – der Kollege Poreski hat richtigerweise darauf hingewiesen – – Wenn wir den Sockel-Spitze-Tausch ernst nehmen, werden wir in Zukunft für die Umsetzung einer lebensweltorientierten Begleitung und Pflege im Alter ungefähr 100 000 Assistenzkräfte brauchen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Es ist echt ein bisschen laut.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Der Minister findet es auch ein bisschen laut.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Ihr habt eine große Freude, ich sehe es.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für einen Redner ist es ein bisschen laut.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Das interessiert niemanden, das ist das Problem!)

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Ich meine, es ist natürlich so: Wenn die Fraktionsspitzen in die Sozialpolitik kommen, muss man ein bisschen aufpassen, weil das eine sehr differenzierte Angelegenheit ist.

(Zurufe)

Jetzt haben wir ein Späßle gemacht. Machen wir weiter.

(Zurufe)

Der Sockel-Spitze-Tausch ist für uns entscheidend. Das ist angesprochen worden.

Natürlich sind bei uns die Zuzahlungskosten am höchsten. Gott sei Dank! Wir haben Gott sei Dank auch das höchste Lohnniveau in der Pflege. Stellt euch mal vor: Dieser Pflegemindestlohn von Herrn Spahn liegt bei 11,05 €. Wir liegen vermutlich bei plus/minus 17 € in Baden-Württemberg. Der Pflegemindestlohn bringt uns also überhaupt nichts. Wir haben eigenständige Entwicklungen. Wir sind eigenständig in der Versorgungsplanung.

Ich möchte schon noch was dazu sagen: Wir geben insgesamt für die Pflegeberufereform zusammen mit den anderen Mitteln 67,8 Millionen € aus. Das ist gigantisch. Ich habe es ja schon mal gesagt: Ich war bei der ersten Pflegeberufereform Lehrling. Jetzt bin ich Minister bei der nächsten Reform. Ich war damals im ersten Lehrjahr.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was sind Sie bei der nächsten Reform?)

– Bei der nächsten Reform fahre ich mit meinem E-betriebenen Rollator mit einer Selbsthilfegruppe,

(Heiterkeit)

und der Karl ist in meiner Nähe.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gut!)

Wir haben in diesem Haushalt doch die Kurzzeitpflege noch mal mit 1 Million € gestärkt.

Wir haben im Innovationsprogramm insgesamt 2,5 Millionen €. Wir schaffen solitäre Kurzzeitpflege. Wir haben jetzt im Entlassmanagement aus der Erkenntnis des Modellprojekts „Sektorenübergreifende Versorgung“ Projekte, die wir regelhaft vom Krankenhaus in die Zwischenstation umsetzen.

Ich möchte schon noch eines sagen: Erinnern Sie sich an Frau Kricheldorff? Ich weiß es noch wie heute. Sie hat zu uns etwas gesagt, was auch immer wieder lesenswert ist. Ich habe das echt immer auf meinem Schreibtisch liegen. Das ist so eine Schwarte.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Also die Unterlagen von ihr!)

Sie hat zu uns etwas gesagt, was ein bisschen die Antwort auf die Frage von Frau Wölfle ist: Sie müssen sich entscheiden, ob Sie das hospitale, schematische Modell

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Richtig!)

mit sehr vielen Zimmern oder ob Sie das lebensweltorientierte Modell machen.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: So ist es!)

Wir haben uns für das lebensweltorientierte Modell entschieden. Wir wollen, dass der Pflegebedarf in den Wohnformen und auch die Kontinuität der Sorge mitwandern. Wenn Sie in unser Pflegestrukturgesetz schauen: Das ist natürlich ein Paradigmenwechsel. Dann wandelt es sich mit, und dann sind wir doch wieder beim Quartier. Denn im Quartier mit unse-

(Minister Manfred Lucha)

ren jetzt 400 Partnerinnen und Partnern machen wir bürgergesellschaftlich getragen genau die Formen: von der häuslichen ambulanten Pflege, wo auch von Frau Mielich ein toller runder Tisch gelenkt wird, bis hin zu kleinen Wohnformen.

Meine Damen und Herren, als wir 2011 hier angefangen haben, gab es im Landkreis Esslingen, am Kaiserstuhl und noch sonst wo drei bis fünf rechtlich im Graubereich befindliche sogenannte Pflege-WGs. Im nächsten Jahr werden wir mindestens 500 haben. Zugegeben, die Hälfte davon sind Menschen mit Eingliederungshilfe, aber auch mit differenzierter Eingliederungshilfe und zukünftig auch mit binnendifferenzierter Unterstützung aus der Pflegeversicherung. Das ist übrigens ein sehr großer Erfolg von uns allen, die hier mitgearbeitet haben, auch in den Bund-Länder-Debatten. Wir kommen dort zu einem Durchbruch.

Klar, uns fehlen Pflegekräfte. Mich stimmt es bitter, dass wir genehmigte Plätze haben, die wegen Personalmangels nicht belegt werden können. Aber das können Sie auch mit einem 25-Millionen-€-Investitionsprogramm nicht erreichen. Denn auch diese Investitionsflächen werden am Ende, wenn wir sie nicht umbauen, wenn wir nicht ein anderes Verständnis von Sorge und Pflege gewinnen, nicht belegt sein.

Darum: Wir sind auf dem richtigen Weg. Nominal zählt noch immer, dass wir rein rechnerisch mehr stationäre Plätze als belegte Plätze haben. Aber ich gebe zu, dass es enger wird, aber nicht wegen der Landesheimbauverordnung.

Lieber Herr Haußmann, Sie waren damals noch nicht dabei. Aber Ihre Fraktion war damals mit in der Regierung. Es war ein einstimmiger Beschluss des Landtags.

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

– Monsieur le Haußmann, hör mal her – wir können ja nachher miteinander noch eine Nachsitzung machen –: Wir erteilen mittlerweile nach der Umsetzung der ermessenslenkenden Richtlinien fast 400 Ausnahmegenehmigungen, manche bis über das Jahr 2030 hinaus.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: 2034!)

Das ist sehr individuell, da haben wir überhaupt nicht gepfuscht. Ich selbst komme zu Besprechungen mit, auch mit kleinen Trägern, auch aus Ihrer Region. Wir nehmen dies also wirklich ernst.

Zur Krankenhausfinanzierung: Wir sind da auf dem richtigen Weg. Wir haben ein Konzept. Wir sind dabei, sowohl das Landeskrankenhausgesetz als auch die Krankenhausplanung zu renovieren. Sehen Sie unsere Zentrenausweisungen im Landeskrankenhausausschuss an, mit welcher Konsequenz und Zielsetzung wir zuletzt als erstes Bundesland eine Vereinbarung für die Zentren für personalisierte Medizin getroffen haben. Das gibt es mittlerweile europaweit. Baden-Württemberg ist das erste und einzige Bundesland, das der Vereinigung ICPerMed angehört. Wir gehen mit unserer Digitalisierungsstrategie und auch mit dem Gesundheitsstandort BW genau in die richtige Richtung. Wir haben mit der Gesundheitsökonomie, der Versorgung, der Forschung und Wissenschaft drei Ressorts zusammengespannt. Wenn Sie auf der letzten Tagung waren: Alle waren da – aus der Wirtschaft, der Versorgung, die Kassen –, um mit uns am Strang zu ziehen.

Wir beweisen durch unsere bedarfsgerechte – – Es ist eine bedarfsgerechte Versorgung, auch wenn wir Krankenhäuser im Hohenlohischen zusammenspannen. Ich war unlängst in Bad Säckingen.

(Abg. Anton Baron AfD: Oh! Kein gutes Thema!)

Wir haben für die Menschen dort Strukturen parat, auch mit unserer sektorenübergreifenden Versorgung, die wir stärken, dass sie für bedarfsgerechte – – Meine Damen und Herren, wir schließen keine Krankenhäuser;

(Abg. Anton Baron AfD: Aber die letzten!)

nicht bedarfsnotwendige Krankenhäuser schließen sich leider von selbst. Darum ist es unsere Arbeit, vorsorglich die richtigen Strukturen zu schaffen. Ich schaue noch einmal zu Frau Mielich: Auf was ich ganz, ganz stolz bin, sind jetzt im Rahmen dieser sektorenübergreifenden Versorgung unsere Konzepte für Hebammen, Kreißsäle und Gesundheitszentren für die Geburtshilfe. Das ist eine wichtige und große Antwort auf eine langjährige, kontroverse, schwierige Debatte.

Wenn wir am Ende keine Hebammen mehr hätten, wäre das geradezu dramatisch, nachdem wir doch Gott sei Dank jetzt wieder mehr Kinder haben: Die durchschnittliche Geburtenrate ist von 1,57 auf 1,76 gestiegen. Das hat übrigens auch mit einer guten Sozial-, Gesellschafts- und Betreuungspolitik für unter Dreijährige zu tun.

(Beifall der Abg. Isabell Huber CDU – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

– Ja, genau.

(Abg. Anton Baron AfD: Oje, oje! 19,9 Millionen in Hohenlohe!)

Lassen Sie mich noch zum Bundesteilhabegesetz kommen.

(Zuruf: Aber nur, wenn Sie noch Redezeit haben! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

– Ja, ich denke mir auch schon wieder, es ist furchtbar. Ich habe mir vorgenommen, echt nicht lange darüber zu reden. Herr Untersteller hat gesagt: Red' nicht so lang!

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie dürfen das!)

Und schon ist es wieder passiert. Aber manchmal ist das so – bei so einer Bandbreite,

(Abg. Anton Baron AfD: Das glauben wir! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

bei so vielen verschiedenen Themen. Nur einen Satz zum BTHG.

(Abg. Tobias Wald CDU: Zwei Sätze! – Abg. Reinhold Gall SPD: Der Franz ist halt ein Guter!)

Also, schaut's her: Niemand von uns weiß ganz genau, wie die Fallkonstellationen wirklich sind. Die Bundesannahmen waren anfangs so, dass es gar keine zusätzlichen Aufwände gibt. Übrigens wäre das bei einer 1:1-Umsetzung bei den Umstellungsaufwänden für ganz Deutschland ein Betrag von

(Minister Manfred Lucha)

15 Millionen € für die Träger gewesen. Diesen Betrag haben wir jetzt für ein Bundesland. Darum haben die Verhandlungen so lange gedauert. Das Wort „Verhandlung“ kommt von „handeln“. Wir schauen uns die Zahlen an, wir würfeln da nicht. Den Kollegen von der Finanzabteilung raucht heute noch der Kopf. Wir mussten Hunderte Exceltabellen miteinander anschauen.

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

– Ihr seid ja dann berechtigterweise die, die fragen: „Habt ihr Geld verpulvert? Sie haben gar keinen Nachweis gebracht.“

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

– Ich habe Ihre letzte Spitze schon gehört, aber ich gehe nicht darauf ein. – Wir haben uns in der Überlegung gefragt: Machen wir es ganz nachlaufend? Geben wir jetzt Geld? Machen wir Vertrauensbildung? Wir haben uns jetzt für Letzteres entschieden. Die Partnerschaft zwischen den Kommunen und den Trägern steht. Wir setzen es um.

Die Regierungsfraktionen werden zur nächsten Woche für die dritte Lesung entsprechende Anträge einbringen. Dann haben wir wirklich einen ganz tollen Erfolg. Darauf bin ich auch sehr stolz, da bedanke ich mich bei Ihnen, bei den beiden Regierungsfraktionen. Es war ja schon – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Schweickert zu?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Ja. Wo ist er?

(Oh-Rufe – Abg. Anton Baron AfD: Für Facebook! – Zuruf: Habt ihr kein Daheim?)

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Man muss sich nicht immer beliebt machen. – Vielen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage, Herr Minister. – Thema „BTHG und die Kosten“. Frage: Wie bewerten Sie die Bürokratie des Erhebungsbogens? Sind Sie der Meinung, dass der Aufwand für das Ausfüllen und die dafür erforderliche Zeit den Kosten gegenüber adäquat sind?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Ja, sie sind sehr adäquat.

(Abg. Tobias Wald CDU: „Sehr adäquat“!)

Wir haben ja schon heute das Gesamtplanverfahren. Wir gehen jetzt durch den ICF – International Classification of Functioning – weg vom Defizit hin zu dem, was sie können und wo sie Assistenz brauchen.

Wir haben vier Bögen, einen Basisbogen im Beteiligungsprozess. Wir haben ein Landeskompetenzzentrum, das wir beim KVJS einrichten. Das zahlen wir mit. Das haben wir jetzt schon mit den Geldern aus dem letzten Jahr mit auf den Weg gebracht.

Es wird am Ende deutlich weniger Bürokratie sein, aber es braucht natürlich erst einmal eine Änderung im Kopf. Bisher hat der Behinderte geschaut, woher er eine Einrichtung bekommt, jetzt müssen wir schauen, was der Mensch braucht – egal, ob er bisher in einer Einrichtung lebt. Existenzleistung und Fachleistung werden voneinander differiert. Das erzeugt jetzt einen Aufwand.

Wir haben auch miteinander darüber debattiert, ob ich drei Stunden oder eineinhalb Stunden brauche. Dann sind wir halt den Leuten entgegengekommen.

Am Ende werden wir sehen: Wichtig ist der Paradigmenwechsel – in „Fachchinesisch“ – zum personenzentrierten Ansatz. Diesen sind wir unumstößlich gegangen. Wir werden im März wie geplant den Rahmenvertrag – er ist schon ausverhandelt – umsetzen.

Zu guter Letzt – darauf bin ich sehr stolz –: Wir haben schon im Jahr 2014 gewusst und gemerkt, dass wir die Schwerbehindertenquote bei den Beschäftigten im Land nicht mehr werden halten können. Wir werden jetzt dieses Programm mit insgesamt 10 Millionen € fördern, mit Poolen, um auch für Menschen, die nicht während ihrer Beschäftigung das Behinderungsmerkmal erhalten, sondern von vornherein eine Behinderung haben, attraktiv zu sein – auch in der Landesverwaltung. Ich glaube, das ist ein starkes Zeichen für eine gerechte und inklusive Gesellschaft.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

– Ja, ich finde auch, da kann man klatschen.

Zu guter Letzt, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfraktionen – liebes Finanzministerium, was ihr da mit uns habt aushalten müssen – –

(Vereinzelt Heiterkeit – Zurufe)

– Das wollte ich gerade sagen.

(Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

– Hallo! – Die Kollegen aus der Haushaltsstrukturkommission – und die Kolleginnen; wo ist Frau Walker? –

(Abg. Thomas Blenke CDU: Endlich sagt es mal einer!)

und alle die, die auch auf dem Weg immer wieder einen guten Tipp haben, wo sie noch eine Förderinvestition sehen, die wir bei ihnen tätigen könnten – –

Aber eines ist doch klar, Leute: Wir, die wir für die offene Gesellschaft stehen, wir sind die Mehrheit in diesem Land, und wir werden auch in den Parlamenten wieder deutlich mehr werden; auch das muss unser Ziel sein.

(Abg. Anton Baron AfD: Oh, das werden wir noch sehen!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch der Sozialminister hat mehr als 50 % der Redezeit der Fraktionen in Anspruch genommen.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Insofern möchte ich Sie fragen, ob Sie eine Redezeitverlängerung für die Fraktionen wünschen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Was ist mit einem Dialektzuschlag?)

Gibt es noch Wortmeldungen? – Frau Abg. Dr. Baum, Sie haben 33 Sekunden Restredezeit und bekommen noch eine Minute hinzu. – Bitte schön.

(Unruhe)

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Liebe Kollegen, ich möchte Sie nicht unwissend lassen und möchte einen kurzen Abriss von unserem Besuch in Kopenhagen geben.

(Zurufe von der SPD – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Zuhören, Frau Wölfle!)

Dort hat man uns erklärt, dass beim ersten Kontakt der Migranten mit der Behörde als Allererstes danach gefragt wird, ob sie freiwillig wieder zurückgehen möchten. Wenn sie das bejahen, werden sie gut bezuschusst, und zwar in einer Höhe, die es ihnen erlaubt, dort eine ganze Weile gut zu leben oder sich eine Wohnung davon zu kaufen. Das haben Sie doch auch gehört, Frau Wölfle.

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Haben Sie eigentlich noch andere Themen und andere Probleme? So ein Schwachsinn!)

Auf meine Frage, wie die Bevölkerung die Migration sieht, ob es Widerstand gibt, wurde von dem Vertreter, dem Leiter des Ausschusses für Soziales – er ist Sozialdemokrat –,

(Abg. Anton Baron AfD: Ah! – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Sie wissen doch gar nicht, was das ist!)

ganz klar gesagt, dass es genauso wie in anderen europäischen Ländern Widerstand gibt und dass die Frage der Migration zur Spaltung der Gesellschaft führt. Das hat er wörtlich gesagt. Es wurde simultan übersetzt, und das haben auch alle anderen Teilnehmer vernommen.

(Zurufe, u. a. Abg. Carola Wolle AfD: Natürlich hat er das gesagt!)

Ansonsten ist zu sagen,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

dass dort in diesem Bereich parteiübergreifend zusammengearbeitet wird. Auch die Opposition vertritt die gleiche Meinung. Das war sehr interessant.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Dann ziehen Sie doch um!)

Man vertritt die Position der AfD, dass man Hilfe vor Ort leisten sollte, indem beispielsweise Asylanträge vor Ort, in den Heimatländern gestellt werden sollen, damit die Menschen nicht den beschwerlichen Weg über den Teich hierher machen müssen, der ja lebensgefährlich ist. – All das, was ich hier sage, wurde dort wörtlich wiedergegeben.

Dann gab es die Zwischenfrage – ich weiß nicht mehr, von wem –: „Was machen Sie denn beim Thema Fachkräfte? Sie suchen doch auch händeringend Fachkräfte, so wie wir alle.“ Was sagte der Sozialdemokrat? „Dann versuchen wir die doch aus dem europäischen Bereich zu bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wir wollen primär keine kulturfremden Menschen, sondern europäische Personen für unseren Pflegebereich.“

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das hat er nicht gesagt!)

– Genau das hat er gesagt, und Sie alle haben das gehört.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Abg. Dr. Baum, jetzt ist Ihre Redezeit aber abgelaufen.

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Und wenn Sie das leugnen wollen, dann ist das wirklich beschämend.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Dr. Baum, hören Sie mich?

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Bitte. – Wünscht noch jemand von den Fraktionen Redezeit? – Eine Minute für die SPD, Herr Abg. Hinderer.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der kriegt noch eine!)

Abg. Rainer Hinderer SPD: Da ich bei der Reise auch dabei war und die Delegationsleitung hatte: Frau Abg. Baum, Sie können hier – –

(Unruhe – Abg. Thomas Poreski GRÜNE unterhält sich stehend mit Fraktionskollegen.)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Entschuldigung. – Herr Abg. Poreski, würden Sie bitte in Respekt vor den anderen Abgeordneten ebenfalls zuhören?

Abg. Rainer Hinderer SPD: Sie können hier sehr wohl irgendwelche Aussagen aus dem Zusammenhang reißen und in Ihren Kontext stellen. Aber eines hat der Sozialdemokrat vor allem auch gesagt – – Die machen eine relativ restriktive Flüchtlingspolitik; da sind wir uns einig. Das haben wir auch kritisch hinterfragt. Aber eines hat er auch gesagt: „Mit den Menschen, die bei uns im Land sind, gehen wir anständig um. Die verdienen unseren Respekt, und die genießen unsere Rechte.“ Das ist der Unterschied zu Ihnen; das merken Sie sich.

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gibt es noch weitere Wortmeldungen?

(Zuruf von der AfD: Vielleicht kann noch jemand was von Hawaii erzählen!)

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Dann können wir jetzt die Aussprache beenden. Ich bitte noch einmal um Ihre ungeteilte Aufmerksamkeit.

Wir kommen jetzt zur A b s t i m m u n g über den Einzelplan 09: Ministerium für Soziales und Integration. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/7209.

Ich rufe Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf. Dann kommen wie üblich die Änderungsanträge.

Ich rufe Nummer 1 auf:

Kapitel 0901

Ministerium

Hierzu haben wir vier Änderungsanträge von der AfD und einen von der FDP/DVP. Jetzt kommt die ganze Prozedur noch einmal. Es war vorhin so schön ruhig. – Danke.

Zu Titel 421 01 – Bezüge des Ministers und der Staatssekretärin – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7309-9, vor, der eine Kürzung fordert, die durch den Verzicht auf die Besetzung der Funktion einer Staatssekretärin ermöglicht werden soll. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Vereinzelt Beifall)

Wir fahren zügig fort. Wir kommen zum Titel 422 01: Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten (und Richterinnen und Richter). Hierzu gibt es den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7309-1, der mit einem Betrags- und einem Stellenteil die Rücknahme von geplanten Stellenhebungen und Stellenaufwüchsen verlangt. Wer stimmt diesem FDP/DVP-Antrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 511 01 – Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände – liegt der AfD-Änderungsantrag Drucksache 16/7309-10 vor, der eine Reduzierung des Haushaltsansatzes verlangt. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag der AfD ist mehrheitlich abgelehnt.

Es geht gleich weiter. Zu Titel 531 01 – Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentationen – gibt es den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7309-11, der Einsparungen bei den Veröffentlichungskosten begehrt. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt kommt noch der AfD-Änderungsantrag Drucksache 16/7309-12 zu Titel 534 69 – Dienstleistungen Dritter u. dgl. –, der im Hinblick auf vorrangig hausintern zu erbringende Dienstleistungen eine Mittelkürzung fordert. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der AfD-Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer stimmt Kapitel 0901 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0901 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 2 auf:

Kapitel 0902

Allgemeine Bewilligungen

Hierzu sind ein Änderungsantrag von der SPD und drei Änderungsanträge von der AfD gestellt.

Zu Titel 529 06 – Aufwendungen für Konferenzen, Fachveranstaltungen, überregionale und internationale Zusammenarbeit u. dgl. – liegt je ein Änderungsantrag der SPD und der AfD vor. Beide Änderungsanträge verlangen Mittelkürzungen.

Ich stelle zunächst den weiter gehenden Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7309-13, zur Abstimmung, der insbesondere Mittelkürzungen bei Bewirtungen und Sachleistungen verlangt.

(Abg. Anton Baron AfD: Herr Gall, was ist denn da los?)

Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun kommen wir zum Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7309-3. Wer diesem SPD-Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 537 09 – Gesundheitsmanagement – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7309-14, vor, der Mittelkürzungen bei Aufwendungen im Rahmen des Gesundheitsmanagements begehrt. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag der AfD-Fraktion ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 534 70 – Dienstleistungen Dritter u. dgl. – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7309-15, vor, der Mittelkürzungen bei Aufwendungen und Honoraren begehrt.

(Abg. Anton Baron AfD: Wir könnten eine namentliche Abstimmung beantragen! – Gegenruf des Abg. Tobias Wald CDU: Ich habe Zeit!)

Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0902 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0902 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Unruhe)

– Es geht noch weiter, meine Damen und Herren.

Ich rufe auf – –

(Abg. Bernd Gögel AfD unterhält sich mit Abg. Anton Baron AfD)

– Herr Fraktionsvorsitzender!

Ich rufe Nummer 3

Kapitel 0905

Hilfen für Menschen mit Behinderungen

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf. Wer Kapitel 0905 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0905 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 4

Kapitel 0908

Integration

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf. Hierzu liegen fünf Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die könnte man doch zusammennehmen! – Vereinzelt Heiterkeit)

Zu Titel 534 01 – Dienstleistungen Dritter u. dgl. – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7309-16, vor, der u. a. eine Reduzierung der Mittel für den runden Tisch der Religionen verlangt. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Zu Titel 684 01 – Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7309-17, vor, der eine Streichung der Mittel insbesondere für die islamische Krankenseelsorge und die Beratung zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen begehrt.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Man könnte den Eindruck bekommen, die sind von dem Thema besessen! – Gegenruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Das täuscht!)

Wer stimmt diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7309-18, der zu Titel 684 02 – Zuschüsse an soziale Einrichtungen – gestellt ist und eine Streichung der Mittel für die Aktivitäten des Flüchtlingsrats verlangt. Wer stimmt dem zu? –

(Abg. Anton Baron AfD: Oh Gott!)

Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 684 03 N – Extremismusprävention – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7309-19, vor. Dieser Änderungsantrag hat zum Ziel, die dort eingestellten Mittel, beispielsweise für das Netzwerk für Demokratie und Courage, zu streichen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ich dachte, für die Antifa!)

Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 633 75 N – Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – liegt ebenfalls ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7309-20, vor. Dieser begehrt eine Streichung der Mittel, die für Integrationsmaßnahmen eingesetzt werden sollen.

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Das muss man nicht vorlesen!)

Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das wird die Gemeinden aber freuen!)

Wer stimmt Kapitel 0908 in der Fassung der Beschlussempfehlung zu? – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0908 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 5 auf:

Kapitel 0913

Versorgungsämter und Gesundheitsämter

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0913 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Nummer 6

Kapitel 0917

Wohlfahrtspflege und Bürgerschaftliches Engagement

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer stimmt hier zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0917 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 7

Kapitel 0918

Jugendhilfe

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf. Hierzu liegen ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD und drei Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Zunächst stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7309-21, zur Abstimmung, der zu Titel 684 03 – Beiträge und Zuschüsse an Vereinigungen, die auf dem Gebiet der Jugendhilfe tätig sind – gestellt ist. Der Antrag verlangt im Hinblick auf nicht neutrale Jugendorganisationen eine Mittelkürzung sowie die Anpassung der Erläuterung. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7309-22, zu Titel 684 05 – Zuschüsse an den Ring politischer Jugend –, der die Streichung der Mittel begehrt. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 633 77 – Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung der Jugendsozialarbeit an Schulen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7309-4, vor, der im Hinblick auf den weiteren Aufwuchs und die Wiederherstellung der Drittelfinanzierung des Landes eine Erhöhung der Mittel und gegebenenfalls eine Anpassung der Verpflichtungsermächtigung fordert. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag der SPD ist mehrheitlich abgelehnt.

Schließlich kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7309-23, zu Titel 633 79 – Kostenerstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände –, mit dem Mittelkürzungen im Hinblick auf eine tatsächlich geringere Zahl minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge verlangt werden. Wer diesem Änderungsantrag – also Mittelkürzungen für diese Gruppe – zustimmt

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Nicht für die Gruppe, für die Kommunen!)

– ja, für diese Aufgabe; Entschuldigung –, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Wer stimmt Kapitel 0918 in der Fassung der Beschlussempfehlung zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0918 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 8

Kapitel 0919

Familienhilfe

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Hierzu sind zwei Änderungsanträge der Fraktion der AfD und ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP gestellt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7309-24, fordert die Bereitstellung von Mitteln unter dem neu aufzunehmenden Titel 681 05 N: Zuschüsse an Familien (Familiengeld). Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 684 01 – Beiträge und Zuschüsse an Vereinigungen, die auf dem Gebiet der Familienpflege tätig sind – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7309-2, vor. Dieser Änderungsantrag verlangt zusätzliche Mittel für den Verein Eltern-Kind-Brücke e. V. für seine Arbeiten im Zusammenhang mit der Nachsorge bei Adoptionsverfahren und die Ergänzung der Erläuterung. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 684 01 – Beiträge und Zuschüsse an Vereinigungen, die auf dem Gebiet der Familienpflege tätig sind – liegt weiter der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7309-25, vor, der – unter Hinweis darauf, dass Mittel für pro familia gestrichen werden sollen – eine Anpassung der Erläuterung vorschlägt. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0919 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0919 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 9

Kapitel 0920

Ältere Menschen und Pflege

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Zu diesem Kapitel liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der SPD und ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD vor.

Wir beginnen mit dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7309-5, der zu Titel 893 70 – Zuschüsse für Investitionen an sonstige Träger – gestellt ist. Der Antrag fordert eine Erhöhung der Zuschüsse an die Träger, damit sie neue Plätze in der Kurzzeit- und Tagespflege errichten können. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7309-26, fordert die Bereitstellung von Haushaltsmitteln unter dem neu aufzunehmenden Titel 893 71B N: Zuschüsse für Investitionen an kommunale und sonstige Pflegeeinrichtungen. Wer stimmt dem zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7309-6, zu Titel 684 73 – Zuschüsse für Projekte und Maßnahmen an sonstige Träger – verlangt, lieber Jimmy Zimmermann, zugunsten von Maßnahmen im Bereich der Pflege Kürzungen bei der Unterstützung der Quartiersentwicklung. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0920 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0920 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 10

Kapitel 0921

Förderung der Chancengleichheit und Demografie

in der Fassung der Beschlussempfehlung. Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Der Änderungsantrag Drucksache 16/7309-27 zu Titel 547 01– Sachaufwand für Maßnahmen im Bereich der Chancengleichheit – begehrt die Streichung der Mittel für Veranstaltungen im Bereich der Chancengleichheit. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag Drucksache 16/7309-28 zu Titel 547 73 – Sonstige sächliche Ausgaben – fordert die Mittelstreichung für den Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über Kapitel 0921 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0921 mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 11

Kapitel 0922

Gesundheitspflege

in der Fassung der Beschlussempfehlung. Jetzt wird es noch einmal aufwendig. Zu diesem Kapitel liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der SPD und ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD vor.

Wir beginnen mit der Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7309-7, der zu Titel 685 01 – Zuschüsse zur Durchführung des Projekts Gesundheitsstandort Baden-Württemberg – gestellt ist und fordert, die Kosten für eine externe Geschäftsstelle zu streichen. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 681 79 – Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7309-8, vor, der die Streichung der Mittel für das Stipendienprogramm zur Gewinnung Medizinstudierender für den ländlichen Raum vorsieht, da die Resonanz hierauf gering sei. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben nun abzustimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/7309-29, der zu Titel 891 91B – Zuschüsse für Investitionen an kommunale und sonstige öffentliche Krankenhäuser – gestellt ist. Dieser Antrag verlangt die Einstellung von Mitteln, um die Digitalisierung in den Krankenhäusern weiter voranzutreiben. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0922 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0922 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 12

Kapitel 0930

Zentren für Psychiatrie und Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz

in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer stimmt Kapitel 0930 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0930 ist mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt haben wir noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen in Ziffer 1, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 30. Oktober 2019, Drucksache 16/7174, soweit diese den Einzelplan 09 berührt, Kenntnis zu nehmen. Weiter schlägt er in Ziffer 2 vor, von der Mitteilung der Landesregierung vom 31. Oktober 2019, Drucksache 16/7081 – 49. Landesjugendplan für die Haushaltsjahre 2020/2021 –, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben es für heute geschafft. Wir haben die Beratung des Einzelplans 09 abgeschlossen

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

und treffen uns morgen um 9:30 Uhr wieder.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 20:36 Uhr